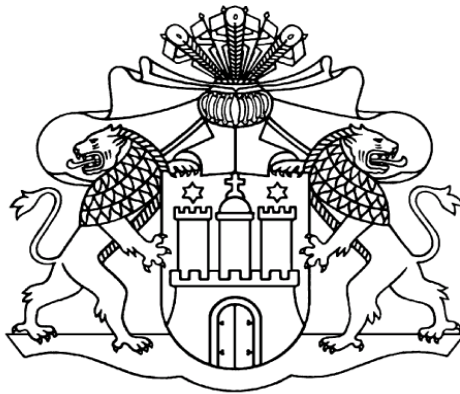


Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2009/2010**

Freie und Hansestadt Hamburg



Haushaltsplan **2009/2010**

Einzelplan 4

Behörde für Soziales, Familie,
Gesundheit und Verbraucherschutz

(von der Bürgerschaft am 05.03.2009 beschlossener Haushaltsplan 2009/2010)

Inhaltsübersicht

	Seite
Vorwort (weißes Papier)	1 - 14
Produktinformationen (gelbes Papier)	1 - 52
Zahlenwerk (weißes Papier)	1 - 105
Kontenrahmen für Dienstbezüge	106 - 109
Kontenrahmen für Versorgung	110 - 114
Erläuterungen (graues Papier)	1 - 58
Erläuterungen zu den Kapiteln	
Allgemeine Aussagen zu den Kapiteln	
Titelerläuterungen	
Kapitel 4000 - Allgemeine Verwaltung -	
Kapitel 4010 - Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA) -	
Kapitel 4200 - Familie, Jugend und Sozialordnung -	
Kapitel 4220 - Soziale Entschädigungsleistungen -	
Kapitel 4230 - Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer -	
Kapitel 4240 - Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung -	
Kapitel 4250 - Opferschutz -	
Kapitel 4440 - Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit -	
Kapitel 4450 - Familienförderung -	
Kapitel 4460 - Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII -	
Kapitel 4470 - Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe-	
Kapitel 4500 - Kindertagesbetreuung -	
Kapitel 4600 - Soziales und Integration -	
Kapitel 4610 - Hilfen zum Lebensunterhalt -	
Kapitel 4620 - Hilfen für Wohnungslose -	
Kapitel 4630 - Gesundheitshilfen -	
Kapitel 4640 - Hilfen zur Pflege -	
Kapitel 4650 - Eingliederungshilfen -	
Kapitel 4670 - Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung -	
Kapitel 4700 - Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger -	
Kapitel 4810 - Amt für Gesundheit -	
Kapitel 4820 - Institut für Hygiene und Umwelt -	
Kapitel 4830 - Arbeitsschutz -	
Kapitel 4870 - Drogen und Sucht -	
Kapitel 4880 - Verbraucherschutz und Veterinärwesen -	
Anlagen	
1 Stellenplan (blaues Papier)	1 - 116
2 Wirtschaftspläne (rosa Papier)	
2.1 Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung	1 - 22
2.2 Institut für Hygiene und Umwelt	23 - 42
3 Übersicht über Zuwendungen (weißes Papier)	
Zuwendungen über 100.000 Euro	1 - 2
4 Übersicht über Deckungskreise (weißes Papier)	1 - 22
5 Übersicht über Gutachten und Untersuchungen (weißes Papier)	1 - 2

Vorwort zum Einzelplan 4

1. Inhaltliche Schwerpunkte des Einzelplans

Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigungen

Die **Familienpolitik** ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Ressorts wahrgenommen und federführend von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz koordiniert wird. Mit seiner Politik verfolgt der Senat das Ziel, die Entfaltung von Lebenschancen für alle Generationen und Lebensformen in einer Großstadt sicherzustellen. Die gut ausgebaute Infrastruktur – z.B. die bundesweit vorbildliche Kindertagesbetreuung – sowie umfangreiche Beratungs-, Unterstützungs- und Interventionsmöglichkeiten machen Hamburg für Familien mit Kindern attraktiv. Die Stadt soll weiterhin als familienfreundliche Großstadt ein Anziehungspunkt für junge Familien sein. Die Rahmenbedingungen dafür werden in verschiedenen Ressorts gesetzt, z.B. in den Bereichen Wohnungsbau, Stadtentwicklung und Arbeitsförderung. Dort sind auch die jeweiligen Ressourcen veranschlagt. Die Mittel für die Aktivitäten, die von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz gesteuert oder durchgeführt werden, sind im Einzelplan 4 veranschlagt. Es sind die Ressourcen für die Kindertagesbetreuung, die gesetzlichen Aufgaben nach dem SGB VIII, für die ministeriellen Querschnittsaufgaben und für zentrale Projekte, z.B. das Familienforum, die Förderung familienbewusster Personalpolitik oder den Familienpass. Der Einzelplan enthält außerdem die Mittel der **Jugend- und Familienförderung**, die einerseits mit dem Landesförderplan Familie und Jugend von der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz, andererseits über Rahmen- und Zweckzuweisungen von den Bezirksämtern bewirtschaftet werden.

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt im Aufgabenfeld Jugend- und Familienförderung die Aufgaben der Obersten Landesjugendbehörde und des Landesjugendamtes sowie die entsprechenden ministeriellen Aufgaben wahr.

Folgende fachpolitische Schwerpunkte prägen dieses Aufgabenfeld im Haushaltsplan für 2009 und 2010:

- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird weiter gefördert. Dem dienen neben der Kindertagesbetreuung verschiedene Projekte, mit denen private Betriebe und Institutionen, Behörden und soziale Organisationen dazu angelegt werden, einen eigenen Beitrag zu einem familienfreundlicheren Klima in der Stadt zu schaffen.
- Die Erziehungskraft und die Erziehungsverantwortung der Familien soll gestärkt werden. Dem dienen unter anderem die Angebote zur Elternbildung sowie zur Beratung und Information in Erziehungsfragen und Projekte zur Unterstützung von Familien im Alltag.
- Familien, die aus eigener Kraft ihre Probleme nicht lösen können, erhalten Unterstützung. Dazu gehören neben den Hilfen der Jugendämter auch die vielfältigen niedrigschwelligen Projekte, mit denen konkrete Unterstützung in Krisensituationen geleistet wird.
- Die umfassenden Programme und Aktivitäten zum Schutz von Kindern vor Misshandlung und Vernachlässigung werden fortgesetzt. Das gilt auch für die Maßnahmen zur Vermeidung und Bekämpfung von Jugendgewalt.
- Die Verzahnung von Förderprogrammen für Familien, Kinder und Jugendliche in regionalen Bildungslandschaften. Die Jugend- und Familienhilfe leistet in ihren zahlreichen Lernfeldern einen wesentlichen Beitrag dazu, dass die Bildungsprozesse bei Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern erfolgreich verlaufen.

Die Schwerpunktsetzungen sind im Rahmen der fortgeschriebenen Ansätze gesichert. Die Umschichtungen aus dem Deckungskreis der Hilfen zur Erziehung, die in den Vorjahren für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe vorgenommen worden sind, sind im Zuge der Veranschlagung strukturell fortgeschrieben worden. Besondere Aufmerksamkeit wird weiterhin der Steuerung der Ausgaben für Hilfen zur Erziehung und deren Qualität gewidmet. Sie sind nach wie vor von Fallzahlsteigerungen gekennzeichnet, die infolge der Intensivierung des Kinderschutzes eingetreten sind.

Im Bereich der **Kindertagesbetreuung** hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz die Aufgabe, das Betreuungsangebot in Tageseinrichtungen, Pädagogischen Mittagstischen und sonstigen Betreuungsformen fachlich und finanziell zu steuern.

Ziele der Kindertagesbetreuung in Hamburg sind:

- Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot,
- Förderung und Sicherung von Bildungsprozessen, einschließlich der Unterstützung des Spracherwerbs,
- Integration behinderter Kinder,
- Förderung von Kindern mit dringendem sozialbedingten und pädagogischen Bedarf sowie
- Stärkung der Familien mit unter drei Jahre alten Kindern durch eine Ausweitung der Förder-, Bildungs- und Beratungsangebote in Eltern-Kind-Zentren.

Die Kindertagesbetreuung ist in den Prozess der Verzahnung von Förderprogrammen für Familien, Kinder und Jugendliche in regionalen Bildungslandschaften einbezogen.

Ein Schwerpunkt im Bereich der Kindertagesbetreuung wird in den Jahren 2009 und 2010 der Ausbau der Krippenbetreuung sein. Die Bundesländer haben sich mit dem Bund am 02.04.2007 darauf geeinigt, die Betreuungsquote bis zum Jahr 2013 auf 35 Prozent zu steigern. Zur Verbesserung der Bildungschancen wird darüber hinaus für alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr ab dem 1. August 2010 ein Anspruch auf eine täglich 5-stündige Betreuung in einer Kindertageseinrichtung eingeführt. Vor diesem Hintergrund werden in den Jahren 2009 und 2010 deutlich mehr unter 3-jährige Kinder betreut werden. Ein besonderer Vorteil von Kindertageseinrichtungen ist, dass dort frühzeitig Defizite in der sprachlichen Entwicklung erkannt und entsprechende fördernde Maßnahmen eingeleitet werden können. Die Behörde für Sozia-

les, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz wird die bestehenden Sprachförderansätze für Kinder mit besonderem Unterstützungsbedarf evaluieren und konzeptionell weiterentwickeln. Die Maßnahmen sollen stärker als bisher auf die Zielgruppe (Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf) ausgerichtet und sowohl qualitativ (Intensivierung der Sprachförderung) und quantitativ (Betreuungszeit) verbessert werden.

Ab dem 1. August 2009 wird zudem das vorschulische Jahr für die Basisversorgung mit fünf Betreuungsstunden von den Gebühren befreit und somit die Familien wirksam entlastet.

In den Jahren 2009 und 2010 ist als weiterer wichtiger fachlicher Schwerpunkt die Überprüfung der Qualität der Tagesbetreuungsangebote vorgesehen. Dazu gehört u.a. eine auf empirischen Daten gründende ergebnisorientierte Evaluation der gemeinsamen Bildungsstandards und -ziele in Kindertageseinrichtungen und in der Vorschule anhand der Erfassung von Kompetenzständen der Kinder. Dies geschieht mit dem Ziel, Aussagen und Vergleiche über den Kompetenzerwerb von Kindern im Elementaralter zu ermöglichen. Für den Bereich der Kindertageseinrichtungen werden weitere Möglichkeiten zur Qualitätsfeststellung, -sicherung und -entwicklung geprüft.

Mit der **Gleichstellungspolitik** wird auf eine rechtliche Gleichstellung von Männern und Frauen hingewirkt und es soll die gleiche gesellschaftliche Teilhabe erreicht werden. Daneben sollen Familie und Beruf besser miteinander vereinbart werden. Wesentliche Tätigkeitsfelder sind der gleichberechtigte Zugang zum Beruf und zu beruflichen Entwicklungen sowie die Gleichstellung im Bereich der sozialen Sicherung; ein weiterer Schwerpunkt ist die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

Dies geschieht in Form von Stellungnahmen und Initiativen zu Gesetzgebungsverfahren, Entwicklung und Durchführung eigener Maßnahmen und Projekte, Beratung und Unterstützung anderer Institutionen sowie der Mitwirkung in Beiräten und Gremien. Die Aufgabenwahrnehmung orientiert sich an der Handlungsstrategie des Gender Mainstreaming.

Für die Gewährung **sozialer Entschädigungen** wird die Verwaltungsmodernisierung durch E-Government weiter vorangebracht. Ziel ist es, diesen Verwaltungszweig noch wirtschaftlicher, zügiger und bürgerfreundlicher zu gestalten. Die Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein und anderen Ländern wird vertieft.

Infolge der Vermögensrückgaben nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich der Arbeitsschwerpunkt im Bereich **Lastenausgleich** weiter auf die Rückforderung und Verrechnung der aus Bundesmitteln gewährten Lastenausgleichsleistungen verlagert. Die zügige und erfolgreiche Abwicklung von Rückforderungen ist durch weitere Optimierung der Rückforderungs- und Beschwerdeverfahren gewährleistet.

Neben den laufenden Entschädigungen und der Erstattung von Kur- und Heilverfahren für ehemals NS-Verfolgte bilden die Festigung und Weiterentwicklung einer Erinnerungskultur (u. a. „Forum der Erinnerung“) sowie die Anpassung der Leistungen durch die Hamburger Stiftung „Hilfe für NS-Verfolgte“ die Arbeitsschwerpunkte im Bereich der **Wiedergutmachung**.

Neu hinzugekommen ist die Gewährung der **SED-Opferrenten** für politisch Inhaftierte des SED-Regimes.

Soziales

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt im Bereich Soziales als oberste Landesbehörde die durch Landes- und Bundesrecht sowie durch Beschlüsse des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg zugewiesenen Aufgaben zur Gestaltung und Kontrolle des Sozialwesens wahr. Schwerpunkte sind die Gestaltung der Hilfen zum Leben und Wohnen, der Kranken- und Gesundheitshilfen, der Hilfen zur Pflege, der Seniorenarbeit, der Eingliederungshilfe sowie der Hilfen nach dem Betreuungsgesetz. Die Entwicklung in diesen maßgeblichen Leistungsbereichen ist nach wie vor durch eine hohe Abhängigkeit von der Bundesgesetzgebung sowie durch externe Einflussfaktoren (z.B. gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, demografische Entwicklung, Zuwanderung) gekennzeichnet.

Ein wichtiger Schwerpunkt der Arbeit ist in Anbetracht des Fallzahlen- und Ausgabenvolumens die Steuerung der **Kosten der Unterkunft**. Der kommunale Leistungsträger ist sowohl für Leistungsberechtigte nach dem SGB II als auch nach dem SGB XII zuständig. Im Jahr 2007 haben im Jahresdurchschnitt rund 222.000 Personen monatlich Kosten der Unterkunft erhalten. Die Ausgaben beliefen sich auf rund 555 Mio. EUR. Schwerpunkte der Steuerung sind

- die Überprüfung der Angemessenheit von Mieten,
- die Überprüfung von Nebenkosten und Mieterhöhungsverlangen unter Einbeziehung der Hamburger Mietervereine,
- die Verhinderung von Mietschulden durch gezielte Nutzung des Instrumentes Direktanweisungen an Vermieter und Energieversorgungsunternehmen.

Die Steuerung der **Sozialhilfe** (SGB XII bzw. AsylbLG) umfasst sowohl die *Hilfe zum Lebensunterhalt* nach dem 3. Kapitel als auch die *Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung* nach dem 4. Kapitel des SGB XII sowie die Leistungen nach dem AsylbLG. Diese Hilfen wenden sich an Leistungsberechtigte, die aufgrund ihres Alters, ihrer gesundheitlichen Situation oder ihres ausländerrechtlichen Status nicht erwerbsfähig sind. Die Steuerungsmöglichkeiten sind insbesondere dadurch, dass eine Hilfe zur Selbsthilfe insbesondere durch die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit ausscheidet, sehr beschränkt. Ziel ist jedoch auch für diese Leistungsbereiche die wirtschaftliche Hilfestellung und die Berücksichtigung des Nachranggrundsatzes. Dies umfasst für das SGB XII und das AsylbLG

- die Vermeidung von Leistungsmissbrauch,
- klare fachliche Vorgaben zur rechtmäßigen Anwendung der Gesetze,
- die unterjährige Ausgabensteuerung,
- den Vergleich mit anderen Großstädten.

Vorwort

Einzelplan 4

Das Ziel einer effizienten Hilfegewährung wird auch im Bereich der **Krankenhilfe** nach dem SGB XII und dem AsylbLG weiter verfolgt. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GMG) zum 1.1.2004 haben die Krankenkassen die Krankenbehandlung der nicht versicherten Leistungsberechtigten nach dem SGB XII und nach § 2 AsylbLG übernommen (§ 264 SGB V). Diese Leistungsberechtigten sind zwar nicht Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse, leistungs- und verfahrensrechtlich aber den gesetzlich Krankenversicherten gleichgestellt. Die Aufwendungen, die den Krankenkassen durch die Übernahme der Krankenbehandlung entstehen, hat der zuständige Träger der Sozialhilfe den Krankenkassen zu erstatten. Aufgabe des Trägers der Sozialhilfe ist es jedoch weiterhin, zu überprüfen, ob die Leistungen angemessen sind und wirtschaftlich erbracht oder gewährt werden. Um diese Prüfung durchführen zu können, ist im Jahr 2008 ein neues IT-Verfahren, der so genannte CareCostManager, installiert worden. Der CareCostManager deckt die für die Abrechnung der Leistungen wichtigsten Funktionalitäten ab, die schrittweise erweitert werden sollen. Mit Hilfe dieser Software werden die Leistungen der Krankenkassen zukünftig elektronisch erfasst, geprüft und abgerechnet. Außerdem wird diese Software die für das Controlling erforderlichen Auswertungen liefern. Auch die Krankenhilfe für die Leistungsberechtigten nach § 1 AsylbLG wird neu strukturiert. Sie obliegt – anders als bei den nicht versicherten Leistungsberechtigten nach dem SGB XII – unmittelbar dem Träger der Sozialhilfe. Durch die Einführung des CareCostManagers und die Einbeziehung qualifizierten Personals aus dem Kreis der Asklepios-Rückkehrer sowie des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung wird die Leistungsprüfung und -abrechnung auch in diesem Bereich schrittweise verbessert. Zusätzlich sollen weitere Verträge mit den verschiedenen Leistungserbringern der gesetzlichen Krankenversorgung (z.B. Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigung Hamburg) über die Versorgung der Leistungsberechtigten geschlossen werden. Außerdem wird mit der Einführung eines Berichtswesens die Voraussetzung für eine wirksame Überprüfung der Wirtschaftlichkeit der Leistungsgewährung und -erbringung erreicht.

Zum 1. Februar 2008 ist die **Schuldnerberatung** für Leistungsberechtigte nach dem SGB XII und SGB II in Hamburg nach dem Vergaberecht öffentlich ausgeschrieben worden. Mit den erfolgreichen Bietern wird ein Vertrag über die Durchführung der Schuldnerberatung in Hamburg mit einer Laufzeit von zunächst fünf Jahren mit der Option einer Verlängerung der Vertragslaufzeit um weitere fünf Jahre abgeschlossen. Außerdem ist beabsichtigt, die Schuldnerberatung finanziell zu verstärken. Für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 sind hierfür Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 3,9 Mio. EUR jährlich veranschlagt worden. Das sind knapp 0,8 Mio. EUR bzw. rund 25 Prozent mehr als im Vorjahr. Damit soll erreicht werden, dass künftig deutlich mehr Menschen beraten werden können als in den Vorjahren. Zudem ließe sich gewährleisten, dass die Schuldnerberatung für Menschen mit geringem Einkommen in Hamburg auch weiterhin auf einem qualitativ hochwertigen Niveau und effizient durchgeführt werden kann.

In der **Wohnungslosenhilfe** sind zur Wohnungssicherung, zur Wohnungsversorgung für Wohnungslose und zur öffentlich-rechtlichen Unterbringung in allen Bezirken *Fachstellen für Wohnungsnotfälle* eingerichtet worden. Damit verbunden war die Dezentralisierung der Hilfen („Hilfen aus einer Hand“), um die hilfebedürftigen Menschen mit den einzelnen Angeboten vor Ort - in den Bezirken - besser zu erreichen. Sämtliche Angebote und Hilfen für Wohnungslose wurden zusammengeführt bzw. koordiniert und vernetzt zur Verfügung gestellt. Ziel ist es insbesondere, dass von Wohnungslosigkeit bedrohte Personen ihre Wohnung behalten und die Anzahl der öffentlich-rechtlich untergebrachten Personen reduziert wird.

Die **Hilfen für pflegebedürftige Menschen** werden auf der Grundlage der „Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2010“ weiter entwickelt. Schwerpunkte bilden die ambulante Betreuung und Pflege in seniorengerechten und stadtteilintegrierten Wohnformen, die Förderung der Kurzzeit- und Tagespflege sowie der Hospizarbeit und Sterbebegleitung in Pflegeeinrichtungen. Hinzu kommen die Umsetzung der Pflegeversicherungsreform, der Aufbau von Pflegestützpunkten und die Weiterentwicklung der Hilfen für demenzkranke Menschen. Einen Schwerpunkt bildet die durch die Föderalismusreform den Ländern zugewachsene Gesetzgebungskompetenz für das Heimrecht, die genutzt werden soll, um ein modernes Landesgesetz zu schaffen, das stationäre und ambulante Einrichtungen und Pflegeangebote für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf umfasst.

Die Berücksichtigung der **Bedürfnisse und Interessen älterer Menschen** ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts und alle Bereiche betrifft. Demografische Veränderungen sind regelhaft und in koordinierter Weise zu berücksichtigen, unter anderem bei Stadtentwicklung, Verkehr, Gesundheit, Bildung, sozialräumlicher Planung etc. Einerseits sollen Ältere ermutigt werden, Zeit, Erfahrung und Engagement für das Gemeinwesen einzusetzen. Andererseits sind mit dem Alter auch spezifische Lebensrisiken verbunden, denen durch geeignete und vernetzte Angebote entgegengewirkt wird.

Im Bereich der **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen** sind mit der Bildung eines Fachamtes Eingliederungshilfe im Bezirksamt Wandsbek, das für das Fallmanagement für die stationären, teilstationären und ambulanten Leistungen zuständig ist, die notwendigen Voraussetzungen für eine Hilfegewährung nach dem Prinzip „Hilfe aus einer Hand“ geschaffen worden.

Der 2006 begonnene Prozess der konsequenten Ambulantisierung des Hilfeansatzes, in dem - unter Berücksichtigung der Leistungen vorrangiger Sozialleistungsträger - zwischen verschiedenen Hilfeformen und Hilfeanbietern, auch im Rahmen eines *persönlichen Budgets*, gewählt werden kann, wird fortgesetzt. Auf dem Ausbau von Stützpunkten und der Vernetzung von bestehenden, niedrigschwelligen Angeboten wird in diesem Zusammenhang ein besonderer Schwerpunkt liegen.

Im Bereich des sozialpsychiatrischen Hilfesystems ist es Ziel, durch den Umbau der bestehenden Leistungsangebote den personenzentrierten Hilfeansatz über bestehende institutionelle Bezüge hinweg zu erreichen. Zugleich sollen unnötige auswärtige stationäre Betreuungen vermieden sowie bestehende Bedarfe an hochstrukturierten, geschlossenen Plätzen in diesem Zusammenhang gedeckt werden.

Ein wichtiges Aufgabenfeld wird künftig in der Flexibilisierung im Bereich der Tagesförderung und -strukturierung liegen, insbesondere vor dem Hintergrund der größer werdenden Gruppe älterer Menschen mit Behinderung. Hier geht es um die interne Differenzierung der bestehenden Angebote, eine Verbesserung der Übergänge zu den Arbeitsplätzen der Werkstätten für behinderte Menschen und eine Optimierung der Nutzung, auch im Zusammenwirken mit anderen Angeboten (Vernetzung).

Des Weiteren wird daran gearbeitet, die *Arbeitsmarktintegration* behinderter Menschen im Zusammenwirken aller Leistungsträger (Sozialversicherungen, team.arbeit.hamburg, Sozialhilfeträger) zu optimieren. Das **Integrationsamt** setzt seine Maßnahmen zur Unterstützung schwerbehinderter Menschen im Arbeitsleben fort.

Der Bereich **Hilfen nach dem Betreuungsgesetz** gestaltet ein bedarfsdeckendes Hilfesystem für die rechtliche Betreuung erwachsener Menschen in Hamburg. Rechtliche Betreuungen sollen gegenüber Präventionsmaßnahmen und niedrigschwelligen Hilfen nachrangig einsetzen; soweit sie erforderlich sind, sollen sie möglichst durch geeignete natürliche Personen, insbesondere auf ehrenamtlicher Basis, wahrgenommen werden.

Integration und Zivilgesellschaft

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt Grundsatz-, Planungs- und Steuerungsaufgaben der Integration von Zuwanderern, der Zuwanderung von Spätaussiedlern und jüdischen Emigranten, der Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und beim Opferschutz wahr.

Für einen erheblichen Anteil von bereits länger hier lebenden Ausländern und Spätaussiedlern besteht noch ein besonderer **Integrationsförderbedarf**. Die Integrationszentren für Zuwanderer, die in jedem Bezirk vorgehalten werden, bieten gezielte Maßnahmen zur Integrationsförderung an. Schwerpunkte sind die Migrationsberatung und die Sprachförderung. Wegen der herausragenden Bedeutung für den Integrationserfolg werden weitere Maßnahmen zum Erlernen der deutschen Sprache ergänzend zu den Maßnahmen des Bundes und anderer Fachbehörden durchgeführt. Zur Erreichung spezifischer Zielgruppen werden weitere Projekte und Vereine gefördert.

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz ist federführend für die Umsetzung und Fortschreibung des vom Senat am 19. Dezember 2006 beschlossenen **Handlungskonzepts zur Integration von Zuwanderern**. Sie steuert bzw. koordiniert die Umsetzung mit Hilfe von Ziel- und Leistungsvereinbarungen für insgesamt 20 Themen in den Handlungsfeldern „Sprache, Bildung und Ausbildung“, „Berufliche Integration“, „Soziale Integration“, „Zusammenleben in der Stadt“ und „Zuwanderungsfreundliches Hamburg“. Der Behörde obliegt ferner die Abstimmung der Integrationsförderung zwischen Bund und Ländern (Nationaler Integrationsplan, Bundesweites Integrationsprogramm nach § 45 Aufenthaltsgesetz) sowie zwischen Fachbehörden und Bezirksämtern.

Mit den Maßnahmen zur **Förderung der freiwilligen Rückkehr und Reintegration** wird Zuwanderern mit und ohne Bleiberecht eine Rückkehr und Wiedereingliederung in ihr Herkunftsland erleichtert. Damit erhalten Zuwanderer die Chance, sich über Alternativen zu einem Verbleib in Deutschland zu unterrichten und dann in freier Selbstbestimmung über eine Rückkehr zu entscheiden.

Mit der Gründung der Landesinitiative „Hamburg engagiert sich“ wurde 2003 ein neues Netzwerk geschaffen, mit dessen Hilfe die Potenziale der **bürgerschaftlichen Engagements** in Hamburg weiter erschlossen, gefördert und weiter entwickelt werden. Schwerpunkte der Landesinitiative sind die Optimierung der Vernetzungsstrukturen, die Verbesserung der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen, die Schaffung neuer Formen der Anerkennung und Wertschätzung sowie der Ausbau der Infrastruktur zur Information, Beratung, Vermittlung und Fortbildung. Ein weiterer Schwerpunkt ist die thematische und quantitative Ausweitung der Freiwilligendienste.

Zudem ist der Bereich **Opferschutz** weiterhin ein fachlicher Schwerpunkt. Mit dem Landesaktionsplan Opferschutz verfolgt der Senat mit unterschiedlichen Maßnahmen und Initiativen das Ziel, Frauen und Männern und ihren Kindern, die insbesondere von häuslicher Gewalt bedroht oder betroffen sind, die notwendigen Hilfen schnell zur Verfügung zu stellen. Für diesen Zweck werden Zuwendungen an Einrichtungen, die dem Schutz erwachsener Opfer von Gewaltdelikten dienen, veranschlagt. Einen weiteren Schwerpunkt hat der Senat 2007 mit seinem Beschluss über das Handlungskonzept zur Bekämpfung von Zwangsheiraten gesetzt, welches Hilfen für von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat betroffener Migrantinnen und Migranten beinhaltet. Ziel ist es, die Partizipation dieser Gruppe an dem bestehenden Hilfesystem weiter zu verbessern, um ihre soziale und gesellschaftliche Integration noch weiter zu stärken.

Gesundheit und Verbraucherschutz

Das Gesundheitswesen stellt neben der zentralen Aufgabe der Daseinsvorsorge einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor für die Metropole Hamburg dar. Aktivitäten für eine effiziente Gesundheitsversorgung und einen wirkungsvollen Verbraucherschutz tragen dazu bei, dass Hamburg gleichermaßen moderne Wirtschaftsmetropole und rundum lebenswerte Stadt für seine Bürgerinnen und Bürger ist und bleibt.

Die Stärkung Hamburgs als familienfreundliche Stadt soll die Schwerpunktsetzungen im Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz weiter prägen. Ob im öffentlichen Gesundheitsdienst, bei der Prävention und Frühförderung, bei Hilfs- und Beratungsangeboten oder im Bereich der Sucht- und AIDS-Prävention, beim gesundheitlichen Arbeitnehmerschutz oder der Mitwirkung bei der Entwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen in Hamburger Betrieben – in allen Aufgabenbereichen wird ein besonderer Fokus auf die Weiterentwicklung und Verbesserung der Angebote und Maßnahmen zugunsten von Familien und Kindern gelegt. Damit leistet die BSG einen wichtigen Beitrag zu einer Familienpolitik aus einem Guss und zur Zielsetzung einer wachsenden Stadt für Familien und Kinder.

Hamburgs Stellung als wachsende Hafen- und Logistikmetropole und als „Eingangstor der EU“ prägt die Aufgabenwahrnehmung im Bereich des Verbraucherschutzes. Ein wachsender Containerumschlag stellt hohe Anforderungen an einen effektiven und schlagkräftigen Verbraucherschutz, die die Stadt mit der aktuellen Reorganisation des Veterinäramtes Grenzdienst erfolgreich erfüllt.

Die Zertifizierung von Arzneimittelherstellern im außereuropäischen Ausland dient der Sicherheit durch Risikominimierung für die Bürgerinnen und Bürger weit über den Standort Hamburg hinaus. Mit dem Projekt „Marktüberwachung im Ostseeraum“ wird ferner auch im Bereich der Non-Food-Produkte eine verbesserte europäische Zusammenarbeit verwirklicht.

Künftig strebt der Senat an - anknüpfend an die erfolgreichen Aktivitäten im Bereich Life Sciences - das gesamte Spektrum der Gesundheitswirtschaft als eine der bedeutendsten Wachstumsbranchen in Hamburg verstärkt zu fördern. Kernpunkte dabei sind die Implementierung eines professionellen Clustermanagements unter Einbeziehung aller relevanten Akteure mit dem Ziel, vorhandene Wachstums- und Innovationspotentiale für Hamburg auszuschöpfen. Zentrale Handlungsfelder werden dabei Aus- und Fortbildung, Transparenz und Qualität in der Versorgung sowie die Prävention bilden. In diese Aktivitäten soll ebenfalls die in den letzten Jahren ausgebaut Aufgabe der internationalen Zusammenarbeit integriert werden, um die fortschreitende Internationalisierung der Gesundheitswirtschaft und die hervorragenden Marktchancen von hamburgischen Unternehmen in diesem Bereich nutzen zu können.

Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung, Gesundheitsschutz

Krankenhausplanung und -versorgung

Mit dem Krankenhausplan 2010 sind die Grundlagen für die stationäre Gesundheitsversorgung der nächsten Jahre geschaffen worden. Dabei sind seit Einführung der Fallpauschalen (DRGs) die Rahmenbedingungen der Krankenhausfinanzierung ebenso wie der staatlichen Steuerung einem steten Veränderungs- und Anpassungsprozess unterworfen.

Zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung in der Metropolregion Hamburg mit hochqualifizierten klinischen Leistungsangeboten fördert die Stadt weiterhin auf hohem Niveau Investitionsmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern, insbesondere zur Umsetzung von Strukturmaßnahmen. Aktuell geben dabei vor allem der Neubau des Diakonieklinikums Hamburg und der Ausbau der Endo-Klinik wichtige Impulse für die Hamburger Gesundheitsbranche.

Mit der Errichtung eines Epilepsiezentrum am Ev. Krankenhaus Alsterdorf soll ein wichtiges Kompetenzzentrum zur Behandlung anfallskranker Patientinnen und Patienten für die Metropolregion Hamburg ausgebaut werden. Die Situation der Not- und Unfallversorgung in Hamburg wird weiter mit der Einrichtung von Zentralen Notaufnahmen in den Krankenhäusern verbessert. Darüber hinaus wird die Dezentralisierung der klinisch-psychiatrischen Versorgung in Hamburg mit der Einrichtung von weiteren wohnortnahen Behandlungsangeboten fortgesetzt.

Maßregelvollzug

Zur Anpassung an den steigenden Bedarf an Unterbringungsplätzen im Maßregelvollzug wurden in den letzten Jahren umfangreiche Investitionsmaßnahmen getätigt. So wurden durch den Umbau des Hauses 14 in den Jahren 2005 und 2006 und durch die Errichtung des Erweiterungsbaus an Haus 14 in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt 90 zusätzliche Plätze geschaffen. Darüber hinaus ist zum derzeitigen Zeitpunkt keine weitere Anpassung der Kapazitäten vorgesehen. Die weitere Entwicklung und die Auslastung der Einrichtung bleibt aber zu beobachten.

Gesundheitsberichterstattung, Prävention und Gesundheitsförderung

In den Aufgabenbereichen der Gesundheitsberichterstattung, der Prävention und der Gesundheitsförderung stehen im Sinne der Senatsstrategie für ein familienfreundliches Hamburg Aktivitäten und Maßnahmen für Familien und Kinder im Vordergrund. Mit den relevanten Akteuren, z.B. den Krankenkassen, sollen gesundheitsförderliche und präventive Ansätze und Maßnahmen konzipiert und umgesetzt werden.

Bei der Erfassung, Analyse, Beschreibung und Bewertung gesundheitlicher Parameter wird dementsprechend ein Schwerpunkt auf Säuglinge, Familien und Kinder gelegt. Hieraus abgeleitet werden Ziel- und Handlungsempfehlungen für diese Zielgruppen entwickelt und umgesetzt. Insbesondere zur Kinder- und Familiengesundheit sollen zielgruppenspezifisch und lebensweltbezogen Angebote zur Förderung von Gesundheitskompetenzen gestärkt, Selbsthilfeaktivitäten weiterentwickelt werden und eine verbesserte Information der Bevölkerung über gesundheitliche Daten, Hilfeangebote und Kompetenzen u. a. über Gesundheitsberichte (auch im Internet) erfolgen. Über Bilanzberichte wird die Evaluation der Qualität und auch der Wirksamkeit eingeleiteter Aktivitäten beschrieben.

Zur Stärkung der Gesundheit von Mutter und Kind werden Familienhebammenprojekte verstetigt und ausgebaut. Darüber hinaus sollen die Aktivitäten in den Bereichen Früherkennung (insbesondere Früherkennungsuntersuchungen bei Kindern) „Gesundheit rund um die Geburt“ sowie „Gesundheit im Vorschul- und Schulalter“ weiterentwickelt und verstärkt werden. Verbesserten Kooperationen in Stadtteilen (sozialräumlicher Ansatz) kommt eine besondere Bedeutung zu. Im Bereich HIV/AIDS/STD bildet bei der Prävention die Zielgruppe der Jugendlichen wie auch die Migrantinnen und Migranten einen Schwerpunkt. Verstärktes Augenmerk wird darüber hinaus auf die Mobilitätsförderung älterer Menschen und verbesserte Informationen für chronisch kranke Menschen gelegt. Bei allen Angeboten werden – soweit möglich – mehrsprachige Hilfen integriert.

Öffentlicher Gesundheitsdienst

Die Strukturen zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen ungewöhnlicher Seuchenzustände wie SARS, Influenza oder die Einschleppung hoch ansteckender Erreger wie das Ebola-Virus werden weiter optimiert, um im Falle einer besonderen Seuchenzustand die Auswirkungen auf die Gesundheit der Hamburger Bevölkerung zu mindern und den bei Masernkrankheiten entstehenden volkswirtschaftlichen Schaden zu begrenzen. Hierbei kommt dem Hafen- und Flughafenärztlichen Dienst eine besondere Bedeutung zu, denn der Hafen und der Flughafen sind potentielle Einfallsorte für die Einschleppung von Seuchen. Hamburg wird mit verstärkter Anstrengung die novellierten internationalen Gesundheitsvorschriften umsetzen, die u. a. auch die Vorbereitung auf eine mögliche Influenzapandemie beinhalten.

Drogen und Sucht

In den Jahren 2006 bis 2008 wurden deutliche fachpolitische Umsteuerungen zur Stärkung der Prävention und frühen Intervention bei Suchtmittelmissbrauch vorgenommen. Auf dieser Grundlage soll nun in den Haushaltsjahren 2009 und 2010 die Beratung für suchtgefährdete Jugendliche als eigenständiges Segment der Suchtberatung in Hamburg fortgeführt, evaluiert und weiterentwickelt werden. Die erreichte Kooperation und Vernetzung zwischen Suchtkrankenhilfe und Jugendhilfe sowie mit dem System der Gesundheitsversorgung wird weiter ausgebaut, um insbesondere die Kinder aus suchtbelasteten Familien frühzeitig zu erreichen und Unterstützung für die Familie zu gewährleisten.

Um darüber hinaus eine bedarfsgerechte und zielgruppenspezifische Ausrichtung der Suchtkrankenhilfe zu gewährleisten, sind die Hilfen stetig auf neue Zielgruppen wie zum Beispiel suchtbelastete Menschen mit Migrationshintergrund oder älter werdende Drogenabhängige zu orientieren.

Sozialversicherung

Der demographische Wandel mit steigender Lebenserwartung und Zunahme des Durchschnittsalters sowie der Wandel der Arbeitswelt erfordern eine ständige Anpassung und Weiterentwicklung der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung. Dies gilt für deren Finanzierung, Leistungsniveau, Organisation und Versorgungsangebote, ohne den Einzelnen oder die Gemeinschaft zu überfordern. Hiervon sind die Hamburger Versicherten, deren Sozialversicherungsträger sowie die Hamburger Leistungserbringer unmittelbar betroffen. Das regionale gesundheitliche Versorgungsangebot ist zugleich auch ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor hinsichtlich des medizinisch-technischen Angebots und der Beschäftigungsangebote. Hamburg wird sich daher an der Weiterentwicklung der gesetzlichen Sozialversicherung im Rahmen der parlamentarischen Verfahren mitgestaltend beteiligen.

Präventiver Verbraucher- und Arbeitsschutz

Der Ansatz eines umfassenden präventiven Verbraucher- und Arbeitsschutzes als Gesundheitsschutz in unterschiedlichen Lebensbereichen wie der Arbeitswelt, im Bereich der Lebensmittel, der Bedarfsgegenstände, der Kosmetika, der Arzneimittel, der Medizinprodukte, der technischen Anlagen und Verbraucherprodukte oder im Medizinbetrieb und als Schutz der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Verbraucher, bildet auch in Zukunft die Grundlage für Verbraucherschutzpolitik in Hamburg.

Lebensmittelbezogener Gesundheitsschutz und Veterinärwesen

Im Vordergrund des lebensmittelbezogenen Verbraucherschutzes steht der vorbeugende Schutz der Verbraucher vor Gesundheitsgefährdungen und Gesundheitsschädigungen durch Qualitätssicherung sowohl bei der Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln sowie tierischen und pflanzlichen Erzeugnissen als auch bei der Kontrolle von Herstellungs- und Verarbeitungsbetrieben und der Handelsstufen.

Ein wesentlicher Aspekt der Qualitätssicherung wird durch die Einführung und Fortschreibung eines durch die Europäische Union vorgeschriebenen modularen Qualitätsmanagement - Systems für die Lebensmittelsicherheit und das Veterinärwesen umgesetzt.

Mit der Fortsetzung der Einrichtung von dezentralen Grenzkontrollstellen des Veterinäramtes Grenzdienstes werden nicht nur die strengen Anforderungen der EU bei der Einfuhr und Transitkontrolle erfüllt, sondern auch eine kunden- und somit wirtschaftsfreundlichere Abfertigung an den Terminals im Hamburger Hafen ermöglicht.

Ein weiterer angesichts aktueller Krisen besonders wichtiger Aufgabenbereich ist die Bewältigung bzw. Verhinderung von Tierseuchen und akuten anderen Risiken für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Durch die Tierschutztransportverordnung wird eine verstärkte Überwachung des Transportwesens unter tierschutzrechtlichen Gesichtspunkten ermöglicht. Das Institut für Hygiene und Umwelt sichert dabei unabhängige und schnelle Untersuchungen und Begutachtung auf hohem wissenschaftlichen Niveau im Bereich von Lebensmitteln und Kontaminanten, der Mikrobiologie, der Hygiene, der Impfméizin, der Infektionsepidemiologie sowie von Umweltuntersuchungen. Im Rahmen der norddeutschen Kooperation bestehen Abkommen mit umliegenden Bundesländern im Hinblick auf eine Konzentration von Untersuchungsschwerpunkten in einzelnen amtlichen Untersuchungslaboratorien, um ressourcenschonend auf hohem Standard auch den gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben nachkommen zu können.

Produkt- und Anlagensicherheit

Mit dem Netzwerk Marktüberwachung im Ostseeraum hat Hamburg eine Vorreiterrolle für eine verbesserte Zusammenarbeit im Bereich der Produktsicherheit bei Gegenständen des täglichen Gebrauchs übernommen und setzt damit die auf nationaler Ebene verfolgte Strategie der Kooperation und Arbeitsteilung fort. Angesichts ansteigender Zahlen von Mängelmeldungen und Verbraucherbeschwerden kann die Produktsicherheit mit den vorhandenen Ressourcen nur auf diese Weise gewährleistet werden. Ein neuer Schwerpunkt ist das gesteigerte Interesse der Verbraucher für Gefährdungen durch stoffliche Eigenschaften der Produkte (z.B. gefährliche Chemikalien). Dieses Interesse muss durch verstärkte Information und kompetente fachliche Beratung bedient werden.

Anfang 2006 wurde das staatliche Monopol bei der Prüfung überwachungsbedürftiger Anlagen (Aufzüge, Kraftwerke, Tanklager usw.) teilweise aufgehoben. Die völlige Wettbewerbsfreiheit auf diesem Gebiet ist Anfang 2008 eingetreten. Die Tätigkeit der wettbewerblichen Prüfinstitutionen ist sorgsam zu beobachten und zu bewerten, um das bestehende hohe Niveau der Anlagensicherheit in Hamburg zu sichern. Flankierend ist durch Aufklärung und Beratung dafür zu sorgen, dass die Anlagenbetreiber die ihnen im Rahmen der Deregulierung in großem Maße neu zugewiesene Eigenverantwortung wahrnehmen können.

Schutz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Patientinnen und Patienten

Das „Hamburger Arbeitsschutzmodell „ABS – Aufsicht, Beratung, Systemüberwachung“ besteht mit ständigen Anpassungen an die sich weiterentwickelnde Arbeitswelt nunmehr seit mehr als 10 Jahren und hat sich mit seinem Ansatz zu einem präventiven und systemorientierten Arbeits- und Gesundheitsschutz bewährt. Es sieht neben der einzelbetrieblichen Bera-

Vorwort

Einzelplan 4

tung und Überwachung insbesondere branchenbezogene Schwerpunkttätigkeiten bei Klein- und Mittelunternehmen in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften, Verbänden, Kammern, Innungen sowie Krankenkassen und Berufsgenossenschaften vor. Dadurch wird eine möglichst große Akzeptanz für Arbeits- und Gesundheitsschutzfragen in den Betrieben erreicht und gleichzeitig über die Kooperationspartner als Multiplikatoren eine große Breitenwirkung erzielt. Dieser Zusammenarbeit wurde mit der ArbeitsschutzPartnerschaft eine breite Basis gegeben.

Die Umsetzung der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) wird in den kommenden Jahren eine engere Abstimmung mit den Berufsgenossenschaften und die Umsetzung von bundesweit festgelegten inhaltlichen Schwerpunkten erfordern.

Besonders enge Bezüge sowohl zum Verbraucherschutz als auch zum Gesundheitsbereich weist der Bereich des Patientenschutzes und der Sicherheit in der Medizin auf. Ziele sind hierbei die Gewährleistung der Sicherheit von Arzneimitteln, Medizinprodukten und bei der medizinischen Versorgung sowie der Ausbau der Verbraucher- und Patientenrechte. Informations- und Beratungsangebote für Patientinnen und Patienten sowie Verbraucherinnen und Verbraucher sollen hierfür zielgruppenorientiert unterstützt werden.

Umweltbezogener Gesundheitsschutz

Basierend auf einer belastbaren fachlichen Bewertung der umweltbedingten Gesundheitsrisiken (Risikoabschätzung) und deren glaubwürdige und nachvollziehbare Darstellung (Risikokommunikation) werden chemische und physikalische Risiken und Gefahren aus der Umwelt für spezielle Risikogruppen und für den Verbraucher bewertet und Maßnahmen vorgeschlagen.

Durch die Zuordnung des Krebsregisters werden die Möglichkeiten der Fachabteilung zur fachlichen Analyse gesundheitlicher Risiken und zur Information der Verbraucher gestärkt. Die Krebsregistrierung zielt darauf ab, Datengrundlagen zur Planung und Evaluation von Maßnahmen der Krebsbekämpfung sowie zur Ressourcenplanung für Therapie und Forschung zu schaffen und als Fallreservoir für weitergehende Studien zur Ursachenforschung zu dienen.

Internet-Auftritt und e-Government

Die Internet-Seiten der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (www.hamburg.de/bsg) informieren über Arbeitsfelder und Leistungen der Behörde. Auch Broschüren und Antragsformulare können heruntergeladen werden. Die Behörde betreut darüber hinaus verschiedene themenspezifische Angebote, die unter direkt erreichbaren Adressen zur Verfügung stehen (z.B. www.hamburg.de/familienwegweiser, www.hamburg.de/kinderschutz und www.hamburg.de/organspende). Unter www.hamburg.de/kita können Eltern unter anderem die geeignete Kindertagesstätte für ihr Kind finden, unter www.hamburg.de/familienpass gibt es einen kostenlosen Newsletter mit aktuellen Informationen für Hamburger Familien. Das hamburgische Krebsregister bietet unter www.hamburg.de/krebsregister sowohl Betroffenen, Angehörigen und Mitgliedern von Selbsthilfegruppen als auch Experten aus dem Gesundheitswesen die Möglichkeit, Daten zu Krebserkrankungen und Krebssterbefällen in Hamburg abzufragen. Aktuelle und umfassende Angebote z.B. zum Nichtraucherschutz und zu den Krankenhäusern in Hamburg runden das Angebot ab. Die Internet-Seiten werden kontinuierlich ausgebaut und weiterentwickelt.

Ausgehend von den aktuellen E-Government-Angeboten der BSG wie zum Beispiel dem Verfahren für die Bearbeitung von Schwerbehindertenangelegenheiten (Schweb-net), der Bearbeitung von Aufgaben nach dem SGB VIII und SGB XII sowie der Produktionsdatenbank des Wassergütemessnetzes werden alle Aufgabenfelder der Behörde laufend daraufhin untersucht, inwieweit ein interaktiver Informationsaustausch zwischen Bürgern und Behörden, Unternehmen und Behörden sowie Behörden und Behörden - unter Berücksichtigung einer angemessenen Kosten/Nutzen-Relation - realisiert werden kann. Das Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz legt dabei einen besonderen Schwerpunkt auf die Verbesserung der hafen- und flughafenbezogenen Dienste (Hamburg Post Health Center sowie Veterinäramt Grenzdienst) durch den schrittweisen Ausbau einer umfassenden E-Government-Unterstützung.

Für die Bearbeitung von Schwerbehindertenangelegenheiten wurde 2006 das Verfahren *Schweb-net* eingeführt. In diesem Verfahren werden die Aufgaben von drei Referaten fallbezogen abgebildet. Die Zusammenarbeit zwischen diesen Referaten wird über einen Workflow sichergestellt. Die Bearbeitung von Schwerbehindertenangelegenheiten erfordert neben der internen Aufgabenerfüllung auch die Beteiligung von behördenexternen Gutachtern. Diesen Gutachtern werden Aufträge über eine transaktive Internetanwendung im Rahmen des Hamburg-Gateway zugewiesen, die Abgabe der Gutachten erfolgt ebenfalls über diese Anwendung. Die Ergebnisse stehen damit medienbruchfrei für die weitere Vorgangsverarbeitung im Verfahren zur Verfügung. Diese Internetanwendung wird erweitert um die elektronische Übermittlung von Befundberichten, die bei behandelnden Ärzten wie auch Krankenhäusern und ähnlichen Einrichtungen ebenfalls auf elektronischem Wege abgefordert werden sollen.

Für die Abrechnung von Leistungen der Krankenhilfe nach dem SGB XII und anderen gesetzlichen Regelungen wurde ein Verfahren eingeführt, mit dem die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der in Rechnung gestellten Leistungen unterstützt wird.

Für die Aufgabenfelder der Eingliederungshilfe und der Altenpflege werden gegenwärtig Internetanwendungen mit entsprechenden Suchfunktionalitäten erstellt. Hier wird die Möglichkeit geschaffen, dass Bürgerinnen und Bürger anhand ihrer Bedarfe gezielt nach Einrichtungen suchen können.

Ein Schwerpunkt der gegenwärtigen Arbeit ist die Ersatzbeschaffung zweier Verfahren für die Bearbeitung von Aufgaben nach dem SGB VIII und SGB XII. Hier werden die Entscheidungsgrundlagen für die Auswahl von Nachfolgeprodukten erarbeitet. Neben der Arbeitsunterstützung im bisherigen Umfang kommt hier dem Datenaustausch zwischen verschiedenen Leistungsträgern besondere Bedeutung zu. In der durch diesen Datenaustausch vermeidbaren Mehrfacherfassung von Daten in unterschiedlichen Systemen wird ein beachtliches Einsparungspotenzial gesehen.

2. Übersicht Gesamteinnahmen und -ausgaben

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben entwickeln sich wie folgt:

		2008	2009	2010	+/- in %	
		in Tsd. Euro			2009:2008	2010:2009
Einnahmen		259.444	243.113	243.968	-6,3	0,4
Davon:						
Verwaltungseinnahmen etc.	(Hgr. 1)	19.762	18.496	18.496	-6,4	0,0
Zuweisungen, Zuschüsse	(Hgr. 2)	239.682	215.162	217.473	-10,2	1,1
Investitionszuschüsse, etc.	(Hgr. 3)	0	9.455	7.999	-	-15,4
Ausgaben		2.364.332	2.407.297	2.424.692	1,8	0,7
Davon:						
Personalausgaben		105.099	112.205	112.233	6,8	0,0
Sach- und Fachausgaben		2.122.835	2.148.343	2.167.444	1,2	0,9
Sonstige Betriebsausgaben		1.022	725	445	-29,1	-38,6
Investitionen		135.376	146.024	144.570	7,9	-1,0

Anteil an den bereinigten Gesamtausgaben 2009/2010 (in %)	2009		2010	
	Gesamtplan	Einzelplan 4	Gesamtplan	Einzelplan 4
Personalausgaben	31,9	4,7	32,7	4,6
Sach- und Fachausgaben	43,0	89,2	43,6	89,4
Investitionen	13,6	6,1	12,1	6,0

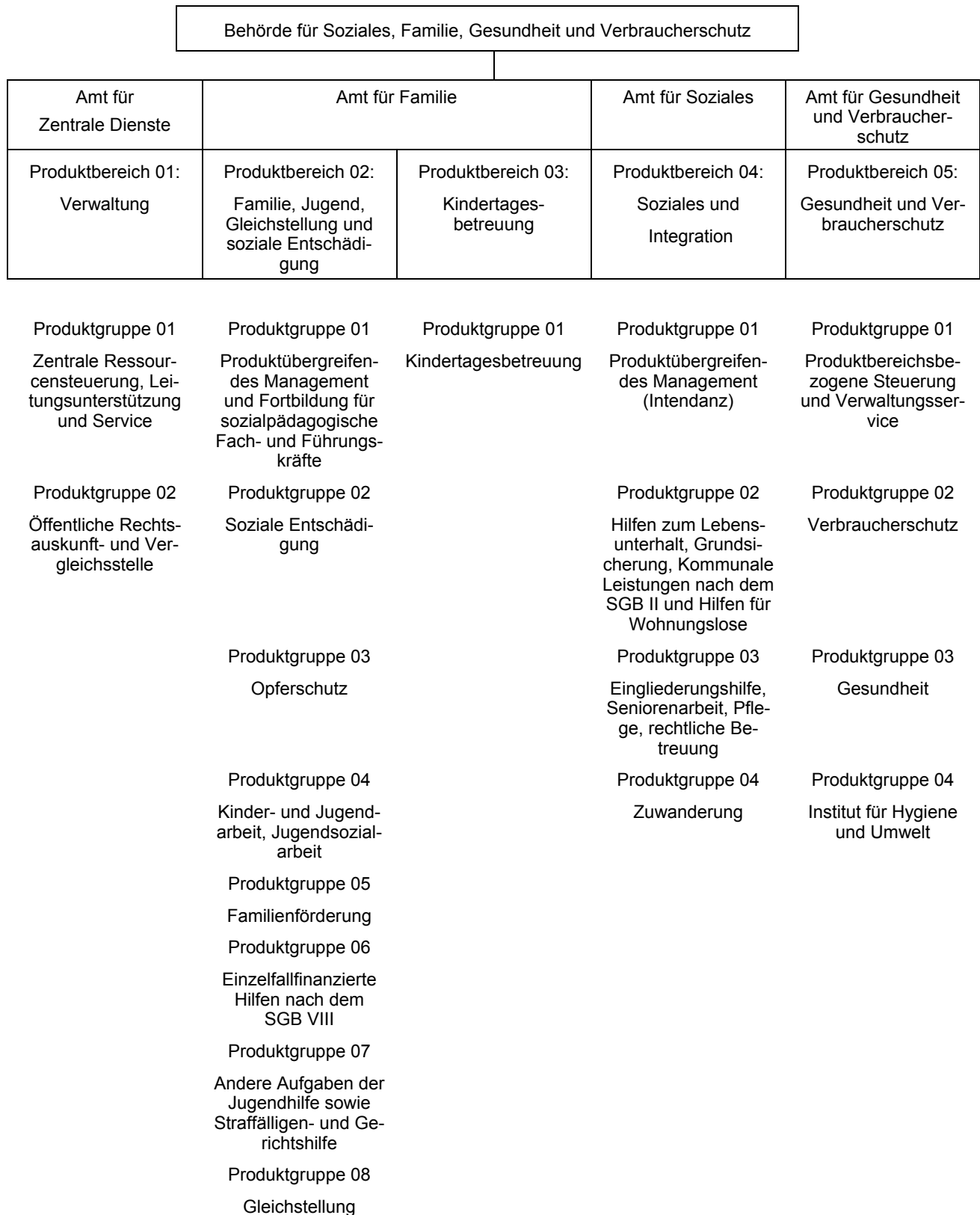
Investitionsrestevolumen der Vorjahre

2006				2007			
Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2007 übertragene Reste		Gesamtsoll ¹	Ist	auf 2008 übertragene Reste	
in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in Tsd. Euro	in %
181.280	138.031	41.875	23,1	188.959	115.650	50.713	26,8

¹ Ansatz einschl. Sollübertragungen, übertragene Reste und Vorgriffe aus Vorjahren

3. Organisations- und Aufgabenstruktur (Organigramm)

Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz ist wie folgt organisiert:



4. Kontenrahmen für Dienstbezüge (KRD), Kontenrahmen für Versorgung (KRV) und Stellenplan

KRD

Abweichend von der in den übrigen Bereichen praktizierten Zuordnung sind die Personalausgaben für das Versorgungsamt in der Titelgruppe Z 61 im Kapitel 4220 und die des Veterinäramtes Grenzdienst in der Titelgruppe Z 63 im Kapitel 4920 veranschlagt.

Die Veranschlagung der Personalausgaben im KRD des Einzelplans (Titel 4xx.91) basiert auf dem Konzept der Dezentralisierung. Veranschlagungsbasis ist das Plansoll 2008, das im Wesentlichen dezentral um folgende Effekte fortgeschrieben worden ist:

- Lineare Anpassungen und Struktureffekte durch das neue Tarifrecht bzw. die Besoldungsanpassung zum 1.1.2008;
- Beitragsänderungen zur Sozialversicherung, soweit sie bis Ende 2007 feststehen;
- Minderbedarfe aufgrund von Entscheidungen zu aufgabenkritischen Maßnahmen;
- altersbedingte Mehr- oder Minderbedarfe gegenüber den bei der Budgetaufstellung 2008 berücksichtigten Werten (Grundlage: Bezügeabrechnungsdaten Monat 12/2007, Altersmodell);
- volle Berücksichtigung der Jahreswerte von
 - unterjährigen Mitteltransfers (im Haushaltsjahr 2007), sofern dauerhaft fortwirkend,
 - im Planansatz 2008 nur mit Teiljahresbeträgen berücksichtigten Veränderungen;
- Auswirkungen etwaiger weiterer Beschlüsse von Senat und Bürgerschaft zum Haushalt 2008;
- im Finanzplan 2007-2011 in den MAP-Raten 2009 und 2010 enthaltene Anpassungen;
- IT-bedingte Einsparungen;
- Aufgabenverlagerungen durch veränderte Zuständigkeiten.

Dezentral sind außerdem veranschlagt:

- Kostenanteile
 - an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter (Titel 432.91),
 - an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Titel 438.91) sowie
 - an den Beihilfen für Aktive (Titel 441.91).

Die Summe der hier veranschlagten Personalausgaben ergibt das Personalausgabenbudget, innerhalb dessen die Stellen des Stellenplans genutzt werden können bzw. zu bewirtschaften sind. Aus dem Budget sind auch etwaige Leistungen nach § 51 LHO zu finanzieren, also Leistungen, die nicht auf Gesetz oder Tarifvertrag beruhen, wie z.B. Abfindungen oder persönliche Zulagen in Folge von Besitzstandsregelungen nach Veränderungen des Aufgabenzuschnitts.

Die finanziellen Auswirkungen linearer Anpassungen im Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifbereich bis 2010 werden zentral veranschlagt und ggf. den Budgets im Rahmen der Bewirtschaftung zur Verfügung gestellt. Zentral vorgehalten werden auch Mittel für notwendige Korrekturen durch mögliche Veränderungen im Beitragsrecht der Sozialversicherung in den Jahren bis 2010.

KRV

Nach dem Verursacherprinzip werden seit 2004 alle zu erwartenden Versorgungsausgaben auf der Kapitelebene des jeweiligen Einzelplans bei den sachlich zuständigen Titeln (also getrennt nach Statusgruppen) veranschlagt. Die Versorgungsausgaben insgesamt setzen sich zusammen aus

- der Summe der in den KRD, den NSM-Bereichen und den Wirtschaftsplänen (Titel xxxx.632.91/632.01) als Zuschlag auf die Aktivbezüge veranschlagten Kostenanteile für Versorgung und
- der Differenz, die nach Abzug der o.g. Zuschläge von den zu erwartenden Versorgungsausgaben nach der Versorgungsprognose verbleibt.

Diese Differenz wird zuzüglich der Beihilfeleistungen für Versorgungsempfänger im Kontenrahmen für Versorgung (KRV) veranschlagt. Die Kostenanteile an den Versorgungsbezügen (Zuschläge auf die Aktivbezüge) bleiben hingegen Bestandteil der Budgets (KRD; NSM). Für Beihilfeleistungen an Versorgungsempfänger wurden pauschal knapp 12 v. H. der Versorgungsbezüge für Beamte, Richter und deren Hinterbliebene unterstellt, die sich als langfristiger Mittelwert ergeben haben. Ein negativer Haushaltsansatz im KRV entsteht, wenn das Volumen der Zuschlagsanteile die Werte der Versorgungsprognose übersteigt. Das ist insbesondere bei neuen Behörden bzw. neu eingerichteten Kapiteln der Fall. Die Ausgaben in den KRV sind entsprechend der Regelung für die KRD mit Einwilligung der Finanzbehörde einzeplanübergreifend gegenseitig deckungsfähig (Art. 6 Nr. 1 des Haushaltsbeschlusses).

Durch die dezentrale Veranschlagung werden die Versorgungsausgaben ressortspezifisch abgebildet. Erkennbar werden in den Einzelplänen jetzt auch die modellhaften Wechselwirkungen aus der Altersstruktur. Steigt der Prognosewert für tatsächlich zu leistende Versorgung durch neu in die Versorgung Hineinwachsende an, sinkt zugleich nach dem angewendeten Altersmodell der für die aktiv Beschäftigten zu berücksichtigende Bedarf, sofern die frei gewordenen Stellen mit lebensjüngeren und damit kostengünstigeren Personen nachbesetzt werden.

Vorwort

Einzelplan 4

Für die Behörden ist mit diesem weiteren Schritt zur kosten- und produktorientierten Darstellung keine unmittelbare Budgetverantwortung verbunden, weil sie die entstandenen Versorgungsaufwendungen nicht mehr unmittelbar beeinflussen können.

Stellenplan

Der Stellenplan bildet den personalwirtschaftlichen Ermächtigungsrahmen eines Haushaltsjahres ab, der von den Behörden und Ämtern im Rahmen der Budgetvorgaben ausgenutzt werden kann. Der Stellenplan ist in der Anlage 1 zum Einzelplan (blaue Seiten) dargestellt.

Die Stellenpläne der netto-veranschlagten Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO sowie der Landesbetriebe nach § 26 Absätze 1 und 4 LHO sind in den Wirtschaftsplänen (rosa Seiten) abgedruckt.

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010.

Die vom Senat beantragten Stellenneuschaffungen, -hebungen und -umwandlungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten. Die betreffenden Veränderungen sind in der nachstehenden Tabelle summarisch sowie im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Dies gilt gleichermaßen für vorgesehene Stellenstreichungen, über die der Senat die Bürgerschaft ggf. mit gesonderter Vorlage unterrichten wird. Die damit konkret verbundenen Stellenabgänge werden – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen – im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Zur Einsparung vorgesehene Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen – z.B. Stellen noch besetzt – im dezentralen Datenbestand bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/2010 nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Stellenplan-Entwurf 2009/2010 (einschl. netto-veranschlagte Einrichtungen nach § 15 Abs. 2 LHO und Landesbetriebe nach § 26 Abs. 1 und 4 LHO)

Einzelplan 4. Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Kapitel	Stellen- zahl *	Neue Stellen		Stellenhebungen		Umwandlungen	
		2009	2010	2009	2010	2009	2010
4000 Allgemeine Verwaltung	234,65					0,5	
4010 Öffentliche Rechts- auskunft- und Ver- gleichsstelle	16,43						
4200 Sozialordnung	23,75						
4220 Versorgungsverwal- tung	218,62						
4440 Kinder- und Jugend- arbeit, Jugendsozial- arbeit	183,66					2	
4480 Landesbetrieb Erzie- hung und Berufsbil- dung	552,50						
4500 Kindertagesbetreu- ung	0						
4600 Amt für Soziales	295,26	11		0,5		2	
4910 Verwaltung und Ser- vice	728,53	12,48 ²					
4940 Institut für Hygiene und Umwelt	341,36						

5. Sachausgaben (KRS/Titelgruppen)

Die vorhandenen Titelgruppen wurden beibehalten.

² 8,0 Stellen Veterinäramt Grenzdienst (Drucksache 2004/1032 v. 17.09.2004), 2,0 Stellen Gewebegesetz, 2,0 Stellen Einhaltung Sozialvorschriften im Straßenverkehr

6. Einzelplandeckungskreise

Alle im Einzelplan 4 eingerichteten Deckungskreise sind auf dem Deckblatt zum Zahlenwerk aufgeführt. Eine Übersicht über die dazugehörigen Titel findet sich in Anlage 4.

7. Übersicht über ausgegliederte Bereiche (Wirtschaftspläne)

Zur Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz gehören die folgenden Landesbetriebe nach § 26 LHO und nettoveranschlagte Einrichtungen nach § 15 LHO; das voraussichtliche Jahresergebnis je Einrichtung ist wie folgt veranschlagt:

Einrichtung	Gesamtaufwand		Zuführung (-) aus dem Haushalt Ablieferung (+) an den Haushalt	
	2009	2010	2009	2010
Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung	33.041	32.846	0	0
Institut für Hygiene und Umwelt	23.418	23.536	0	0

Beim Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung ist im Gesamtaufwand eine Zuführung zur Pensionsrückstellung von jeweils 175 Tsd. Euro enthalten.

Beim Institut für Hygiene und Umwelt ist im Gesamtaufwand eine Zuführung zur Pensionsrückstellung von jeweils 616 Tsd. Euro enthalten.

Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen sind durch eine Gewährleistungszusage der Freien und Hansestadt Hamburg in dieser Höhe gedeckt.

Wirtschaftspläne, Lageberichte/Produktinformationen und Erläuterungen finden sich in Anlage 2 (rosa Seiten).

8. Bericht über Maßnahmen und Projekte gem. bürgerschaftlichen Ersuchen

Entfällt.

9. Zuwendungen

Das Zuwendungsverfahren ist in der BSG durch Dienstvorschriften geregelt. Darin sind insbesondere die Zuständigkeiten und das Verfahren für die Bewilligung von Zuwendungen, die Überwachung der Verwendung, die Prüfung der Verwendungsnachweise und die Erfolgskontrolle festgelegt.

Geeignete steuerungsrelevante Kennzahlen für die verschiedenen Zuwendungsbereiche sind Bestandteil der jeweiligen Produktinformationen. Sofern in den jeweiligen Haushaltskapiteln Zuwendungen veranschlagt sind, werden die wesentlichen Aussagen hierzu in den Ziffern 2. der Kapitel- / Titelerläuterungen dargestellt.

Sämtliche Zuwendungen der Behörde werden mit Hilfe des EDV-gestützten Verfahrens „Integrierte Erfassung und Bearbeitung von Zuwendungen“ (INEZ) bewilligt. Dieses Verfahren stellt sicher, dass die Bewilligungen nach einheitlichen Kriterien ausgesprochen und alle Zuwendungsfälle dokumentiert werden. Auch die Verwendungsnachweisprüfung ist in dieses Verfahren eingeschlossen. Mit Hilfe eines Auswertungssystems ist es möglich, jederzeit Auskunft über Volumina, Bewilligungen und Verfahrensstände zu erhalten.

Im Rahmen des jährlichen Berichtes über den Haushaltsverlauf eines Haushaltsjahres werden gegenüber Senat und Bürgerschaft die Abläufe der Zuwendungsverfahren dargestellt und die wesentlichen Ergebnisse des Zuwendungscontrollings über Bewilligungen und Verwendungsnachweisprüfungen übermittelt.

10. Produktinformationen (generelle Hinweise)

10.1 Darstellung der Produktbereiche und -gruppen

Die Produktinformationen der BSG sind in fünf Produktbereiche untergliedert. Diese spiegeln die in den jeweiligen Ämtern verfolgten Ziele und Aufgaben wider. Für den Einzelplan 4 besteht folgende Zuordnung der Kapitel zu den Produktbereichen:

Produktbereich	Kapitel-Nr.	Kapitelbezeichnung
01 Verwaltung	4000	Allgemeine Verwaltung
	4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA)
02 Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung	4200	Familie, Jugend und Sozialordnung
	4220	Soziale Entschädigungsleistungen
	4230	Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer
	4240	Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung
	4250	Opferschutz
	4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
	4450	Familienförderung
	4460	Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII
	4470	Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe
	4490	Gleichstellung
03 Kindertagesbetreuung	4500	Kindertagesbetreuung
04 Soziales	4600	Soziales und Integration
	4610	Hilfen zum Lebensunterhalt
	4620	Hilfen für Wohnungslose
	4630	Gesundheitshilfen
	4640	Hilfen zur Pflege
	4650	Eingliederungshilfen
	4670	Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung
	4700	Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger
05 Gesundheit und Verbraucherschutz	4910	Verwaltung und Service
	4920	Verbraucherschutz
	4930	Gesundheit
	4940	Institut für Hygiene und Umwelt

10.2 Finanzielle Übersichten nach Produktbereichen

Haushaltsplan 2008

	Gesamt-einnahmen	Personal-ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt-ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan	259.444	105.099	2.123.857	135.376	2.364.322
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.341	14.971	9.706	507	25.184
Produktbereich 02	26.374	26.123	341.319	4.651	372.093
Produktbereich 03	-	-	410.985	1.350	412.335
Produktbereich 04	225.044	22.622	1.286.126	20.028	1.328.776
Produktbereich 05	6.685	41.383	75.721	108.840	225.944

Haushaltsplan 2009

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan	243.113	112.205	2.149.068	146.024	2.407.297
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.334	14.077	10.810	287	25.174
Produktbereich 02	24.620	30.516	320.704	4.703	355.923
Produktbereich 03	8.162	3.765	426.668	9.616	440.049
Produktbereich 04	200.648	19.821	1.310.776	17.404	1.348.001
Produktbereich 05	8.349	44.026	80.110	114.014	238.150

Haushaltsplan 2010

	Gesamt- einnahmen	Personal- ausgaben	Sach- und Fachausgaben	Investitionen	Gesamt- ausgaben
	Tsd. Euro				
Gesamtbetrag Einzelplan	243.968	112.233	2.167.889	144.570	2.424.692
Davon entfallen auf:					
Produktbereich 01	1.334	14.606	10.800	634	26.040
Produktbereich 02	24.875	30.219	321.526	4.093	355.838
Produktbereich 03	7.999	3.902	447.448	12.476	463.826
Produktbereich 04	202.704	19.468	1.306.370	17.474	1.343.312
Produktbereich 05	7.056	44.038	81.745	109.893	235.676

Produktinformationen

Erläuterung des Strukturdatenblatts zu den Produktinformationen:

Das **Strukturdatenblatt** auf der nächsten Seite zeigt auf einen Blick die jeweilige finanzielle Relevanz der jeweiligen Produktgruppen und Produktbereiche sowohl in tabellarischer Darstellung als auch als grafische Übersicht. Insbesondere grafisch wird deutlich, welche Produktgruppen vom Finanzvolumen her den Schwerpunkt des Einzelplans bilden.

Die Linie in der Grafik schneidet dabei die Produktgruppe, mit der 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans überschritten werden. Häufig sind es nur zwei oder drei Produktgruppen, auf die mehr als 80 Prozent des Finanzvolumens des Einzelplans entfallen. Die Grenze wurde bei 80 Prozent gezogen, da es in der Betriebswirtschaftslehre die so genannte 80/20-Regel gibt (Beispiel: 80 Prozent des Umsatzes werden mit 20 Prozent der Kunden erwirtschaftet). Idealtypischerweise sollten Ziele, Kennzahlen und Erläuterungen zu Produktgruppen, auf die ein hohes Finanzvolumen entfällt, ausführlicher dargestellt werden als bei Produktgruppen, deren Finanzvolumen im Verhältnis zum gesamten Finanzvolumen des Einzelplans gering ist. Soweit hiervon abgewichen wird, sollte es inhaltliche Gründe geben.

Strukturdatenblatt
Einzelplan 4

Haushaltsjahr 2009: Einzelplan 4 - Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz								
Tabelle 1								
	Summierungsabgleich in Tsd. EUR	PB	gelbe Seiten Gesamtausgaben		Differenz Sp. 5 - Sp. 4	Abgleich zum Zahlenwerk Gesamtausgaben		
			PG	PB		Ansatz	Differenz PG Sp. 7 - Sp. 4	Differenz PB Sp. 7 - Sp. 5
1	2	3	4	5	6	7	8	9
	01 Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service 02 Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle gesamt	01 01	23.866 1.308			23.866 1.308		
			25.174	25.174	0	25.174	0	0
	01 Produktübergreifendes Management und Fortbildung für sozialpädagogische Fach- u. Führungskräfte 02 Soziale Entschädigung 03 Opferschutz 04 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit 05 Familienförderung 06 Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII 07 Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- u. Gerichtshilfe 08 Gleichstellung gesamt	02 02 02 02 02 02 02 02	5.716 51.385 8.700 52.416 45.876 184.566 6.892 372			5.716 51.385 8.700 52.416 45.876 184.566 6.892 372		
			355.923	355.923	0	355.923	0	0
	01 Kindertagesbetreuung gesamt	03	440.049	440.049	0	440.049	0	0
	01 Produktübergreifendes Management (Intendanz) 02 Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung, Kommunale Leistungen nach SGB II und Hilfen für Wohnungslose 03 Eingliederungshilfe, Seniorenarbeit, Pflege, rechtliche Betreuung 04 Zuwanderung gesamt	04 04 04 04	25.890 783.875 493.269 44.967			25.890 783.875 493.269 44.967		
			1.348.001	1.348.001	0	1.348.001	0	0
	01 Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice 02 Verbraucherschutz 03 Gesundheit 04 Institut für Hygiene und Umwelt gesamt	05 05 05 05	9.767 31.454 183.020 13.909			45.074 8.947 170.220 13.909		
			238.150	238.150	0	238.150	0	0
	Summe		2.407.297	2.407.297	0	2.407.297	0	0
Tabelle 2								
Rang	PG	PB	Ressourcen		Ressourcen kumuliert	Anzahl Produkte	Anzahl Kennzahlen	
			in Tsd. EUR	in %	in %			
1	2	3	4	5	6	7	8	
1	02 Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung, Kommunale Leistungen nach SGB II und Hilfen für Wohnungslose	04	783.875	32,6%	32,6%	4	29	
2	03 Eingliederungshilfe, Seniorenarbeit, Pflege, rechtliche Betreuung	04	493.269	20,5%	53,1%	4	83	
3	01 Kindertagesbetreuung	03	440.049	18,3%	71,3%	6	31	
4	06 Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII	02	184.566	7,7%	79,0%	5	11	
5	03 Gesundheit	05	183.020	7,6%	86,6%	9	44	
6	04 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	02	52.416	2,2%	88,8%	6	18	
7	02 Soziale Entschädigung	02	51.385	2,1%	90,9%	4	18	
8	05 Familienförderung	02	45.876	1,9%	92,8%	9	13	
9	04 Zuwanderung	04	44.967	1,9%	94,7%	3	17	
10	02 Verbraucherschutz	05	31.454	1,3%	96,0%	9	38	
11	01 Produktübergreifendes Management (Intendanz)	04	25.890	1,1%	97,1%	2	1	
12	01 Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service	01	23.866	1,0%	98,1%			
13	04 Institut für Hygiene und Umwelt	05	13.909	0,6%	98,6%	4	3	
14	01 Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice	05	9.767	0,4%	99,0%	6	11	
15	03 Opferschutz	02	8.700	0,4%	99,4%	5	10	
16	07 Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- u. Gerichtshilfe	02	6.892	0,3%	99,7%	3	4	
17	01 Produktübergreifendes Management und Fortbildung für sozialpädagogische Fach- u. Führungskräfte	02	5.716	0,2%	99,9%	7	6	
18	02 Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle	01	1.308	0,1%	100,0%	2	5	
19	08 Gleichstellung	02	372	0,0%	100,0%	2	0	
Summe			2.407.297	100,0%		90	342	

Produktgruppen	Ressourcen (Tsd. EUR)	kumulierte Prozent
02 Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung	783.875	32,6%
01 Kindertagesbetreuung	440.049	53,1%
03 Gesundheit	183.020	86,6%
02 Soziale Entschädigung	51.385	90,9%
04 Zuwanderung	44.967	94,7%
01 Produktübergreifendes Management (Intendanz)	25.890	97,1%
04 Institut für Hygiene und Umwelt	13.909	98,6%
03 Opferschutz	8.700	99,4%
01 Produktübergreifendes Management und Fortbildung für sozialpädagogische Fach- u. Führungskräfte	5.716	99,9%
02 Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle	1.308	100,0%
08 Gleichstellung	372	100,0%

Produktinformationen

Produktbereich 01: Verwaltung

Kapitel 4000,4010

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.584	3.288	1.341	1.334	1.334
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.584	3.288	1.341	1.334	1.334
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	24.522	24.640	24.677	24.887	25.406
• Personalausgaben in Tsd. EUR	15.953	15.842	14.971	14.077	14.606
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	8.569	8.798	9.706	10.810	10.800
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	89	71	59	36	36
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.209	561	507	287	634
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	213,60	198,60	195,60	194,60

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Bestmöglicher Service für die Fachämter und die Behördenleitung
Z 2:	Rechtmäßigkeit des Behördenhandelns
Z 3:	Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit der Behörde
Z 4:	Leistungsorientiertes und entwicklungsförderndes Betriebsklima
Z 5:	Möglichst geringer eigener Ressourcenbedarf des Amtes Z
Z 6:	Gewährleistung eines rechtlichen Serviceangebots für Bürgerinnen und Bürger
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service
PG 2	Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle

Produktgruppe 01: Zentrale Ressourcensteuerung, Leitungsunterstützung und Service

Kapitel 4000

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Unterstützung der Behördenleitung bei der Steuerung der Fachaufgaben
Z 2:	Unterstützung der Fachämter bei der Erledigung ihrer Fachaufgaben
Z 3:	Bereitstellung und Weiterentwicklung eines Systems zur effektiven und effizienten Ressourcensteuerung
<i>Produkte</i>	
P 1	Leitungsunterstützung
P 2	Organisations- und Personalentwicklung
P 3	Personalverwaltung und -betreuung
P 4	Finanzplanung, -controlling und Haushalt
P 5	Verwendungsnachweisprüfungen im Amt Z
P 6	Recht
P 7	Beteiligungsmanagement
P 8	IT-technische Lösungen
P 9	Infrastruktur (Service)

Produktbereich: 01
Verwaltung

P 10 Zentrale Vorprüfung / Fachlicher Prüfdienst (externe Finanzkontrolle)
P 11 Zentrale Steuerung und Beratung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.575	1.344	1.091	1.084	1.084
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ¹	1.575	1.344	1.091	1.084	1.084
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	22.558	22.126	23.404	23.579	24.091
• Personalausgaben in Tsd. EUR	14.232	13.670	13.955	13.073	13.595
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ²	8.326	8.456	9.449	10.506	10.496
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	89	71	59	36	36
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ³	1.209	561	507	287	634

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁴	2.084	1.743	-	1.672	1.739
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.870	1.538	-	1.476	1.535
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	214	205	-	196	204

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Mittel der Produktgruppe stehen im Wesentlichen zur Wahrnehmung von Querschnittsfunktionen für die Behörde - mit Ausnahme der Bereiche Gesundheit und Verbraucherschutz - zur Verfügung. Deren Verwaltung erfolgt dezentral.

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁵	-	183,60	183,60	180,60	179,60
Anzahl der (aktiven und passiven) Beschäftigten ⁶	1.102	1.113	-	991	991

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Anteil der Personalausgaben der zentralen Intendanz an den gesamten Personalausgaben in % ⁷	13,14	11,25	-	11,29	11,29

¹ Die hohen Ergebnisse 2006 und 2007 sind auf zusätzliche Personal- und Verwaltungskostenerstattungen zurückzuführen.

² Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 23 Tsd. EUR bzw. 1 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweckzuweisungen. Mit der Drs. 18/6980 wurden 2007 und 2008 jeweils 1 Mio. EUR für Mehrbedarfe im Einzelplan zur Verfügung gestellt.

³ Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 72 Tsd. EUR bzw. 48 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Zweckzuweisung.

⁴ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

⁵ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen. Nicht enthalten ab 2009 sind 21,3 VZÄ der Leitstelle Integration und Zivilgesellschaft (LIZ), die im Kapitel 4000 geführt werden, aber nicht im eigentlichen Sinn zum Produktbereich Verwaltung gehören.

⁶ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

⁷ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

<i>Kostenkennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Durchschnittliche Personalbetreuungskosten pro Beschäftigten in EUR ⁸	1.243	1.247	-	1.227	1.227
Durchschnittliche Personalentwicklungskosten pro Beschäftigten in EUR	444	485	-	475	475
Durchschnittliche Personalverwaltungskosten pro Beschäftigten in EUR	799	762	-	752	752

Produktgruppe 02: Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle

Kapitel 4010

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Gewährleistung eines rechtlichen Serviceangebotes durch Rechtsberatung, Güteverfahren/Mediation, Sühneverfahren
Z 2: Durchsetzung von berechtigten Ansprüchen insbesondere für finanziell und sozial Schwachgestellte
Z 3: Entlastung des gerichtlichen Verfahrens
<i>Produkte</i>
P 1 Rechtsberatung für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen
P 2 Güteverfahren / Mediation in zivilrechtlichen Angelegenheiten, Sühneverfahren in strafrechtlichen Angelegenheiten

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR ⁹	1.009	1.944	250	250	250
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.009	1.944	250	250	250
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.964	2.514	1.273	1.308	1.315
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰	1.721	2.172	1.016	1.004	1.011
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	243	342	257	304	304

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹¹	252	277	-	128	129
· innerbehördlich in Tsd. EUR	226	244	-	113	114
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	26	33	-	15	15

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Ausgabenschwerpunkte:
- Personalkosten für hauptamtliche Mitarbeiter/-innen
- Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitarbeiter/-innen

⁸ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

⁹ Die hohen Ergebnisse 2006 und 2007 sind auf zusätzlichen Personaleinsatz für die Bearbeitung von Telekom-Güteanträgen und Jahresend-Güteanträgen und dadurch erzielte höhere Einnahmen zurückzuführen.

¹⁰ Ergebnisse 2006 und 2007: Die ÖRA hat zu ihrem Stammpersonal zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingesetzt.

¹¹ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

Produktbereich: 01
Verwaltung

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ¹²	-	30	15	15	15

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Rechtsberatung für Bürgerinnen und Bürger mit niedrigem Einkommen:					
Anzahl der Rechtsberatungen	33.657	32.715	35.000	33.000	33.000
Durchschnittliche Kosten je Rechtsberatung in EUR	30,57	30,55	23	31	31
Praktische Hilfen innerhalb der Rechtsberatung (Fertigen von Schriftsätzen an die Gegenseite, Entwerfen von Schriftsätzen für die Ratsuchenden: z.B. Widersprüche, Klagen)	13.043	12.997	15.000	13.000	13.000
P 2: Güteverfahren / Mediation in zivilrechtlichen Angelegenheiten, Sühneverfahren in strafrechtlichen Angelegenheiten:					
Anzahl der Güteverfahren, Mediationen, Sühneverfahren	1.034	1.358	2.000	2.000	2.000

¹² Siehe Fussnote 10.

Produktbereich 02: Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung

Kapitel 4200-4490

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	23.976	24.012	26.374	24.620	24.875
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	23.976	24.012	26.374	24.620	24.875
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	320.210	342.187	367.442	351.220	351.745
• Personalausgaben in Tsd. EUR	36.448	35.516	26.123	30.516	30.219
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	283.762	306.671	341.129	320.549	321.371
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	53.163	54.750	54.627	55.773	56.295
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	226.216	246.241	280.610	258.090	259.004
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	0	0	190	155	155
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	5.491	4.529	4.651	4.703	4.093
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	429,20	429,20	374,60	374,60

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Bewahrung des Sozialstaatsgebotes (Artikel 20 Grundgesetz)
Z 2:	Sicherstellung der gesetzlichen Leistungen der sozialen Entschädigung
Z 3:	Sicherstellung bedarfsgerechter und effektiver Maßnahmen des Opferschutzes
Z 4:	Gewährleistung der Erfüllung von Rechtsansprüchen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (insbesondere gesetzliche Leistungen nach dem SGB VIII)
Z 5:	Sicherstellung und fachliche Weiterentwicklung von Angeboten der Familienförderung zur Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz, Unterstützung bei der Bewältigung schwieriger Erziehungssituationen sowie Verbesserung der Lebensbedingungen für Familien
Z 6:	Fachliche Weiterentwicklung der Jugendhilfe durch Beratung und Förderung sowie Qualifizierung der Fach- und Laienkräfte
Z 7:	Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Produktübergreifendes Management und Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte
PG 2	Soziale Entschädigung
PG 3	Opferschutz (Diese Produktgruppe ist organisatorisch der Leitstelle Integration und Zivilgesellschaft zugeordnet)
PG 4	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
PG 5	Familienförderung
PG 6	Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII
PG 7	Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe
PG 8	Gleichstellung

Produktgruppe 01: Produktübergreifendes Management und Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte

Kapitel 4200

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung der Amtsleitung und der Abteilungsleitungen bei der Steuerung der Fachaufgaben.
Z 2: Sicherung eines wirtschaftlichen und ordnungsmäßigen Geschäftsbetriebes.
Z 3: Fachliche Weiterentwicklung der Jugendhilfe durch Beratung und Förderung sowie Qualifizierung der Fach- und Laienkräfte.

Produktbereich: 02
Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung

<i>Produkte</i>
P 1 Leitung und strategische Führung
P 2 Managementunterstützung
P 3 Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	73	224	217	207	207
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	73	224	217	207	207
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	3.583	5.184	5.129	5.716	5.236
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹³	2.432	3.891	3.963	3.780	3.800
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.151	1.293	1.166	1.936	1.436
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	445	465	506	506	506

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹⁴	356	496	-	483	486
· innerbehördlich in Tsd. EUR	320	438	-	427	429
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	36	58	-	56	57

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Zahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Jahre 2009 und 2010:
Ausgabenschwerpunkte
Produkt 3
Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte
Titel 4200.525.01 und 525.02 (1.417 Tsd. EUR / 917 Tsd. EUR)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitaquivalente (VZÄ) ¹⁵	-	65,80	65,80	16,20	16,20

¹³ Personalausgaben der Produktgruppen 01 und 03.

¹⁴ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

¹⁵ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen. Ab 2009 ist die Ausgliederung des Integrationsamtes in das Amt für Soziales berücksichtigt.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 3: Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte:					
Anzahl der Fortbildungsveranstaltungen und Praxisberatungen speziell für sozialpädagogische Fachkräfte ¹⁶	229	265	240	250	250
Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer insgesamt	4.817	4.288	4.100	4.200	4.200
Durchschnittliche Ausgaben pro Teilnehmertag in der sozialpädagogischen Fortbildung in EUR	87,60	96,14	103,70	105,24	105,24

Produktgruppe 02: Soziale Entschädigung

Kapitel 4220-4240

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Soziale Integration in die Gesellschaft durch Bereitstellung aller gesetzlich vorgesehenen und geeigneten Hilfen für den betreuten Personenkreis
Z 2: Ordnungsgemäße Gesetzesanwendung
Z 3: Optimierung verwaltungsinterner Prozesse und Strukturen
<i>Produkte</i>
P 1 Interne Integration (Sicherung des ordnungsgemäßen Zusammenwirkens der Leitungs-, institutionellen und technischen Ebenen)
P 2 Rechtshandlungen des Versorgungsamtes Hamburg (Feststellungen nach dem SGB IX, Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer, Lastenausgleich, Spätaussiedler, Wiedergutmachung)
P 3 Sozialmedizinische Dienstleistungen
P 4 Information und Kommunikation

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	13.036	11.302	15.761	13.814	14.002
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ¹⁷	13.036	11.302	15.761	13.814	14.002
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	47.864	47.360	54.015	51.353	51.840
• Personalausgaben in Tsd. EUR	13.853	12.151	12.895	12.439	12.428
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	34.011	35.209	41.120	38.914	39.412
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ¹⁸	30.940	30.764	36.278	34.063	34.569
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	23	24	32	32	32

¹⁶ Das Amt für Familie bietet zentral Fortbildungen für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte der Hamburger Jugendhilfe und im Sozialbereich (Behörden und freie Träger) an. Außerdem liegt hier die Zuständigkeit für die fachlich-inhaltliche Betreuung und administrative Unterstützung der bezirklichen Tagespflegebörsen bezüglich ihrer Aufgabenwahrnehmung gemäß § 23 Abs. 2 SGB VIII (Beratung und Fortbildung der Tagespflegepersonen und Sorgeberechtigten). Zusätzlich zu der o.g. Anzahl wurden im Jahr 2006 in Kooperation mit den bezirklichen Tagespflegebörsen 188 Kurse (3-9 Unterrichtsstunden) mit 2.078 Teilnehmern durchgeführt, in 2007 waren es 182 Kurse mit 1.987 Teilnehmern.

¹⁷ Mit der Drs. 18/6980 wurden nach einer Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes für 2008 Mittel in Höhe von 1.391 Tsd. EUR nachbewilligt. Einnahmen (und Ausgaben) im Bereich der Kriegsofferfürsorge sind dagegen rückläufig.

¹⁸ Mit der Drs. 18/6980 wurden nach einer Änderung des Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetzes für 2008 Mittel in Höhe von 2.140 Tsd. EUR nachbewilligt. Die Ausgaben im Bereich der Kriegsofferfürsorge sind dagegen rückläufig.

Produktbereich: 02
Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ¹⁹	2.028	1.549	-	1.591	1.589
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.820	1.367	-	1.404	1.403
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	208	182	-	187	186

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Zahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Jahre 2009 und 2010:
Einnahmeschwerpunkte
- Eigenbeteiligung für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr, § 145 SGB IX (rd.1,4 / rd. 1,4 Mio. EUR)
- Ersatz für Leistungen der Kriegsopferfürsorge durch den Bund (rd. 9,6 / 9,6 Mio. EUR)
- Erstattung des Bundes für Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (rd. 1,1 / rd. 1,2 Mio. EUR)
Ausgabenschwerpunkte
Produkt 2
- Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr (10,4/ 10,6 Mio. EUR)
- NSM-Betriebskonto Versorgungsamt Hamburg (rd. 14,9/ rd. 14,9 Mio. EUR)
- Kriegsopferfürsorge (13,2 / 13,2 Mio. EUR)
- Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung (7,0 / 7,2 Mio. EUR)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ²⁰	-	193,60	193,60	193,60	193,60

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 2: Rechtshandlungen des Versorgungsamtes Hamburg (Feststellungen nach dem SGB IX, Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer, Lastenausgleich, Spätaussiedler, Wiedergutmachung):					
Bestandsfälle (bearbeitete Gesamt-Menge; Ultimo des Vorjahres)	265.585	266.455	262.945	264.194	262.974
-davon Gewährung sozialer Entschädigung und Kriegsopferfürsorge	9.922	9.235	8.315	7.644	6.984
-davon Schwerbehindertenrecht (SGB IX)	249.867	251.558	250.000	252.000	252.000
-davon Empfänger von Wiedergutmachungs- und Kriegsschadenrenten, Schadensfeststellungen Lastenausgleich und Rückforderungsverfahren	5.796	5.662	4.630	4.550	3.990
Neufälle (Gesamt-Menge der Erstanträge, Neufeststellungen, Verfahren von Amts wegen, Widersprüche und Klagen)	108.956	103.848	108.285	104.370	102.565
-davon Soziale Entschädigung und Kriegsopferfürsorge ²¹	25.419	22.567	22.045	18.300	16.500
-davon Schwerbehindertenrecht (SGB IX)	77.841	74.813	79.000	79.000	79.000

¹⁹ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

²⁰ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen.

²¹ Einschließlich rd. 600 Anträge nach dem Opferentschädigungsgesetz.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
-davon Spätaussiedler einschließlich Zustimmung zur Einreise jüdischer Kontingentflüchtlinge, Opferrente ²²	37	485	740	570	565
-davon Widersprüche, Klagen, Berufungen	5.659	5.983	6.500	6.500	6.500
Durchschnittliche Bearbeitungszeit (in Monaten)					
-Neuanträge Soziales Entschädigungsrecht	8	8	8	8	8
-Neuanträge Schwerbehindertenrecht (SGB IX)	3,38	3,53	3	3	3
-Spätaussiedler, Opferrente	2	2	2	2	2
-Rückforderungsverfahren Lastenausgleich	3	4	4	4	4
-Widersprüche Soziales Entschädigungsrecht	13,20	7,60	9	8	8
-Widersprüche Schwerbehindertenrecht	3,60	3	7	4	4
P 3: Sozialmedizinische Dienstleistungen:					
Gesamt-Menge aller Untersuchungen, Begutachtungen und Stellungnahmen	44.477	44.971	48.000	48.000	48.000
davon Fremdbegutachtungen	35.205	36.578	30.000	34.000	34.000

Produktgruppe 03: Opferschutz (Diese Produktgruppe ist organisatorisch der Leitstelle Integration und Zivilgesellschaft zugeordnet)

Kapitel 4250

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Überwindung individueller Beeinträchtigungen infolge einer Gewalttat/ Straftat, insbesondere bei häuslicher Gewalt, Beziehungsgewalt, Zwangsverheiratung sowie Menschenhandel und Zwangsprostitution
Z 2: Gewaltprävention durch die Förderung von Opfer- und Täterarbeit
Z 3: Förderung der Selbsthilfepotenziale von Opfern von Gewalt
Z 4: Schutz im Einzelfall für Opfer von Gewalt und ggf. deren Kinder
<i>Produkte</i>
P 1 Planung und Steuerung des Opferschutzes
P 2 Beratung und Betreuung von Opfern
P 3 Bereitstellung von Schutzplätzen
P 4 Betreuung von Kindern in Opferschutzeinrichtungen
P 5 Beratung von Tätern
P 6 Entschädigungsleistungen für Opfer nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG)

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.097	1.389	1.275	1.526	1.593
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.097	1.389	1.275	1.526	1.593
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.992	7.252	7.861	8.700	9.101
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.992	7.252	7.861	8.700	9.101
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	3.221	3.361	3.162	3.708	3.722
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	3.771	3.796	4.759	4.992	5.379

²² Seit dem 01.09.2007 ist § 17 a StrRehaG in Kraft (Opferrente). In 2007 sind 455 Anträge gestellt worden.

Produktbereich: 02
Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>	
Die Zahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Jahre 2009 und 2010:	
Einnahmeschwerpunkt	
Ersatz des Bundes für Geldleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG), Bundesanteil 40% (1.393 Tsd. EUR/ 1.460 Tsd. EUR)	
Ausgabenschwerpunkte	
Produkt 2	
Zuschüsse für die Beratung und Betreuung von Opfern von Gewalt (1.513 Tsd. EUR / 1.505 Tsd. EUR)	
Produkt 3	
Zuschüsse für den Betrieb von Frauenhäusern (1.891 Tsd. EUR / 1.909 Tsd. EUR)	
Produkt 6	
Geld- und Sachleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (4.992 Tsd. EUR/ 5.379 Tsd. EUR)	

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 2: Beratung und Betreuung von Opfern:					
Anzahl der im persönlichen Kontakt erreichten hilfesuchenden Mädchen und Frauen	512	510	550	550	550
Anzahl der von der Interventionsstelle betreuten und beratenen Opfer	904	1.075	960	1.075	1.075
Anzahl der Anrufe bei der Opferschutz-Hotline ²³	101	1.180	-	1.180	1.180
Anzahl der von der Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel betreuten Frauen	59	59	50	60	60
Anzahl der Beratungen von Opfern von Gewalttaten (Opferhilfe e.V.)	1.152	1.150	1.400	1.150	1.150
P 3: Bereitstellung von Schutzplätzen:					
Platzzahl in Frauenhäusern	194	194	200	200	200
Anzahl Frauenhausplätze je 100.000 Einwohner	11,41	11,41	11,76	12,11	12,11
Anzahl Frauenhausbewohnerinnen (Frauen und Kinder) insgesamt pro Jahr	1.514	1.510	1.700	1.510	1.510
P 4: Betreuung von Kindern in Opferschutzeinrichtungen:					
Anzahl der in Frauenhäusern betreuten Kinder ²⁴	684	730	-	730	730
P 5: Beratung von Tätern:					
Anzahl der im persönlichen Kontakt erreichten hilfesuchenden Männer (ggf. Partnerin/ Angehörige) ²⁵	519	520	300	520	520
P 6: Entschädigungsleistungen für Opfer nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG):					
Anzahl der Renten-Zahlfälle	521	536	556	576	596

²³ Neue Kennzahl ab 2009/10. Projektbeginn im November 2006.

²⁴ Neue Kennzahl ab 2009/10.

²⁵ Projekt "Männer gegen Männergewalt".

Produktgruppe 04: Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

Kapitel 4440

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Förderung der gleichberechtigten Teilhabe von Kindern und jungen Menschen am sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben. Z 2: Ausgleich sozialer Benachteiligungen und Überwindung individueller Beeinträchtigungen. Z 3: Vorrang der Jugendhilfe in freier Trägerschaft bei der Planung neuer Einrichtungen und Angebote. Z 4: Gewährung verbindlicher Problemlösungen im Einzelfall.
<i>Produkte</i>
P 1 Freizeitpädagogische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit Im Zentrum der Angebotsausrichtung stehen Freizeit- und Beratungsangebote für die unterschiedlichen Alters- und Zielgruppen, die das Leben im Stadtteil für Kinder und Jugendliche erlebnisreich, gemeinschaftsorientiert, kreativ und gewaltfrei gestalten helfen. Gleichzeitig sollen Unterstützungshilfen beim Erwachsenwerden und bei Problemen im Alltag sowie bei belastenden Lebenslagen angeboten werden. P 2 Jugendinformation und Jugendbildung Entwicklung von Konzepten und Richtlinien, Anregung von Modellprojekten; Beratung und Förderung von Trägern bei der Umsetzung von Maßnahmen außerschulischer Jugendbildung sowie Programmen internationaler Jugendarbeit. P 3 Jugendverbandsarbeit Förderung von ehrenamtlichen und selbst organisierten Aktivitäten und Maßnahmen im Rahmen der Jugendverbandsarbeit gemäß § 12 SGB VIII. P 4 Jugendberatung und Jugendsozialarbeit Bereitstellung von Beratungsangeboten und Hilfestellungen für junge Menschen in gefährdeten Lebenssituationen, insbesondere bei Drogenkonsum und Suchtgefährdung, Prostitution und Obdachlosigkeit. P 5 Weiterentwicklung, Koordination und Begleitung der Maßnahmen zur Suchtprävention P 6 Planung und Steuerung der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit Die fachbehördliche Steuerung der bezirklichen Kinder- und Jugendarbeit erfolgt auf der Basis von Globalrichtlinien. Danach ist vorgesehen, auf Planungsräume bezogene verbindliche Qualitätsstandards zu garantieren. Diese schlagen sich in der Festlegung von Konzept- und Leistungsmerkmalen in Zweckbeschreibungen, der Verbindlichkeit von Kooperationsverpflichtungen und der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sowie in Mindeststandards bei den Angebots- und Öffnungszeiten nieder. Über ein qualitativ und quantitativ orientiertes Berichtswesen besteht eine empirische Grundlage für eine verbesserte Erfolgskontrolle sowohl auf fachbehördlicher Ebene als auch auf der Ebene der Bezirksverwaltung. Der Bezirksverwaltung werden Budgets (684.81) zugewiesen, über deren Verwendung der Jugendhilfeausschuss entscheidet.

Produktbereich: 02
Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	539	2.149	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ²⁶	539	2.149	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	52.791	53.396	43.096	48.663	48.674
• Personalausgaben in Tsd. EUR ²⁷	20.163	19.474	9.265	14.297	13.991
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ²⁸	32.628	33.922	33.831	34.366	34.683
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	32.520	33.837	33.779	34.314	34.631
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ²⁹	4.371	2.252	3.525	3.753	3.149

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ³⁰	2.954	2.477	-	1.828	1.790
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.651	2.186	-	1.614	1.580
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	303	291	-	214	210

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Zahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Jahre 2009 und 2010:
Ausgabenschwerpunkte
Produkt 1
Betriebsausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit der Bezirksverwaltung (23.471 Tsd. EUR / 23.698 Tsd. EUR)
Produkt 3
Förderung der überregionalen Jugendverbände (2.757 Tsd. EUR / 2.776 Tsd. EUR)
Produkt 4
Überregionale Förderung von Trägern der Freien Jugendhilfe (7.296 Tsd. EUR/ 7.357 Tsd. EUR)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ³¹	-	169,80	169,80	164,80	164,80

²⁶ Die Einnahmen 2006 und 2007 resultieren aus 2 Grundstücksverkäufen, veranschlagt sind jeweils nur Leertitel.

²⁷ In diesem Kapitel sind die Personalausgaben der PG 04 - 08 (Ergebnisse 2006 und 2007: PG 04 - 08 und der Bereich Kindertagesbetreuung) enthalten.

In die Ergebnisse 2006 und 2007 sind Aufwendungen für den KRV in Höhe von knapp 9 Mio. EUR eingeflossen. Für 2009 und 2010 wurden die Mittel im KRV um rd. 6,5 Mio. EUR höher veranschlagt als 2008.

²⁸ Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 23.347 Tsd. EUR bzw. 24.089 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- bzw. Zweckzuweisungen. Mit der Drs. 18/6980 wurden 2007 0,5 Mio. EUR für Mehrbedarfe im Einzelplan zur Verfügung gestellt.

²⁹ Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 2.876 Tsd. EUR bzw. 1.564 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmenzuweisungen.

³⁰ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

³¹ Zusammenfassende Darstellung für die PG 04 bis 08. Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen.

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Freizeitpädagogische Angebote der Kinder- und Jugendarbeit:					
Anzahl der Einrichtungen	279	279	290	279	276
davon: Anzahl der Einrichtungen in bezirklicher Trägerschaft	90	89	99	89	83
davon: Anzahl der Einrichtungen in freier Trägerschaft	189	190	191	190	193
Anzahl der Besuche/Kontakte junger Menschen/Inanspruchnahme der Einrichtungen	3.313.277	4.029.069	3.000.000	3.300.000	3.300.000
Anteil der Abendöffnung in Einrichtungen mit überwiegenden Angeboten für über 14jährige in %	36	36	30	30	30
Anteil der Wochenendöffnungen in Einrichtungen mit überwiegenden Angeboten für über 14jährige in %	26	26	15	15	15
Anzahl der regelmäßig wöchentlichen Angebote zur Mädchenarbeit in koedukativen Einrichtungen ³²	323	331	380	350	350
Anzahl der regelmäßig wöchentlichen Angebote zur Jungenarbeit in koedukativen Einrichtungen ³³	214	224	300	250	250
Anzahl durchgeführter Tagesausflüge ³⁴	3.651	3.691	3.200	3.500	3.500
Anzahl durchgeführter Kurzfreizeiten von 2 bis 5 Tagen Dauer ³⁵	264	235	250	250	250
Anzahl durchgeführter Ferienfahrten von 6 und mehr Tagen Dauer ³⁶	126	128	140	140	140
Anzahl der Teilnehmertage bei Freizeiten der Jugendverbände, für die Tageszuschüsse vom Amt für Familie gewährt werden	170.622	162.023	170.000	170.000	170.000
Anzahl der Teilnehmertage bei Freizeiten, für die einkommensabhängige Zuschüsse vom Amt für Familie gewährt werden ³⁷	70.662	69.631	110.000	70.000	70.000
Durchschnittlicher Zuschuss pro Teilnehmertag bei Freizeiten mit einkommensabhängigen Zuschüssen in EUR (Dauer pro Maßnahme ca. 17 Tage) ³⁸	26	28	20	26	26
P 2: Jugendinformation und Jugendbildung:					
Anzahl der Maßnahmen und Projekte der außerschulischen Jugendbildung	1.262	1.197	750	1.000	1.000
P 3: Jugendverbandsarbeit:					
Anzahl der in der Regel wöchentlich durchgeführten Stadtteil- und Projektgruppen der 60 überregional organisierten Jugendverbände	2.241	2.278	1.900	2.200	2.200
Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Jahres-Arbeitsstunden in der Arbeit mit Kinder- und Jugendgruppen in den 60 überregional organisierten Jugendverbänden ³⁹	683.540	674.180	700.000	700.000	700.000

³² Ergebnis von 160 Einrichtungen.

³³ Ergebnis von 105 Einrichtungen.

³⁴ Ergebnis von 236 Einrichtungen.

³⁵ Ergebnis von 104 Einrichtungen.

³⁶ Ergebnis von 87 Einrichtungen.

³⁷ Bis 2005 (und damit Basis der Planzahl 2008) wurden die Teilnehmertage der Freizeiten gezählt, an denen sowohl einkommensabhängig Geförderte wie nicht Geförderte teilgenommen haben (Integrationsaspekt).

Ab 2006 werden bei den Jugendverbänden die Teilnehmertage gezählt, für die ein einkommensabhängiger Zuschuss gewährt wurde. Aktuell wird daher für 2008 von einer Planzahl von 70.000 ausgegangen.

³⁸ Der erhöhte Durchschnittszuschuss ergibt sich aufgrund der veränderten Zählweise bei der vorangegangenen Kennzahl.

Aktuell wird für 2008 von einer Planzahl von 26 Euro ausgegangen.

³⁹ Errechnet auf der Basis einer Zählung im Jahr 2007 für 2.593 Jugendleiterinnen und -leiter mit amtlichem Ausweis, die regelmäßig im Durchschnitt mindestens 5 Stunden wöchentlich tätig sind.

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i> Z 1: Stärkung der Erziehungsverantwortung von Müttern, Vätern und sonstigen Erziehungsberechtigten. Z 2: Förderung der Familienbildung, -entlastung und -betreuung. Z 3: Unterstützung von Familien in Krisen sowie Hilfen in akuten Notsituationen und besonderen Lebenslagen. Z 4: Beratung und Hilfestellungen insbesondere für Eltern und Kinder in sozial gefährdeten Wohngebieten und Lebenslagen. Z 5: Steigerung der Einnahmen beim Unterhaltsvorschuss. Z 6: Förderung einzelfallwirksamer Angebote im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie durch systematische und zielgerichtete Verknüpfung von fallübergreifenden und fallunabhängigen Tätigkeiten zur Gewährleistung verbindlicher Problemlösungen im Einzelfall. Die Angebote der Familienförderung (§§ 16 - 21 SGB VIII) stellen in der Regel vorbeugende, präventive Hilfen dar, die im Vorfeld einer Zuspitzung familiärer Erziehungsprobleme zur Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz und zur Bewältigung schwieriger Erziehungssituationen beitragen. Wesentliches Ziel ist es, alle Eltern und die am Erziehungsprozess Beteiligten in der Wahrnehmung ihrer Erziehungsverantwortung zu stärken und bei der Bewältigung des Familienalltags zu unterstützen, zu entlasten und zu begleiten. Darüber hinaus werden mit den Angeboten der Familienförderung u.a. folgende Ziele verfolgt: - Förderung der Bereitschaft zu einer partnerschaftlichen Arbeitsteilung in der Familie und Unterstützung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf; - Vorbereitung junger Menschen auf Ehe, Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern; - Unterstützung von Familien bei der Mitarbeit im Bereich der Selbst- und Nachbarschaftshilfen und in Erziehungseinrichtungen.
<i>Produkte</i> P 1 Familien- und Einzelberatung Hilfestellungen werden für Eltern und Kinder in sozial belasteten Wohngebieten und Lebenslagen angeboten. Neue Schwerpunkte sollen in der Förderung von Unterstützungsangeboten in Schlüsselsituationen in der Familienentwicklung (Schwangerschaften, Geburt, Schuleintritt usw.) gesetzt werden. Die Beratung erfolgt vor allem durch die 21 Erziehungsberatungsstellen (bis 2006: 23, Zusammenlegung von Standorten, Beratungskapazität unverändert) und durch die Allgemeinen Sozialen Dienste in den Bezirken. Die Bezirke berichten der Fachbehörde seit 2007 einmal jährlich auf der Basis eines Berichtswesens über die Entwicklung aller Maßnahmen. Dieses Berichtswesen ist die Grundlage des fachbehördlichen Controllings. P 2 Familienbildung und -information Institutionalisierte Familienbildung und -information u.a. in Elternschulen, Familienbildungsstätten und Mütterzentren, den Kinder- und Familienhilfezentren und durch den Versand von Elternbriefen und dem Informationspaket "Rundum Willkommen" für Eltern Neugeborener. Die Bezirke berichten der Fachbehörde seit 2007 einmal jährlich auf der Basis eines Berichtswesens über die Entwicklung aller Maßnahmen. Dieses Berichtswesen ist die Grundlage des fachbehördlichen Controllings. P 3 Überregionale Familienförderung Projekte mit familienunterstützender und -fördernder Zielsetzung und überregionalem Charakter. P 4 Frühe Hilfen für Risikofamilien Modellprojekte zur Prävention von Vernachlässigung P 5 Entwicklungsfördernde Hilfen Früheinsetzende zeitlich befristete Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial belasteten Familien P 6 Familienunterstützung und -hilfe Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz sowie Betreuung von Kindern in Notsituationen. P 7 Familienfreizeit und Familienerholung Gewährung von Zuschüssen zu Freizeit- und Erholungsaktivitäten von Familien gem. § 16 (2) SGB VIII. P 8 Sozialräumliche Angebote der Weiterentwicklung der Jugendhilfe Die Bezirke berichten der Fachbehörde einmal jährlich auf der Basis eines Berichtswesens über die Entwicklung aller Maßnahmen. Dieses Berichtswesen ist die Grundlage des fachbehördlichen Controllings.

Die wesentlichen Ziele sozialräumlicher Angebotsentwicklung sind:

- Die Angebote der Projekte sollen für Kinder, Jugendliche und Familien offen sein und im Alltag wirksame Hilfen anbieten.
- Die Angebote sollen unbürokratisch und niedrigschwellig zugänglich sein.
- Die Angebote sollen auf individuelle erzieherische Bedarfe reagieren und verbindliche Einzelhilfen von besonderer Betreuungsintensität in das Gesamtangebot integrieren.

Die Erreichung der Ziele kann anhand der produktbezogenen Kennzahlen gemessen werden.

P 9 Planung und Steuerung der Familienförderung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	8.588	8.457	8.472	8.472	8.472
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	8.588	8.457	8.472	8.472	8.472
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	48.454	43.564	44.123	45.685	45.888
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁴⁰	48.454	43.564	44.123	45.685	45.888
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	15.078	15.835	16.521	17.158	17.347
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ⁴¹	33.018	27.609	27.417	28.357	28.371
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁴²	533	1.195	316	191	98

Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte

Die Zahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Jahre 2009 und 2010:

Einnahmeschwerpunkt

Zuweisungen des Bundes nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (8.472 Tsd. EUR/ 8.472 Tsd. EUR.)

Ausgabenschwerpunkte

Produkte 1, 2 und 7

Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie (6.382 Tsd. EUR / 6.439 Tsd. EUR)

Produkte 3 und 4

Überregionale Familienförderung (3.058 Tsd. EUR / 3.092 Tsd. EUR)

Produkt 5

Entwicklungsfördernde Hilfen für Kinder u. Jugendliche aus sozial belasteten Familien (3.340 Tsd. EUR / 3.378 Tsd. EUR)

Produkt 6

Bedarfe für die Unterhaltsvorschussleistungen (davon 1/3 Erstattung durch den Bund) (25.417 Tsd. EUR / 25.417 Tsd. EUR)

Produkt 8

Betriebsausgaben für sozialraumorientierte Angebote der Jugend- u. Familienhilfe (4.195 Tsd. EUR / 4.246 Tsd. EUR)

⁴⁰ Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 39.258 Tsd. EUR bzw. 35.077 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen.

⁴¹ Im Ergebnis 2006 sind rd. 3.905 Tsd. EUR für die Erstattung von Kosten für betreute Wohnformen nach § 19 SGB VIII enthalten, die ab 2007 im Kapitel 4460 verschlagt sind. Rd. 1.479 Tsd. EUR wurden 2006 für Kosten im Zusammenhang mit der Schließung von Kur- und Erziehungsheimen der Rudolf-Ballin-Stiftung e.V. aufgewendet (Drs. 18/4778).

⁴² Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 278 Tsd. EUR bzw. 1.131 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmenzuweisungen.

Produktbereich: 02**Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 2: Familienbildung und -information:					
Anzahl der Elternschulen ⁴³	23	23	-	23	23
Anzahl der Familienbildungsstätten	8	8	-	8	8
Anzahl der Kinder- und Familienhilfezentren	10	10	-	10	10
Anzahl der Mütterzentren	4	4	-	4	4
P 3: Überregionale Familienförderung:					
Anzahl der familienfördernden Projekte	28	28	-	30	30
P 4: Frühe Hilfen für Risikofamilien:					
Anzahl der Plätze "Intensive teilstationäre Diagnostik"	4	4	-	6	6
P 5: Entwicklungsfördernde Hilfen:					
Anzahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Maßnahme	869	872	-	870	870
P 6: Familienunterstützung und -hilfe:					
Anzahl der Kinder, die Leistungen nach dem UVG erhalten	15.956	15.770	14.883	14.883	14.883
Durchschnittlicher Zahlbetrag für UVG-Leistungen pro Fall und Monat in EUR	134,71	134,12	142,31	142,31	142,31
Einnahmen bei Unterhaltsvorschussleistungen in % ⁴⁴	12	13	13	14	14
P 8: Sozialräumliche Angebote der Weiterentwicklung der Jugendhilfe:					
Anzahl der Stammmutzer/innen ⁴⁵	6.467	8.206	7.500	7.500	7.500
Anzahl niedrigschwellig zugänglicher Angebote	272	245	230	230	230
Anzahl verbindlicher Einzelfallhilfen	777	691	520	650	650

Produktgruppe 06: Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII**Kapitel 4460**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Sicherung des Kindeswohls durch schnelle und konsequente Reaktionen der Jugendämter und des Familieninterventionsteams einschl. Krisenintervention und Inobhutnahmen durch die Jugendämter Z 2: Stärkung/Ausbau ambulanter Betreuungsformen Z 3: Familienunterstützung und -hilfe im Rahmen gemeinsamer Wohnformen für allein erziehende Mütter und Väter
<i>Produkte</i>
P 1 Planung und Steuerung der Hilfen zur Erziehung P 2 Familienunterstützende und -ergänzende Hilfen Erziehungsberatung (§ 28 SGB VIII), Soziale Gruppenarbeit (§ 29 SGB VIII), Betreuungshilfen (§ 30 SGB VIII), Sozialpädagogische Familienhilfe (§ 31 SGB VIII), Erziehung in einer Tagesgruppe (§ 32 SGB VIII), intensive sozialpädagogische Betreuung (§ 35 SGB VIII), Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (§ 35 a SGB VIII) sowie Nachbetreuung (§ 41 SGB VIII). P 3 Betreutes Wohnen außerhalb der Familie und in Pflegefamilien Hilfen für die Betreuung und Versorgung von Kindern und Jugendlichen außerhalb des Elternhauses, im Rahmen des ambulant betreuten Wohnens nach § 30 SGB VIII, in Pflegefamilien nach § 33 SGB VIII sowie im Rahmen der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen nach § 34 SGB VIII.

⁴³ Neue Kennzahlen ab 2009/2010 für die Produkte P 2 - P 5

⁴⁴ Erstattungen durch Leistungspflichtige aus Unterhaltsansprüchen des laufenden Jahres und vorangegangener Jahre (Einnahmen) in Relation zu den Ausgaben des jeweiligen Jahres.

⁴⁵ Stammmutzer/innen sind junge Menschen, die den Fachkräften eines Projektes namentlich bekannt sind und die mindestens 1x pro Woche ein Angebot in Anspruch nehmen.

P 4 Gemeinsame Wohnformen für allein erziehende Mütter bzw. Väter (§ 19 SGB VIII) Beratung und Betreuung von Müttern, Vätern und Kindern P 5 Inobhutnahme durch die Bezirke (§ 42 SGB VIII) Die Inobhutnahme ist eine gesetzliche Pflichtaufgabe, die in Hamburg während der regelmäßigen Dienstzeit von den Jugendämtern und außerhalb der regelmäßigen Dienstzeit vom Kinder- und Jugendnotdienst wahrgenommen wird.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	102	30	35	35	35
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	102	30	35	35	35
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	152.964	178.730	206.423	183.839	183.849
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁴⁶	152.964	178.730	206.423	183.839	183.849
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	363	325	391	391	391
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ⁴⁷	152.601	178.405	206.032	183.448	183.455
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ⁴⁸	564	1.058	778	727	814

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Zahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Jahre 2009 und 2010: Einnahmen Kostenbeiträge und -erstattungen Dritter werden durch die Bezirksverwaltung erhoben und in den dortigen Einzelplänen veranschlagt. Ausgabenschwerpunkte Produkt 2 Familienunterstützende (ambulante) Hilfen (44.974 Tsd. EUR / 44.974 Tsd. EUR) Produkt 3 Betreutes Wohnen außerhalb der Familie und in Pflegefamilien (116.867 Tsd. EUR / 116.867 Tsd. EUR) Die Fachbehörde ergreift zur Begrenzung der Ausgabenentwicklung bei den Hilfen zur Erziehung Steuerungsmaßnahmen, die Auswirkungen sowohl auf die Kosten als auch auf die Fallzahlen haben, bezüglich der Fallzahlen jedoch noch nicht im Einzelnen spezifiziert und mit Prognoserisiken behaftet sind.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 2: Familienunterstützende und -ergänzende Hilfen:					
Fallzahlen (jahresdurchschnittlich)	2.675	3.356	4.299	3.371	3.371
Durchschnittliche Kosten pro Fall (monatlich) in EUR	962	1.014	1.135	1.112	1.112
P 3: Betreutes Wohnen außerhalb der Familie und in Pflegefamilien:					
Ambulant betreutes Wohnen nach § 30 SGB VIII					
Fallzahlen (jahresdurchschnittlich)	251	234	232	236	236
Durchschnittliche Kosten pro Fall (monatlich) in EUR	1.208	1.248	1.315	1.263	1.263

⁴⁶ Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 143.348 Tsd. EUR bzw. 161.840 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen.

⁴⁷ Aufgrund der Fallzahlentwicklung wurde die Veranschlagung des Zweckzuweisungstitels 4460.671.86 "Betriebsausgaben für einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII" für 2008 um insgesamt 59.865 Tsd. EUR erhöht (Drs. 18/6282, 18/6980 und 19/918)

⁴⁸ Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 80 Tsd. EUR bzw. 78 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmenzuweisungen.

Produktbereich: 02
Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII					
Fallzahlen (jahresdurchschnittlich)	1.264	1.312	1.340	1.338	1.338
Durchschnittliche Kosten pro Fall (monatlich) in EUR	968	972	985	1.064	1.064
Heimerziehung nach § 34 SGB VIII					
Fallzahlen (jahresdurchschnittlich)	1.994	2.089	2.276	2.090	2.090
Durchschnittliche Kosten pro Fall (monatlich) in EUR	3.685	3.735	3.890	3.836	3.836
Summe der Fallzahlen P 3	3.509	3.635	3.848	3.664	3.664
P 4: Gemeinsame Wohnformen für allein erziehende Mütter bzw. Väter (§ 19 SGB VIII):					
Fallzahlen (jahresdurchschnittlich)	78	91	105	98	98
Durchschnittliche Kosten pro Fall (monatlich) in EUR	4.369	4.365	4.534	4.633	4.633

Produktgruppe 07: Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe

Kapitel 4470

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Krisenintervention und kurzfristige Inobhutnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor akuten Gefahren. Z 2: Sicherung der Betreuungsangebote und Reintegrationshilfen für Straffällige. Z 3: Mitwirkung im Jugendstrafverfahren durch Einbringung von Jugendhilfeaspekten zwecks Vermeidung weiterer Straffälligkeit. Z 4: Vermittlung von Kindern an geeignete Adoptionsbewerber. Bei der Beratung von Kindern und Jugendlichen in akuten Notlagen und der Inobhutnahme und Herausnahme handelt es sich um gesetzliche Pflichtaufgaben, die rund um die Uhr sicherzustellen sind.
<i>Produkte</i>
P 1 Krisenintervention und Inobhutnahmen Schwerpunkte: Intervention in Krisensituationen durch Inobhutnahme gem. § 42 SGB VIII sowie Herausnahme eines Kindes oder Jugendlichen ohne Zustimmung des Personensorgeberechtigten gem. § 43 SGB VIII. P 2 Straffälligen- und Gerichtshilfe für junge Menschen Schwerpunkte: Mitwirkung der Jugendgerichtshilfe im Jugendstrafverfahren nach SGB VIII zur Sicherstellung jugendgemäßer Entscheidungen. Durchführung bzw. Initiierung von ambulanten Maßnahmen im Jugendstrafverfahren durch die Jugendgerichtshilfe. Durchführung bzw. Einleitung von Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslagen, der sozialen Integration und persönlichen Stabilisierung junger Straffälliger durch die Jugendgerichts- und Jugendbewährungshilfe. Durchführung von Betreuungen und Aufsichten bei Probanden der Jugendbewährungshilfe. P 3 Straffälligen- und Gerichtshilfe für Erwachsene P 4 Adoptionen Schwerpunkte: Zwischenstaatliche und überregionale Adoptionsvermittlung durch die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der vier norddeutschen Länder. P 5 Planung und Steuerung der Anderen Aufgaben der Jugendhilfe

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	541	461	614	566	566
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	541	461	614	566	566
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	7.279	6.322	6.425	6.892	6.783
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁴⁹	7.279	6.322	6.425	6.892	6.783
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR ⁵⁰	1.791	1.071	594	0	0
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	5.441	5.202	5.618	6.724	6.724

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Zahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Jahre 2009 und 2010:
Einnahmeschwerpunkt
Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der Norddeutschen Länder (415 Tsd. EUR / 415 Tsd. EUR)
Ausgabenschwerpunkte
Produkt 1
Betreuung, Unterbringung und Verpflegung sowie Inobhutnahmen im Kinder- und Jugendnotdienst des Landesbetriebes Erziehung und Berufsbildung (5.552 Tsd. EUR / 5.552 Tsd. EUR)
Produkte 2 und 3
Betriebsausgaben für die Straffälligen- und Gerichtshilfe (1.172 Tsd. EUR / 1.172 Tsd. EUR)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Krisenintervention und Inobhutnahmen:					
Anzahl der Beratungen und Interventionen des Kinder- und Jugendnotdienstes (KJND)	6.841	7.024	7.000	7.000	7.000
Durch den KJND in Obhut genommene Minderjährige	872	845	1.000	1.000	1.000
P 2: Straffälligen- und Gerichtshilfe für junge Menschen:					
Anzahl der Eingänge bei den Jugendgerichten ⁵¹	6.619	6.630	-	6.620	6.620
Anzahl von Beiträgen der Jugendgerichtshilfe zur vorzeitigen Beendigung von Strafverfahren	579	370	500	500	500
Anzahl der eingeleiteten Täter-Opfer-Ausgleiche ⁵²	677	632	650	650	650
Anzahl der erfolgreich durchgeführten Täter-Opfer-Ausgleiche ⁵³	476	405	450	450	450
Anzahl der betreuten Klienten der Jugendbewährungshilfe (ohne Nachbetreuungen) ⁵⁴	978	969	1.025	1.020	1.020

⁴⁹ Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 899 Tsd. EUR bzw. 546 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen.

⁵⁰ Im Rahmen der Neuordnung der Durchführungsaufgaben im Bereich der Jugendstraffälligenhilfe wurde der Ansatz des Titels 4470.684.03 „Zuschüsse im Bereich der Jugendstraffälligenhilfe“ (Ansatz nach Beschluss der Drs. 18/7296: 532 Tsd. EUR) auf folgende Titel verteilt: Zweckzuweisung 4470.684.86 „Betriebsausgaben für die Straffälligen- und Gerichtshilfe“ (524 Tsd. EUR), Titel 4440.684.12 „Förderung der Jugendarbeit, der Jugendberatung und des erzieherischen Jugendschutzes“ (8 Tsd. EUR). Der Ansatz des Titels 4470.684.04 „Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge“ in Höhe von 62 Tsd. EUR wurde aufgrund von Aufgabenveränderungen in den Titel 4450.684.13 „Zuschüsse für Familienförderung und sonstige Maßnahmen an Träger der freien Wohlfahrtspflege“ integriert.

⁵¹ Neue Kennzahl ab 2009/2010.

⁵² Die Anzahl der eingeleiteten Täter-Opfer-Ausgleiche ist davon abhängig, wie viele Fälle der Jugendgerichtshilfe von der Justiz zugewiesen werden.

⁵³ Ein Täter-Opfer-Ausgleich kann nicht durchgeführt werden, wenn a) die Beteiligten - Täter, Opfer oder deren Eltern - dies nicht wollen, b) ein zivilrechtliches Verfahren aus Sicht der Anwälte Vorrang hat oder c) die Tat nach Überprüfung durch die Jugendgerichtshilfe nicht geeignet ist.

⁵⁴ Am 31.12. eines Jahres. Die Anzahl ist abhängig von gerichtlichen Entscheidungen und damit nicht steuerbar.

Produktbereich: 02**Familie, Jugend, Gleichstellung und soziale Entschädigung**

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 3: Straffälligen- und Gerichtshilfe für Erwachsene:					
Anzahl der am 31.12. gerichtlich zugewiesenen Probanden	3.658	3.654	3.400	3.700	3.700
Eingänge in der Beratungsstelle für gemeinnützige Arbeit	2.587	2.211	2.700	2.600	2.600
Anzahl der ersparten Hafttage (durch gemeinnützige Arbeit)	41.216	36.987	32.000	36.000	36.000

Produktgruppe 08: Gleichstellung**Kapitel 4490**

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Abbau gleichstellungspolitischer Defizite.
Z 2: Beteiligung und Initiierung von Maßnahmen in Senat, Bürgerschaft, Bundesrat und Frauenministerinnenkonferenz zu allen gleichstellungspolitisch relevanten Vorgängen.
<i>Produkte</i>
P 1 Wahrnehmung gleichstellungspolitischer Querschnittsaufgaben
P 2 Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	0	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	283	379	370	372	374
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	283	379	180	217	219
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	190	321	180	202	204
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	0	0	190	155	155

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Finanzierung von Projekten mit zentraler Bedeutung für die Gleichstellungspolitik in Hamburg 155 Tsd. EUR (Titel 4490.971.01).

Produktbereich 03: Kindertagesbetreuung

Kapitel 4500

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	3.417	2.807	0	8.162	7.999
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	3.417	2.807	0	-	-
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR ⁵⁵	-	-	-	8.162	7.999
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	338.066	369.277	410.985	430.433	451.350
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁵⁶	0	0	0	3.765	3.902
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	338.066	369.277	410.985	426.668	447.448
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	16	13	19	17	17
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ⁵⁷	338.032	369.248	410.366	426.632	447.412
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.670	324	1.350	9.616	12.476

Ziele des Produktbereichs

- Z 1: Sicherstellung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. Ausbildung durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot
- Z 2: Förderung und Sicherung von Bildungsprozessen, einschließlich der Unterstützung des Spracherwerbs
- Z 3: Sicherstellung der Förderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder, die das 3. Lebensjahr vollendet haben und noch nicht eingeschult sind
- Z 4: Gewährleistung der Förderung von Kindern mit dringlichem sozial bedingten oder pädagogischen Bedarf

Produktgruppe 01: Kindertagesbetreuung

Kapitel 4500

Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung

Hinweise:

Bei den Produktbereichskennzahlen bezieht sich das Ergebnis 2007 auf die Daten gemäß Haushaltsrechnung. Die Planzahlen sind periodengerecht ermittelt.

Bei den produktbezogenen Kennzahlen sind die Ergebnisse und die Plandaten durchgängig periodengerecht abgegrenzt ermittelt. Es handelt sich bei sämtlichen in den Produktinformationen angegebenen Kinderzahlen um Jahresdurchschnittswerte.

Die Betreuungsquoten ergeben sich aus der Anzahl der betreuten Kinder in Tageseinrichtungen, Kindertagespflege und Vorschulklassen in Relation zur entsprechenden altersgleichen Bevölkerung gemäß den Prognosen auf Basis der 10. KBV. Die Vorschulklassen werden im Einzelplan 3.1 veranschlagt. Die Altersabgrenzung bei der Betreuungsquotenberechnung wird gemäß bundesweit üblichem Vorgehen vorgenommen (Krippe: 0 bis unter 3 Jahre; Elementar: 3 bis unter 6,5 Jahre, Hort: 6,5 bis unter 12 Jahre).

⁵⁵ Zuweisungen des Bundes aus dem "Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2008-2013"

⁵⁶ Die Personalausgaben für den Bereich Kindertagesbetreuung wurden bis 2008 im Kapitel 4440 veranschlagt.

⁵⁷ Für Fallzahlpassungen sowie Maßnahmen im Rahmen der Initiative „Lebenswerte Stadt Hamburg“ wurden in 2007 zusätzliche Mittel im Rahmen der Drucksachen 18/5462 sowie 18/6980 in Höhe von 17.785 Tsd. EUR bzw. 25.700 Tsd. EUR bereitgestellt, in 2008 für Fallzahlpassungen und Kostensteigerungen im Rahmen der Drucksachen 18/6282, 18/6980 und 19/918 insgesamt 58.353 Tsd. EUR.

Produktbereich: 03
Kindertagesbetreuung

<i>Produkte</i>
P 1 Förderung im Kita-Gutschein-System ohne behinderte Kinder und Anschlussbetreuung
P 2 Förderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben und noch nicht eingeschult sind
P 3 Anschlussbetreuung für schulische Angebote
P 4 Pädagogischer Mittagstisch
P 5 Betriebliche und sonstige Einrichtungen
P 6 Kindertagespflege

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
nachr.: Kinder in Vorschulklassen ⁵⁸	5.727	6.071	6.621	6.638	6.646
Betreute Kinder insgesamt	71.309	74.337	78.999	78.853	80.587
Betreuungsquote Krippe in % ⁵⁹	19,50	22,20	25,80	26,50	31,10
Betreuungsquote Elementar in % ⁶⁰	87,70	89,90	93,60	93,60	93,60
Betreuungsquote Hort in % ⁶¹	21	21,90	23,30	22,90	22,60

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Die Zahlen in Klammern beziehen sich jeweils auf die Jahre 2009 und 2010:
Einnahmen:
Eigenanteil der kirchlichen Träger an den Betriebskosten ihrer Tageseinrichtungen (2009/2010: entfällt)
Zuweisungen des Bundes aus dem Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung (8.162 Tsd. EUR / 7.999 Tsd. EUR)
Betriebsausgaben:
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (406.966 Tsd. EUR / 427.124 Tsd. EUR)
Förderung von Kindern in Kindertagespflege (11.020 Tsd. EUR / 11.475 Tsd. EUR)
Betreuung von Kindern in pädagogischen Mittagstischen (4.444 Tsd. EUR / 4.444 Tsd. EUR)
Die einzelnen Angaben in den folgenden Kennzahlen zu den Entgelten, den Familieneigenanteilen und den sich daraus ergebenden Zuschüssen sind auf ganze Zahlen gerundet. Daher können sich bei den Zuschüssen Abweichungen durch Rundungsdifferenzen ergeben.

⁵⁸ Ausgaben für Vorschulklassen werden im Einzelplan 3.1 veranschlagt.

⁵⁹ Die Planzahl 2008 ist gemäß dem bundesweit üblichen Vorgehen bei der Altersabgrenzung neu berechnet worden.

⁶⁰ Siehe vorherige Fußnote.

⁶¹ Siehe vorherige Fußnote.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Förderung im Kita-Gutschein-System ohne behinderte Kinder und Anschlussbetreuung:					
Betreute Krippenkinder	6.855	7.969	9.403	9.682	11.645
Betreute Kinder Elementar halbtags (inkl. 5 Stunden)	18.528	18.240	18.010	19.083	19.122
Betreute Kinder Elementar ganz- und teiltags	17.315	18.151	19.777	18.801	18.813
Betreute Hortkinder	13.322	14.031	15.046	14.435	13.954
Betreute Kinder insgesamt	56.020	58.391	62.236	62.001	63.534
Durchschnittliches Entgelt pro Kind mtl. in EUR	543	558	583	597	608
Durchschnittlicher Familienanteil pro Kind mtl. in EUR	104	110	117	112	108
Durchschnittlicher Zuschuss pro Kind mtl. in EUR	439	448	466	485	499
P 2: Förderung behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder, die das dritte Lebensjahr vollendet haben und noch nicht eingeschult sind:					
Betreute Kinder	1.181	1.315	1.466	1.466	1.466
Durchschnittlicher Zuschuss pro Kind mtl. in EUR ⁶²	1.790	1.855	1.884	1.935	1.939
P 3: Anschlussbetreuung für schulische Angebote:					
Betreute Kinder im Anschluss an Vorschule	192	582	905	905	905
Durchschnittlicher Zuschuss pro Kind mtl. in EUR	320	362	372	382	381
Betreute Kinder im Anschluss an Ganztagschule	17	60	98	100	100
Durchschnittlicher Zuschuss pro Kind mtl. in EUR	196	194	197	207	207
P 4: Pädagogischer Mittagstisch:					
Betreute Kinder	1.642	1.800	1.800	1.800	1.800
Durchschnittlicher Zuschuss pro Kind mtl. in EUR	200	197	201	206	206
P 5: Betriebliche und sonstige Einrichtungen:					
Betreute Krippenkinder	117	104	106	106	106
Betreute Kinder im Elementaralter	969	892	857	857	857
Betreute Hortkinder	278	274	274	274	274
Betreute Kinder insgesamt	1.364	1.270	1.237	1.237	1.237
Durchschnittlicher Zuschuss pro Kind mtl. in EUR	22	21	22	23	23
P 6: Kindertagespflege:					
Betreute Krippenkinder	1.974	2.135	2.354	2.424	2.617
Betreute Kinder im Elementaralter	1.326	1.424	1.416	1.416	1.416
Betreute Hortkinder	2.058	1.871	1.771	1.771	1.771
Betreute Kinder insgesamt	5.358	5.430	5.541	5.611	5.804
Durchschnittlicher Zuschuss pro Kind mtl. in EUR	148	156	152	164	165

⁶² Inkl. Beförderungsleistungen.

Produktbereich 04: Soziales und Integration

Kapitel 4600-4700

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	232.148	235.423	225.044	200.648	202.704
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	232.148	235.423	225.044	200.648	202.704
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.302.431	1.317.217	1.308.748	1.330.597	1.325.838
• Personalausgaben in Tsd. EUR	18.823	18.807	22.622	19.821	19.468
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.283.608	1.298.410	1.286.126	1.310.776	1.306.370
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	16.161	16.282	17.101	17.618	17.340
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.216.934	1.238.245	1.244.004	1.264.781	1.261.753
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	28.295	22.586	20.028	17.404	17.474
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁶³	-	221,63	221,63	149,06	149,06

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Steuerung und Weiterentwicklung eines effektiven und effizienten sozialen Hilfesystems für die Freie und Hansestadt Hamburg durch den Sozialhilfeträger (SGB XII) bzw. den kommunalen Leistungsträger (SGB II)
Z 2:	Sicherstellung eines einheitlichen und für die jeweilige Zielgruppe angemessenen Hilfe- und Dienstleistungssystems
Z 3:	Gesellschaftliche und berufliche Integration besonderer Personengruppen durch bedarfsgerechte flankierende Leistungen
Z 4:	Festigung des Ehrenamtes / Aktivierung und Stärkung des Bürgerengagements
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Produktübergreifendes Management (Intendanz)
PG 2	Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung, Kommunale Leistungen nach SGB II und Hilfen für Wohnungslose
PG 3	Eingliederungshilfe, Seniorenarbeit, Pflege, rechtliche Betreuung
PG 4	Zuwanderung

Produktgruppe 01: Produktübergreifendes Management (Intendanz)

Kapitel 4600

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Unterstützung der Amtsleitung und der Fachbereiche bei der effizienten und effektiven Aufgabenwahrnehmung
Z 2: Weiterentwicklung der Controlling- und Steuerungssysteme
<i>Produkte</i>
P 1 Leitungsunterstützung
P 2 Planung und Controlling

⁶³ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, da sie für dieses Jahr noch nicht erhoben wurden. Ab 2009 ist die Eingliederung des Integrationsamtes vom Amt für Familie und die vorgesehene Ausgliederung der Eingliederungshilfe in den Bezirk Wandsbek berücksichtigt.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	32.299	30.963	30.360	31.150	31.150
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	32.299	30.963	30.360	31.150	31.150
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	31.829	25.185	29.583	23.832	23.479
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁶⁴	18.797	18.784	22.610	19.809	19.456
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁶⁵	13.032	6.401	6.973	4.023	4.023
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	573	510	573	573	573
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	2.916	2.551	5.800	2.600	2.600
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	9.039	6.364	1.700	2.058	2.130

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR ⁶⁶	2.752	2.395	-	2.533	2.489
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.470	2.113	-	2.236	2.197
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	282	282	-	297	292

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmenswerpunkte Ersatz- und Erstattungsleistungen von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern (ca. 14,6 Mio. EUR) Ersatzleistungen durch Hilfeempfänger oder sonst. Verpflichtete (ca. 6,3 Mio. EUR) Rückzahlungen von Sozialhilfe (ca. 5,1 Mio. EUR), resultierend z.B. aus Rückforderungen zu Unrecht bezogener Leistungen oder rückwirkenden Anspruchsveränderungen, sofern keine Verrechnung mit künftigen Leistungen möglich ist. Ausgabenschwerpunkt Erstattungsleistungen an auswärtige Sozialleistungsträger (ca. 2,6 Mio. EUR)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁶⁷	-	45,30	45,30	43,76	43,76

Produktgruppe 02: Hilfen zum Lebensunterhalt, Grundsicherung, Kommunale Leistungen nach SGB II und Hilfen für Wohnungslose

Kapitel 4610-4630

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Sicherstellung des notwendigen Lebensunterhaltes für Menschen in sozialen Notlagen unter Einbeziehung ihrer Selbsthilfemöglichkeiten (Fordern und Fördern) Z 2: Bedarfsorientierte Weiterentwicklung der Hilfe zum Lebensunterhalt Z 3: Steuerung der Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen des SGB II und des SGB XII Z 4: Gewährleistung von Hilfen für Menschen in besonderen sozialen Schwierigkeiten Z 5: Vermeidung von Wohnungslosigkeit durch gezielte Maßnahmen der Wohnungssicherung und zur Überwindung von Wohnungslosigkeit

⁶⁴ Personalausgaben der Produktgruppen 01 - 04.

⁶⁵ Im Ergebnis 2006 sind Zuschüsse an pflegen und wohnen -AöR- für Zahlungen an Versorgungsempfänger enthalten (Drs. 18/2075).

⁶⁶ Die Planzahl 2008 ist aus methodischen Gründen nicht vergleichbar.

⁶⁷ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht erhoben wurden.

Z 6: Sicherstellung der bedarfsorientierten und sozialverträglichen Unterbringung in Hamburg
 Folgende fachliche Entwicklungen bilden die Schwerpunkte für die Haushaltsjahre 2009 und 2010:

- Weiterentwicklung der Steuerung der Kosten der Unterkunft,
- Verbesserung der Datentransparenz zur Weiterentwicklung der Steuerung im Bereich Krankenhilfe,
- Überprüfung der Einnahmeerhebung zur Verbesserung der Haushaltssituation,
- Optimierung der Wohnungslosenhilfe mit dem Ziel, Wohnungslosigkeit zu vermeiden und Betroffene in Wohnungen zu integrieren,
- Struktureller Aufbau aktivierender Maßnahmen für Empfänger von Leistungen nach dem SGB XII sowie Entwicklung eines Controllings,
- Überprüfung und ggf. Neustrukturierung der flankierenden Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelstrukturen,
- qualitative Weiterentwicklung des Controllings der flankierenden Maßnahmen nach dem SGB II im Hinblick auf die Zielerreichung,
- Weiterentwicklung eines Steuerungs- und Berichtssystems für den Benchmarkingprozess, um Standards zu vergleichen, Anpassungen zu ermöglichen und Zielerreichungen fachlich und haushaltsbezogen messbar zu machen.

Der Mittelbedarf für die Sozialausgaben wird wesentlich bestimmt durch die Zahl der Leistungsbezieher nach dem SGB II, SGB XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Veranschlagung im Haushaltsplan 2009/2010 basiert auf der im Haushaltsjahr 2007 eingetretenen Entwicklung der Fallzahlen und berücksichtigt zugleich die weitere Entwicklung im 1. Halbjahr 2008.

Haupteinflussfaktoren für die künftige Entwicklung der Empfängerzahlen sind veränderte gesetzliche Regelungen und insbesondere die gesamtwirtschaftliche Entwicklung mit ihrer Vielzahl konkreter Auswirkungen, z. B. auf die Arbeitslosigkeit. Vor diesem Hintergrund ist die Einschätzung künftiger Bedarfe schwierig und mit Prognoserisiken behaftet.

Produkte

P 1 Hilfen zum Lebensunterhalt und zur Gesundheit nach dem SGB XII
 P 2 Kosten der Unterkunft und einmalige Leistungen nach dem SGB II
 P 3 Flankierende Leistungen zur Aktivierung und zur Eingliederung in das Erwerbsleben
 P 4 Besondere Hilfen zum Wohnen und zur Unterbringung

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	166.274	177.371	185.105	159.403	161.459
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	166.274	177.371	185.105	159.403	161.459
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	734.239	753.992	769.815	769.890	765.562
• Personalausgaben in Tsd. EUR	14	11	-	-	-
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁶⁸	734.225	753.981	769.815	769.890	765.562
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	6.023	5.934	5.998	6.091	6.091
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ⁶⁹	701.219	721.598	741.468	738.317	735.089
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	17.571	14.371	15.415	13.985	14.221

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁷⁰	-	19,75	19,75	21,67	21,67

⁶⁸ Ergebnisse 2006 und 2007: Davon 163 Tsd. EUR bzw. 192 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- bzw. Zweckzuweisungen. Mit der Drs. 18/6980 wurden 2007 und 2008 2 Mio. EUR bzw. 1 Mio. EUR für Mehrbedarfe im Einzelplan zur Verfügung gestellt.

⁶⁹ Mit der Drs. 18/6980 wurden 2007 und 2008 jeweils 10 Mio. EUR für Mehrbedarfe im Einzelplan zur Verfügung gestellt.

⁷⁰ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht erhoben wurden.

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>	
Einnahmenswerpunkte	
- Erstattungen des Bundes für Kosten der Unterkunft nach dem SGB II und der Grundsicherung nach SGB XII, Kap. 4 (2009/ 2010 ca. 152,4 Mio. EUR/ 154,5 Mio. EUR)	
Ausgabenschwerpunkte	
Produkt 1	
Hilfe zum Lebensunterhalt (SGB XII, Kap. 3)	(2009/ 2010 ca. 42,7 Mio. EUR)
Grundsicherung (SGB XII, Kap. 4)	(2009/ 2010 ca. 141,6 Mio. EUR)
Krankenhilfe (SGB XII, Kap. 5)	(2009 ca. 54,2 Mio. EUR)
	(2010 ca. 53,9 Mio. EUR)
Produkt 2	
Kommunale Leistungen für Berechtigte nach dem SGB II	(2009 ca. 481,9 Mio. EUR)
	(2010 ca. 479,0 Mio. EUR)

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Hilfen zum Lebensunterhalt und zur Gesundheit nach dem SGB XII:					
Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII, Kap. 3 (jahresdurchschnittlich)	3.137	3.119	3.139	3.100	3.100
durchschnittliche Ausgaben pro Hilfeempfängerin / Hilfeempfänger in der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII, Kap. 3 (ohne Kosten der Unterkunft) mtl. in EUR	270	302	253	302	302
durchschnittliche Kosten der Unterkunft pro Hilfeempfängerin / Hilfeempfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII, Kap. 3 mtl. in EUR	238	332	291	343	343
Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach SGB XII, Kap. 4 ambulant (jahresdurchschnittlich)	18.136	19.882	20.450	21.796	21.796
durchschnittliche Ausgaben pro Hilfeempfängerin / Hilfeempfänger für ambulante Grundsicherungsleistungen nach SGB XII, Kap. 4 (ohne Kosten der Unterkunft) mtl. in EUR	159	164	154	159	159
durchschnittliche Kosten der Unterkunft pro Hilfeempfängerin / Hilfeempfänger von Grundsicherungsleistungen nach SGB XII, Kap. 4 mtl. in EUR	264	269	268	278	278
durchschnittliche Ausgaben pro Hilfeempfängerin / Hilfeempfänger für einmalige Leistungen nach SGB XII, Kap. 3 und 4 mtl. in EUR	4	2	4	2	2
Empfänger von Grundsicherungsleistungen nach SGB XII, Kap. 4 stationär (jahresdurchschnittlich)	4.696	4.605	4.207	4.516	4.516
durchschnittliche Ausgaben pro Hilfeempfängerin / Hilfeempfänger für stationäre Grundsicherungsleistungen nach SGB XII, Kap. 4 mtl. in EUR	484	488	494	488	488
Durchschnittliche Ausgaben für ambulante Leistungen der Krankenhilfe je nicht krankenversicherten Hilfeempfänger mtl. in EUR	162	201	185,25	186	185
Durchschnittliche Ausgaben für stationäre Leistungen der Krankenhilfe je nicht krankenversicherten Hilfeempfänger mtl. in EUR	224	154	150,68	140	139

Produktbereich: 04
Soziales und Integration

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 2: Kosten der Unterkunft und einmalige Leistungen nach dem SGB II:					
Empfänger von Leistungen nach dem SGB II (jahresdurchschnittlich)	197.159	199.312	200.676	194.120	192.940
Durchschnittliche Kosten der Unterkunft pro Hilfeempfängerin / Hilfeempfänger von Leistungen nach dem SGB II mtl. in EUR	199	200	207	204	204
durchschnittliche Ausgaben für einmalige Leistungen pro Hilfeempfängerin / Hilfeempfänger von Leistungen nach dem SGB II mtl. in EUR	4	4	4	3	3
P 3: Flankierende Leistungen zur Aktivierung und zur Eingliederung in das Erwerbsleben:					
Außergerichtliche Verbraucherinsolvenzverfahren					
Anzahl Neufälle ⁷¹	2.744	2.819	3.500	-	-
Anzahl abgeschlossener Verfahren	2.595	2.805	2.000	3.000	3.000
Anzahl von Verfahrensabbrüchen ⁷²	122	177	-	200	200
Anzahl von Kurz- und Notfallverfahren ⁷³	5.047	5.372	-	-	-
Durchschnittliche Wartezeit in Monaten ⁷⁴	6	6,10	-	5	5
Psychosoziale Betreuung					
Anzahl psychosozialer Betreuungen ⁷⁵	46.000	47.862	30.000	-	-
P 4: Besondere Hilfen zum Wohnen und zur Unterbringung:					
Platzzahl für Wohnungslose und Zuwanderer (zum 31.12.)	10.923	9.707	9.539	7.457	6.977
Kostensätze pro Platz und Jahr ⁷⁶					
- Bezirke - durchschnittlich in EUR	3.415	3.415	3.415	3.415	3.415
- f&w AöR - durchschnittlich in EUR ⁷⁷	1.987	1.987	2.025	1.475	1.492
Vermittlung durch die Fachstellen in Wohnraum	1.258	1.695	-	1.700	1.700
- davon in Wohnungen von Kooperationspartnern	553	627	-	700	700
Niedrigschwellige Angebote					
Anzahl der Behandlungen und med. Versorgungen durch das Krankenmobil	6.074	5.324	6.400	6.400	6.400
Anzahl der in den Tagesaufenthaltsstätten betreuten Besucher täglich, durchschnittlich	270	270	250	270	270
Anzahl der durch die Bahnhofsmmission betreuten Besucher, täglich, durchschnittlich	380	380	380	380	380

⁷¹ Kennzahl wird ab 2008 nicht mehr abgebildet

⁷² Neue Kennzahl ab 2009/2010

⁷³ Kennzahl wird ab 2008 nicht mehr abgebildet

⁷⁴ Neue Kennzahl ab 2009/2010

⁷⁵ Kennzahlenwerte für 2009/2010 sind noch nicht verfügbar.

⁷⁶ Die Kosten für die Unterbringung in bezirklich angemieteten Unterkünften und denen von fördern & wohnen - AöR - beinhalten unterschiedliche Einzelfaktoren und sind deshalb nicht miteinander vergleichbar.

⁷⁷ Der Kostensatz für 2006 wurde durch Plausibilitätsprüfung gebildet, da es bis Ende 2006 separate Kostensätze für Wohnungslose und Zuwanderer gab. Ab 2009 werden die Kosten der zentralen Verwaltung zur besseren Transparenz herausgerechnet.

Produktgruppe 03: Eingliederungshilfe, Seniorenarbeit, Pflege, rechtliche Betreuung

Kapitel 4640-4670

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i> Z 1: Unterstützung älterer, behinderter, pflegebedürftiger und betreuungsbedürftiger Menschen sowie Stärkung ihrer Selbsthilfepotenziale Z 2: Verbesserung der beruflichen Eingliederungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen Z 3: Optimierung der Versorgungsstrukturen und Hilfesysteme durch Gestaltung und Weiterentwicklung einer bedarfsgerechten, effizienten, regional gegliederten und vorrangig ambulanten Versorgungsstruktur Z 4: Weiter-/Entwicklung von Instrumenten und Prüfung der Einhaltung von Leistungs- und Qualitätsstandards Folgende fachliche Entwicklungen bilden die Schwerpunkte für die Haushaltsjahre 2009 / 2010: - Ausweitung des Angebotes an ambulant betreuten Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige - Verbesserung der Sterbebegleitung / Hospizarbeit in Pflegeheimen - Weiterentwicklung der Steuerung in der Hilfe zur Pflege durch Erprobung eines Pflegefachdienstes des Sozialhilfeträgers - Diversifizierung des vorhandenen Hilfesystems der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen bei gleichzeitiger Schwerpunktsetzung einer regional gegliederten, vorrangig ambulanten, am individuell notwendigen Bedarf orientierten Angebotsgestaltung sowie der Pauschalierung geeigneter Eingliederungshilfen - Diversifizierung der vorhandenen Angebote der beruflichen Eingliederungsmöglichkeiten mit dem Ziel einer größeren Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Angebotsmodulen sowie einer arbeitsmarktnäheren Verortung der Angebote zur Verbesserung des Übergangs auf den allgemeinen Arbeitsmarkt - Evaluierung und Weiterentwicklung der Instrumente der Hilfeplanung, Steuerung und des Controllings sowie der Prüfungsverfahren von Qualität und Wirtschaftlichkeit der Leistungen - Unterstützung der Vormundschaftsgerichte im Verfahren der Betreuerbestellung; Gewinnung ehrenamtlicher Betreuer; Information und Beratung der Bevölkerung über Möglichkeiten der Vorsorge; Beratung und Qualifizierung von Betreuern und Beratung Bevollmächtigter.
<i>Produkte</i> P 1 Hilfen für Pflegebedürftige Die fachlichen Kennzahlen für dieses Produkt wurden unter dem Gesichtspunkt ihrer Relevanz für die Haushaltsplan-Aufstellung überprüft und aktualisiert. Kennzahlen, zu denen keine Planzahlen 2009 und 2010 angegeben sind, haben sich dabei in der Vergangenheit als wenig relevant erwiesen und sollen daher zukünftig entfallen. P 2 Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung Die Produktinformation des Produkts P 2 wurde im Interesse verbesserter Übersichtlichkeit und im Hinblick auf eine angemessene Abbildung der fachpolitischen Schwerpunktsetzung auf "Ambulantisierung" neu gestaltet. P 3 Hilfen nach dem Betreuungsrecht P 4 Seniorenarbeit

Produktbereich: 04
Soziales und Integration

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	33.342	26.830	9.416	9.862	9.862
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR ⁷⁸	33.342	26.830	9.416	9.862	9.862
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	474.308	486.835	454.215	491.908	491.830
• Personalausgaben in Tsd. EUR ⁷⁹	12	12	12	12	12
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ⁸⁰	474.296	486.823	454.203	491.896	491.818
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	5.663	6.297	6.261	6.399	6.121
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	454.714	466.511	445.938	483.520	483.720
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	1.685	1.851	2.913	1.361	1.123

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2	2	1	1	1
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2	2	1	1	1
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	0	0	0	0	0

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>		
Einnahmenswerpunkte		
Erstattungsleistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger (2009/2010 jeweils ca. 9,8 Mio. EUR)		
Ausgabenschwerpunkte		
Produkt 1	Hilfe für Pflegebedürftige	(2009 ca. 158,1 Mio. EUR) (2010 ca. 157,4 Mio. EUR)
Produkt 2	Eingliederungshilfen	(2009 ca. 324,2 Mio. EUR) (2010 ca. 325,1 Mio. EUR)

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁸¹	-	141,88	141,88	83,63	83,63

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Hilfen für Pflegebedürftige:					
Plätze in Pflegeheimen in Hamburg (stationäre Pflege) nach SGB XI	15.900	16.400	16.000	-	-
Zahl der Plätze mit besonderer stationärer Dementenbetreuung ⁸²	750	750	750	-	-
Durchschnittliche Fachkraftquote in Hamburger Heimen in %	59	-	58	-	-
Anteil der Heime mit einer Fachkraftquote von unter 50% in %	10	-	10	-	-

⁷⁸ In den Ergebnissen 2006 und 2007 sind die durch den Bund erstatteten Rentenversicherungsbeiträge miterfasst, in den Planjahren ist dieser Titel als Leertitel ausgewiesen.

⁷⁹ Aufwandsentschädigung für den/die Senatskoordinator/in für die Gleichstellung behinderter Menschen.

⁸⁰ Ergebnis 2006 und 2007: Davon 1.813 Tsd. EUR bzw. 1.819 Tsd. EUR Ausgaben der Bezirke aus einer Rahmenvorgabe.

⁸¹ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht erhoben wurden. Ab 2009 ist die Eingliederung des Integrationsamtes vom Amt für Familie und die vorgesehene Ausgliederung der Eingliederungshilfe in den Bezirk Wandsbek berücksichtigt.

⁸² Das Dementenprogramm wird im Rahmen der Umsetzung des Pflegeweiterentwicklungsgesetzes neu verhandelt.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Anteil der Ein-Personen-Einheiten in Heimen in % ⁸³	56	61	56	-	-
Anteil der ambulant Gepflegten an allen Pflegebedürftigen nach SGB XI in % ⁸⁴	68	68	69	-	-
Anteil der (reinen) Geldleistungsempfänger unter den ambulant Gepflegten nach SGB XI in % ⁸⁵	54	54	57	-	-
Durch ambulante Sach- und Kombinationsleistungen versorgte Pflegebedürftige je Pflegefachkraft in der ambulanten Pflege ⁸⁶	3,45	2,90	3,50	-	-
Anteil der ambulanten Pflegedienste, die aufgrund vereinbarter Qualitätskriterien mehr als den Basispunktwert vergütet bekommen in %	-	-	51	-	-
Plätze in zugelassenen Tagespflegeeinrichtungen	288	292	385	417	450
Anzahl der Tagespflegeplätze je 1.000 Einwohner im Alter von 80 und mehr Jahren ⁸⁷	3	3	5	-	-
Plätze in Kurzzeitpflegeeinrichtungen (mit eigenem Versorgungsvertrag)	55	68	125	149	175
Anteil der Hilfeempfänger in der Sozialhilfe mit SGB XI-Ansprüchen (ambulante Sachleistungen) in %	-	-	57	-	-
1. Übersicht: Anzahl der Hilfeempfänger / durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger⁸⁸					
1.1 Anzahl der Hilfeempfänger - ambulant - (jahresdurchschnittlich)	7.667	7.479	7.792	7.273	7.273
1.1.1 davon ambulante Pflegehilfen	5.310	5.528	5.164	5.759	5.759
1.1.2 davon Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	2.356	1.951	2.628	1.514	1.514
1.2 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - ambulant- im Monat in EUR	760	797	-	813	805
1.2.1 davon ambulante Pflegehilfen in EUR	931	914	-	918	908
1.2.2 davon Hilfe zur Weiterführung des Haushalts in EUR	412	415	-	415	415
2. Anzahl der Hilfeempfänger - stationär - (jahresdurchschnittlich)	5.805	5.893	5.731	5.984	5.984
2.1 davon in Heimen innerhalb Hamburgs	4.298	4.376	4.229	4.439	4.439
2.2 davon in Heimen außerhalb Hamburgs	1.507	1.517	1.502	1.545	1.545
2.3 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - stationär- im Monat in EUR	702	694	-	685	680
3. Anzahl der Hilfeempfänger - teilstationär - (Jahresdurchschnittlich)	219	232	-	250	250
3.1 davon in Tagespflegeeinrichtungen	164	172	-	178	178
3.2 davon in Kurzzeitpflegeeinrichtungen	55	60	-	72	72
3.3 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger - teilstationär- im Monat in EUR	767	721	-	719	719
3.3.1 in Tagespflegeeinrichtungen in EUR	630	604	-	607	607
3.3.2 in Kurzzeitpflegeeinrichtungen in EUR	1.175	1.055	-	997	997
4. Anzahl der Hilfeempfänger Einzelförderung nach § 12 HmbLPG (jahresdurchschnittlich)	7.031	7.192	6.870	7.367	7.367

⁸³ Pflegestatistik nach § 109 SGB XI mit Stand 15.12.2007. Diese Statistik wird alle zwei Jahre erhoben.

⁸⁴ Siehe vorherige Fußnote

⁸⁵ Siehe vorherige Fußnote

⁸⁶ Siehe vorherige Fußnote

⁸⁷ Bevölkerungsdaten mit Stand vom 31.12.2006

⁸⁸ Die Struktur der abgebildeten Kennzahlen wurde zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den bisherigen Haushaltsplänen geändert, so dass für einige Kennzahlen keine Plandaten 2008 ausgewiesen werden können.

Produktbereich: 04
Soziales und Integration

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
4.1 davon in Heimen innerhalb Hamburgs	5.129	5.275	4.989	5.398	5.398
4.2 davon in Heimen außerhalb Hamburgs	1.902	1.917	1.881	1.969	1.969
4.3 Durchschnittliche Höhe der Förderung im Monat in EUR	367	376	-	385	387
P 2: Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung:					
1. Übersicht					
1.1 Anzahl der stationär und ambulant vom SHT Hamburg mit EGH-Leistungen versorgten Personen (Jahresdurchschnitt); ohne Teilhabe am Arbeitsleben/Tagesförderung und Empfänger von Blindengeld	9.129	9.680	8.038	10.577	10.625
1.2 davon Anteil ambulanter Hilfen in %	48,69	52,64	48,63	59,67	60,41
1.3 durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger/ Tag (zu 1.1) in EUR	64,31	62,21	69,42	59,24	59,16
2. Ambulante Hilfen für geistig-, körperlich- und sinnesbehinderte Menschen ⁸⁹					
2.1 Anzahl der Hilfeempfänger	1.378	1.561	1.802	1.952	2.060
2.1.1 davon Hilfeempfänger PBW (pädagogische Betreuung im eigenen Wohnraum) ⁹⁰	835	708	1.232	399	249
2.1.2 davon Hilfeempfänger WA (Wohnassistenz) ⁹¹	510	682	304	921	1.041
2.1.3 davon Hilfeempfänger ABWG (ambulant betreute Wohngemeinschaft) ⁹²	33	124	266	312	370
2.1.4 davon Hilfeempfänger AAH (ambulante Assistenz Hamburg) ⁹³	-	47	-	320	400
2.2 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger/Tag in EUR	20,25	20,63	-	33,26	35,58
2.2.1 davon PBW in EUR	23,39	20,73	-	21,02	21,02
2.2.2 davon WA in EUR	12,89	12,74	-	12,92	12,92
2.2.3 davon ABWG in EUR	54,36	58,74	-	59,56	59,56
2.2.4 davon für AAH in EUR	-	80,32	-	81,44	81,44
2.3 Ambulante Hilfen für behinderte Kinder					
2.3.1 Anzahl Hilfeempfänger HFbK (Hilfe für Familien mit behinderten Kindern) ⁹⁴	169	212	121	293	293
2.3.2 Anzahl Hilfeempfänger Frühförderung	324	337	-	400	400
2.3.3 Anzahl Heilpädagogische Maßnahmen	47	40	-	100	100
2.4 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger/ Tag in EUR	20,43	19,04	-	16,34	16,34
2.4.1 davon HFbK in EUR	26,11	26,13	-	25,67	25,67
2.4.2 davon Frühförderung in EUR	14,57	13,59	-	10,85	10,85
2.4.3 davon Heilpädagogische Maßnahmen in EUR	19,60	24,79	-	10,95	10,95

⁸⁹ Die Struktur der abgebildeten Kennzahlen wurde zur Verbesserung der Transparenz gegenüber den bisherigen Haushaltsplänen geändert, so dass für einige Kennzahlen keine Plandaten 2008 ausgewiesen werden können.

⁹⁰ Entgegen früherer Planungen ist der Fallzuwachs überwiegend im Bereich der Wohnassistenz erfolgt.

⁹¹ Gleichzeitiger Bezug von PBW ist möglich.

⁹² Teilweise daneben individueller Bezug von PBW möglich.

⁹³ Diese neue, analog ABWG, aber trägerspezifisch ausgeprägte Hilfeart wurde ab 01.04.2007 bewilligt

⁹⁴ Infolge der veränderten Altersgrenze (HfbK künftig bis zur Volljährigkeit möglich, danach ggf. PBW) finden hier neben einer Fallzahlsteigerung auch Umschichtungen aus der PBW statt.

3. Ambulante Hilfen für psychisch kranke / seelisch behinderte Menschen					
3.1 Anzahl der Hilfeempfänger	2.527	2.947	1.986	3.566	3.566
3.1.1 davon Hilfeempfänger PPM (personenbezogene Hilfe für psychisch kranke Menschen)	1.443	1.796	1.106	2.308	2.308
3.1.2 davon Hilfeempfänger BeWo (ambulant betreutes Wohnen)	1.084	1.151	880	1.258	1.258
3.2 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger/Tag in EUR	30,29	30,70	37,13	30,74	30,74
3.2.1 davon PPM in EUR	20,18	19,71	-	19,99	19,99
3.2.2 davon BeWo in EUR	49,36	49,77	-	50,47	50,47
4. Stationäre Hilfen für geistig-, körperlich- und sinnesbehinderte Menschen					
4.1 Anzahl der Hilfeempfänger	3.587	3.522	3.039	3.220	3.160
4.1.1 davon innerhalb Hamburgs	2.438	2.370	2.039	2.220	2.160
4.1.2 davon außerhalb Hamburgs	1.149	1.152	1.000	1.000	1.000
4.2. Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger/Tag in EUR	105,20	105,44	108,05	106,88	106,88
5. Stationäre Hilfen für psychisch kranke / seelisch behinderte Menschen					
5.1 Anzahl der Hilfeempfänger	1.097	1.062	1.090	1.046	1.046
5.1.1 davon innerhalb Hamburgs	654	608	680	636	636
5.1.2 davon außerhalb Hamburgs	443	454	410	410	410
5.2 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger/Tag in EUR	78,28	78,91	76,48	80,09	80,09
6. Teilhabe am Arbeitsleben / Tagesförderung					
6.1 Anzahl der Hilfeempfänger in WfBM (Werkstätten für behinderte Menschen)	2.783	2.918	2.760	3.203	3.203
6.1.1 davon innerhalb Hamburgs ⁹⁵	2.403	2.500	2.360	2.713	2.713
6.1.2 davon außerhalb Hamburgs	380	418	400	490	490
6.2 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger / Tag in EUR	42,59	42,46	45,25	41,99	41,99
6.2.1 davon innerhalb Hamburgs in EUR	44,43	44,30	-	43,77	43,77
6.2.2 davon außerhalb Hamburgs	30,97	31,49	-	32,15	32,15
6.3 Anzahl der Hilfeempfänger in Arbeitsprojekte und Integrationsfachdienste	189	179	145	201	201
6.4 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger / Tag in EUR	39,11	39,59	-	42,17	42,17
6.5 Anzahl der Hilfeempfänger in Tagesförderung	892	944	841	1.016	1.016
6.5.1 davon innerhalb Hamburgs	811	858	-	926	926
6.5.2 davon außerhalb Hamburgs	81	86	-	90	90
6.6 Durchschnittliche Ausgaben je Hilfeempfänger / Tag in EUR ⁹⁶	97,81	94,18	93,84	95,15	95,15
P 3: Hilfen nach dem Betreuungsrecht:					
Ehrenamtliche Betreuer in laufender Beratung durch Betreuungsvereine	3.840	3.914	3.500	4.000	4.000

⁹⁵ Inkl. 24 Fälle in Kooperation mit den Winterhuder Werkstätten

⁹⁶ Die Berechnung der durchschnittl. Ausgaben erfolgt auf der Grundlage von 260 Öffnungstagen und beinhaltet den Anteil der Beförderungskosten der BBS

P 4: Seniorenarbeit:					
Besuche in Seniorentreffs	704.633	757.118	675.000	705.000	705.000
Geförderte Seniorentreffs ⁹⁷	84	84	85	-	-

Produktgruppe 04: Zuwanderung

Kapitel 4700

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Zügige und umfassende Integration der Zuwanderer (Menschen mit Migrationshintergrund), die dauerhaft und rechtmäßig in Hamburg leben Z 2: Zügige und umfassende Beratung und Unterstützung von Zuwanderern ohne Bleiberecht bei der freiwilligen Rückkehr / Weiterwanderung und Reintegration ins Herkunftsland Folgende fachliche Entwicklungen bilden die Schwerpunkte für die Haushaltsjahre 2009 und 2010: Umsetzung des Handlungskonzepts zur Integration von Zuwanderern in Hamburg insbesondere in den Bereichen: - Motivationsarbeit zur Teilnahme an integrationsfördernden Maßnahmen des Bundes und des Landes - Sicherstellung eines bedarfsgerechten Angebots zur Unterstützung der integrationsfördernden Maßnahmen des Bundes und des Landes, z.B. durch Migrationsberatung und Sprachförderung - Aktivierung des bürgerschaftlichen Engagements von und mit Zuwanderern
<i>Produkte</i>
P 1 Integrationsförderung von Zuwanderern P 2 Leistungen nach dem AsylbLG P 3 Rückkehrberatung und Reintegration ins Heimatland

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	233	259	163	233	233
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	233	259	163	233	233
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	62.055	51.205	55.135	44.967	44.967
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	62.055	51.205	55.135	44.967	44.967
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	3.902	3.541	4.269	4.555	4.555
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ⁹⁸	58.085	47.585	50.798	40.344	40.344

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ⁹⁹	-	14,70	14,70	-	-

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Ausgabenschwerpunkt Produkt 2 Hilfen nach dem AsylbLG (ca. 40,3 Mio. EUR)

⁹⁷ Diese Kennzahl soll künftig entfallen, siehe Erläuterung vorn zu den Produkten, P 1 Hilfen für Pflegebedürftige.

⁹⁸ Mit der Drs. 18/6980 wurden 2007 und 2008 5 Mio. EUR bzw. 6 Mio. EUR für Mehrbedarfe im Einzelplan zur Verfügung gestellt.

⁹⁹ Für 2006 werden keine VZÄ ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht erhoben wurden.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Integrationsförderung von Zuwanderern:					
Zugang von Spätaussiedlern	190	148	800	150	150
Zugang von jüdischen Emigranten	39	26	100	100	100
Anzahl von Integrationszentren (ohne Filialen)	15	15	7	15	15
Durchschnittliche Anzahl der Zuwanderer im Fallmanagement der Integrationszentren, jährlich ¹⁰⁰	-	-	-	1.330	1.330
Teilnehmer an Sprachkursen	686	968	660	780	780
Lernberatung mit Sprachstandstests ¹⁰¹	3.075	3.437	1.320	4.980	4.980
P 2: Leistungen nach dem AsylbLG:					
Durchschnittliche Zahl von Leistungsempfängern nach dem AsylbLG im Jahresdurchschnitt					
Empfänger insgesamt	10.576	9.444	9.193	8.023	8.023
- davon nach § 1 AsylbLG	8.329	6.566	7.457	4.956	4.956
- davon nach § 2 AsylbLG	2.247	2.878	1.736	3.067	3.067
Durchschnittliche Ausgaben je Leistungsempfänger im Monat					
- davon für Empfänger nach § 1 AsylbLG in EUR	469	435	478	428	428
- davon für Empfänger nach § 1 AsylbLG ohne Krankenhilfe in EUR	328	311	325	303	303
- davon für Empfänger nach § 1 AsylbLG nur Krankenhilfe in EUR	141	124	153	125	125
- davon für Empfänger nach § 2 AsylbLG in EUR	409	356	265	399	399
- davon für Empfänger nach § 2 AsylbLG ohne Krankenhilfe in EUR	322	266	194	309	309
- davon für Empfänger nach § 2 AsylbLG nur Krankenhilfe in EUR	87	90	71	90	90
P 3: Rückkehrberatung und Reintegration ins Heimatland:					
Rückkehrer und Weiterwanderer	155	86	600	120	120

¹⁰⁰ Neue Kennzahl ab Haushaltsjahr 2009

¹⁰¹ Die inhaltlichen Aufgaben der Integrationszentren haben sich seit Ende 2005 grundlegend geändert. In diesem Rahmen bildete sich für die Integrationszentren die neue Leistung "Lernberatung mit Sprachstandstests". Die Haushaltsplanung für 2007 und 2008 musste ohne Möglichkeit einer realistischen vorherigen Einschätzung vorgenommen werden. Für 2009/2010 wurden die Planzahlen der Realität angepasst.

Produktbereich 05: Gesundheit und Verbraucherschutz

Kapitel 4910-4940

<i>Produktbereichskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	9.492	13.154	6.685	8.349	7.056
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	9.492	13.154	6.685	7.056	7.056
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR	0	0	0	1.293	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	118.326	121.042	117.104	124.136	125.783
• Personalausgaben in Tsd. EUR ¹⁰²	44.905	44.342	41.383	44.026	44.038
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR ¹⁰³	72.589	75.887	74.889	79.540	81.455
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	22.219	21.090	19.914	21.839	21.839
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR ¹⁰⁴	19.817	23.930	25.409	25.603	26.903
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	832	813	832	570	290
Investitionsausgaben in Tsd. EUR ¹⁰⁵	100.006	81.022	108.840	114.014	109.893
Vollzeitäquivalente (VZÄ) ¹⁰⁶	-	550,80	556,60	556,60	556,60

<i>Ziele des Produktbereichs</i>	
Z 1:	Produktbereichsbezogene Planung und Steuerung.
Z 2:	Schutz des Menschen vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen, Stärkung gesundheitsfördernder und präventiver Strategien, Sicherung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandards in den Gesundheitsberufen.
Z 3:	Sicherung und Weiterentwicklung bedarfsgerechter Versorgungsstrukturen und sozialversicherungsrechtlicher Grundlagen.
Z 4:	Präventiv wirkender Verbraucherschutz in Hamburg durch Bündelung sämtlicher verbraucherschutzpolitischer Maßnahmen und Neuordnung ihres Vollzuges, Stärkung des Tierschutzes.
Z 5:	Intersektoraler Verbraucherschutz, Arbeitsschutz und Patientenschutz durch Weiterentwicklung von Konzepten sowie von Umweltmedizin und Epidemiologie.
Z 6:	Sicherung eines hohen Untersuchungsniveaus in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lebensmittelvirologie und Infektionsepidemiologie im Institut für Hygiene und Umwelt.
<i>Produktgruppen - Überblick</i>	
PG 1	Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice
PG 2	Verbraucherschutz
PG 3	Gesundheit

Produktgruppe 01: Produktbereichsbezogene Steuerung und Verwaltungsservice

Kapitel 4910

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Zentrale Leitungsunterstützung bei der Steuerung der Fachaufgaben und der produktbereichsbezogenen

¹⁰² 2009: erstmalige Berücksichtigung struktureller Veränderungen, die bisher nur unterjährig gebucht wurden.

Davon in 2006/2007 7.000/7.000 Euro Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen.

¹⁰³ Die Gesamtausgaben beinhalten auch die Zahlen für den nach § 15 LHO veranschlagten Bereich Institut für Hygiene und Umwelt. Davon in 2006/2007 1.800.000/1.709.000 Euro Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen.

¹⁰⁴ Davon in 2006/2007 1.302.000/922.000 Euro Ausgaben der Bezirke aus Rahmen- und Zweckzuweisungen.

¹⁰⁵ Die Investitionsausgaben beinhalten auch die Zahlen für den nach § 15 LHO veranschlagten Bereich Institut für Hygiene und Umwelt.

¹⁰⁶ Für 2006 werden keine Vollzeitäquivalente ausgewiesen, weil sie für dieses Jahr noch nicht vorlagen. Ab 2009/2010 erfolgt eine Fortschreibung der Planzahl 2008; gleichwohl werden verschiedene aufgabenkritische Maßnahmen Auswirkungen auf die Personalausgaben und die Vollzeitäquivalente haben.

Fachplanungen, Stärkung der "Europafähigkeit", Förderung der internationalen Zusammenarbeit. Z 2: Steuerung und Optimierung der Aufgabenwahrnehmung durch Organisations- und Personalentwicklung, effektiven Einsatz von Personal- und Sachmitteln sowie Ausbau der Technikunterstützung. Z 3: Service zur bedarfsgerechten operativen Unterstützung der Arbeitsfähigkeit des Produktbereichs.	
<i>Produkte</i>	
P 1 Koordinierung von Fachplanungen, Ressortpolitik und EU- Angelegenheiten Weiterentwicklung der produktbereichsbezogenen Steuerung von Fachplanungen und des Controllings, Koordinierung und Vorbereitung politischer (Senat, Bürgerschaft und Deputation) und überregionaler Gremien, insbesondere Fachministerkonferenzen sowie zentrale Bearbeitung von EU-Angelegenheiten. P 2 Entwicklung und Umsetzung einer Strategie zur Stärkung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg Förderung des gesamten Spektrum der Gesundheitswirtschaft als eine der bedeutendsten Wachstumsbranchen in Hamburg: Entwicklung einer Strategie und eines korrespondierenden Umsetzungskonzepts unter Einbeziehung der internationalen Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich; Steuerung der Umsetzung einschließlich Vergabe von Fördermitteln; Implementierung eines professionellen Clustermanagements. P 3 Ressourcensteuerung, Organisations-, Personal- und Technikentwicklung Produktbereichsbezogenes Finanzcontrolling, Personalberichtswesen und -controlling, Personal- und Organisationsentwicklung, IT-Strategieplanung und laufende Umsetzung von technikunterstützten Reorganisationsprojekten. P 4 Personal- und Verwaltungsservice Allgemeine Verwaltungsaufgaben, Personalverwaltung und -betreuung, Auftraggeberfunktion für die Steuerung von Servicedienstleistungen.	

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	2.083	4.373	1.507	1.804	1.804
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	2.083	4.373	1.507	1.804	1.804
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	9.159	8.975	9.868	9.765	10.263
• Personalausgaben in Tsd. EUR	8.110	7.964	8.926	7.419	7.406
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	1.049	1.011	942	2.346	2.857
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	199	183	0	-	-
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1	5	0	2	2
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	97	107	2	2	2

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.138	1.199	1.179	1.151	1.151
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.000	1.064	1.045	1.020	1.020
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	138	135	134	131	131

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Sach- und Fachausgaben: Der Schwerpunkt liegt bei den anteiligen Sachkosten im Betriebskonto 4910, Z 61, insb. Miete, Bewirtschaftung, Bauunterhaltung, Ausgaben im Zusammenhang mit der Gesundheitswirtschaft, P 1 - P 4 1,9/2,4 Mio. EUR.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	84,60	90,40	90,40	90,40
Anzahl der (aktiven und passiven) Beschäftigten	1.160	1.074	1.099	1.099	1.099

<i>Qualitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Anteil der Personalausgaben der zentralen Intendanz an den gesamten Personalausgaben in %	10,89	11,79	11,70	11,70	11,70

Produktgruppe 02: Verbraucherschutz

Kapitel 4920

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>
Z 1: Weiterentwicklung der für die Produktgruppe einschlägigen landes- und bundesrechtlichen Bestimmungen unter besonderer Berücksichtigung der europarechtlichen Vorgaben. Z 2: Gewährleistung einer effektiven Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung. Z 3: Sicherstellung der Tierseuchenbekämpfung. Z 4: Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher durch fleischhygiene- und lebensmittelrechtliche Kontrollen durch das Veterinäramt Grenzdienst sowie Verhinderung der Einschleppung von Tierseuchen in das Gemeinschaftsgebiet der Europäischen Union. Z 5: Schutz der Tiere vor Schmerzen, Leiden oder Schäden. Z 6: Sicherung und Erhöhung des Verbraucher- und Patientenschutzes in Hamburg in den Bereichen Arzneimittel, Medizinprodukte, Gefahrstoffe und Patientenversorgung; Ausbau der Patienten- und Verbraucherrechte. Z 7: Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Verringerung gesundheitlicher Gefährdungen abhängig Beschäftigter und Dritter. Z 8: Gewährleistung des Schutzes vor Gefahren durch unsichere Produkte und des Schutzes von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Dritter vor Gefahren durch Anlagen. Z 9: Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Hamburger Betrieben. Z 10: Prävention und Abwehr umweltbedingter Gesundheitsgefahren, Sicherung der Datenqualität im Hamburgischen Krebsregister.
<i>Produkte</i>
P 1 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten in der Lebensmittelsicherheit und im Veterinärwesen Produktgruppenbezogene Steuerung in Grundsatz-, Querschnitts- und Rechtsangelegenheiten. P 2 Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung Weiterentwicklung der Lebensmittelüberwachung unter Einbeziehung von Qualitätsmanagementmethoden sowie der herkömmlichen Vollzugsinstrumente (Kontrolle und Beprobung), Orientierung am Bedarf und am Gefährdungspotenzial, Durchführung von Schwerpunktaktionen. P 3 Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung Koordinierung sämtlicher fachbehördlicher (Überwachungs-) Maßnahmen auf den Gebieten des Tierschutzes und der Tierhaltung. Abwehr und Bekämpfung von Tierseuchen unter besonderer Berücksichtigung von Infektionskrankheiten, die von Tieren auf Menschen übertragbar sind (Zoonosen), Einbindung in das bundes- und EU-weite Krisenmanagement, Sicherstellung einer schadlosen Tierkörperbeseitigung mit thermischer Verwertung. P 4 Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen Durchführung von Veterinärkontrollen bei der Einfuhr von Tieren und Erzeugnissen tierischer Herkunft sowie Untersuchungen bei der Einfuhr pflanzlicher Lebensmittel über den Hamburger Hafen und Flughafen bei Drittlandimporten. Veterinärrechtliche Freizonenüberwachung durch Kontrollen bei Transitsendungen und bei Ein- und Auslagerungen im Freihafen. Umsetzung des Konzeptes für Grenzkontrollstellen des Veterinäramtes Grenzdienst sowie Weiterentwicklung der Überwachungskonzepte.

P 5 Rechts- und Grundsatzangelegenheiten Produktgruppenbezogene Steuerung in Grundsatz-, Querschnitts- und Rechtsangelegenheiten. ArbeitsschutzPartnerschaft Hamburg, Kooperation in der Marktüberwachung mit Ostseeanrainerstaaten.					
P 6 Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin Stärkung der Entscheidungsfähigkeit der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Patientinnen und Patienten durch Ausbau und Optimierung von zielgruppenorientierten Informations- und Beratungsangeboten. (Weiter-)Entwicklung und Umsetzung von zielgruppenspezifischen Überwachungskonzepten in den Bereichen Arzneimittel und Medizinprodukte durch Aufsicht, Beratung und Systemkontrolle mit dem Ziel, dass nur sichere Produkte auf den Markt kommen bzw. unsichere Produkte vom Markt genommen werden.					
P 7 Gesundheitlicher Arbeitnehmerschutz Durchführung von Systemkontrollen in den für den Arbeits- und Gesundheitsschutz besonders bedeutsamen Betrieben im Hinblick auf die Einhaltung der obliegenden Pflichten. Durchführung von branchenbezogenen Kooperationsprojekten mit z.B. Unfallversicherungsträgern und weiteren Partnern zur Umsetzung einheitlicher Arbeits- und Gesundheitsschutzstandards in den Betrieben, insbesondere in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).					
P 8 Produkt- und Anlagensicherheit Aufsichts- und Prüftätigkeit hinsichtlich Anlagen, die mit Rücksicht auf ihre Gefährlichkeit einer besonderen Überwachung bedürfen, Weiterentwicklung der Überwachung anhand der durch Deregulierung und Liberalisierung gekennzeichneten Betriebs- und Prüfvorschriften; Kooperation mit den Überwachungsorganisationen. Verstärkung von Marktkontrollen und Intensivierung von Produktprüfungen, auch im Rahmen überregionaler Projekte (z.B. Ostseeraum).					
P 9 Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister Stellungnahmen und Initiativen zur Prävention und Abwehr umweltbedingter Gesundheitsrisiken, aktive Mitwirkung an der länderübergreifenden Diskussion zur Fortentwicklung deren Abschätzung und Bewertung. Erfassung von Ausmaß und Verbreitung von Krebskrankheiten in der hamburgischen Bevölkerung und Untersuchung ihrer zeitlichen Entwicklung, Abschätzung vermeidbarer Krebsfälle für ausgewählte Lokalisationen.					

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	6.137	7.391	4.377	4.601	4.601
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	6.137	7.391	4.377	4.601	4.601
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	30.323	30.236	29.530	31.374	31.445
• Personalausgaben in Tsd. EUR	23.811	23.604	21.882	24.711	24.749
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	6.512	6.632	7.648	6.663	6.696
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	776	776	781	888	888
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	1.863	1.834	3.276	1.919	1.927
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	400	381	53	80	39

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	2.714	2.888	2.889	2.889	2.889
· innerbehördlich in Tsd. EUR	2.385	2.560	2.561	2.561	2.561
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	329	328	328	328	328

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: Gebühren nach der GebOöG für Lebensmitteleinfuhruntersuchungen , P 4 3,4/3,4 Mio. EUR Gebühren nach der GebOAS und der Kostenverordnung des Bundes auf den Gebieten des Arbeitsschutzes und der technischen Überwachung, P 7 - P 8 0,9/0,9 Mio. EUR Sach- und Fachausgaben: Sach- und Fachausgaben des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und Veterinärwesens (Betriebskonto Z 61 und Z 63) 0,7/0,7 Mio. EUR Zuwendungen an die Verbraucherzentrale Hamburg e.V. und Kostenerstattung an den Tierschutzverein 2,4/2,4 Mio. EUR Sach- und Fachausgaben im Bereich Arbeitnehmerschutz, P 7 - P 8 0,6/0,6Mio. EUR Investitionen: Beschaffung von größeren Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Bereich des Arbeitnehmerschutzes, P 7 0,08/0,04Mio. EUR

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	311,60	311,60	311,60	311,60

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten in der Lebensmittelsicherheit und im Veterinärwesen:					
Erfolgreiche Ordnungswidrigkeiten-, Widerspruchs- und Gerichtsverfahren	10	12	12	12	12
P 2: Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung:					
Anzahl gestellter Anträge auf Ausstellung von Exportzertifikaten für Lebensmittel (Verkehrsfähigkeitsbescheinigungen; Bearbeitungsquote 100%)	6.806	3.738	5.500	3.500	3.500
Anzahl der Probenahmen (Lebensmittelpuben) je 1000 Einwohner	5	5	5	5	5
Anzahl gestellter Anträge auf Ausstellung von Exportzertifikaten für Futtermittel (Verkehrsfähigkeitsbescheinigungen; Bearbeitungsquote 100%)	862	665	700	700	700
P 3: Tierschutz und Tierseuchenbekämpfung:					
Anzahl der Anträge auf Genehmigung von Tierversuchen	128	125	80	120	120
Anzahl der als zulässig bestätigten anzeigepflichtigen Tierversuche	378	345	250	350	350
Anzahl der einmal jährlich zu überprüfenden Versuchstiereinrichtungen	18	14	23	14	14
Überprüfte Betriebseinheiten, die Tierarzneimittel handhaben (50% der gesamten Betriebseinheiten)	26	46	90	90	90
Zahl der erteilten tierseuchenrechtlichen Einfuhrgenehmigungen (Freihafen/Flughafen)	94	54	100	60	60
Seuchenfreiheitsbescheinigungen, Zulassungen nach der VO (EG) b1774/2002	3	5	5	10	10
Kosten für die Tierkörperbeseitigung in in Tsd. EUR ¹⁰⁷	41	18	80	60	60

¹⁰⁷ Ergebnis 2007: Geringerer Mittelabfluss aufgrund zahlungstechnischer Verzögerungen des Entsorgers.

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 4: Veterinärdienst für grenzüberschreitenden Verkehr und Freihafen:					
Gestellte Anträge zur Ein- und Durchfuhr	39.999	41.166	55.000	41.000	53.000
Amtstierärztliche Bescheinigungen bei Aus- und Durchfuhr (Attestierungen)	1.690	1.875	2.100	2.100	2.100
Amtstierärztliche Bescheinigungen bei Aus- und Durchfuhr (Beglaubigungen) ¹⁰⁸	720	402	900	500	500
Containerbewegungen im Rahmen des Feederverkehrs	28.025	32.441	32.000	38.500	42.000
Entwicklung der Gebühreneinnahmen in Tsd. EUR	4.213	5.479	3.360	3.360	3.360
P 5: Rechts- und Grundsatzangelegenheiten:					
Begonnene Rechtsverfahren ¹⁰⁹	2.128	1.297	2.600	2.600	2.800
Erfolgreiche Ordnungswidrigkeiten-, Widerspruchs- und Gerichtsverfahren	2.252	2.995	2.300	2.600	2.800
Bußgeld-/ Verwarngeldeinnahmen in in Tsd. EUR ¹¹⁰	240	390	150	450	500
P 6: Patientenschutz und Sicherheit in der Medizin:					
Anzahl der Überwachungen in Apotheken und bei Herstellern (ohne Drittländer) im Pharmaziebereich	116	156	130	130	130
Betriebskontrollen in Drittländern in Personen-Tagen	267	275	200	330	330
Anzahl der gezogenen Proben im Pharmaziebereich	72	87	90	90	90
Anzahl Überwachungen in Krankenhäusern nach Medizinproduktebetriebsverordnung (zzgl. thematischer Schwerpunktüberwachungen im Rahmen von Projekten) ¹¹¹	27	27	27	25	25
P 7: Gesundheitlicher Arbeitnehmerschutz:					
Anzahl der Aufsichtstätigkeit in Betrieben, auf Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen (Gesamtzahl von Betrieben, Baustellen, Schiffen, Messen oder sonstigen Anlagen: 130.000)	4.934	5.306	6.000	5.500	5.500
Bearbeitete Anfragen/ Anzeigen/ Anträge auf dem Gebiet des Arbeits- und Gesundheitsschutzes (Bearbeitungsquote = 100 %)	20.910	23.074	24.000	24.000	24.000
Kooperationsprojekte	41	29	25	25	25
Anzahl von Systemkontrollen (eigengesteuerte Besichtigungen) in Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte (Gesamtzahl von Betrieben mit besonderem Gefährdungspotential für Beschäftigte in 2004/05/06: 369)	188	190	190	180	180
Umschlagskontrollen im Hafen (Anzahl der Schiffsabfertigungen in 2004/05/06: 22.100)	505	500	500	500	500

¹⁰⁸ In vermehrtem Maße werden heute Beglaubigungen unmittelbar bei Einreichung der Veterinärdokumente beantragt. In diesen Fällen sind die Beglaubigungen Bestandteil des üblichen Einfuhrvorganges und werden somit nicht separat erfasst.

¹⁰⁹ Ergebnis 2007: Aufgrund einer kurzfristig eingetretenen Gesetzeslücke im Bereich des Fahrpersonalrechts verminderter Anzeigeneingang in 2007.

¹¹⁰ Plan 2009/2010: Durch die EU-weite Erhöhung des Kontrollumfangs je Anzeige ist ein erheblicher Anstieg der Einnahmen zu erwarten.

¹¹¹ Anzahl der als A-Betriebe kategorisierten Krankenhäuser (>100 Betten) wurde ab 2008 von 27 auf 25 reduziert (Bettenabbau, eingeschränktes Medizinproduktespektrum).

Zahl der mit Zusammenhangsgutachten oder beratender Stellungnahme abgeschlossener Berufskrankheitenverfahren	983	830	1.200	900	900
Anzahl GLP-Inspektionen bei Betrieben in HH	1	3	2	2	2
P 8: Produkt- und Anlagensicherheit :					
Projekte im Bereich Produktsicherheit	4	4	4	4	4
Bearbeitung von Mängelmeldungen/Warnungen/Beschwerden auf dem Gebiet der Produktsicherheit	1.677	1.990	1.600	2.000	2.000
Eigengesteuerte Besichtigungen von überwachungsbedürftigen Anlagen (Aufzüge, Dampfkessel usw.) ¹¹²	-	-	970	1.000	1.000
Projekte im Bereich Anlagensicherheit	3	4	3	4	4
P 9: Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen, Epidemiologie, Umweltmedizin, Hamburgisches Krebsregister:					
Anzahl umweltmedizinischer Beratungen	522	504	440	440	440
Meldebeteiligung: Anzahl von Meldungen über Neuerkrankungen an bösartigen Neubildungen an das Hamburgische Krebsregister	19.632	22.469	23.000	24.000	25.000
Verfahrensbeteiligungen zu Themen des umweltbezogenen Gesundheitsschutzes	380	109	180	180	180

Produktgruppe 03: Gesundheit

Kapitel 4930

<i>Ziele der Produktgruppe und Erläuterungen zur Entwicklung</i>	
Z 1:	Sicherung und Weiterentwicklung von Ausbildungsstandards in den Gesundheitsberufen, Mitwirkung bei der Erarbeitung ethischer Standards zur Einführung und Anwendung neuer medizinischer Untersuchungs- und Behandlungsmethoden.
Z 2:	Aufbau und Erhalt bedarfsgerechter und zielgruppenorientierter Versorgungsstrukturen in der Suchtkrankenhilfe.
Z 3:	Informationsvermittlung im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung.
Z 4:	Stärkung von Gesundheitsförderung und Prävention in allen gesellschaftlichen Bereichen (intersektoral) und Verbesserung der Kooperation und Vernetzung von Gesundheitsangeboten in allen Sozialsystemen (Stadtteilen, Bildungseinrichtungen, besonderen Zielgruppen).
Z 5:	Entwicklung, Steuerung sowie Steigerung der Effektivität der Leistungsangebote der Bezirke im Öffentlichen Gesundheitsdienst.
Z 6:	Sicherung der Rahmenbedingungen für eine arbeitsmedizinische Forschung auf hohem Niveau; Ausbau der einheitlichen Aufgabenwahrnehmung in Deutschland im Bereich der Schifffahrtsmedizin und der Schifffshygiene.
Z 7:	Gewährleistung einer bedarfsgerechten und effizienten Krankenhausversorgung nach dem HmbKHG.
Z 8:	Investitionsfinanzierung nach dem HmbKHG.
Z 9:	Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an Behandlungsplätzen für den Vollzug der Maßregeln gem. §§ 63 und 64 StGB.
Z 10:	Weiterentwicklung der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung für ein qualitatives und effektives Angebot an notwendiger sozialer Sicherung.
<i>Produkte</i>	
P 1	Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin Erläuterungen: Fortschreibung landesrechtlicher und Mitwirkung an bundesrechtlicher Normsetzung für die Berufe im Gesundheitswesen, z.B. bei der Novellierung des Psychotherapeutengesetzes, des Rettungsassistentengesetzes,

¹¹² Diese Kennzahl wurde aus Gründen der Steuerungsrelevanz neu eingeführt. Insofern stehen Ist-Zahlen der Vorjahre nicht zur Verfügung.

des Transplantationsgesetzes, Mitwirkung an der Entwicklung ethischer und rechtlicher Standards in der Biomedizin, z.B. Schaffung eines Gen-Diagnostikgesetzes.

Umsetzung neuer Rechtsnormen, u.a. der novellierten Approbationsordnung für Zahnärzte, der geänderten bundesrechtlich geregelten Berufsgesetze zur Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG, Aufsichtstätigkeit und Zulassungserteilung für akademische Heilberufe und Gesundheitsfachberufe, Ausübung der Rechtsaufsicht über die Heilberufekammern.

Einführung der Ausgabe von elektronischen Berufsausweisen für Angehörige der Gesundheitsberufe.

P 2 Drogen und Sucht

Schwerpunkte:

Vernetzung zwischen Suchthilfe, Jugendhilfe und weiteren Systemen, insbesondere

- Umsetzung der Kooperationsvereinbarung zum Umgang mit schwangeren Suchtkranken und suchtbelasteten Familien mit Kindern bis zum ersten Lebensjahr,
- Kooperation zwischen Suchthilfe und Jugendhilfe im Hinblick auf die Kinder von Klienten und Klientinnen der Suchthilfe,
- Evaluation der Beratungsangebote für suchtgefährdete Jugendliche und Ausbau der Beratung in weiteren Regionen in Hamburg.

Verstärkung von Forschung und Prävention zu pathologischem Spielen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Glücksspielstaatsvertrages (die Haushaltsmittel für diesen Zweck sind bei der BfI veranschlagt) und Beteiligung Hamburgs am Bundesmodellprojekt Frühe Intervention bei pathologischem Glücksspiel.

Förderung der Selbsthilfe Drogenabhängiger; Auswertung der im Rahmen des Ideenwettbewerbs seit 2008 geförderten Konzepte und Übertragung der Erfahrungen auf weitere Projekte.

P 3 Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsberatung

Schwerpunkte:

Lebensphasenbezogene Erfassung, Analyse, Beschreibung und Bewertung gesundheitlicher Parameter der hamburgischen Bevölkerung sowie gesundheitlicher Versorgungsstrukturen mit Schwerpunkt auf die Jugend- und Familiengesundheit sowie ältere und behinderte Menschen.

Entwicklung von Ziel- und Handlungsempfehlungen auf Grundlage der Erkenntnisse der Gesundheitsberichterstattung, dies schließt auch Beschreibungen der Wirksamkeit von Maßnahmen ein; Ableitung von präventiven, gesundheitsfördernden Projekten und Beratungsleistungen für die Allgemeinbevölkerung und für besondere Zielgruppen.

Niedrigschwellig organisierte Angebote der Gesundheitsberatung (und ggf. Untersuchungen) für spezielle Zielgruppen, die durch sonstige Maßnahmen der Gesundheitsinformation, -aufklärung und -beratung nicht oder nur unzureichend erreicht werden.

Entwicklung von ziel- und zielgruppengeleiteten Gesundheitsförderungs- und Präventionskonzepten, z.B. in den Bereichen Kinder- und Familiengesundheit, HIV/AIDS/STD.

Weiterentwicklung eines Qualitätskonzeptes für Frühförderung für Hamburg, Entwicklung und Initiierung von Konzepten zur Verbesserung der "Gesundheit rund um die Geburt", "Gesundheit im Vorschul- und Schulalter" sowie "Frühe gesundheitliche Hilfen", Konzeptentwicklung im Bereich „Ernährung und Bewegung“ sowie „stadtteilbezogene Gesundheitsförderung“.

Weiterentwicklung der "Medizinischen Prävention" in Hamburg.

P 4 Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst

Erläuterungen:

Die Leistungen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes werden unter Berücksichtigung bevölkerungsmedizinischer Entwicklungen für alle Hamburger Bürgerinnen und Bürger vorgehalten. Die Aufgabenwahrnehmung durch den Hafen- und Flughafenärztlichen Dienst ist im Bereich des Infektionsschutzes mit den Aufgaben der Fachämter Gesundheit vergleichbar.

Schwerpunkte:

Kinder- und Jugendärztlicher Dienst: Planung und Koordinierung präventiver und gesundheitsfördernder Maßnahmen nach dem HmbSG, HmbGDG, KibeG.

Mitwirkung bei der Umsetzung internationaler Gesundheitsvorschriften (IGV).

Optimierung der Strukturen zum Schutz vor besonderen Infektionslagen, insbesondere Influenzapandemieplanung, Ausbau von Maßnahmen zu Vollzug und Umsetzung des Infektionsschutzgesetzes sowie Mitarbeit an der Novellierung des Gesetzes, Maßnahmen der Vorbeugung von übertragbaren Krankheiten, des frühzeitigen Erkennens von Infektionen und der Verhinderung deren Weiterverbreitung im Sinne des IfSG; Entwicklung und Umsetzung von Impfstrategien zur Erhöhung der Impfraten und damit der Durchimpfung der Bevölkerung bei

impfpräventiven Krankheiten. Weiterentwicklung von Hygienestandards in Krankenhäusern und anderen medizinischen Einrichtungen sowie der Förderung und deren Umsetzung.

Fachliche Begleitung der Errichtung eines Behandlungszentrums für kontagiöse Erkrankungen im Universitätsklinikum Eppendorf.

P 5 Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin

Erläuterungen:

Weiterentwicklung der klinischen Arbeitsmedizin, Arbeitstoxikologie, Allergologie und Arbeitspsychologie im Zentralinstitut für Arbeitsmedizin, Weiterentwicklung und Koordinierung fachlicher Standards in der Schifffahrtsmedizin, Aufbau eines webbasierten Informationsportals für Hafenärztliche Dienste.

Bearbeitung von Forschungsprojekten.

P 6 Versorgungsplanung und Krankenhausentgeltregelungen

Schwerpunkte:

Anpassung der Krankenhausplanung und ihrer methodischen Grundlagen nach der Einführung des DRG-Fallpauschalensystems/ Fallpauschalengesetz zur Neuordnung der Krankenhausfinanzierung und unter Berücksichtigung des medizinischen Fortschritts, des weiteren Ausbaus ambulanter Versorgungssysteme sowie der Einführung integrierter Versorgungsformen.

Umsetzung und Fortschreibung des Krankenhausplans 2010.

Weiterentwicklung der Not- und Unfallversorgung in Hamburg.

In den Fachgebieten Psychiatrie und Kinder- und Jugendpsychiatrie wird die Weiterentwicklung der klinischen Versorgung gemäß den Vorgaben des Krankenhausplans 2010 sowie unter Berücksichtigung des Prozesses der Umstrukturierung der außerklinischen Versorgung psychisch Kranker bedarfsgerecht fortgeführt.

Weiterentwicklung der Struktur und Organisation des medizinischen Katastrophenschutzes.

Fortschreibung landesrechtlicher und Mitwirkung an bundesrechtlicher Normsetzung im Bereich Krankenhaus- und Krankenhausentgeltrecht, 2. Stufe der Novellierung des HmbKHG: Definition der künftigen Aufgaben der staatlichen Krankenhausplanung unter Einbeziehung der Auswirkungen des Fallpauschalensystems (DRGs), Erledigung von Rechtsangelegenheiten wie Genehmigung von Krankenhausentgelten, Konzessionierung privater Krankenanstalten, Widerspruchs- und Prozessverfahren.

P 7 Krankenhausinvestitionsförderung

Schwerpunkte:

Verstetigung der für Krankenhausinvestitionen zur Verfügung gestellten Mittel zur Umsetzung weiterer notwendiger Strukturmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern im Rahmen der dualen Krankenhausfinanzierung zur Umsetzung von Strukturverbesserungen und zur Optimierung der Patientenversorgung.

P 8 Maßregelvollzug

Schwerpunkte:

Kontinuierliche Anpassung und Optimierung des Maßregelvollzugs unter quantitativen und qualitativen Gesichtspunkten unter besonderer Berücksichtigung der Sicherheit der Bevölkerung vor dem Hintergrund weiter steigender Zahlen.

Jährliche Entgeltverhandlungen zur Sicherstellung der laufenden Kosten des Maßregelvollzugs.

P 9 Sozialversicherung

Schwerpunkte:

Mitwirkung an der Rechtssetzung zur Weiterentwicklung der Kranken-, Pflege-, Unfall- und Rentenversicherung hinsichtlich der Finanzierung, des Leistungsniveaus, der Organisation, der Versorgungsangebote sowie der Eigenvorsorgen vor dem Hintergrund des Wandels in der Demographie und Arbeitswelt. Aufsicht über die landesunmittelbaren Krankenkassen und deren Verbände, die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Prüfungsausschüsse zur Gewährleistung einer gesetzeskonformen Durchführung ihrer Aufgaben.

<i>Haushaltsdaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Einnahmen gesamt in Tsd. EUR	1.272	1.390	801	1.944	651
• Betriebseinnahmen in Tsd. EUR	1.272	1.390	801	651	651
• Investitionseinnahmen in Tsd. EUR ¹¹³	0	0	0	1.293	0
Betriebsausgaben gesamt in Tsd. EUR	65.994	69.045	64.835	69.662	70.729
• Personalausgaben in Tsd. EUR	12.389	12.106	9.822	11.145	11.122
• Sach- und Fachausgaben gesamt in Tsd. EUR	52.773	56.126	54.181	57.947	59.317
- darunter Zuwendungen in Tsd. EUR	21.244	20.131	19.133	20.951	20.951
- darunter gesetzliche Leistungen in Tsd. EUR	17.953	22.091	22.133	23.682	24.974
• Sonstige Betriebsausgaben in Tsd. EUR	832	813	832	570	290
Investitionsausgaben in Tsd. EUR	99.131	79.713	108.390	113.358	109.278

nachrichtlich:

<i>Kostendaten</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Gemeinkosten gesamt in Tsd. EUR	1.219	1.264	1.298	1.297	1.297
· innerbehördlich in Tsd. EUR	1.071	1.149	1.150	1.150	1.150
· überbehördlich (1,5%) in Tsd. EUR	148	115	148	147	147

<i>Einnahmen- /Ausgabenschwerpunkte</i>
Einnahmen: Verwaltungs- und Benutzungsgebühren nach der Gebührenordnung für das öffentliche Gesundheitswesen (GebOöG) bei der Umsetzung der Vorschriften bzgl. der Gesundheitsberufe sowie Amtshandlungen des Hafen- und Flughafenärztlichen Dienstes, P 1 / P 4 0,4/0,4 Mio. EUR Sach- und Fachausgaben: Zuwendungen an Träger in den Bereichen Drogen und Sucht sowie Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention zur Sicherstellung des Angebotes und Umsetzung von Konzepten, P 2 / P 4 20,9/20,9 Mio. EUR Sachaufwendungen für den Hafenärztlichen Dienst und die anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin, P 4 / P 5 0,2/0,2 Mio. EUR Zuweisungen an Dritte für den Maßregelvollzug, P 8 21,7/23,0 Mio. EUR Zins- und Tilgungszuschüsse bei nichtstaatlichen Krankenhäusern, P 7 0,6/0,3 Mio. EUR Investitionen: Beschaffung größerer ärztl. und wiss. Geräte für das Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und den Hafenärztlichen Dienst, P 4 / P 5 0,1/0,3 Mio. EUR Fördermittel für Krankenhäuser nach § 21, 23, 24 und 27 HmbKHG, P 2 79,8/77,8 Mio. EUR Fördermittel für Krankenhäuser nach § 22 HmbKHG, P 7 31,0/31,0 Mio. EUR

<i>Quantitätskennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Vollzeitäquivalente (VZÄ)	-	154,60	154,60	154,60	154,60

¹¹³ Plan 2009: Einmaliger Finanzierungsanteil anderer Bundesländer zur Realisierung des Behandlungszentrums für hochkontagiöse Infektionen am UKE (vgl. Drs. 18/7193).

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

Produktbezogene Kennzahlen	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
P 1: Gesundheitsberufe, Ethik in der Medizin:					
Anzahl der Prüfungsteilnehmer und -teilnehmerinnen (akademische und nicht-akademische Gesundheitsberufe und Gesundheitsfachberufe, einschl. Heilpraktikerprüfungen)	3.429	3.329	3.435	3.600	3.600
Anhängige berufsrechtliche Verfahren	114	117	120	120	120
P 2: Drogen und Sucht:					
1. Daten des ambulanten Hilfesystems					
erreichte Klienten (ca. Zahl) im Hilfesystem	13.017	13.723	11.500	13.500	13.500
Anzahl der ambulanten Kontakt-, Beratungs- und Behandlungsangebote	46	51	46	56	54
Anzahl der Drogenkonsumräume	5	5	5	5	5
Anzahl der Drogenkonsumvorgänge ¹¹⁴	241.692	248.699	150.000	240.000	240.000
getauschte Spritzen in Drogenhilfeeinrichtungen	396.506	426.061	400.000	400.000	400.000
Mindestanzahl erfolgreicher Therapievermittlungen (Abstinenztherapien)	1.998	2.056	1.800	1.900	1.900
Anzahl psychosozialer Betreuungen (Fälle)	1.713	2.141	1.800	2.000	2.000
Mindestanzahl durchgeführter Beratungsprozesse	13.131	13.633	12.000	13.000	13.000
Mindestanzahl der sozialen Integration (Fälle)	3.372	3.227	3.000	3.200	3.200
2. Daten des stationären Hilfesystems					
Platzzahl für Vor- und Nachsorge- sowie Übergangseinrichtungen	312	310	321	321	321
- davon vollstationäre Plätze	169	170	180	180	180
- davon teilstationäre Plätze	143	140	141	141	141
Anzahl (teil-)stationärer Maßnahmen in hamburgischen Einrichtungen (Erstbewilligungen)	858	814	780	850	850
Anzahl (teil-)stationärer Maßnahmen in Einrichtungen außerhalb Hamburgs (Erstbewilligungen)	290	362	100	330	330
Anzahl unterschiedlicher Klientinnen und Klienten in Maßnahmen der Eingliederungshilfe	1.058	1.065	800	1.100	1.100
P 3: Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention und Gesundheitsberatung:					
Eingegangene Verwendungsnachweise ¹¹⁵	22	23	25	21	22
Eingegangene Verwendungsnachweise (Volumen) in Tsd. EUR ¹¹⁶	4.508	4.237	4.757	4.649	4.824
Untersuchungen auf sexuell übertragbare Krankheiten	4.783	4.338	4.500	4.500	4.500
Persönliche und telefonische AIDS-Beratungen	6.818	6.794	7.500	7.000	7.000
P 4: Öffentlicher Gesundheitsdienst, Infektionsschutz, Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst:					
Anzahl der an Bord überprüften und abgefertigten Schiffe ¹¹⁷	3.263	2.133	4.000	4.000	4.000

¹¹⁴ Durch einen Übertragungsfehler der Ergebniszahl 2005 (korrigierte Zahl: 244.270 Konsumraumnutzungen statt wie in den Produktinformationen 2007/ 2008 aufgeführt: 153.557) haben sich die Planzahlen i. H. v. 150.000 Konsumraumnutzungen für 2007 und 2008 ergeben. Die jetzigen Planzahlen orientieren sich an den Ist-Zahlen 2006 und 2007.

¹¹⁵ Abweichend zur vorherigen Planung für 2008 von 19 Verwendungsnachweisen, jetzt 4 zusätzliche Vorgänge (Stiftung phönix, H.A.H.N. e.V., ÄGGF e.V. BÖV 38 e.V.), sowie veränderte Bearbeitung von 2 bestehenden Vorgängen (Hamburger Tierschutzverein)

¹¹⁶ Entsprechend der veränderten Anzahl von Vorgängen in 2008 ändert sich das ursprüngliche Gesamtvolumen.

¹¹⁷ Im Jahr 2006 konnte der Anteil der vom Hafen- und Flughafenärztlichen Dienst an Bord abgefertigten Schiffe und die Anzahl der abgefertigten Flugzeuge durch die Nachbesetzung von Stellen im Bereich der Betriebsinspektoren an die Zielgröße von 25% für Seeschiffe angenähert werden. Im Jahr 2007 ist jedoch durch das Inkrafttreten der Internationalen Gesundheitsvorschriften 2005 am 15.6.2007 ein zeitlicher Mehraufwand bei der Zertifikatserstellung durch die neuen Schiffshygieneinspektionen entstanden und dadurch der Anteil der vom Hafen- und Flughafenärztlichen Dienst an Bord abgefertigten Schiffe und die Anzahl der abgefertigten Flugzeuge ist gegenüber dem Vorjahr erneut zurückgegangen.

<i>Produktbezogene Kennzahlen</i>	Erg. 2006	Erg. 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Anzahl der ausgestellten Zertifikate ¹¹⁸	1.316	1.699	1.250	1.400	1.400
Beteiligung an Kontrollen des Umgangs mit Gefahrstoffen des HU im Hafen, u.a. bei Containerbegasungen ¹¹⁹	27	13	300	20	20
Anzahl der Kontrollen Flughafen (Ver- und Entsorgungsanlagen)	27	39	100	100	100
Anzahl der Kontrollen Flugzeuge ¹²⁰	49	7	200	100	100
Anzahl der Kontrollen Hafenfahrzeuge	150	182	300	300	300
Anzahl der Kontrollen Hafenanlagen	129	111	200	200	200
Anzahl der Kontrollen Binnenschiffe	98	82	100	100	100
P 5: Anwendungsbezogene Forschung auf dem Gebiet der Arbeitsmedizin einschl. Schifffahrtsmedizin:					
Forschungsprojekte ¹²¹	44	44	15	50	50
Poliklinische Patienten einschließlich Probanden von Studien	147	298	350	350	350
Laboranalysen im arbeitsmedizinisch-toxikologischen und im allergologischen Labor; zusätzlich Ambient-Monitoring-Messungen	5.560	5.591	5.600	5.600	5.600
Untersuchungen im Rahmen Psychomentaler Belastungen	168	25	50	50	50
P 6: Versorgungsplanung und Krankenhausentgeltregelungen:					
Krankenhausbetten (vollstationäre Planbetten) ¹²²	12.500	12.023	11.078	11.078	-
Teilstationäre Behandlungsplätze	814	821	915	915	-
Erledigungsquote der an die Fachabteilung herangetragenen Rechtsangelegenheiten im Bereich Krankenhausentgeltregelungen (lfd. Verfahren zzgl. Neueingänge durch Anzahl der Erledigungen) in % in %	92	92	90	90	90
P 7: Krankenhausinvestitionsförderung:					
Volumen der Einzelförderung (Soll-Ansätze Haushaltspläne) in Tsd. EUR ¹²³	62.654	44.850	69.754	79.839	77.810
Nach dem KHG zu fördernde Planbetten (einschl. teilstationärer Plätze) (lt. Krankenhausplan 2010) ¹²⁴	11.050	11.075	10.327	10.335	-
KHG-Mittel je Planbett nach KHG geförderter Krankenhäuser pro Jahr in EUR	8.540	6.876	9.789	10.780	-
P 8: Maßregelvollzug:					
Berechnungstage §§ 63, 64 StGB (Maßregelvollzug)	71.128	72.689	74.691	83.222	89.047
Entgeltsatz im Maßregelvollzug in EUR	248,24	257,40	266,10	267,80	273,15

¹¹⁸ Erstellung und Verlängerung der Bescheinigungen über die (Befreiung von der) Schiffshygienekontrolle nach IGV 2005, der Trinkwasserbescheinigungen nach TrinkwasserVO, des Apothekenzertifikats nach SchiffskrankenfürsorgeVO.

¹¹⁹ Aufgrund der aktuellen Absprachen mit dem HU über die Zuständigkeiten für die Wahrnehmung der Überwachungsaufgaben mit dem HU, werden die Planzahlen 2009/2010 angepasst.

¹²⁰ Die Planzahlen für 2009/2010 mussten den tatsächlichen Gegebenheiten angepasst werden. Die gegenüber dem tatsächlich im Jahr 2006/2007 erzielten Ergebnis höheren Planzahlen für 2009/2010 resultieren aus den Anforderungen an die Überwachung von Flugzeugen aus den neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV).

¹²¹ Aufgrund der Nachbesetzungen der Planstellen im ZfAM, der Einwerbung von Drittmitteln, durch den Erhalt neuer Untersuchungstechniken und Forschungsaufgaben wie z. B. die Begasungsmittelmessungen wurden 2006/2007 die höheren Ergebnisse erzielt. Vor dem Hintergrund der höheren Ergebnisse 2006/2007 wurden die Planzahlen 2009/2010 angeglichen.

¹²² Die Festlegung von Planzahlen für 2010 erfolgt im Rahmen der Fortschreibung des Krankenhausplans im Jahre 2009.

¹²³ Die Reste aus 2007 wurden von der Finanzbehörde um 17.462 Tsd. EUR gekürzt und je zur Hälfte (8.731 Tsd. EUR) zur Aufstockung der Ansätze 2009/2010 übertragen.

¹²⁴ Die Festlegung von Planzahlen für 2010 erfolgt im Rahmen der Fortschreibung des Krankenhausplans im Jahre 2009.

Produktbereich: 05
Gesundheit und Verbraucherschutz

P 9: Sozialversicherung:					
Erledigungsquote der an die Fachabteilung herangetragenen Stellungnahmen und Rechtsprüfungen zu Praxis und Problemen in der Sozialversicherung (lfd. Angelegenheiten zuzüglich Neueingänge durch Anzahl der Erledigungen) in % ¹²⁵	83	85	90	90	90
Zahl der örtlichen Aufsichtsprüfungen im Bereich GKV	3	5	4	4	4

¹²⁵ Bis 2007 bezog sich diese Kennzahl ausschließlich auf den Bereich der Krankenversicherung.

H A U S H A L T S P L A N
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG
FÜR DIE HAUSHALTSJAHRE 2009 / 2010

Einzelplan 04.0

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Deckungskreise
~~Deckungskreis~~ im Einzelplan 04.0

10 Zuwendungen für Soziales und Integration

20 Maßnahmen im Bereich Familie, Jugend und
 Sozialordnung

25 Hochbauinvestitionen, Erhaltungs- und
 Ersatzinvestitionen

30 Sach- und Fachausgaben (Kapitel 4000, 4010 + 4220)

45 Sozialhilfe einschl. Blindengeld

46 Hilfen für Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige
 Einzelfall-Hilfen nach dem SGB VIII

50 Sach- und Fachausgaben
 (Kapitel 4600, 4620, 4640, 4650 und 4670)

56 IT-Informationstechnik

60 Sach- und Fachausgaben im öffentl.Gesundheitswesen
 und dem gesundheitlichen Verbraucherschutz
 (Kapitel 4920 und 4930)

61 Sach- und Fachausgaben
 (Kapitel 4910, 4920 und 4930)

Deckungskreis im Kapitel 4230

04 Kriegsopferfürsorge - 80% Erstattungsleistung

Deckungskreis im Kapitel 4500

43 Kindertagesbetreuung

Deckungskreis im Kapitel 4700

47 Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Deckungskreis im Kapitel 4930

01 Förderung von Krankenhäusern nach dem
 Krankenhausfinanzierungsgesetz

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
4000	Allgemeine Verwaltung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	278	422	422
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA)	-	-	-	250 G	250 G	250 G
		- A	- A	- A	-	-	-
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung	-	-	-	90 G	80 G	80 G
		- A	- A	- A	-	-	-
4220	Soziale Entschädigungsleistungen	-	-	-	1.475 G	1.408 G	1.408 G
		- A	- A	- A	4	4	4
4230	Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	18	21	21
4240	Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4250	Opferschutz	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4450	Familienförderung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4460	Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4470	Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4500	Kindertagesbetreuung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4600	Soziales und Integration	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	6.460	5.800	5.800
4610	Hilfen zum Lebensunterhalt	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	157	140	140
4620	Hilfen für Wohnungslose	-	-	-	1.198 G	563 G	563 G
		- A	- A	- A	4.866	4.615	4.615
4630	Gesundheitshilfen	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4640	Hilfen zur Pflege	-	-	-	6 G	6 G	6 G
		- A	- A	- A	-	-	-
4650	Eingliederungshilfen	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	12	20	20
4670	Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	20	23	23
4700	Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	-	-	-
4910	Verwaltung und Service	-	-	-	- G	- G	- G
		- A	- A	- A	187	119	119
4920	Verbraucherschutz	-	-	-	4.491 G	4.239 G	4.239 G
		- A	- A	- A	5	362	362
4930	Gesundheit	-	-	-	227 G	404 G	404 G

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
813	662	662	-	-	-	-	-	-	4000
-	-	-	- Z	- Z	- Z	-	-	-	4010
127	127	127	-	-	-	-	-	-	4200
9	9	9	-	-	-	-	-	-	4220
12.806	11.301	11.301	-	-	-	-	-	-	4230
1.449	1.071	1.259	-	-	-	-	-	-	4240
1.275	1.526	1.593	-	-	-	-	-	-	4250
-	-	-	-	-	-	-	-	-	4440
8.472	8.472	8.472	-	-	-	-	-	-	4450
35	35	35	-	-	-	-	-	-	4460
614	566	566	-	-	-	-	-	-	4470
-	-	-	-	-	-	-	-	-	4500
23.900	25.350	25.350	- Z	8.162 Z	7.999 Z	-	-	-	4600
178.084	153.485	155.541	-	-	-	-	-	-	4610
-	-	-	-	-	-	-	-	-	4620
800	600	600	-	-	-	-	-	-	4630
358	489	489	-	-	-	-	-	-	4640
9.020	9.324	9.324	-	-	-	-	-	-	4650
-	-	-	-	-	-	-	-	-	4670
163	233	233	-	-	-	-	-	-	4700
1.440	1.685	1.685	-	-	-	-	-	-	4910
-	-	-	-	-	-	-	-	-	4920
317	227	227	-	-	-	-	-	-	4930

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010
		16	17	18
4000	Allgemeine Verwaltung	1.091	1.084	1.084
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA)	250	250	250
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung	217	207	207
4220	Soziale Entschädigungsleistungen	1.488	1.421	1.421
4230	Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer	12.824	11.322	11.322
4240	Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung	1.449	1.071	1.259
4250	Opferschutz	1.275	1.526	1.593
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	-	-
4450	Familienförderung	8.472	8.472	8.472
4460	Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII	35	35	35
4470	Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe	614	566	566
4500	Kindertagesbetreuung	-	8.162	7.999
4600	Soziales und Integration	30.360	31.150	31.150
4610	Hilfen zum Lebensunterhalt	178.241	153.625	155.681
4620	Hilfen für Wohnungslose	6.064	5.178	5.178
4630	Gesundheitshilfen	800	600	600
4640	Hilfen zur Pflege	364	495	495
4650	Eingliederungshilfen	9.032	9.344	9.344
4670	Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung	20	23	23
4700	Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger	163	233	233
4910	Verwaltung und Service	1.627	1.804	1.804
4920	Verbraucherschutz	4.496	4.601	4.601

KAPITEL		Steuern 0 ohne 09 Steuerähnliche Abgaben (A) 09			Gebühren (G) 111 übrige Verwaltungseinnahmen 1 ohne 111		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
		- A	- A	- A	18	20	20
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	-	-	-	7.737 G	6.950 G	6.950 G
		- A	- A	- A	12.025	11.546	11.546
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		787-G	787-G
			- A	- A		479-	479-

Laufende Übertragungen 2			Schuldenaufnahmen 31, 32 Zuschüsse für Investitionen (Z)			Besondere Finanzierungseinnahmen 35 - 38			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	13	14	15	
			- Z	1.293 Z	- Z				
239.682	215.162	217.473	-	-	-	-	-	-	Ges. einn.
	24.520-	22.209-		-	-		-	-	+/-
				9.455+Z	7.999+Z				

KAPITEL		Gesamteinnahmen		
Kap. Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010
		16	17	18
4930	Gesundheit	562	1.944	651
	Gesamteinnahmen 2008 / 2009 / 2010	259.444	243.113	243.968
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		16.331-	15.476-

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
4000	Allgemeine Verwaltung	13.955	13.073	13.595	7.470	7.536	7.526
		-	-	-	-	-	-
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA)	1.016	1.004	1.011	249	296	296
		-	-	-	-	-	-
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung	3.963	3.780	3.800	647	1.417	917
		-	-	-	-	-	-
4220	Soziale Entschädigungsleistungen	12.895	12.439	12.428	4.007	4.016	4.008
		-	-	-	-	-	-
4230	Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
4240	Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
4250	Opferschutz	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	9.265	14.297	13.991	52	52	52
		-	-	-	-	-	-
4450	Familienförderung	-	-	-	185	170	170
		-	-	-	-	-	-
4460	Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII	-	-	-	82	82	82
		-	-	-	-	-	-
4470	Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe	-	-	-	213	168	59
		-	-	-	-	-	-
4490	Gleichstellung	-	-	-	-	15	15
		-	-	-	-	-	-
4500	Kindertagesbetreuung	-	3.765	3.902	1.002	1.125	1.184
		-	-	-	-	-	-
4600	Soziales und Integration	22.610	19.809	19.456	140	390	390
		-	-	-	-	-	-
4610	Hilfen zum Lebensunterhalt	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
4620	Hilfen für Wohnungslose	-	-	-	3.428	5.154	4.890
		-	-	-	-	-	-
4630	Gesundheitshilfen	-	-	-	-	-	-
		-	-	-	-	-	-
4640	Hilfen zur Pflege	-	-	-	14	12	12
		-	-	-	-	-	-
4650	Eingliederungshilfen	12	12	12	90	90	90
		-	-	-	-	-	-
4670	Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung	-	-	-	1.874	1.875	1.875
		-	-	-	-	-	-
4700	Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger	-	-	-	68	68	68
		-	-	-	-	-	-
4910	Verwaltung und Service	37.196	39.118	39.122	4.242	4.589	5.149
		-	-	-	229	229	229
4920	Verbraucherschutz	3.392	4.115	4.113	1.665	1.764	1.772
		-	-	-	141	241	241

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
1.979	2.970	2.970	-	-	-	4000
-	-	-	-	-	-	
8	8	8	-	-	-	4010
-	-	-	-	-	-	
519	519	519	-	-	-	4200
-	-	-	-	-	-	
13.059	13.360	13.642	-	-	-	4220
-	-	-	-	-	-	
16.383	14.680	14.680	-	-	-	4230
-	-	-	-	-	-	
7.671	6.858	7.082	-	-	-	4240
-	-	-	-	-	-	
7.861	8.700	9.101	-	-	-	4250
-	-	-	-	-	-	
33.779	34.314	34.631	-	-	-	4440
-	-	-	-	-	-	
43.938	45.515	45.718	-	-	-	4450
-	-	-	-	-	-	
206.341	183.757	183.767	-	-	-	4460
-	-	-	-	-	-	
6.212	6.724	6.724	-	-	-	4470
-	-	-	-	-	-	
180	202	204	-	-	-	4490
-	-	-	-	-	-	
409.983	425.543	446.264	-	-	-	4500
18.000	18.000	18.000	-	-	-	
6.833	3.633	3.633	-	-	-	4600
-	-	-	-	-	-	
678.186	676.233	673.299	-	-	-	4610
-	-	-	-	-	-	
33.378	34.273	33.437	-	-	-	4620
-	-	-	-	-	-	
54.823	54.230	53.936	-	-	-	4630
-	-	-	-	-	-	
152.291	159.246	158.222	-	-	-	4640
-	-	-	-	-	-	
296.694	327.200	328.146	-	-	-	4650
-	-	-	-	-	-	
3.240	3.473	3.473	-	-	-	4670
-	-	-	-	-	-	
55.067	44.899	44.899	-	-	-	4700
300	300	300	-	-	-	
702	1.209	1.201	-	-	-	4910
20	20	20	-	-	-	
4.261	2.991	2.991	-	-	-	4920
38	38	38	-	-	-	

KAPITEL		Personalausgaben 4			Sächliche Verwaltungsausgaben 51 - 54		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		1	2	3	4	5	6
4930	Gesundheit	42	42	42	762	1.655	1.698
		-	-	-	-	-	-
4940	Institut für Hygiene und Umwelt	753	751	761	7	7	7
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	105.099	112.205	112.233	26.197	30.481	30.260
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		7.106 +	7.134 +		4.284 +	4.063 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	370	470	470
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		100+	100 +

Laufende Übertragungen 6 ohne 62, 66			Schuldendienst 56 - 59 und -hilfen (H) 62, 66			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
7	8	9	10	11	12	
51.139	54.748	56.059	832	570	290	4930
482	482	482	-	-	-	
12.111	12.577	12.578	-	-	-	4940
-	-	-	-	-	-	
2.096.638	2.117.862	2.137.184	-	-	-	Ges. Aus.
			832 H	570 H	290 H	
	21.224 +	40.546 +		-	-	+/-
				262-- H	542-- H	
18.840	18.840	18.840	-	-	-	Ges. VE
			- H	- H	- H	
	-	-		-	-	+/-
				- H	- H	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		13	14	15	16	17	18
4000	Allgemeine Verwaltung	-	-	-	23.404	23.579	24.091
		-	-	-	-	-	-
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA)	-	-	-	1.273	1.308	1.315
		-	-	-	-	-	-
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung	-	-	-	5.129	5.716	5.236
		-	-	-	-	-	-
4220	Soziale Entschädigungsleistungen	-	-	-	29.961	29.815	30.078
		-	-	-	-	-	-
4230	Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer	-	-	-	16.383	14.680	14.680
		-	-	-	-	-	-
4240	Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung	-	-	-	7.671	6.858	7.082
		-	-	-	-	-	-
4250	Opferschutz	-	-	-	7.861	8.700	9.101
		-	-	-	-	-	-
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit	-	-	-	43.096	48.663	48.674
		-	-	-	-	-	-
4450	Familienförderung	-	-	-	44.123	45.685	45.888
		-	-	-	-	-	-
4460	Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII	-	-	-	206.423	183.839	183.849
		-	-	-	-	-	-
4470	Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe	-	-	-	6.425	6.892	6.783
		-	-	-	-	-	-
4490	Gleichstellung	190	155	155	370	372	374
		-	-	-	-	-	-
4500	Kindertagesbetreuung	-	-	-	410.985	430.433	451.350
		-	-	-	18.000	18.000	18.000
4600	Soziales und Integration	-	-	-	29.583	23.832	23.479
		-	-	-	-	-	-
4610	Hilfen zum Lebensunterhalt	-	-	-	678.186	676.233	673.299
		-	-	-	-	-	-
4620	Hilfen für Wohnungslose	-	-	-	36.806	39.427	38.327
		-	-	-	-	-	-
4630	Gesundheitshilfen	-	-	-	54.823	54.230	53.936
		-	-	-	-	-	-
4640	Hilfen zur Pflege	-	-	-	152.305	159.258	158.234
		-	-	-	-	-	-
4650	Eingliederungshilfen	-	-	-	296.796	327.302	328.248
		-	-	-	-	-	-
4670	Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung	-	-	-	5.114	5.348	5.348
		-	-	-	-	-	-
4700	Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger	-	-	-	55.135	44.967	44.967
		-	-	-	300	300	300
4910	Verwaltung und Service	-	-	-	42.140	44.916	45.472
		-	-	-	249	249	249
4920	Verbraucherschutz	-	-	-	9.318	8.870	8.876
		-	-	-	179	279	279

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
507	287	634	23.911	23.866	24.725	4000
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	1.273	1.308	1.315	4010
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	5.129	5.716	5.236	4200
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	29.961	29.815	30.078	4220
-	-	-	-	-	-	
32	32	32	16.415	14.712	14.712	4230
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	7.671	6.858	7.082	4240
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	7.861	8.700	9.101	4250
-	-	-	-	-	-	
3.525	3.753	3.149	46.621	52.416	51.823	4440
2.062	2.220	1.540	2.062	2.220	1.540	
316	191	98	44.439	45.876	45.986	4450
-	63	-	-	63	-	
778	727	814	207.201	184.566	184.663	4460
430	-	-	430	-	-	
-	-	-	6.425	6.892	6.783	4470
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	370	372	374	4490
-	-	-	-	-	-	
1.350	9.616	12.476	412.335	440.049	463.826	4500
800	11.000	10.000	18.800	29.000	28.000	
1.700	2.058	2.130	31.283	25.890	25.609	4600
-	-	-	-	-	-	
210	-	-	678.396	676.233	673.299	4610
-	-	-	-	-	-	
15.205	13.985	14.221	52.011	53.412	52.548	4620
500	236	500	500	236	500	
-	-	-	54.823	54.230	53.936	4630
-	-	-	-	-	-	
1.431	-	-	153.736	159.258	158.234	4640
-	-	-	-	-	-	
1.462	1.361	1.123	298.258	328.663	329.371	4650
611	373	350	611	373	350	
20	-	-	5.134	5.348	5.348	4670
-	-	-	-	-	-	
-	-	-	55.135	44.967	44.967	4700
-	-	-	300	300	300	
23	158	8	42.163	45.074	45.480	4910
-	-	-	249	249	249	
52	77	36	9.370	8.947	8.912	4920
-	-	-	179	279	279	

KAPITEL		Besondere Finanzierungs- ausgaben 9			Gesamtausgaben ohne Investitionen		
Nr.	Bezeichnung	2008	2009	2010	2008	2009	2010
		13	14	15	16	17	18
4930	Gesundheit	-	-	-	52.775	57.015	58.089
		-	-	-	482	482	482
4940	Institut für Hygiene und Umwelt	-	-	-	12.871	13.335	13.346
		-	-	-	-	-	-
	Gesamtausgaben 2008 / 2009 / 2010	190	155	155	2.228.956	2.261.273	2.280.122
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		35-	35-		32.317 +	51.166 +
	Gesamtverpflichtungsermächtigungen	-	-	-	19.210	19.310	19.310
	Gegenüber 2008 mehr (+) / weniger (-)		-	-		100 +	100 +

Ausgaben für Investitionen 7 (B), 8			Gesamtausgaben			
2008	2009	2010	2008	2009	2010	Kap. Nr.
19	20	21	22	23	24	
108.370	113.205	109.275	161.145	170.220	167.364	4930
150.000	180.000	180.000	150.482	180.482	180.482	
395	574	574	13.266	13.909	13.920	4940
-	-	-	-	-	-	
2.634 B	3.873 B	3.021 B	2.364.332	2.407.297	2.424.692	Ges. Aus.
132.742	142.151	141.549				
	1.239 +B	387 +B		42.965 +	60.360 +	+/-
	9.409 +	8.807 +				
1.765 B	2.283 B	1.540 B	173.613	213.202	211.700	Ges. VE
152.638	191.609	190.850				
	518 +B	225-B		39.589+	38.087+	+/-
	38.971 +	38.212 +				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6

4000	Allgemeine Verwaltung				
(212)	-----				
	EINNAHMEN				
111.11	Gebühren und Erstattung von Auslagen für die Inanspruchnahme von Schiedsstellen und Kommissionen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.535.01.	4 6	0	-	-
119.01	Einnahmen aus Veröffentlichungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.531.01 04.0.4220.531.61.	2 0	0	-	-
119.05	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von Workshops und Beratung durch die innerbetriebl Sozial- und Suchtberatung für externe Auftraggeber	0 0	0	-	-
119.06	Kostenbeiträge für die Durchführung von Fortbildungs-/Qualifizierungsmaßnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.525.61 04.0.4220.525.61.	0 0	0	-	-
119.56	Kostenbeteiligung an Betrieb und Entwicklung von IT-Verfahren Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.535.56 04.0.4000.812.56.	1 35	0	-	-
119.61	Einnahmen aus Druckaufträgen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.511.61.	31 26	23	25	25
119.62	Auslagenerstattung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.511.61.	4 22	0	-	-
119.92	Schadenersatzleistungen	2 21	19	19	19
119.95	Einnahmen aus Mahnkosten, Verspätungszuschlägen und Stundungszinsen	6 11	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	24 25	53	40	40
124.01	Einnahmen aus Werbung im dienstlichen Bereich Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.534.61. Dies gilt für Einnahmen bis zur Höhe von 500 EUR uneingeschränkt, für darüber hinausgehende Einnahmen in Höhe von 50 %	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006, 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
124.91	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.517.61 04.0.4000.519.61 04.0.4220.517.61 04.0.4220.519.61.	189 241	183	338	338
131.91	Verkauf von Grundstücken	0 0	0	-	-
234.05	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.546.05.	11 13	0	-	-
261.02	Erstattung von Verwaltungskosten durch Dritte	133 129	146	-	-
261.03	Erstattung von Personal- und Verwaltungskosten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4000.461.01	49 275	0	-	-
261.04	Erstattung von Verwaltungskosten durch f&w/Anstalt öffentlichen Rechts	34 0	35	30	30
261.61	Erstattung von Personal- und Verwaltungskosten durch das Versorgungsamt	0 632	632	632	632
342.05	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichs- abgabe Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4000.812.05.	40 10	0	-	-
	Gesamteinnahmen		1.091	1.084	1.084
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	12.043 11.224 1.587 R	10.608	10.578	11.143
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	63 131	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 1	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	2.085 2.280	2.848	2.122	2.079
412.01	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-30.	21 21	30	30	30

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4000 -----					
459.95	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Übertragbar	0 0	0	-	-
461.01	Zentral veranschlagte Personalausgaben im Einzelplan 4 Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 75.00 % der Einnahmen bei 04.0.4920.111.04. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.282.71 04.0.4920.282.78 04.0.4930.282.77 Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4000.261.03 Die Mittel dienen zum Ausgleich von Mehrausgaben bei stellige gebundenen Personalausgaben im KRD/NSM- Bereich des Einzelplans	0 0	0	-	-
461.20	Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 09.2.9700.461.20.	0 0	445	319	319
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	60 47	47	54	54
526.01 (175)	Untersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung familien- und sozialpolitischer Maßnahmen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4200.684.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-30.	17 88 623 R	288	228	217
526.86	Untersuchungen und Gutachten zur Vorbereitung familien- und sozialpolitischer Maßnahmen - Zweckzuweisungen an die Bezirke - Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-30.	(21) (1) 18R	4	4	4
531.01	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-30. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4000.119.01.	134 163 130 R	159	162	162
535.01	Kosten und Aufwendungen der Schiedsstellen und Kommissionen Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4000.111.11.	3 6 17 R	0	6	6

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4000 -----					
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der IT-Technik Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4000.671.56. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-56. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4000.119.56.	1.319 1.140 119 R	1.698	1.478	1.478
546.05	Verwendung zweckgebundener Zuschüsse der Ausgleichsabgabe Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4000.234.05.	16 13 4 R	5	5	5
671.01	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der staatlichen Einrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-30.	20 0	33	30	30
671.02 (235)	Erstattung des Personalaufwandes der Ärzte an fördern & wohnen -Anstalt öffentlichen Rechts- (Weggefallener Ansatz)	69 70 13 R	20		
671.53	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme zentraler IT-Administration von Dataport Übertragbar	0 596	0	586	586
671.55	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4000.671.55 04.0.4010.671.55 04.0.4220.671.55 .	265 247 360 R	362	350	350
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4000.535.56. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-56.	1.535 1.196	1.535	1.978	1.978
681.86	Schadenersatzleistungen - Zweckzuweisung an die Bezirke - Übertragbar	(0) (0)	1	1	1
681.92	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar	0 1 4 R	5	5	5

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4000 -----					
682.01	Zuschuss an fördern und wohnen AöR zur Finanzierung von Rückkehrerkosten Bis zu maximal 13 Mio. EUR dürfen von 9700.682.02 übertragen werden. Titelgruppe(n) -----	0 0	0	-	-
Z61	Sach- und Fachausgaben der Allgemeinen Verwaltung -----				
427.61	Honorare Übertragbar	13 13 48 R	24	24	24
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4000.119.61. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4000.119.62.	656 506 762 R	814	1.044	1.045
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzbekleidung und dgl Übertragbar	28 21 30 R	24	28	28
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4000.124.91.	1.208 873 578 R	1.181	1.078	1.078
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	4.041 2.926 1.425 R	2.591	2.579	2.579
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4000.124.91.	335 116 424 R	170	198	198
525.61	Lehr- und Lernmittel/Aus- und Fortbildung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4000.119.06.	38 10 171 R	62	62	62

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4000 -----					
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	36 153 258 R	148	160	160
	Übertragbar				
527.61	Dienstreisen	75 78 121 R	99	99	99
	Übertragbar				
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	164 193 380 R	180	351	351
	Übertragbar				
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4200.632.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4000.124.01.				
685.61	Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen	17 13 34 R	23	20	20
	Übertragbar				
	Summen für Z61	4.901 4.229 R	5.316	5.643	5.644
701.25	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BSG	267 25 414 R	136	22	369
	Übertragbar				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.				
701.56	Baumaßnahmen im Zusammenhang mit IT-Vorhaben	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
701.86	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BSG - Zweckzuweisung an die Bezirke -	(72) (48) 417R	346	250	250
	Übertragbar				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.				
799.01	Vergütungen an Vertragsarchitektinnen, -architek- ten, -ingenieurinnen, -ingenieure, Sachverständige und dergleichen	0 0	0	-	-
	Übertragbar				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.				
812.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten	178 1 62 R	20	10	10
	Übertragbar				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4000 -----					
812.05	Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe inclusive Hamburger Mittel Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4000.342.05.	63 12 24 R	5	5	5
812.54	Ausbau der IT-Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4000.812.56.	7 4 456 R	0	-	-
812.56	Investitionsausgaben für den Einsatz von IT- Technik in der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit + Verbraucherschutz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4000.812.54. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4000.119.56.	694 519 68 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		23.911	23.866	24.725
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA)				
----- (235)					
	EINNAHMEN				
111.11	Gebühren 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4010.531.01.	1.009 1.944	250	250	250
	Gesamteinnahmen		250	250	250
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.393 1.837	487	512	519
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	2- 1	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	30- 49-	114	67	67
412.01	Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-30.	360 383 32 R	415	425	425

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4010 -----					
531.01	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-30. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 04.0.4010.111.11.	3 3 94 R	3	3	3
535.56	Laufender Sachaufwand in Zusammenhang mit der IT-Technik Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-56.	0 0	0	-	-
671.55 (212)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4000.671.55 04.0.4010.671.55 04.0.4220.671.55 . Titelgruppe(n) -----	7 8	8	8	8
Z61	Sach- und Fachausgaben der ÖRA -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	56 63 6 R	67	67	67
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar	52 83 4 R	51	84	84
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	118 181 11 R	119	133	133
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar	1 2 19 R	5	5	5
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar	5 1	1	1	1
527.61	Dienstreisen Übertragbar	1 0 1 R	1	1	1

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4010 -----					
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	1 2	2	2	2
	Übertragbar				
	Summen für Z61	332 42 R	246	293	293
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		1.273	1.308	1.315
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung				
----- (211)					
	EINNAHMEN				
111.02	Teilnahmeentgelte (Aus- und Fortbildung)	73 85	90	80	80
119.94	Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse	0 6	0	-	-
261.61	Erstattung von Personal- und Verwaltungskosten durch das Versorgungsamt	0 127	127	127	127
282.91	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen	0 6	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4200.546.91				
	Gesamteinnahmen		217	207	207
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	1.986 3.688	3.258	3.372	3.391
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	13- 7	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	0 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	459 196	705	408	409
525.01 (127)	Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte / Dozenten honorare und Geschäftsbe- darf	428 526 81 R	374	1.119	619
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4200.525.01 04.0.4200.525.02 .				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4200 -----					
525.02	Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte / Tagungs- und Übernachtungskosten Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4200.525.01 04.0.4200.525.02 .	266 285 28 R	273	298	298
546.91	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4200.282.91	0 5 1 R	0	-	-
632.01	Beteiligung an den Kosten gemeinsam finanzierter Einrichtungen Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4000.534.61.	12 12	13	13	13
671.03	Erstattung für den Versorgungsaufwand an die Rudolf-Ballin-Stiftung Übertragbar	445 465 41 R	506	506	506
684.01	Förderung von Projekten im Rahmen der Aufgaben gem. §§ 79, 80 und 85 SGB VIII Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4000.526.01.	0 0	0		
891.05 (235)	Zuschuss an das Berufsförderungswerk GmbH für den Neu- und Umbau von Internatsplätzen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 0 1 R	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		5.129	5.716	5.236
4220	Soziale Entschädigungsleistungen				
(214)	----- EINNAHMEN				
111.51 (234)	Eigenbeteiligung für die unentgeltliche Beförde- rung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr, §145 SGB IX (Bundesanteil 32,9 %) 32.90 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4220.633.01.	1.389 1.366	1.475	1.408	1.408

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4220 -----					
119.01	Honorarabgaben der Ärztinnen, Ärzte u. dgl	0 0	0	-	-
119.98	Vermischte Einnahmen	5 1	4	4	4
231.02 (290)	Erstattungen des Bundes in Höhe von 65 % bzw. 60 % für Leistungen nach dem StrRehaG bzw. dem VwRehaG (vgl. 681.12)	0 8	9	9	9
	Gesamteinnahmen		1.488	1.421	1.421
	AUSGABEN				
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	43 10	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	2 1	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	1.614 1.971	2.873	2.125	2.140
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	0 18	18	18	18
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT)	0 151	301	269	269
	Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4220.671.56. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-56.				
633.01 (234)	Anteil des Bundes aus der Eigenbeteiligung nach § 145 SGB IX für die unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personenverkehr	474 453 232 R	515	464	464
	Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 32.90 % der Mehreinnahmen bei 04.0.4220.111.51.				
671.55 (212)	Erstattung von Telefonkosten an Dataport	45 56 23 R	60	60	60
	Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4000.671.55 04.0.4010.671.55 04.0.4220.671.55 .				
671.56	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport	0 0	0	-	-
	Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4220.535.56. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-56.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4220 -----					
681.02 (234)	Versorgung für Impfschäden nach dem Infektionsschutzgesetz (IfSG) Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4220.681.06. Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4220.681.02 04.0.4220.681.12 04.0.4230.681.20 04.0.4230.681.21 04.0.4230.681.22 04.0.4230.681.23 04.0.4250.681.01 04.0.4250.681.02 .	1.341 1.269 480 R	1.428	1.530	1.612
681.06	Leistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4220.681.02.	14 15 1 R	16	16	16
681.12 (290)	Leistungen n. d. Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsm.(Bundesanteil 65%/60%vgl.231.02) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4220.681.02 04.0.4220.681.12 04.0.4230.681.20 04.0.4230.681.21 04.0.4230.681.22 04.0.4230.681.23 04.0.4250.681.01 04.0.4250.681.02 .	13 192 3 R	15	15	15
682.15 (290)	Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr Übertragbar	8.695 10.404 1.500 R	10.100	10.400	10.600
	Titelgruppe(n) -----				
Z61 -----	Versorgungsamt Hamburg				
422.61	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar	3.777 3.074	2.428	2.460	2.469
428.61	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	6.544 5.551 222 R	6.209	6.437	6.402
432.61	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar	1.134 922	728	738	741
438.61	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar	588 500 4 R	559	580	577

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4220 -----					
441.61	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar	151 123	98	99	99
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar	384 315 386 R	407	450	450
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmitteln, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar	0 1 35 R	3	3	3
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4000.124.91.	120 177 139 R	248	188	188
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar	330 839 108 R	857	864	857
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4000.124.91.	25 13 67 R	32	34	33
525.61	BSG- interne Aus- und Fortbildung Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4000.119.06.	0 5 8 R	13	13	13
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar	1 1 62 R	8	7	7
527.61	Dienstreisen Übertragbar	6 4 10 R	5	5	5
531.61	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-30. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4000.119.01.	0 0 5 R	5	5	5

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4220 -----					
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	2.119 2.105 76 R	2.110	2.160	2.160
	Übertragbar				
632.61	Erstattung von Personal- und Verwaltungskosten durch das Versorgungsamt	12 759 22 R	775	775	775
	Übertragbar				
671.61	Verwaltungskostenentschädigungen an Krankenkassen, Banken und Kreditinstitute	5 109 113 R	150	100	100
	Übertragbar				
	Summen für Z61	14.498 1.259 R	14.635	14.918	14.884
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		29.961	29.815	30.078
4230	Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer				
----- (247)					
	EINNAHMEN				
182.01	Rückzahlung von Darlehen der Kriegsofperfürsorge durch Berechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) im Inland	31 18	16	18	18
182.03	Rückzahlung von Darlehen der Kriegsofperfürsorge durch Berechtigte nach dem BVG im Ausland	0 0	1	1	1
182.05	Rückzahlung von Darlehen durch Berechtigte nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) und dem Zivildienstgesetz (ZDG)	3 2	1	2	2
231.01	Ersatz für Darlehen der Kriegsofperfürsorge durch den Bund, 80 Prozent Kostenersatz	2 8-	11	2	2
231.02	Ersatz für Leistungen der Kriegsofperfürsorge durch den Bund, 80 Prozent Kostenersatz	9.264 8.075	10.869	9.590	9.590
231.03	Ersatz für Leistungen der Kriegsofperfürsorge durch den Bund, 100 Prozent Kostenersatz	98 97	174	174	174
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4230.681.18 04.0.4230.681.19.				
231.04	Ersatz für Darlehen der Kriegsofperfürsorge durch den Bund, 100 Prozent Kostenersatz	0 0	2	11	11
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4230.863.02 04.0.4230.863.03.				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4230 -----					
231.21	Ersatz für Geldleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) in Anwendung der §§ 25ff BVG durch den Bund, 40 Prozent Kostenersatz	164 227	307	307	307
281.01	Ersatz für Leistungen der Kriegsopferfürsorge durch Empfänger oder Dritte	1.557 1.207	1.425	1.200	1.200
281.03	Ersatz für Leistungen der Kriegsopferfürsorge an Berechtigte im Ausland	0 0	0	-	-
281.04	Ersatz für Leistungen nach § 80 Soldatenversorgungsgesetz (SVG) und § 47 Zivildienstgesetz (ZDG) (ohne Darlehen) durch Empfänger oder Dritte	1 0	1	1	1
281.20	Ersatz für Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz in Anwendung der §§ 25 ff BVG (IfSG)	0 0	2	1	1
281.21	Ersatz für Geld- und Sachleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) in Anwendung der §§ 25 ff BVG	27 10	15	15	15
281.23	Ersatz Dritter für Leistungen in Sonderfällen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) in Anwendung der §§ 25 BVG	0 0	0	-	-
281.24	Kostenbeiträge Dritter für Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz i. Anwend. der §§ 25 ff BVG	1 1	0	-	-
	Gesamteinnahmen		12.824	11.322	11.322
	AUSGABEN				
681.01	Berufsfördernde Leistungen nach § 26 und 26 a BVG an Beschädigte und Hinterbliebene (ohne Anwendungsgesetze) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	1 1	2	2	2
681.06	Krankenhilfe nach § 26 b BVG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	4 3	29	15	15
681.07	Hilfe zur Pflege nach § 26 c BVG / häusliche Pflege einschließlich Pflegegeld außerhalb von Einrichtungen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	1.900 1.707	2.100	2.000	2.000
681.08	Hilfe zur Pflege nach § 26 c BVG / sonstige Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	4.828 4.351	6.000	5.000	5.000

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4230 -----					
681.09	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts nach § 26 d BVG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	208 174	285	210	210
681.10	Altenhilfe nach § 26 e BVG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	91 79	110	110	110
681.11	Erziehungsbeihilfe nach § 27 BVG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	14 17	10	18	18
681.12	Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 27 a BVG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	667 608	713	650	650
681.13	Erholungshilfe nach § 27 b BVG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	19 16	19	18	18
681.14	Wohnungshilfe nach § 27 c BVG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	4 23	19	45	45
681.15	Kfz-Beihilfen im Rahmen der Hilfen in besonderen Lebenslagen nach § 27 d BVG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	104 91	124	120	120
681.16	Hilfen in besonderen Lebenslagen nach § 27 d BVG (ohne Kfz-Beihilfen) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4230-04 .	5.189 4.656	5.600	5.000	5.000
681.18	Beihilfen an Berechtigte nach § 80 SVG u. § 47 ZDG Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4230.681.18 04.0.4230.681.19 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4230.231.03.	88 76	150	150	150
681.19	Leistungen der Kriegsofferfürsorge für Berechtigte im Ausland Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4230.681.18 04.0.4230.681.19 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4230.231.03.	19 15	25	25	25

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4230 -----					
681.20	Leistungen nach dem Infektionsschutzgesetz in Anwendung der §§ 25 ff BVG (IfSG) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4220.681.02 04.0.4220.681.12 04.0.4230.681.20 04.0.4230.681.21 04.0.4230.681.22 04.0.4230.681.23 04.0.4250.681.01 04.0.4250.681.02 .	152 144 6 R	150	170	170
681.21	Geldleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) in Anwendung der §§ 25 ff BVG Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4220.681.02 04.0.4220.681.12 04.0.4230.681.20 04.0.4230.681.21 04.0.4230.681.22 04.0.4230.681.23 04.0.4250.681.01 04.0.4250.681.02 .	390 532 200 R	767	767	767
681.22	Sachleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) in Anwendung der §§ 25 ff BVG Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4220.681.02 04.0.4220.681.12 04.0.4230.681.20 04.0.4230.681.21 04.0.4230.681.22 04.0.4230.681.23 04.0.4250.681.01 04.0.4250.681.02 .	480 305	280	380	380
681.23	Leistungen in Sonderfällen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) in Anwendung der §§ 25 ff BVG Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4220.681.02 04.0.4220.681.12 04.0.4230.681.20 04.0.4230.681.21 04.0.4230.681.22 04.0.4230.681.23 04.0.4250.681.01 04.0.4250.681.02 .	0 0	0	-	-
863.01	Darlehen der Kriegsofopferfürsorge nach dem BVG an Berechtigte im Inland Übertragbar	23 15 98 R	30	21	21
863.02	Darlehen der Kriegsofopferfürsorge an Berechtigte nach dem BVG im Ausland Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4230.863.02 04.0.4230.863.03 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4230.231.04.	0 0 28 R	1	1	1
863.03	Darlehen der Kriegsofopferfürsorge an Berechtigte nach dem SVG und ZDG Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4230.863.02 04.0.4230.863.03 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4230.231.04.	0 9 26 R	1	10	10
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		16.415	14.712	14.712

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4240	Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung				
(244)	-----				
	EINNAHMEN				
119.01	Rückzahlung zuviel gezahlter Leistungen nach dem HHG und dem StrRehaG	2 26-	0	-	-
162.03	Zinsen aus Darlehen nach Abschnitt IV des Flüchtlingshilfegesetzes	0 0	0	-	-
162.04	Zinsen aus Darlehen nach Abschnitt V des Flüchtlingshilfegesetzes	0 0	0	-	-
182.03	Ersatz für Darlehen nach Abschnitt IV des Flüchtlingshilfegesetzes durch den Empfänger oder Dritte	0 0	0	-	-
182.04	Tilgungsleistungen aus Darlehen nach Abschnitt V des Flüchtlingshilfegesetzes durch den Empfänger oder Dritte	0 0	0	-	-
231.01	Erstattungen durch den Bund nach § 172 des Bundesentschädigungsgesetzes	43 9	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4240.631.01.				
231.05	Erstattung durch den Bund für Ausgleichsleistungen nach § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes	14 14	19	20	20
231.49 (246)	Ersatz für Eingliederungshilfen an Spätaussiedler nach dem BVFG und für Entschädigungsleistungen durch den Bund	162 31	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4240.681.49				
231.50	Erstattung des Bundes für Leistungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz	153 271	1.430	1.051	1.239
281.01	Rückzahlung von Entschädigungsleistungen	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		1.449	1.071	1.259
	AUSGABEN				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4240 -----					
631.01	Sonstige Erstattungen an den Bund nach § 172 Bundesentschädigungsgesetz Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4240.631.01 04.0.4240.681.01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4240.231.01.	2.611 2.423 31 R	2.300	2.400	2.400
681.01	Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz sowie nach fortgeltendem Landesrecht und zum Ausgleich sozialer Härten Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4240.631.01 04.0.4240.681.01 .	3.076 2.533 1.097 R	3.139	2.808	2.744
681.05	Ausgleichsleistungen nach § 8 des Beruflichen Rehabilitierungsgesetzes Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4240.681.05 04.0.4240.681.50 .	23 26 14 R	32	32	32
681.49 (246)	Eingliederungshilfen für Spätaussiedler nach dem BVFG und Entschädigungsleistungen (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4240.231.49	162 31	0		
681.50	Leistungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4240.681.05 04.0.4240.681.50 . Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	236 512 188 R	2.200 7.671	1.618 6.858	1.906 7.082
4250 (290)	Opferschutz ----- EINNAHMEN				
231.01	Ersatz des Bundes für Geldleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) (Bundesanteil 40 % des Ansatzes beim Titel 681.01)	957 1.057	1.185	1.393	1.460
272.01	Zuschuss der EU für das Projekt "Aktiv gegen Zwangsheirat" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4250.671.01	0 199	0	-	-
281.01	Ersatz Dritter für Geld- und Sachleistungen nach § 5 Opferentschädigungsgesetz (OEG) Erstattungen an den Bund dürfen von der Einnahme abgesetzt werden	122 133	90	133	133

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4250 -----					
	Gesamteinnahmen		1.275	1.526	1.593
	AUSGABEN				
671.01	Erstattung an die Lawaetz-Stiftung für die Umsetzung des Projektes "Aktiv gegen Zwangsheirat" Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4250.272.01	0 95 104 R	0	-	-
681.01	Geldleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) (Bundesanteil 40 %, vgl. Titel 231.01) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4220.681.02 04.0.4220.681.12 04.0.4230.681.20 04.0.4230.681.21 04.0.4230.681.22 04.0.4230.681.23 04.0.4250.681.01 04.0.4250.681.02 .	2.633 2.657 345 R	2.962	3.482	3.649
681.02	Sachleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4220.681.02 04.0.4220.681.12 04.0.4230.681.20 04.0.4230.681.21 04.0.4230.681.22 04.0.4230.681.23 04.0.4250.681.01 04.0.4250.681.02 .	1.138 1.139 605 R	1.797	1.510	1.730
684.01	Zuschüsse für den Betrieb von Frauenhäusern Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	1.948 1.850 192 R	1.850	1.891	1.909
684.02	Förderung der Kinderbetreuung in Opferschutz- einrichtungen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	296 298	0	-	-
684.03	Zuschuss für die Beratung und Betreuung von Opfern von Gewalt Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	512 924 98 R	952	1.513	1.505

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4250 -----					
684.04	Zuschüsse für die Beratung gewalttätiger Personen sowie für Täter-Opfer-Ausgleiche Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	376 197 18 R	208	209	212
684.06	Förderung einer Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	88 93	92	95	96
893.01	Zuschüsse für Investitionen im Bereich Opferschutz Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	0 0 30 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		7.861	8.700	9.101
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit ----- (271)				
	EINNAHMEN				
111.44 (261)	Beiträge für Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildung und internationalen Jugendarbeit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4440.534.02.	0 2	0	-	-
131.91	Verkauf von Grundstücken	515 2.092	0	-	-
231.01 (261)	Zuweisungen des Bundes für die internationale Jugendarbeit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4440.534.02 04.0.4440.684.11.	24 55	0	-	-
282.11 (261)	Zuschüsse für Begegnungen des Deutsch- Französischen Jugendwerks Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4440.684.11.	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4440 -----					
	Gesamteinnahmen		0	0	0
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	11.517 11.053	9.843	8.224	8.109
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	68 77	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 0	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	8.577 8.344	578-	6.073	5.882
526.01	Prozessbegleitung im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfe	64 15 73 R	15	15	15
	Übertragbar				
534.02 (261)	Außerschulische Jugendbildung und internationale Jugendarbeit	44 70 39 R	37	37	37
	Übertragbar				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4440.231.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4440.111.44.				
684.04 (262)	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe für suchtp Präventive Maßnahmen	988 1.351 502 R	1.434	1.452	1.467
	Übertragbar				
	Zuwendungsanteil 75%				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.				
684.11 (261)	Förderung der überregionalen Jugendverbände	2.717 2.733 84 R	2.738	2.757	2.776
	Übertragbar				
	Zuwendungsanteil 100%				
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4440.231.01. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4440.282.11.				
684.12 (272)	Förderung der Jugendarbeit, der Jugendberatung und des erzieherischen Jugendschutzes	5.444 5.664 373 R	5.603	5.844	5.890
	Übertragbar				
	Zuwendungsanteil 75%				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4440 -----					
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4440.231.02.				
684.81	Betriebsausgaben für die Kinder- und Jugendar- beit, Jugendsozialarbeit - Rahmenzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Zuwendungsanteil 75%	(23.347) (23.523)	23.224	23.471	23.698
684.86	Vormittagsbetrieb von Spielhäusern -Zweckzuweisung an die Bezirke- Übertragbar Zuwendungsanteil 20%	(0) (566) 54R	780	790	800
701.81	Investitionen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit - Rahmenzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Zuwendungsanteil 40%	(2.876) (1.564)	1.852 1.765VE	3.291 2.220VE	2.335 1.540VE
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.				
821.01	Grunderwerb für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	135 273 312 R	1.162 47 VE		303
893.01	Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit Übertragbar Zuwendungsanteil 75%	1.278 415 911 R	511 250 VE	462	511
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.				
893.10	Investitionszuschuss für den Ersatzbau Spohrstraße Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	78 0	0		
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		46.621 2.062 VE	52.416 2.220 VE	51.823 1.540 VE
4450	Familienförderung -----				
(237)					
	EINNAHMEN				
111.41 (273)	Beiträge für die Teilnahme an den Reisen der sozialen Dienste (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4450 -----					
231.01	Zuweisungen des Bundes nach dem Unterhaltsvorschussgesetz	8.588 8.457	8.472	8.472	8.472
	Gesamteinnahmen		8.472	8.472	8.472
	AUSGABEN				
525.02 (273)	Initiativen und Maßnahmen zur Förderung von Part- nerschaft und Familienleben Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	32 6 69 R	20	20	20
534.01 (273)	Aufwendungen für familienpolitische Projekte Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 01.2.1221.119.02 01.3.1321.119.02 01.4.1421.119.02 01.5.1521.119.02 01.6.1631.119.02 01.7.1721.119.02 01.8.1821.119.02.	3 114 67 R	105	150	150
534.02 (273)	Aufwendungen für die Gruppenarbeit in Wohnunterkünften (Weggefallener Ansatz)	0 0 135 R	60		
631.01	Zuweisung des anteiligen Kostenersatzes durch Unterhaltspflichtige für Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz an den Bund Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 33.34 % der Einnahmen bei 01.2.1231.281.02 01.3.1331.281.02 01.4.1431.281.02 01.5.1531.281.02 01.6.1631.281.02 01.7.1731.281.02 01.8.1831.281.02.	1.045 1.098 89 R	1.102	1.186	1.186
671.02 (273)	Erstattung von Kosten für zeitlich befristete am- bulante, teilstationäre und stationäre Hilfen für Kinder und Jugendliche (Weggefallener Ansatz)	1.479 90	0		
671.86 (273)	Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie - Zweckzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Zuwendungsanteil 40% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	(842) (1.130) 14R	898	1.754	1.768
681.86	Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz - Zweckzuweisung an die Bezirke -	(25.764) (25.381) 1.315R	25.417	25.417	25.417
681.87 (273)	Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation kinderreicher Familien - Zweckzuweisung an die Bezirke (Weggefallener Ansatz)	(46) (0)	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4450 -----					
684.01 (273)	Entwicklungsfördernde Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial belasteten Familien Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	3.129 3.300	3.300	3.340	3.378
684.02 (273)	Zuschüsse für Frauenberatung Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	501 512 18 R	511	536	542
684.04 (273)	Förderung familienpolitischer Projekte Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	47 54 12 R	0	-	-
684.13 (273)	Zuschüsse für Familienförderung und sonstige Maßnahmen an Träger der freien Jugendhilfe Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	2.027 2.473 707 R	2.595	3.058	3.092
684.81 (273)	Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie - Rahmenzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Zuwendungsanteil 75%	(4.578) (4.533)	4.586	4.628	4.671
684.82 (263)	Betriebsausgaben für sozialraumorientierte Angebote der Jugend- und Familienhilfe - Rahmenzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Zuwendungsanteil 75%	(4.190) (4.033)	4.145	4.195	4.246
685.01 (273)	Familienpolitische Förderung zum Wohnen und Leben Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	932 929 57 R	932	943	954

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4450 -----					
685.06 (273)	Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation von Familien Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	0 0 667 R	452	458	464
701.81 (273)	Investitionen für die Förderung der Erziehung in der Familie - Rahmenzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Zuwendungsanteil 40% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	(278) (1.131)	285	160 63VE	67
893.01 (273)	Zuschüsse für Investitionen für die Förderung der Erziehung in der Familie Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	255 64 38 R	31	31	31
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		44.439	45.876 63 VE	45.986
4460 (275)	Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII ----- EINNAHMEN				
131.91	Verkauf von Grundstücken	0 0	0	-	-
281.01 (265)	Ersatz von Leistungen an auswärtige Kostenträger durch Dritte	102 30	35	35	35
	Gesamteinnahmen AUSGABEN		35	35	35
534.81 (265)	Betriebsausgaben für Hilfen zur Erziehung - Rahmenzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Zuwendungsanteil 75%	(55) (63)	82	82	82

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4460 -----					
633.01 (265)	Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	5.621 5.358 518 R	5.200	5.500	5.500
671.01 (265)	Krankenhilfe nach dem SGB VIII - stationäre Krankenhilfe - Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	0 0	0	469	469
671.02 (265)	Krankenhilfe nach dem SGB VIII - ambulante Krankenhilfe - Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	382 323	970	201	201
671.86	Betriebsausgaben für einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII - Zweckzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	(143.293) (161.777)	199.237	176.630	176.630
682.01	Zuschuss an den Geschäftsbereich Jugendhilfe des Landesbetriebes Erziehung und Berufsbildung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	6.671 10.306 813 R	15	-	-
684.03	Zuschüsse zu Betriebsausgaben für Hilfen zur Erziehung Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	24 18	0	-	-
684.04	Zuschüsse für Wohnraumbeschaffung Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	309 262 110 R	309	309	312
684.05 (265)	Zuschüsse für Werbung und Betreuung von Pflege- und Bereitschaftspflegestellen sowie Adoptiveltern Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	614 624	610	648	655

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4460 -----					
893.01	Zuschüsse zu Investitionen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	484 980 514 R	698 400 VE	647	734
893.81	Investitionen für die Hilfen zur Erziehung - Rahmenzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	(80) (78)	80 30VE	80	80
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		207.201 430 VE	184.566	184.663
4470	Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe -----				
(276)	EINNAHMEN				
111.75	Gebühren für die Durchführung von Adoptions- vermittlungsverfahren	0 1	0	-	-
119.75	Auslagenerstattung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4470.534.75.	2 2	0	-	-
232.01 (266)	Kostenerstattung für Jugendhilfeleistungen zur Unterbringung und Erstversorgung minderjähriger Flüchtlinge Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4470.682.60	24 25	0	-	-
232.75	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle der nordeutschen Länder	352 386	463	415	415
233.01 (266)	Ersatz von Kosten der Inobhutnahme durch andere Kostenträger	160 46	150	150	150
281.01 (266)	Ersatz von Kosten der Inobhutnahme durch Unter- haltspflichtige und Betreute	3 1	1	1	1
	Gesamteinnahmen		614	566	566
	AUSGABEN				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4470 -----					
534.01	Aufwendungen für Maßnahmen zur Prävention gegen gewalttätiges Verhalten im Kindesalter	0 0	154	109	
682.01	Zuschuss für Inobhutnahmen an den Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	5.051 4.656 455 R	5.087	5.552	5.552
682.60	Zuschuss für Erstversorgungseinrichtungen zur Unterbringung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge an den LEB Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.3.1331.232.02 01.4.1431.232.02 01.5.1531.232.02 01.6.1631.232.02 01.7.1731.232.02 01.8.1831.232.02 04.0.4470.232.01	718 490	0	-	-
684.02	Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Kindesaussetzungen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-46.	0 0	0	-	-
684.04 (265)	Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	57 48 25 R	62		
684.60	Zuschüsse für Erstversorgungseinrichtungen zur Unterbringung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge unter 16 an Träger der freien Jugendhilfe (Weggefallener Ansatz)	0 12	0		
684.81	Betriebsausgaben für andere Aufgaben der Jugendhilfe - Rahmenzuweisung an die Bezirke - (Weggefallener Ansatz)	(124) (0)	0		
684.86	Betriebsausgaben für die Straffälligen- und Gerichtshilfe - Zweckzuweisung an die Bezirke- Übertragbar Zuwendungsanteil 45%	(0) (528) 31R	1.063	1.172	1.172
	Titelgruppe(n) -----				
Z75	Gemeinsame Zentrale Adoptionsstelle -----				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4470 -----					
518.75	Mieten und Pachten Übertragbar	20 21	21	21	21
534.75	Sonstige sächliche Ausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4470.119.75. Summen für Z75	27 27 34 R 48 34 R	38 59	38 59	38 59
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		6.425	6.892	6.783
4490	Gleichstellung ----- (011)				
	AUSGABEN				
534.01 (290)	Aufwendungen im Rahmen der Umsetzung von Gleichstellungsprojekten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	93 59 6 R	0	-	-
534.02	Aufwendungen für die Förderung der beruflichen Chancen von Frauen der Hamburger Wirtschaft Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	0 0	0	15	15
683.01 (290)	Initiativen zur Förderung der beruflichen Chancen von Frauen der Hamburger Wirtschaft Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	15 3 6 R	15		
684.01 (290)	Förderung von Frauenverbänden Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	71 94 3 R	83	89	90

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4490 -----					
684.02	Zuschuss an das Magnus-Hirschfeld-Centrum Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	0 107 30 R	82	113	114
684.50 (290)	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen für modellhafte Gleichstellungsprojekte Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-20.	104 117	0	-	-
971.01 (290)	Projekte von zentraler Bedeutung für die Gleichstellungspolitik in Hamburg Übertragbar Zuwendungsanteil 40% Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0 345 R	190	155	155
4500	Kindertagesbetreuung		370	372	374
----- (274)					
	EINNAHMEN				
131.91	Verkauf von Grundstücken	0 0	0		
282.01	Eigenanteil der kirchlichen Träger an den Betriebskosten ihrer Tageseinrichtungen (Weggefallener Ansatz)	3.417 2.807	0		
331.01	Zuweisung des Bundes aus dem Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung Die Einnahmen dienen zur Deckung der über die Grundbewilligung hinausgehenden Ausgaben bei 04.0.4500.893.41. Gesamteinnahmen	0 0	0	8.162	7.999
	AUSGABEN		0	8.162	7.999
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	0 0	0	2.956	3.174
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	0 0	0	809	728

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4500 -----					
532.01 (213)	Beiträge an die Unfallkasse Nord für die Ver- sicherung von Kindern in Tageseinrichtungen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 03.1.3020.532.30 03.2.3690.532.30 04.0.4500.532.01 09.2.9700.532.30 .	806 887	883	1.000	1.050
534.01 (213)	Haftpflichtversicherungsbeiträge Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4500-43 .	113 116	100	106	115
534.81	Betriebsausgaben für die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege - Rahmenzuweisung an die Bezirke - Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4500-43 .	(18) (16)	19	19	19
671.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen Übertragbar Zuwendungsanteil 01% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4500-43 .	329.733 351.060 5.800 R	392.567 15.000 VE	406.966 15.000 VE	427.124 15.000 VE
671.04 (264)	Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen Übertragbar Zuwendungsanteil 10% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4500-43 .	2.367 2.467	2.604	2.761	2.869
681.01	Förderung von Kindern in Kindertagespflege Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 01.2.1231.681.01 01.3.1331.681.01 01.4.1431.681.01 01.5.1531.681.01 01.6.1631.681.01 01.7.1731.681.01 01.8.1831.681.01 04.0.4500.681.01 . Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4500-43 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.7.1731.281.08. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.2.1231.281.08. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.3.1331.281.08. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.4.1431.281.08. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.5.1531.281.08. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.6.1631.281.08. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 01.8.1831.281.08.	715 10.153 200 R	10.125 3.000 VE	11.020 3.000 VE	11.475 3.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4500 -----					
682.01	Zuschüsse an betriebliche und sonstige Einrichtungen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4500-43 .	364 314	331	335	335
684.01	Betreuung von Kindern in pädagogischen Mittagstischen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4500-43 .	3.934 4.251	4.337	4.444	4.444
684.02	Beratung von Tagespflegepersonen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4500-43 .	16 13 3 R	19	17	17
821.01	Grunderwerb für Tageseinrichtungen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	742 3 2.519 R	550	660	660
893.41	Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung Übertragbar GB 2009 794 GB 2010 3.817 Zuwendungsanteil 98% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25. Über die Grundbewilligung hinaus dürfen Ausgaben geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4500.331.01. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	928 321 6.628 R	800 800 VE 412.335 18.800 VE	8.956 11.000 VE 440.049 29.000 VE	11.816 10.000 VE 463.826 28.000 VE
4600	Soziales und Integration ----- (212)				
	EINNAHMEN				
119.02 (234)	Rückzahlung zuviel gezahlter Sozialhilfe	4.822 5.043	6.000	5.100	5.100

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4600 -----					
182.08 (234)	Rückzahlung von Darlehen der Sozialhilfe nach § 91 SGB XII Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4600.863.07.	454 500	460	700	700
233.01 (234)	Ersatz von auswärtigen Sozialhilfeträgern für Leistungen der Sozialhilfe	3.921 2.174	1.600	2.200	2.200
236.02 (234)	Erstattungen für Leistungen der Sozialhilfe durch die gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherungs- träger	11.615 13.201	12.300	13.200	13.200
236.09 (234)	Erstattungen für Leistungen der Sozialhilfe durch sonstige Leistungsträger	1.931 1.410	1.900	1.400	1.400
281.02 (234)	Ersatz durch Kostenbeitrag bzw. Aufwendungsersatz für Leistungen der Sozialhilfe	3.884 3.467	3.800	3.500	3.500
281.11 (234)	Ersatz von Unterhaltspflichtigen für Leistungen der Sozialhilfe	2.121 2.049	2.100	2.000	2.000
281.21 (234)	Ersatz durch Kostenersatz für Leistungen der Sozialhilfe	623 777	500	750	750
281.31 (234)	Ersatz durch sonstige Dritte für Leistungen der Sozialhilfe	2.928 2.341	1.700	2.300	2.300
282.91 (290)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4600.546.91 Gesamteinnahmen	0 0	0	-	-
	AUSGABEN		30.360	31.150	31.150
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	13.404 13.482	15.574	15.462	15.235
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	13- 2	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	1 1	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	5.404 5.298	7.036	4.347	4.221

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4600 -----					
531.01	Berichte u. Analysen im Zus.m. verbesserter Transparenz in der Sozialh. sowie Aufw. f. Berichterst. über Lebenslagen auf der Basis von Sozialdaten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	11 8 251 R	60	60	60
546.03	Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Förderung des Bürgerengagements und der Selbsthilfe Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	52 87 10 R	80	330	330
546.91 (290)	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4600.282.91	0 0 48 R	0	-	-
633.01 (234)	Erstattungsleistungen an auswärtige Sozialhilfeträger Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	2.916 2.551	5.800	2.600	2.600
682.01	Zuschuss an pflegen & wohnen A.ö.R. für Zahlungen an Versorgungsempfänger Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.682.01 04.0.4600.682.02 .	2.900 35 345 R	0		
682.02	Betriebskostenzuschuss an pflegen & wohnen A.ö.R für Sanierungsmaßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.682.01 04.0.4600.682.02 .	6.580 3.210 1.030 R	0		
682.04	Zuschuss an fördern & wohnen AöR für die Betreuung von Versorgungsempfängern Übertragbar	0 0 460 R	460	460	460
684.05 (236)	Förderung der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	430 420 10 R	430	430	430
685.01	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände und Organisationen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	20 22 9 R	23	23	23

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4600 -----					
685.02	Gräberfürsorge Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	123 67 90 R	120	120	120
863.07 (234)	Darlehen bei Vorhandensein verwert- baren Vermögens nach § 91 SGB XII Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.863.07 04.0.4610.863.05 04.0.4610.863.09 04.0.4620.863.04 04.0.4620.863.05 04.0.4620.863.08 04.0.4650.863.02 04.0.4670.863.06 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4600.182.08.	2.344 2.035	1.700	2.030	2.030
891.01	Investitionskostenzuschuss an pflegen & wohnen AÖR für Sanierungsmaßnahmen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	6.600 4.255 4.145 R	0		
893.42 (236)	Zuschüsse für Investitionen im sozialen Bereich Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	95 75 135 R	0	28	100
4610 ----- (234)	Hilfen zum Lebensunterhalt EINNAHMEN		31.283	25.890	25.609
119.01	Rückzahlung zuviel gezahlter Leistungen nach dem SGB II (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
182.02	Rückzahlung von Darlehen für Leistungen nach § 22 SGB XII	13 9	27	10	10
182.06	Rückzahlung von Darlehen für Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach § 73 SGB XII Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4610.863.05.	2 2	4	4	4

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4610 -----					
182.11	Rückzahlung von Darlehen zur Überwindung einer vorübergehenden Notlage gem. § 38 SGB XII Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4610.863.09.	49 45	100	100	100
182.12	Rückzahlung von ergänzenden Darlehen gem. § 37 SGB XII Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4610.681.34.	80 107	26	26	26
231.03	Ersatz für Leistungen der Sozialhilfe an Deutsche im Ausland durch den Bund	20 11	19	15	15
231.04	Erstattung des Bundes zur Deckung der Mehrausgaben durch die bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter u.bei Erwerbsmind.; IV. Kap. SGB XII	22.209 22.209	22.200	16.579	19.461
231.05 (251)	Erstattungen für Kosten der Unterkunft durch den Bund für Empfänger von Leistungen nach dem SGB II gem. § 46 SGB II	136.777 149.295	155.229	135.842	135.016
236.03	Erstattung der Arbeitsverwaltung bzw. der ARGE für Leistungen der Sozialhilfe	308 232	0	230	230
236.04	Erstattungen für Leistungen der Sozialhilfe durch die Familienkasse	478 650	150	650	650
236.07	Erstattungen für Leistungen der Sozialhilfe durch die Jugendämter	135 68	410	68	68
236.11	Ersatz von Sozialleistungsträgern für Leistungen der Sozialhilfe an Deutsche im Ausland	2 31	7	31	31
281.34	Ersatz durch sonstige Dritte für Leistungen der Sozialhilfe an Deutsche im Ausland	64 69	69	70	70
	Gesamteinnahmen		178.241	153.625	155.681
	AUSGABEN				
671.01	Hilfe zum Lebensunterhalt - Pauschale in Einrichtungen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	10.494 10.729	10.964	10.581	10.581
671.32	Bedarfsorientierte Grundsicherung - Leist. an Pers. innerh. stat. Einrichtungen einschl. Kosten der Unterkunft Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	27.266 26.953	24.915	26.459	26.459

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4610 -----					
681.01	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	10.165 11.304	9.518	11.234	11.234
681.05	Durchführung der Schuldner- und Insolvenzberatung Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	3.501 3.581	3.106	3.882	3.882
681.07 (251)	Hilfe zum Lebensunterhalt Kosten der Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte nach dem SGB II Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	470.180 478.644	497.530	474.973	472.085
681.08	Hilfe zum Lebensunterhalt Kosten der Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte nach Kapitel 3 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	8.956 12.428	10.965	12.754	12.754
681.09	Hilfe zum Lebensunterhalt -Kosten der Unterkunft und Heizung für Leistungsberechtigte nach Kapitel 4 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	57.388 64.208	65.703	72.670	72.670
681.10	Beiträge für freiwillige Kranken- und Pflegeversicherung Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	485 690	319	687	687
681.11	Hilfe zum Lebensunterhalt -einmalige Bedarfe n. d. SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	9.890 511	1.219	551	551
681.12	Preisnachlass auf Zeitkarten - Sozialkarte Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	0 0	0	7.507	7.507
681.14 (251)	Hilfe zum Lebensunterhalt - einmalige Bedarfe nach dem SGB II Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	0 8.794	9.723	6.972	6.926
681.17	Bestattungskosten Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	2.958 3.196	3.717	3.376	3.376
681.23	Sozialhilfe für Deutsche im Ausland -Offene Hil- fen- Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	492 136	459	450	450

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006, 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4610 -----					
681.24	Beihilfen in sonstigen Lebenslagen nach § 73 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	4 4	8	4	4
681.30	Bedarfsorientierte Grundsicherung - Leist. an Pers. außerh. stat. Einrichtungen ohne Kosten der Unterkunft Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	33.920 38.206	37.572	41.596	41.596
681.31	Kosten der medizinischen Gutachten im Rahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung (IV. Kapitel SGB XII) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	169 205	212	205	205
681.34	Ergänzende Darlehen für Sozialhilfeberechtigte nach § 37 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4610.182.12.	233 221	179	250	250
684.12 (253)	Psychosoziale Betreuung nach § 16 (2) Satz 2 Nr. 3 SGB II und Beratungsangebote für Arbeitslose sowie Beratung und Aktivierung gem. § 11 SGB XII Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	1.757 1.875 24 R	2.077	2.082	2.082
863.05	Darlehen in sonstigen Lebenslagen nach § 73 SGB XII Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.863.07 04.0.4610.863.05 04.0.4610.863.09 04.0.4620.863.04 04.0.4620.863.05 04.0.4620.863.08 04.0.4650.863.02 04.0.4670.863.06 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4610.182.06.	1 0	5	-	-
863.09	Darlehen zur Überwindung einer vorübergehenden Notlage Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.863.07 04.0.4610.863.05 04.0.4610.863.09 04.0.4620.863.04 04.0.4620.863.05 04.0.4620.863.08 04.0.4650.863.02 04.0.4670.863.06 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4610.182.11.	2 1	205	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		678.396	676.233	673.299

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4620	Hilfen für Wohnungslose				
(234)	-----				
	EINNAHMEN				
111.17	Benutzungsgebühren f. Unterbringung Wohnungsloser in Durchgangs- bzw. Gemeinschaftsunterkünften (ohne f&w/ AÖR)	1.671 562	1.179	563	563
111.18	Benutzungsgebühren für Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen - Selbstzahler - in Gemeinschaftsunterkünften (Weggefallener Ansatz)	5 0	0		
111.19	Benutzungsgebühren für Unterbringung von Bürgerkriegsflüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften (Weggefallener Ansatz)	6 0	19		
119.61 (235)	Ersatzleistungen der Hamburger Feuerkasse für Brandschäden in Wohnungslöseneinrichtungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4620.519.61	0 0	0	-	-
119.92	Schadenersatzleistungen	0 0	0	-	-
182.05	Rückzahlung von Darlehen nach dem SGB XII zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichb. Notl. sowie für die Besch. v. Wohnraum Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4620.863.04.	3.841 3.482	4.851	4.600	4.600
182.10	Rückzahlung von Darlehen der Sozialhilfe für Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4620.863.08.	3 4	5	10	10
182.11 (251)	Rückzahlung von Darlehen nach dem SGB II zur Sicherung der Unterkunft sowie für die Beschaffung von Wohnraum Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4620.863.05.	0 0	10	5	5
	Gesamteinnahmen		6.064	5.178	5.178
	AUSGABEN				
534.01 (236)	Aufwendungen für die Schaffung von Übernachtungs- möglichkeiten in Zusammenarbeit mit freien Trägern (Winterprogramm) Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4620.534.01 04.0.4620.681.86 .	395 368 368 R	440	390	390
535.81 (235)	Betrieb der Durchreiseplätze Rahmenzuweisung an den Bezirk Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	(93) (99) 22R	102	102	102

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4620 -----					
671.08	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten - Stationäre Hilfen - Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	3.656 3.587	5.227	4.627	4.627
681.08	Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten - Ambulante Hilfen - Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	293 301	401	401	401
681.37	Beihilfen zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage sowie zur Beschaffung v. Wohnraum n.d. SGB XII Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4620.863.04. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	3.205 1.861	4.458	4.458	4.458
681.38	Gewährleistungen für Wohnungsunternehmen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	0 0	50	50	50
681.39 (251)	Beihilfen zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage sowie zur Beschaffung v. Wohnraum n.d. SGB II Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	0 0	400	400	400
681.86 (290)	Mittel für die Inanspruchn. von Wohnr. f. obdachl. Familien nach SöG; Abw. von Räumungsverf. Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4620.534.01 04.0.4620.681.86 .	(1) (0)	0	-	-
681.87 (235)	Wohnungspolitische Maßnahmen, Ausgaben f.d. Wohnanlage Georgswerder Ring Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar	(87) (92)	50	90	90
684.01 (236)	Zuschüsse für den Betrieb von Tagesaufenthalts- stätten und Bahnhofsmmissionen und zur Durchführung von Straßensozialarbeit Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	804 815 37 R	818	877	877
684.05 (236)	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen für Hilfen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	2.647 2.632 236 R	2.688	2.713	2.713

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4620 -----					
684.06 (236)	Zuschuss für den Betrieb einer Krankenwohnung für obdachlose Menschen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	302 301 16 R	307	310	310
684.07 (236)	Zuschuss für das Wohnprojekt "Mistralbunker" Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	99 101 17 R	108	109	109
	Titelgruppe(n) -----				
Z61 -----	Unterbringung Wohnungsloser -----				
427.61 (235)	Honorare für die Betreuung von Wohnungslosen, Aus- siedlern und Zuwanderern Übertragbar	15 11	0	-	-
511.61 (235)	Ausstattungsgegenstände und Textilien für Gemein- schaftsunterkünfte Übertragbar	31 12	0	-	-
514.61 (235)	Sonstiger Wirtschafts- und Hygienebedarf Übertragbar	6 0	0	-	-
517.61 (235)	Bewirtschaftung der Gemeinschaftsunterkünfte Übertragbar	613 480	0	-	-
518.61 (235)	Mieten und Pachten Übertragbar	4.459 1.324	0	-	-
519.61 (235)	Unterhaltung der Grundstücke und Gemein- schaftsunterkünfte für Wohnungslose, Aussiedler und Zuwanderer Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4620.119.61	88 68	0	-	-
526.61 (235)	Honorare für Dolmetschertätigkeiten Übertragbar	18 14	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4620 -----					
534.61 (235)	Aufwendungen für soziale Gruppenarbeit Übertragbar	29 15	0	-	-
539.61 (235)	Vermischte Verwaltungsaufgaben Übertragbar	31 687	0	-	-
548.61 (235)	Global veranschlagte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Eingliederung von Wohnungslosen, Aussiedlern und Zuwanderern Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4620.111.18. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	0 0 9.430 R	2.886	4.662	4.398
671.61 (235)	Erstattung an f&w -Anstalt öffentlichen Rechts- für die Unterbringung Wohnungsloser Übertragbar	21.312 23.481	18.871	20.238	19.402
684.61 (235)	Zuschüsse an Dritte für die Unterbringung und Betreuung von Wohnungslosen Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	414 209	0		
701.61 (235)	Kleine Neu-, Um-, und Erweiterungsbauten für Wohnungsloseneinrichtungen (Hochbau) Übertragbar	0 0	0	-	-
741.61 (235)	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten für Wohnungsloseneinrichtungen (Tiefbau) Übertragbar	0 0	0	-	-
791.61 (235)	Zentral veranschlagte Investitionen im Zusammenhang mit der Unterbringung von Wohnungslosen Übertragbar Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	605 180 3.200 R	0	-	-
891.61 (235)	Zuschuss an fördern & wohnen -Anstalt öffentlichen Rechts- für Investitionen in Einrichtungen für Wohnungslose Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0 21- 1.900 R	500 500 VE	236 VE	236 500 VE
	Summen für Z61	26.461 14.530 R	22.257 500 VE	24.900 236 VE	24.036 500 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4620 -----					
863.04	Darlehen zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage sowie z. Beschaffung v. Wohnraum nach dem SGB XII Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4620.681.37. Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.863.07 04.0.4610.863.05 04.0.4610.863.09 04.0.4620.863.04 04.0.4620.863.05 04.0.4620.863.08 04.0.4650.863.02 04.0.4670.863.06 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4620.182.05.	17.501 1.766	2.900	1.635	1.635
863.05 (251)	Darlehen zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage sowie z. Beschaffung v. Wohnraum nach dem SGB II Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.863.07 04.0.4610.863.05 04.0.4610.863.09 04.0.4620.863.04 04.0.4620.863.05 04.0.4620.863.08 04.0.4650.863.02 04.0.4670.863.06 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4620.182.11.	0 12.625	11.800	12.350	12.350
863.08	Darlehen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.863.07 04.0.4610.863.05 04.0.4610.863.09 04.0.4620.863.04 04.0.4620.863.05 04.0.4620.863.08 04.0.4650.863.02 04.0.4670.863.06 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4620.182.10.	0 0	5	-	-
893.02 (411)	Zuschüsse an Träger zur Bereitstellung des Eigengeldanteils bei der Durchführung des Wohnungsbaues für Obdachlose Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	26 0 1.000 R	0	-	-
893.42 (236)	Erwerb von Belegungsrechten im Wohnungsbestand sowie Förderung von Wohnprojekten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	42 0 3 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		52.011 500 VE	53.412 236 VE	52.548 500 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4630	Gesundheitshilfen				
(234)	-----				
	EINNAHMEN				
234.01	Anteil des Landesausgleichsamtes an den Kosten der Krankenversorgung für Unterhaltshilfe- empfänger -Stationär-	4 0	0	-	-
236.06	Ersatz für Leistungen der Sozialhilfe durch die gesetzliche Krankenversicherung - Krankenbehandlung und sonstiges-	606 597	800	600	600
	Gesamteinnahmen		800	600	600
	AUSGABEN				
671.01	Krankenhilfe für Hilfeberechtigte allgemein - stationäre Gesundheitshilfen - Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	33.589 24.316	25.122	23.235	23.088
671.09	Hilfen zur Gesundheit - vorbeugend / einschl. Mutter-/ Kind - Kuren sowie für werdende Mütter u. Wöchnerinnen - stationäre Gesundheitshilfen - Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	38 16	55	16	16
681.01	Krankenhilfe für Hilfeberechtigte allgemein - offene Gesundheitshilfen - Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	24.291 31.646	29.583	30.918	30.771
681.02	Hilfen zur Gesundheit - vorbeugend, Suchtbe- handlung sowie f. werdende Mütter und Wöchnerinnen - offene Gesundheitshilfen - Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	47 60	63	61	61
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		54.823	54.230	53.936
4640	Hilfen zur Pflege				
(234)	-----				
	EINNAHMEN				
111.01 (212)	Gebühren für Zeugnisweitschriften, staatliche An- erkennung u. Gleichstellung von Ausbildungs- und Fortbildungsgängen	5 4	6	6	6

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4640 -----					
161.01 (411)	Zinseinnahmen aus gewährten Fördermitteln der Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4640.671.57 04.0.4640.891.15.	735 879	0	-	-
181.01 (411)	Darlehnsrückflüsse aus gewährten Fördermitteln der Wohnungsbaukreditanstalt Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4640.671.57 04.0.4640.891.15.	1.240 1.408	0	-	-
231.02 (127)	Zuweisungen des Bundes für die Begabtenförderung in der beruflichen Bildung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4640.681.02	0 0	0	-	-
235.01	Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote u. Modellvorhaben f. Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4640.684.02.	211 212	0	-	-
236.01	Ersatz für ambulante Leistungen der Sozialhilfe durch die soziale Pflegeversicherung bzw. die gesetzliche Krankenversicherung	325 301	179	301	301
236.02	Ersatz für stationäre Leistungen der Sozialhilfe durch die soziale Pflegeversicherung	139 128	144	144	144
236.03	Erstattung von Wohngeld in der stationären Hilfe zur Pflege	833 337	30	30	30
281.01 (212)	Altenpflegeprüfungen Einnahmen durch Fremdprüfungen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4640.535.01.	3 14	5	14	14
	Gesamteinnahmen		364	495	495
	AUSGABEN				
534.01 (212)	Verfahrensgebühren für Schiedsstellenverfahren nach § 76 SGB XI Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	0 0 5 R	2	2	2
535.01 (212)	Laufender Sachaufwand für Prüfungen bei Gesundheits- und Pflegeassistenten, Sozialversicherungsanstalten und Hauswirtschaftsberufen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4640.281.01.	10 21 14 R	12	10	10

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006, 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4640 -----					
671.23	Hilfe zur Pflege in stationären Pflegeeinrichtungen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	48.908 49.067	48.587	49.186	48.816
671.25	Hilfe zur Pflege gem. § 61 SGB XII in Kurzzeitpflegeeinrichtungen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	775 757	689	861	861
671.26	Hilfe zur Pflege gem. § 61 SGB XII in Tagespflege- einrichtungen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	1.239 1.243	1.187	1.297	1.297
671.57 (235)	Einzelförderung nach § 12 HmbLandespflegegesetz Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4640.161.01 04.0.4640.181.01.	30.942 32.492	30.198	34.072	34.222
671.58	Förderung der Tages- und Kurzzeitpflege Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	0 0	0	1.619	1.823
681.02 (127)	Ausgaben für die Begabtenförderung in der beruf- lichen Bildung Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4640.231.02	0 0	0	-	-
681.21	Hilfe zur Pflege -ambulante Pflegehilfen- Leistungen nach § 61 Abs. 2 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	140 115	112	117	117
681.22	Hilfe zur Pflege -ambulante Pflegehilfen- Leistungen nach § 65 SGB XII und Pflegegeld Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	58.255 61.789	57.168	63.452	62.722
681.48	Hilfe zur Weiterführung des Haushalts -ambulante Pflegehilfen- nach § 70 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	11.640 9.709	13.306	7.542	7.542

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4640 -----					
684.01	Zuschüsse zur Förderung von Beratung und Betreuung hilfs- und pflegebedürftiger Menschen und deren Angehörigen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	268 196 7 R	195	198	198
684.02	Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote u. Modellvorhaben f. Pflegebedürftige mit erheblichem allgemeinem Betreuungsbedarf Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4640.235.01.	353 440 245 R	251	254	254
684.03 (290)	Zuschüsse zur Förderung pflegerischer Versorgungsstrukturen Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	110 41 451 R	56	57	57
684.04 (290)	Zuschüsse zur Förderung hospizlicher und palliativpflegerischer Versorgungsangebote Übertragbar Zuwendungsanteil 98% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	0 339 56 R	310	313	313
684.05 (290)	Zuschüsse an Altenpflegeschulen zur Sicherung des überbetrieblichen Unterrichts Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	0 180 29 R	232	278	
891.01 (290)	Investitionsförderung Tagespflege und Kurzzeitpflege Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	607 786	1.431		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4640 -----					
891.05 (235)	Zuschuss an p&w- Anstalt öffentlichen Rechts - für Investitionen im Pflege- u. Behindertenbereich Übertragbar (weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	0 0 340 R	0		
891.15 (411)	Zuschüsse für Investitionen zur Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4640.161.01 04.0.4640.181.01.	215 0 755 R	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		153.736	159.258	158.234
4650	Eingliederungshilfen -----				
(234)	EINNAHMEN				
111.18 (212)	Gebühren für die Inanspruchnahme der Schiedsstelle in Pflegesatzangelegenheiten nach § 80 SGB XII Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4650.534.11.	7 0	0	-	-
119.01	Einnahmen anlässlich Veranstaltungen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des/der Senatskoordinators/i n für die Gleichstellung behinderter Menschen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4650.531.06.	0 0	0	-	-
182.04	Rückzahlung von Darlehen der Sozialhilfe für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4650.863.02.	52 8	12	20	20
231.01	Erstattung von Rentenversicherungsbeiträgen durch den Bund Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4650.671.05	13.720 13.830	0	-	-
231.02	Anreizfinanzierung des Bundes zur Einführung eines trägerübergreifenden persönlichen Budgets	4 6	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4650 -----					
236.03	Einnahmen aus der Überleitung individ. Ansprüche behinderter Menschen in Einrichtungen gemäß § 43 a SGB XI auf den Sozialhilfeträger	5.118 4.858	5.000	4.859	4.859
236.04	Einnahmen aus der Überleitung individueller Ansprüche behinderter Menschen in Einrichtungen gemäß § 39 SGB XI auf den Sozialhilfeträger (Weggefallener Ansatz)	4 0	0		
236.05	Erstattung von Wohngeld in der stationären Eingliederungshilfe	6.777 596	0	-	-
236.12	Ersatz für ambulante Leistungen der Sozialhilfe durch die gesetzliche Krankenversicherung im (Interdisziplinäre Frühförderung)	0 135	0	356	356
236.14	Ersatz für stationäre Leistungen der Sozialhilfe durch die gesetzliche Krankenversicherung im Zusammenhang mit Leistungen der Rehabilitation	0 2	0	-	-
236.16	Ersatz f. stationäre Leistungen der Sozialhilfe durch die gesetzliche Unfall- u. Rentenversicherung im Zusammenhang mit Leistungen der Rehabilitation	4.144 4.085	4.000	4.085	4.085
282.01	Kostenbeiträge für Beförderungskosten (Tagesförderstätten)	22 24	20	24	24
282.03	Leistungen Dritter im Rahmen des "trägerübergreifenden persönlichen Budgets" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4650.681.03	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		9.032	9.344	9.344
	AUSGABEN				
412.06 (212)	Aufwandsentschädigungen für den/die Senatskoordinator/in für die Gleichstellung behinderter Menschen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	12 12	12	12	12
526.02	Prüfungen der Qualität und Wirtschaftlichkeit gem. SGB XII (10. Kap.) und Gutachten im Zusammenhang mit der Umsetzung SGB XII (10. Kap.) Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	0 0 27 R	12	12	12
531.06 (212)	Öffentlichkeitsarbeit des/der Senatskoordinators/ Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4650.119.01.	50 40 24 R	29	29	29

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4650 -----					
534.06 (212)	Sachaufwendungen des/der Senatskoordinators/ Senatskoordinatorin für die Gleichstellung behinderter Menschen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	16 11 9 R	20	20	20
534.07 (212)	Aufwendungen für soziale Gruppenarbeit in den sozialtherapeutischen Diensten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	34 30 3 R	27	27	27
534.11 (212)	Kosten der Schiedsstelle in Pflegesatzangelegen- heiten nach § 80 SGB XII einschl. Umlagen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4650.111.18.	8 0 25 R	2	2	2
671.01	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung stationäre / teilstationäre Hilfen für psychisch Kranke / seelisch Behinderte Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	31.359 30.609	30.450	30.599	30.599
671.05	Rentenversicherung für in Werkstätten beschäftigte behinderte Menschen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4650.231.01	13.712 13.802 51 R	0	-	-
671.09	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung; Qualifizierung und Beschäftigung im öffentlich ge- förderten und Integration i. d. allg. Arbeitsmarkt Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	48.957 50.792	45.163	54.302	54.534
671.11	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (ohne psychisch Behinderte), teilstationäre Hilfen (Tagesförderstätten) Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	22.194 23.334 2 R	22.370	25.136	25.136
671.12	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (ohne psychisch Behinderte), vollstationäre Hilfen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	137.822 135.644	119.850	125.702	123.360
671.28	Hilfe zur Pflege für psychisch Kranke und geistig behinderte Menschen - Stationäre Hilfen - Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	0 6	27	6	6
681.01	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung: sonstige ambulante Eingliederungshilfen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	17.311 8.875	4.439	8.797	8.797

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4650 -----					
681.02	Individuelle Beförderungspauschalen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	2.154 2.447	1.953	2.456	2.456
681.03	Leistungen Dritter im Rahmen des "trägerüber- greifenden persönlichen Budgets" Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4650.282.03	0 0	0	-	-
681.04	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung Ambulante Hilfen für psychisch kranke Menschen Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	27.892 33.047	26.939	40.041	40.041
681.05	Blindenhilfe nach § 72 SGB XII Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	374 419	347	445	445
681.07 (290)	Blindengeld Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	13.717 13.293	15.755	12.998	12.998
681.08	Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung Ambulante Eingliederungshilfen für Erwachsene Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.	0 11.764	26.428	23.716	26.772
681.50 (290)	Aufwendungen für die Verleihung des Senator-Neumann-Preises Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	0 0	26	-	-
684.01 (236)	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen für Hilfen an psychisch Kranke Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	2.146 2.122 181 R	2.185	2.214	2.214
684.02 (236)	Zuschüsse für den Spezialbeförderungsdienst für Schwerst- und Schwerstmehrfachbehinderte Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	59- 1	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4650 -----					
684.03 (235)	Zuschüsse für den Behindertensport Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	129 134 26 R	134	154	154
684.04 (235)	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen für sonstige Hilfen für behinderte Menschen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	570 614 105 R	628	634	634
863.02	Darlehen für Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.863.07 04.0.4610.863.05 04.0.4610.863.09 04.0.4620.863.04 04.0.4620.863.05 04.0.4620.863.08 04.0.4650.863.02 04.0.4670.863.06 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4650.182.04.	623 761	130	750	750
891.01 (235)	Zuschuss an Werkstätten für behinderte Menschen zur Förderung von Maßnahmen zur Energie- und Ressourceneinsparung Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	227 294 266 R	0	-	-
891.02	Investitionszuschuss an die Winterhuder Werkstätten GmbH Übertragbar Zuwendungsanteil 97% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	0 0 1.683 R	1.332 611 VE	611 373 VE	373 350 VE
891.03	Zuschuss an fördern & wohnen AöR für Investitionen im Bereich der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	0 0 109 R	0		
893.01	Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung Übertragbar Zuwendungsanteil 97% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-25.	0 0	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		298.258 611 VE	328.663 373 VE	329.371 350 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4670	Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung				
(235)	-----				
	EINNAHMEN				
182.07	Rückzahlung von Darlehen der Sozialhilfe zur Beschaffung von Wohnungen und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums	3 4	20	23	23
	Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4670.863.06.				
	Gesamteinnahmen		20	23	23
	AUSGABEN				
518.81	Seniorenarbeit in den Bezirken Rahmenzuweisung an die Bezirke	(1.813) (1.818) 50R	1.781	1.782	1.782
	Übertragbar Zuwendungsanteil 15%				
	Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4670.518.81 04.0.4670.684.63 .				
681.01 (234)	Hilfen für ältere Menschen gem. § 71 SGB XII	1.034 1.107	970	1.176	1.176
	Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-45.				
	Titelgruppe(n) -----				
Z63	Seniorenarbeit				
534.63	Ausgaben des Landesseniorenbeirats	40 65 1 R	53	53	53
	Übertragbar				
684.63	Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen zum Betrieb von Seniorentreffs und für sonstige soziale Maßnahmen	1.251 1.310 242 R	1.351	1.367	1.367
	Übertragbar Zuwendungsanteil 100%				
	Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4670.518.81 04.0.4670.684.63 .				
	Summen für Z63	1.374 243 R	1.404	1.420	1.420
Z65	Betreuung in besonderen Lebenslagen				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4670 -----					
534.65	Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Einsatz von Privatbetreuerinnen und Privatbetreuern Übertragbar	51 45 1 R	40	40	40
684.65	Zuschüsse an Betreuungsvereine für Querschnittsaufgaben Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	896 921 17 R	919	930	930
	Summen für Z65	966 18 R	959	970	970
863.06	Darlehen zur Schaffung von Wohnungen und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4600.863.07 04.0.4610.863.05 04.0.4610.863.09 04.0.4620.863.04 04.0.4620.863.05 04.0.4620.863.08 04.0.4650.863.02 04.0.4670.863.06 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4670.182.07.	14 10	20	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		5.134	5.348	5.348
4700	Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger -----				
(246)	EINNAHMEN				
182.05 (234)	Rückzahlung von Darlehen für Wohnungsbeschaffungs- kosten nach § 2 AsylbLG Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4700.863.05.	0 0	0	-	-
231.01 (234)	Ersatz für Leistungen nach dem AsylbLG	179 232	163	233	233
281.05 (237)	Ersatz von Beihilfen zur Eingliederung junger Zuwanderer durch den endgültigen Kostenträger (Garantiefonds) (Weggefallener Ansatz) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4700.631.05	0 13	0		
286.01 (235)	Sonstige Erstattung aus dem Ausland für die Auf- nahme von Flüchtlingen aus dem Südlibanon	54 14	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4700 -----					
	Gesamteinnahmen		163	233	233
	AUSGABEN				
531.07 (235)	Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsbeirates Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	64 44 13 R	30	30	30
534.07 (235)	Sachaufwendungen des Integrationsbeirates Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	3 2 5 R	5	5	5
534.08	Sachaufwendungen für Einbürgerungsfeiern Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-50.	0 20 13 R	33	33	33
631.05 (237)	Zuweisung des anteiligen Kostenersatzes für Beihilfen zur Eingliederung junger Zuwanderer an den Bund (Garantiefonds) Übertragbar (Weggefallener Ansatz) Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4700.281.05	0 13	0		
671.02 (234)	Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach § 4 AsylbLG - Stationäre Hilfen - Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	6.478 3.822	6.704	2.903	2.903
671.04 (234)	Leistungen in besonderen Fällen nach § 2 AsylbLG - Anwendung SGB XII - stationäre Hilfen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	1.096 1.306	654	1.401	1.401
671.06 (234)	Hilfe zur Pflege für Behinderte, psychisch Kranke und sonstige Pflegebedürftige nach § 2 AsylbLG - Anwendung § 23 SGB XII - stationär Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	51 44	49	47	47
681.12 (234)	Preisnachlass auf Zeitkarten - Sozialkarte Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	0 0	0	-	-
681.18 (234)	Kosten der Unterkunft einschl. Heizungskosten nach § 3 AsylbLG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	0 0	0	7.873	7.873

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4700 -----					
681.19 (234)	Kosten der Unterkunft einschl. Heizungskosten nach § 2 AsylbLG - Anwendung SGB XII - Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	0 0	0	5.300	5.300
681.20 (234)	Grundleistungen nach § 3 AsylbLG ohne Kosten der Unterkunft Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	30.784 23.268	26.126	9.897	9.897
681.22 (234)	Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt ohne Kosten der Unterkunft nach § 2 AsylbLG - Anwendung SGB XII - Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	7.927 8.430	3.580	3.737	3.737
681.24 (234)	Sonstige Leistungen nach § 6 AsylbLG Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	1.951 1.921	2.055	1.450	1.450
681.29 (234)	Einmalige Hilfe gemäß § 11 AsylbLG für Personen, die sich einer räumlichen Beschränkung zuwider in Hamburg aufhalten Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	8 13	24	13	13
681.30 (234)	Einmalige Hilfe zum Lebensunterhalt nach § 2 AsylbLG - Anwendung SGB XII - Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	266 312	152	333	333
681.33 (234)	Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt nach § 4 AsylbLG - ambulante Hilfen - Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	7.581 5.962	9.481	4.528	4.528
681.36 (234)	Leistungen in besonderen Fällen nach § 2 AsylbLG - Anwendung SGB XII, ambulante Hilfen - Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	1.259 1.787	826	1.916	1.916
681.37 (234)	Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG (Weggefallener Ansatz) Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	25 0	190		
681.39 (234)	Hilfe zur Pflege nach § 2 AsylbLG in Verbindung § 23 SGB XII - ambulante Hilfen - Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	350 484	250	516	516

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4700 -----					
681.42 (234)	Sonstige Leistungen nach § 2 AsylbLG - Anwendung § 23 SGB XII - Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	84 123	19	131	131
681.43 (234)	Leistungen im Rahmen von Rückkehrprogrammen Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	212 112	688	217	217
681.44 (234)	Ergänzende Darlehen für Asylbewerber nach nach § 2 AsylbLG Anwendung § 37 SGB XII Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4700.863.05. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4700-47 .	0 0	0	82	82
684.03 (236)	Zuschüsse für Maßnahmen zur Integration von erwachsenen Zuwanderern Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	2.133 2.443 505 R	2.620 300 VE	3.371 300 VE	3.371 300 VE
684.05 (236)	Zuwendungen an Dritte für die freiwillige Rück- kehr bosnischer Flüchtlinge nach Bosnien und Herzegowina (BiH) (Weggefallener Ansatz) Zuwendungsanteil 100%	0 3-	0		
684.06 (236)	Zuschüsse an Körperschaften, Verbände und Organisationen Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	653 113 69 R	137	137	137
684.07 (236)	Zuschüsse für Beratung und Hilfen für Flüchtlinge und nicht bleibeberechtigte Zuwanderer Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-10.	1.115 988 833 R	1.512	1.047	1.047
863.05 (235)	Darlehen zur Sicherung der Unterkunft, Behebung einer vergleichbaren Notlage und zur Beschaffung von Wohnraum nach § 2 AsylbLG -analog SGB XII- Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4700.681.44. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Mehreinnahmen bei 04.0.4700.182.05.	0 0	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		55.135 300 VE	44.967 300 VE	44.967 300 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4910	Verwaltung und Service				
(314)	-----				
	EINNAHMEN				
111.16	Lehrgangs-, Vorlesungs- und Seminargebühren sonstiger Einrichtungen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4910.525.61.				
119.01	Honorarabgaben der Ärzte u. dgl.	27 39	55	40	40
119.08	Einnahmen aus Schadensersatzforderungen gegenüber Dritten im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des BNI	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4930.893.79.				
119.92 (012)	Schadenersatzleistungen	1 0	4	-	-
119.93 (254)	Ersatzvornahmen	0 0	0	-	-
	Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4910.546.93				
119.98	Vermischte Einnahmen	28 0	9	-	-
124.01	Mieten und Pachten für Gebäude und Grundstücke im Krankenhausbereich	64 64	64	64	64
124.91 (311)	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken	46 10	50	10	10
131.01	Einnahmen aus Mobilisierung von Grundstücken des ehemaligen DRK und Freimaurer-Krankenhauses Rissen	0 0	0	-	-
	2650000.00 EUR der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4930.893.79.				
131.02	Einnahmen aus der Mobilisierung des Grundstückes Fuhlsbüttler Straße 401	0 2.520	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
132.91	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4910 -----					
182.01	Darlehensrückzahlung der Norddeutschen Gesellschaft für Diakonie e.V	5 0	5	5	5
233.01 (018)	Erstattungen des Landkreises Uelzen für Versorgung	247 129	0	-	-
261.02	Entschädigung für abgeordnete oder beurlaubte Ver- waltungsangehörige	690 655	275	600	600
261.03 (312)	Erstattungen der Asklepios Westklinikum GmbH für Vergütungen	961 976	1.075	1.000	1.000
261.04	Erstattungen der Asklepios Westklinikum GmbH für Versorgung	81 82	90	85	85
282.91 (254)	Verschiedene zweckgebundene Einnahmen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4910.546.91	109 29	0	-	-
331.01	Einnahmen aus der Vorfinanzierung des Finan- zierungsanteils des Bundes im Zusammenhang mit dem Erweiterungsbau des BNI Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4930.893.79.	0 0	0	-	-
342.02	Zuschüsse aus dem Sondervermögen Ausgleichsabgabe Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4910.812.03.	0 0	0	-	-
	Gesamteinnahmen		1.627	1.804	1.804
	AUSGABEN				
KRD	Kontenrahmen für Dienstbezüge	31.544 30.523 1.440 R	29.158	29.634	29.760
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - Beihilfen, Unterstützungen u. dgl.	88 171	0	-	-
KRN	Kontenrahmen für Nebenleistungen - personalbezogene Sachausgaben	2 2	0	-	-
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	8.751 8.941	6.915	8.446	8.324
412.01 (012)	Aufwandsentschädigungen und andere Ausgaben für Deputierte, ehrenamtliche Beisitzerinnen und Beisitzer usw.	19 18	23	23	23

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4910 -----					
428.01	Entgelte der an die Asklepios Westklinikum GmbH abgeordneten Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer Übertragbar	993 1.011 322 R	1.100	1.015	1.015
459.95 (012)	Prämien im Rahmen des betrieblichen Vorschlagwesens Übertragbar	0 0	0	-	-
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	51 55	55	47	47
526.01 (332)	Gutachten und Untersuchungen Übertragbar	170 106 383 R	178 178 VE	178 178 VE	178 178 VE
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT) Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 15000.00 EUR der Einnahmen bei 04.0.4930.111.01	199 154	334	243	243
546.91 (254)	Verwendung zweckgebundener Einnahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4910.282.91	31 72 225 R	0	-	-
546.93 (254)	Ersatzvornahmen Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4910.119.93	0 0	0	-	-
547.03	Sachaufwendungen zur Förderung der Gesundheitswirtschaft Übertragbar Zuwendungsanteil 40% Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.893.79. Die einseitige Deckungsfähigkeit gilt bis zu einer Höhe von 1.000 Tsd. Euro (2009) bzw. 1.500 Tsd. Euro (2010).	0 0	0	1.380	1.880
671.53 (012)	Erstattung für die Inanspruchnahme zentraler IT- Administration von Dataport Übertragbar	0 0	0	304	304
671.55 (012)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs Übertragbar	156 154 44 R	177	169	169

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4910 -----					
671.56 (012)	Erstattung der Kosten für die Inanspruchnahme der Dienstleistungen von Dataport Übertragbar	501 501	501	714	714
681.92 (012)	Schadenersatzleistungen (ohne Kraftfahrzeughaftpflichtschäden) Übertragbar	100 14 28 R	20 20 VE	18 20 VE	10 20 VE
682.05	Zuschüsse an den Landesbetrieb Krankenhäuser Ham- burg -Anstalt öffentlichen Rechts- für das Schwer- behindertenprogramm Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	199 183 13 R	0	-	-
685.91 (012)	Mitgliedsbeiträge Übertragbar	3 2 4 R	4	4	4
	Titelgruppe(n) -----				
Z61 -----	Sach- und Fachausgaben der allgemeinen Verwaltung -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	354 414 130 R	378	256	256
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	80 80 66 R	122	9	9
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	525 643 69 R	460	360	420
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	2.073 2.085 12 R	2.062	1.894	1.894
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	101 62 457 R	79	60	60

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4910 -----					
525.61	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4910.111.16.	34 33 113 R	45	53	53
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	64 53 32 R	42	39	39
527.61	Dienstreisen Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	53 58 85 R	60	15	15
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	480 255 179 R	427 51 VE	55 51 VE	55 51 VE
681.61	Freibettenregelung nach der Kellinghusenstiftung Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0 5 R	0	-	-
	Summen für Z61	3.683 1.149 R	3.675 51 VE	2.741 51 VE	2.801 51 VE
701.25	Kleinere Baumaßnahmen im Bereich des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz Übertragbar	140 151 127 R	15	150	
812.03	Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4910.342.02.	0 0 29 R	8	8	8
812.54 (012)	Ausbau der Infrastruktur zur Modernisierung der Verwaltung Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4910.812.56.	24 25 5 R	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4910 -----					
812.56 (012)	Investitionsausgaben für den Einsatz von Informationstechnik in der BSG Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4910.812.54. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	323 361 5 R	0	-	-
4920	Verbraucherschutz		42.163 249 VE	45.074 249 VE	45.480 249 VE
(314)	----- EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren	673 454	470	332	332
111.02	Schlachttier- und Fleischuntersuchungen durch das Veterinäramt Fleischzentrum u.a. im Bereich des Bezirksamtes Eimsbüttel (Weggefallener Ansatz)	2 0	20		
111.03	Gebühren für die Untersuchungen von frischem und zubereitetem Fleisch, Geflügelfleisch, Fisch sowie anderen Erzeugnissen aus Drittländern Die Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4920.511.63 04.0.4920.514.63 04.0.4920.517.63 04.0.4920.518.63 04.0.4920.519.63 04.0.4920.527.63 04.0.4920.534.63 04.0.4920.535.56 04.0.4920.681.63 04.0.4920.683.63.	4.213 5.479	3.360	3.360	3.360
111.04	Gebühren für die Inspektion von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz 75.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4000.461.01 04.0.4920.534.07.	141 362	0	-	-
111.06	Gebühreneinnahmen für GLP-Überprüfungen (Grund- sätze der Guten Laborpraxis) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4920.632.04	1 24	0	-	-
111.15	Abholung und Beseitigung von Lebensmitteln tierischer Herkunft, von Tierkörpern und Tierkörperteilen (Weggefallener Ansatz)	3 1	0		
111.64 (254)	Gebühren, Geldbußen u.a. im Amt für Arbeitsschutz (ohne Strahlenschutz) 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4920.541.64.	1.137 1.093	641	547	547

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
112.41	Bußgelder (Weggefallener Ansatz)	0 1	5	-	-
112.63	Buß- und Verwarngelder im Bereich Veterinäramt Grenzdienst Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4920.511.63 04.0.4920.514.63 04.0.4920.517.63 04.0.4920.518.63 04.0.4920.519.63 04.0.4920.527.63 04.0.4920.534.63 04.0.4920.535.56 04.0.4920.681.63 04.0.4920.683.63.	0 0	0	-	-
112.64	Bußgelder im Bereich "Nichteinhaltung der Sozial- vorschriften für Tätigkeiten im Straßenverkehr" 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4920.541.64.	0 0	0	356	356
119.01 (549)	Verwaltungskostenerstattung der Tierseuchenkasse	0 0	0	6	6
119.63 (511)	Vermischte Einnahmen im Bereich Veterinäramt Grenzdienst Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4920.511.63 04.0.4920.514.63 04.0.4920.517.63 04.0.4920.518.63 04.0.4920.519.63 04.0.4920.527.63 04.0.4920.534.63 04.0.4920.535.56 04.0.4920.681.63 04.0.4920.683.63.	0 0	0	-	-
119.64	Einnahmen aus Veranstaltungen, Broschüren u.ä. 50.00 % der Mehreinnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4920.541.64.	0 0	0	-	-
124.63	Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und Nutzung von Grundstücken im Bereich Veterinäramt Grenzdienst Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4920.511.63 04.0.4920.514.63 04.0.4920.517.63 04.0.4920.518.63 04.0.4920.519.63 04.0.4920.527.63 04.0.4920.534.63 04.0.4920.535.56 04.0.4920.681.63 04.0.4920.683.63.	0 29	0	-	-
231.01	Erstattung von Amtshilfekosten des Bundesamtes für Ernährung und Forstwirtschaft (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
231.74	Einnahmen für Vorhaben aus dem Nationalen Aktionsplan "Umwelt und Gesundheit" (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
271.01 (549)	Erstattungen der Europäischen Gemeinschaft für die Tierseuchenbekämpfung 50.00 % der Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4920.919.01.	0 0	0	-	-
271.02	Erstattung der EU für Kosten im Rahmen der Durch- führung der BSE-Überwachungsprogramme in den Mitgliedstaaten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4920.671.01	17 1	0	-	-
282.01 (549)	Erstattungen der Tierseuchenkasse Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4920.535.61.	16 21	0	-	-
282.71 (254)	Zuschüsse Dritter zur Projektförderung im Bereich Arbeitnehmerschutz Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4000.461.01 04.0.4920.429.71 04.0.4920.534.71	0 80	0	-	-
282.78	Zuschüsse Dritter zur Förderung der Krebs- registrierung in Hamburg Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4000.461.01 04.0.4920.534.78	16 41	0	-	-
	Gesamteinnahmen		4.496	4.601	4.601
	AUSGABEN				
427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-60.	(7) (7)	7	7	7
534.01	Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz Übertragbar	77 80	120	100	100
534.02	Kosten für Untersuchungen im Bereich der Ernährungswirtschaft Übertragbar	44 70 88 R	130	137	145
534.03	Ausgaben im Rahmen der Umsetzung des Hundegesetzes Übertragbar	17 25 83 R	18	18	18

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
534.07	Inspektionen von Betrieben nach dem Arzneimittelgesetz Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 75.00 % der Einnahmen bei 04.0.4920.111.04.	0 0	0	-	-
534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinär- wesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-60.	(30) (24)	29	29	29
534.86	Unterbringung von Nutztieren gem. Tiertransport- recht; Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-60.	(0) (0)	0	20	20
534.87	Kosten für das Einsammeln und den Transport von infizierten Tieren nach Ausbruch einer Tierseuche; Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-60.	(0) (0)	0	100VE	100VE
535.56	Laufender Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT) Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4920.422.63 04.0.4920.428.63 04.0.4920.432.63 04.0.4920.438.63 04.0.4920.441.63 04.0.4920.511.63 04.0.4920.514.63 04.0.4920.517.63 04.0.4920.518.63 04.0.4920.519.63 04.0.4920.527.63 04.0.4920.534.63 04.0.4920.681.63 04.0.4920.683.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	43 79 24 R	0	-	-
632.01	Erstattungen an das Giftinformationszentrum-Nord in Niedersachsen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4920.632.01 04.0.4920.632.02 04.0.4930.632.03 .	112 98 1 R	99	99	99
632.02	Erstattungen an das Arzneimitteluntersuchungs- institut-Nord in Bremen Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4920.632.01 04.0.4920.632.02 04.0.4930.632.03 .	123 151 98 R	152	152	152

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
632.04	Erstattungen für Leistungen der Länder im Zusammenhang mit GLP-Überprüfungen (Grundsätze der Guten Laborpraxis) Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4920.111.06	0 12 69 R	0	-	-
671.01	Erstattung von Kosten für die Durchführung der BSE Überwachungsprogramme in den Mitgliedsstaaten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4920.271.02	17 0 1 R	0	-	-
684.01	Kostenerstattung an den HTV u.a. Einrichtungen für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwahr- sowie Beobachtungstieren Übertragbar	335 739 307 R	3.008	1.660	1.660
684.04	Humanitäre Hilfe zugunsten der durch Blutprodukte HIV-infizierten Menschen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4920.511.61 04.0.4920.514.61 04.0.4920.517.61 04.0.4920.518.61 04.0.4920.526.61 04.0.4920.527.61 04.0.4920.534.61 04.0.4920.535.61 04.0.4920.683.61 04.0.4920.685.61 04.0.4920.686.61.	69 69	0	-	-
685.01	Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4920.511.61 04.0.4920.514.61 04.0.4920.517.61 04.0.4920.518.61 04.0.4920.526.61 04.0.4920.527.61 04.0.4920.534.61 04.0.4920.535.61 04.0.4920.683.61 04.0.4920.685.61 04.0.4920.686.61.	0 0	0	11	11
685.08 (539)	Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	743 743 2 R	743	850	850
	Titelgruppe(n) -----				
Z61	Sach- und Fachausgaben des gesundheitlichen Verbraucherschutzes und Veterinärwesen -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	57 28 27 R	37	48	48

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	26 19 14 R	8	21	21
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	21 5 25 R	3	-	-
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	16 0 46 R	12	12	12
519.61	Unterhaltung der Grundstücke (Weggefallener Ansatz)	9 0 32 R	0		
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0 14 R	3	3	3
527.61	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	10 11 12 R	13	26	26
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	116 50 90 R	8 26 VE	202	202

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
535.61	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ausführungs- gesetz zum Tierseuchengesetz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4920.282.01.	0 50 10 R	60	60 26 VE	60 26 VE
683.61	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	41 13 219 R	80	40	40
685.61	Zuweisung zu den Kursen für das amtstierärztliche Examen sowie die Ausbildung des in der Fleischhy- gieneüberwachung tätigen nichtärztlichen Personals Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0 10 R	2	2	2
686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.684.04 04.0.4920.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61. Summen für Z61	33 33 23 R 211 521 R	38	38	38
Z62	Sach- und Fachausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO -----				
511.62	Geschäftsbedarf und Ausstattungsgegenstände im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
526.62	Gutachtenkosten (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
531.62	Unterrichtung der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
533.62	Tierhaltungskosten im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
683.62	Betriebskostenzuschuss für die Tierbetreuung im Zusammenhang mit der Durchführung der HundeVO (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
686.62	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V i.Zshg. mit der Durchführung der HundeVO (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
	Summen für Z62	0	0	0	0
Z63	Ausgaben Veterinäramt Grenzdienst -----				
422.63	Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63.	357 333	461	465	465
428.63	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63.	2.180 2.298 500 R	2.539	3.196	3.194
432.63	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63.	107 100	138	140	140
438.63	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63.	196 206	229	288	288

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
441.63 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63.	14 13	18	19	19
511.63	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	22 34 9 R	17	17	17
514.63	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl. Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	36 43 5 R	34	34	34
517.63	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	74 94	66	66	66
518.63	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	248 520 1.671 R	250	250	250
519.63	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	7 92	17	17	17

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
527.63	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	5 6	5	5	5
534.63	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	45 94 10 R	42	42	42
681.63	Schadenersatzleistungen im Bereich Veterinäramt Grenzdienst Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	0 0	0	-	-
683.63	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.535.56 04.0.4920.812.63. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.03. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.112.63 04.0.4920.119.63 04.0.4920.124.63.	7 9 3 R	9	9	9
	Summen für Z63	3.843 2.199 R	3.825	4.548	4.546
Z64	Amt für Arbeitsschutz -----				
422.64 (254)	Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
427.64 (254)	Beschäftigungsentgelte, Aufwendungen für nebenamtlich und nebenberuflich Tätige (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
428.64 (254)	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
432.64 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Beamtinnen und Beamten (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
438.64 (018)	Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Weggefallener Ansatz)	0 0	0	-	-
441.64 (940)	Kostenanteil an den Beihilfen (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
511.64 (254)	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
517.64 (254)	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.812.64.	1 1 12 R	1	1	1
518.64 (254)	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.812.64.	3 3 97 R	3	3	3
519.64 (254)	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.812.64.	5 0 92 R	10	10	10
541.64 (254)	Sonstige Sach- und Fachausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.812.64. Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Mehreinnahmen bei 04.0.4920.111.64 04.0.4920.112.64 04.0.4920.119.64.	580 509 130 R	759	623	623

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
542.64 (254)	Sachausgaben für die Messstelle für Strahlenschutz (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
671.64 (254)	Erstattungen an die Hamburg Port Authority für die Gestellung einer Barkasse Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4920.812.64.	0 100	100	100	100
	Summen für Z64	613 331 R	873	737	737
Z71 -----	Projektförderung im Bereich Arbeitnehmerschutz				
429.71 (254)	Honorarmittel Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.282.71	0 0	0	-	-
534.71 (254)	Sachkosten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.282.71	0 5 75 R	0	-	-
	Summen für Z71	5 75 R	0	0	0
Z72 -----	Umweltmedizinische Beratungen und epidemiologische Untersuchungen				
427.72	Honorarmittel Übertragbar	0 0	0	-	-
511.72	Geschäftsbedarf Übertragbar	0 0 3 R	1	1	1
531.72	Öffentlichkeitsarbeit Übertragbar	5 7 26 R	8	8	8

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
534.72	Anlassbezogene umweltmedizinische Untersuchungen (Fremdvergabe)	0 1 2 R	11 115 VE	11 115 VE	11 115 VE
	Übertragbar				
535.72	Sonstige sächliche Ausgaben	0 0 2 R	0	-	-
	Übertragbar				
683.72	Umweltepidemiologische Untersuchungen und Risiko- abschätzungen	40 42 12 R	30 38 VE	30 38 VE	30 38 VE
	Übertragbar				
	Summen für Z72	50 45 R	50 153 VE	50 153 VE	50 153 VE
Z74	Durchführung der Vorhaben des Nationalen Aktionsplans "Umwelt und Gesundheit"				

429.74	Personalausgaben	0 0	0		
	(Weggefallener Ansatz)				
534.74	Sachausgaben	0 0	0	-	-
	(Weggefallener Ansatz)				
	Summen für Z74	0	0	0	0
Z78	Förderung der Krebsregistrierung in Hamburg				

534.78	Sachausgaben	31 19 71 R	0	-	-
	Übertragbar				
	Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4920.282.78				
	Summen für Z78	19 71 R	0	0	0
811.01	Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen	0 0	0	-	-
	Übertragbar				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4920 -----					
812.01	Beschaffung wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte u. dgl. im Inland Übertragbar	0 0	0	-	-
812.02 (254)	Ersatz von zwei Personendosimetriesystemen zur Modernisierung der Personendosimessverfahren in der Messstelle für Strahlenschutz Übertragbar (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
812.05	Ausgaben im Zshg. mit der Förderung von Projekten im Bereich Produktinnovation Übertragbar	38 14 48 R	0	-	-
812.63	Errichtungs- und Ausstattungskosten für Kontrollzentren im Rahmen der Dezentralisierung des Grenzdienstes Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4920.422.63 04.0.4920.428.63 04.0.4920.432.63 04.0.4920.438.63 04.0.4920.441.63 04.0.4920.511.63 04.0.4920.514.63 04.0.4920.517.63 04.0.4920.518.63 04.0.4920.519.63 04.0.4920.527.63 04.0.4920.534.63 04.0.4920.681.63 04.0.4920.683.63.	6 153 406 R	0	-	-
812.64 (254)	Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungs- gegenständen im Bereich Arbeitnehmerschutz Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4920.517.64 04.0.4920.518.64 04.0.4920.519.64 04.0.4920.541.64 04.0.4920.671.64.	162 0 156 R	52	77	36
919.01 (549)	Abführungen an die Tierseuchenkasse Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 50.00 % der Einnahmen bei 04.0.4920.271.01. Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen	0 0	0	-	-
4930	Gesundheit ----- (314)		9.370 179 VE	8.947 279 VE	8.912 279 VE
	EINNAHMEN				
111.01	Verwaltungsgebühren 15000.00 EUR der Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4910.535.56.	0 0	0	154	154

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
111.02	Überprüfungs- und Erlaubnisgebühren	196 249	210	240	240
111.11	Untersuchungsgebühren	4 4	7	5	5
111.15	Gebühren der Schutzimpfungen für Auslandsreisen	2 5	10	5	5
112.01 (211)	Bußgelder aufgrund § 121 SGB XI (Pflege- versicherung)	40 36	18	20	20
119.04	Einnahmen aus der Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4930.429.76 04.0.4930.534.76 04.0.4930.812.76	21 27	0	-	-
119.05	Einnahmen im Zusammenhang m.d. Durchführung von Workshops und Fachkonf. sowie aus externen Tätigk. und Veröffentl. i.d. Bereichen der Abt. Gesundheit Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4930.534.15.	0 0	0	-	-
119.06	Einnahmen im Zusammenhang mit der Durchführung von freiwilligen Schutzimpfungen	0 0	0	-	-
119.07	Einnahmen für die Durchführung von Veranstal- tungen, Kursen u.a. für das ZfAM Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4930.534.10	1 1	0	-	-
119.21	Seminargebühren der AIDS-Beratungsstelle Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4930.525.02	0 0	0	-	-
119.62	Einnahmen aus externen Tätigkeiten und Veröffentlichungen Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4930.534.62.	0 0	0	-	-
119.94	Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse (Weggefallener Ansatz)	21 0	0		
124.62	Einnahmen aus Vermietung, Verpachtung und Nutzung von Grundstücken (Weggefallener Ansatz)	19 0	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
231.62	Zuweisung des Bundes zur modellhaften Förderung von Suchtprojekten Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4930.684.62.	0 0	0	-	-
232.02	Einnahmen aus Zahlungen anderer Bundesländer im Rahmen d. Finanzierungsbeteiligung für ein Behandlungszentrum am BNI (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
232.62	Zuweisung des Bundes zur nationalen Erprobung der ärztlichen Heroinabgabe Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4930.685.62	359 230	0	-	-
232.75	Zuweisungen der Länder Bremen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen für die Schifffahrtsmedizin	153 153	153	181	181
233.02	Zuweisungen der BBS im Zusammenhang mit dem Projekt "Neue Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes" (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
236.01	Einnahmen aus Erstattungen durch Sozialhilfeträger Ersatz durch Kostenbeitrag und Unterhaltungspflichtige für Leistungen d. Eingliederunsh. f. Suchtkr. Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4930.671.62.	0 255	0	-	-
236.02	Erstattungen der Sozialversicherungsträger gem. § 274 (2) SGB V	47 58	164	46	46
236.03 (211)	Erstattung der Kosten für die Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger	0 0	0	-	-
282.02	Einnahmen nach der Ausbildungszuschlagsverordnung Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4930.685.02	0 0	0	-	-
282.75	Zuweisungen Dritter zur Forschungsförderung der Abteilung "Schifffahrtsmedizin" Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4930.429.75 04.0.4930.537.75 04.0.4930.812.75	0 0	0	-	-
282.77	Zuweisungen Dritter zur Forschungsförderung des ZFAM Die Einnahmen dienen zur Deckung der Ausgaben bei 04.0.4000.461.01 04.0.4930.429.77 04.0.4930.534.77	97 47	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
332.01	Einnahmen aus Zahlungen anderer Bundesländer für die Errichtung eines überregionalen Behand- lungszentrums für Infektionskrankheiten (BZHI) Die Einnahmen dienen zur Deckung der Mehrausgaben bei 04.0.4930.893.79. Gesamteinnahmen AUSGABEN	0 0	0	1.293	
514.01	Beschaffung von Impfstoffen Übertragbar	0 0	0	-	-
514.02	Beschaffung von antiviralen Medikamenten Übertragbar	1.077 831	0	-	-
525.02	Durchführung von Seminaren u.ä bei der AIDS-Beratungsstelle Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4930.119.21	0 0 1 R	0	-	-
534.02 (211)	Durchführung der Wahlen zu den Selbstverwaltungs- organen der landesunmittelbaren Sozialversiche- rungsträger	0 0	0	-	-
534.10	Sachausgaben für die Durchführung von Veran- staltungen, Kursen u.a. für das ZfAM Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4930.119.07	1 2 1 R	0	-	-
534.15	Ausgaben für die Durchführung von Workshops und Fachkonferenzen sowie die Sicherung u. Fortentw. der Standards in den Bereichen der Abt. Gesundheit Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4930.119.05.	2 13 37 R	8	8	8
534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 28% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-60.	(330) (346)	339	339	339
534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-60.	(15) (12)	10	10	10
535.81	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Suchtberatungsstellen Rahmenzuweisung an die Bezirke (Weggefallener Ansatz)	(52) (0)	0		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
547.01	Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Projekt Neue Aufgaben des Schulärztlichen Dienstes Übertragbar	1 1 5 R	5	5	5
547.02	Sachaufwendungen im Zusammenhang mit dem Schutz vor ungewöhnlichen Seuchen- und Gefahrenlagen Übertragbar	0 0	0	50	78
632.03	Erstattungen an das Norddeutsche Zentrum zur Weiterentwicklung der Pflege Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4920.632.01 04.0.4920.632.02 04.0.4930.632.03 .	20 20 4 R	20	20	20
636.01 (223)	Zuweisungen zu den Mitgliedsbeiträgen zur Unfallversicherung der Kleinbetriebe der See- und Küstenfischerei	10 9	14	14	14
663.01	Zins- und Tilgungszuschüsse bei nichtstaatlichen Krankenhäusern Übertragbar	832 813 107 R	832	570	290
671.01 (211)	Verwaltungskostenerstattung Hamburgs nach § 19 (2) des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit	1 0	5	5	5
681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweck- zuweisung an die Bezirke Übertragbar Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-60.	(2) (2)	15	15	15
682.02	Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug und für die forensisch bedingte Nachsorge Übertragbar	17.931 20.411 97 R	20.163 482 VE	21.700 482 VE	23.000 482 VE
684.05	Zuschüsse zur Schwangerschaftskonfliktberatung Übertragbar	0 1.659 257 R	1.916	1.916	1.916
684.86	Förderung von Familienhebammen-Projekten; Zweckzuweisung an die Bezirke Übertragbar Zuwendungsanteil 75% Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-60.	(71) (405) 1R	447	597	608
685.01	Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4930.511.61 04.0.4930.514.61 04.0.4930.517.61 04.0.4930.518.61 04.0.4930.519.61 04.0.4930.526.61 04.0.4930.527.61 04.0.4930.531.61 04.0.4930.534.61.	266 268 35 R	271	260	260

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
685.02	Ausgaben nach der Ausbildungszuschlagsverordnung Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4930.282.02 Titelgruppe(n) -----	0 0	0	-	-
Z61	Sach- und Fachausgaben im Bereich Gesundheitsvorsorge und -sicherung -----				
511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände und sonstige Gebrauchsgegenstände Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0 2 R	0	120	120
514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0	0	117	117
517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0	0	139	139
518.61	Mieten und Pachten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0	0	211	211
519.61	Unterhaltung der Grundstücke Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0	0	21	21

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0	0	3	3
527.61	Dienstreisen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0	0	32	32
531.61	Veröffentlichungen Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	22 22 35 R	23	23	23
534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.685.01. Deckungsfähig im Einzelplandeckungskreis EDK-040-61.	0 0 58 R	0	148	148
	Summen für Z61	22 96 R	23	814	814
Z62	Drogen und Sucht -----				
534.62	Sonstige sächliche Ausgaben Übertragbar Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.119.62.	84 88 330 R	108	108	108
671.62 (234)	Eingliederungshilfe für Behinderte- Hilfe für Suchtkranke und -gefährdete Übertragbar Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.893.62. Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4930.236.01	9.401 9.558 653 R	9.155	9.270	9.270

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
684.62	Zuschüsse an Vereine und dgl. Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zugunsten 04.0.4930.702.62 04.0.4930.893.62. Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4930.231.62.	16.351 16.419 3.685 R	17.176	17.009	17.209
685.62	Nationale Erprobung der ärztlichen Heroingabe Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4930.232.62 Summen für Z62	1.428 1.725 216 R 27.789 4.884 R	0 26.439	1.329 27.716	1.329 27.916
Z71	Gesundheitsförderung und Programm zur Bekämpfung von AIDS -----				
427.71	Honorarmittel Übertragbar	38 38 15 R	42	42	42
511.71	Geschäftsbedarf Übertragbar	6 2 7 R	4	4	4
514.71	Ärztlicher und wissenschaftlicher Bedarf Übertragbar	13 19 14 R	28	28	28
525.71	Aus- und Fortbildung Übertragbar	2 1 14 R	3	3	3
526.71	Sachverständigen- und ähnliche Kosten Übertragbar	1 0 6 R	3	3	3
534.71	Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar	155 164 44 R	188	283	298
535.71	Betriebskostenerstattung für Teile der Beratungs- stelle Gesundheit (weggefallener Ansatz)	43 43 2 R	43		

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
684.71	Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Summen für Z71	3.448 1.987 190 R 2.255 292 R	1.957 2.268	2.613 2.976	2.413 2.791
Z75	Schifffahrtsmedizin -----				
429.75	Personalausgaben der Abteilung Schifffahrtsmedizin Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.282.75	0 0	0	-	-
537.75	Sonstige Ausgaben der Abteilung Schifffahrtsmedizin Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.282.75 Summen für Z75	0 0 0	0 0	- 0	- 0
Z76	Durchführung von Medizinischen Kursen für Schifffahrtsoffiziere -----				
429.76	Personalkosten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.119.04	12 14 25 R	0	-	-
534.76	Sachkosten Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.119.04 Summen für Z76	13 9 120 R 24 145 R	0 0	- 0	- 0
Z77	Forschungsförderung Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und Maritime Medizin -----				

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
429.77	Honorarmittel Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.282.77	0 0	0	-	-
534.77	Sachausgaben Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.282.77 Summen für Z77	32 35 61 R 35 61 R	0 0	- 0	- 0
702.62	Baumaßnahmen für Suchthilfeeinrichtungen in den Bezirken Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4930.684.62.	3 0 22 R	0	-	-
811.02	Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für das HPHC Übertragbar	0 0	0	-	70
812.01	Beschaffung größerer ärztlicher und wissenschaftlicher Geräte Übertragbar	19 40 115 R	49	35	35
812.04	Beschaffung größerer wissenschaftlicher Apparaturen, Geräte und dgl. für das ZfAM Übertragbar	122 17 105 R	67	81	310
812.06	Größere Beschaffungen im Zusammenhang mit dem Schutz vor besonderen Seuchenlagen Übertragbar	0 0	0	50	50
812.62	Errichtung von Räumlichkeiten in Containerbauweise für den Bereich Drogen und Sucht (Weggefallener Ansatz)	0 0	0		
812.75	Beschaffung größerer Geräte für die Abteilung Schiffsfahrtsmedizin aus Zuweisungen Dritter Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.282.75	0 0	0	-	-

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----					
812.76	Beschaffung größerer Geräte für die Durchführung von medizinischen Kursen für Schiffsoffiziere Übertragbar Ausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der anteiligen Einnahmen bei 04.0.4930.119.04	0 0	0	-	-
812.86	Beschaffung größerer Geräte, Zweckzuweisungen an die Bezirke Übertragbar	(0) (0)	0	-	-
821.01	Grunderwerb zur Errichtung eines Gesundheits- und Beratungszentrums für Drogenabhängige (Weggefallener Ansatz)	850 2.650	0		
893.02	Einrichtung eines überregionalen Behandlungs- zentrums für hochkontagiöse Infektionserkrankungen am UKE Übertragbar	0 0 680 R	1.000	2.200	
893.04	Zuschüsse zur Beschaffung von Geräten zur Frühdefibrillation an Hilfsorganisationen Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	0 100	0	-	-
893.05	Ausbau der Einrichtung des Maßregelvollzuges gem. §§ 63, 64 StGB am Klinikum Nord - Betriebsteil Ochsenszoll Übertragbar Zuwendungsanteil 100%	4.121 1.319 3.284 R	7.000		
893.62	Zuschüsse für Investitionen im Bereich Drogen und Sucht Übertragbar Zuwendungsanteil 100% Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4930.671.62 04.0.4930.684.62. Mittel für einzelne Maßnahmen/Maßnahmegruppen werden auf vorhandene oder einzurichtende Titel der sachlich zuständigen Kapitel übertragen	285 36 10 R	0	-	-
893.63 (312)	Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbe- schaffung kurzfristiger Anlagegüter für Kranken- häuser Übertragbar Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4930-01 .	30.881 30.490 10 R	30.500	31.000	31.000
893.79 (312)	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser Übertragbar Einseitig deckungsfähig zulasten 04.0.4910.547.03. Deckungsfähig im Kapiteldeckungskreis KDK-040-4930-01 . Mehrausgaben dürfen geleistet werden i.H.v. 2650000.00 EUR der Einnahmen bei 04.0.4910.131.01 Mehrausgaben dürfen geleistet werden in Höhe der Einnahmen bei 04.0.4910.119.08 04.0.4910.331.01 04.0.4930.332.01.	62.654 44.850 14.000 R	69.754 150.000 VE	79.839 180.000 VE	77.810 180.000 VE

Kap Titel Nr	Zweckbestimmung	Ergebnis 2006 , 2007 Tsd EUR	Ansatz 2008 Tsd EUR	Ansatz 2009 Tsd EUR	Ansatz 2010 Tsd EUR
1	2	3	4	5	6
4930 -----	Die einseitige Deckungsfähigkeit gilt bis zu einer Höhe von 1.000 Tsd. Euro (2009) bzw. 1.500 Tsd. Euro (2010).				
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		161.145 150.482 VE	170.220 180.482 VE	167.364 180.482 VE
4940	Institut für Hygiene und Umwelt				
(314)	-----				
	AUSGABEN				
KRV	Kontenrahmen für Versorgung	595 668	753	751	761
514.60	Untersuchungs- und Versandmaterialien im Zusammenhang mit Laboruntersuchungen von Asylbewerbern im Rahmen des Asylverfahrensgesetzes Übertragbar	16 0	0	-	-
525.92	Erstattung an das Zentrum für Aus- und Fortbildung	6 7	7	7	7
632.91 (018)	Zuweisungen für Versorgungszuschläge an Wirtschaftspläne Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4940.632.91 04.0.4940.671.01 .	1.510 1.502 9 R	1.502	1.519	1.519
671.01	Erstattungen an das HU für Lebensmitteluntersuchungen etc., Medizinaluntersuchungen, Schädlingsbekämpfung sowie Impfleistungen etc. Übertragbar Gegenseitig deckungsfähig sind 04.0.4940.632.91 04.0.4940.671.01 .	10.497 10.383 43 R	10.383	10.772	10.773
682.56	Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT) Übertragbar	226 226	226	286	286
891.01	Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt Übertragbar	253 395	395	574	574
891.56	IT-Investitionskostenzuschuss für das Institiut für Hygiene und Umwelt Übertragbar	125 426	0	-	-
	Gesamtausgaben Summe Verpflichtungsermächtigungen		13.266	13.909	13.920

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

04.0 Beh f Soz, Fam, Gesundh u Verbrauchersch

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
4000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	10.578	---	3.316
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA) -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	512	---	43
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.372	---	804
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.214	---	878
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit -Behörde für Soziales und Familie-	10	---	---
4500	Kindertagesbetreuung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.956	---	619
4600	Soziales und Integration -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	14.904	---	3.697
4600	Soziales und Integration -Behörde für Soziales und Familie-	558	---	---
4910	Verwaltung und Service -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	29.634	---	8.664
	Summe Gesamtansatz 2009	70.738	---	18.021
	Summe Vergleichszahl 2008	68.928	---	17.527
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	71.807	---	19.413
	Summe Rest 2007	3.021R	---	1.976R

04.0 Beh f Soz, Fam, Gesundh u Verbrauchersch

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
4000	55	5.577	995	502	133
4010	---	416	13	38	2
4200	---	2.103	242	190	33
4440	14	6.442	264	580	36
4440	10	---	---	---	---
4500	---	1.950	186	176	25
4600	---	9.127	1.110	822	148
4600	558	---	---	---	---
4910	159	16.386	2.601	1.476	348
	796	42.001	5.411	3.784	725
	796	40.929	5.288	3.687	701
	262	41.817	5.816	3.727	771
	5R	777R	138R	106R	19R

Kontenrahmen für Dienstbezüge -in Tsd. EUR- (KRD)

04.0 Beh f Soz, Fam, Gesundh u Verbrauchersch

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	421.91 Amtsbezüge der Mitglieder des Senats	422.91 Bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
4000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	11.143	---	3.350
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA) -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	519	---	42
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.391	---	820
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.099	---	870
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit -Behörde für Soziales und Familie-	10	---	---
4500	Kindertagesbetreuung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	3.174	---	619
4600	Soziales und Integration -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	14.677	---	3.691
4600	Soziales und Integration -Behörde für Soziales und Familie-	558	---	---
4910	Verwaltung und Service -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	29.760	---	8.650
	Summe Gesamtansatz 2010	71.331	---	18.042
	Summe Vergleichszahl 2009	70.738	---	18.021
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	71.807	---	19.413
	Summe Rest 2007	3.021R	---	1.976R

04.0 Beh f Soz, Fam, Gesundh u Verbrauchersch

Titel	427.91	428.91	432.91	438.91	441.91
Kap. Nr.	Beschäfti- gungsentgelte Aufwendun- gen für neben- amtlich u. nebenberuf- lich Tätige	Entgelte der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter	Kostenanteil an den Versor- gungsbezügen der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Kostenanteil an den Beihilfen
6	7	8	9	10	11
4000	55	6.054	1.005	545	134
4010	---	423	13	39	2
4200	---	2.102	246	190	33
4440	14	6.347	261	572	35
4440	10	---	---	---	---
4500	---	2.150	186	194	25
4600	---	8.926	1.108	804	148
4600	558	---	---	---	---
4910	159	16.518	2.597	1.488	348
	796	42.520	5.416	3.832	725
	796	42.001	5.411	3.784	725
	262	41.817	5.816	3.727	771
	5R	777R	138R	106R	19R

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
4000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.122	---	945
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA) -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	67	---	69
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	408	---	323
4220	Soziale Entschädigungsleistungen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.125	---	1.381
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	6.073	---	3.407
4500	Kindertagesbetreuung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	809	---	278
4600	Soziales und Integration -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.347	---	3.159
4910	Verwaltung und Service -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.446	---	4.001
4940	Institut für Hygiene und Umwelt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	751	---	709
	Summe Gesamtansatz 2009	25.148	---	14.272
	Summe Vergleichszahl 2008	20.666	---	11.978
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	27.648	---	14.771
	Summe Rest 2007	---	---	---

04.0 Beh f Soz, Fam, Gesundh u Verbrauchersch

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
4000	946	231
4010	12-	10
4200	17	68
4220	491	253
4440	2.229	437
4500	475	56
4600	679	509
4910	3.642	803
4940	100-	142
	8.367	2.509
	6.640	2.048
	10.240	2.636
	---	---

Kap. Nr.	Kapitelbezeichnung	Titel Gesamt- betrag	431.93 Ruhegehälter der ehemaligen Mitglieder des Senats	432.93 Versorgungs- bezüge der Beamtinnen, Beamten, Richterinnen und Richter
1	2	3	4	5
4000	Allgemeine Verwaltung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.079	---	961
4010	Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA) -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	67	---	70
4200	Familie, Jugend und Sozialordnung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	409	---	323
4220	Soziale Entschädigungsleistungen -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	2.140	---	1.388
4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	5.882	---	3.326
4500	Kindertagesbetreuung -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	728	---	262
4600	Soziales und Integration -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	4.221	---	3.042
4910	Verwaltung und Service -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	8.324	---	3.999
4940	Institut für Hygiene und Umwelt -Zentrum für Personaldienste Hamburg-	761	---	709
	Summe Gesamtansatz 2010	24.611	---	14.080
	Summe Vergleichszahl 2009	25.148	---	14.272
	Summe (Vergleichs-)Ist 2007	27.648	---	14.771
	Summe Rest 2007	---	---	---

04.0 Beh f Soz, Fam, Gesundh u Verbrauchersch

Titel	438.93	446.93
Kap. Nr.	Versorgungs- bezüge der Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer	Beihilfen in Krankheits- fällen u.a. für Versorgungsem- pfängerinnen, Versorgungsem- pfänger
6	7	8
4000	884	234
4010	13-	10
4200	18	68
4220	498	254
4440	2.129	427
4500	412	54
4600	685	494
4910	3.522	803
4940	90-	142
	8.045	2.486
	8.367	2.509
	10.240	2.636
	---	---

4000 Allgemeine Verwaltung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Aufgaben dieses Kapitels umfassen:

- Parlaments-, Deputations- und überregionale Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit,
- Verwaltungsservice,
- IT-Entwicklung, Verwaltung des IT-Netzes und IT-Controlling,
- Finanzplanung und -steuerung, Mittelfristige Aufgabenplanung,
- Zuwendungscontrolling, betriebswirtschaftlicher Service und Prüfung,
- Rechtsangelegenheiten und -fragen,
- Steuerung öffentlicher Unternehmen, wirtschaftliche Stiftungsaufsicht,
- Organisations- und Personalmanagement (zentrale Organisationsverantwortung und -beratung, Personalentwicklung sowie Personalbudgetsteuerung, Stellen- und Personalwirtschaft),
- Personalservice (Personalverwaltung, Personalförderung, Mobilitätsförderung sowie Sozial- und Gesundheitsförderung (incl. Suchtberatung).

Das Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz ist mit dezentralen Intendanz-Funktionen ausgestattet (vgl. Kapitel 4910).

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen umfassen im Wesentlichen die Erstattung von Verwaltungskosten (Titel 261.04 / 261.61) und Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung von Grundstücken (Titel 124.91). Durch die Umwandlung der Winterhuder Werkstätten in eine GmbH (im Oktober 2007) entfallen bei 261.02 die Einnahmen.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 4

461.20 Beitrag zur Finanzierung des Modernisierungsfonds

Im Einzelplan 9.2 ist mit dem Haushaltsplan 2005/2006 ein Fonds zur Zwischenfinanzierung von Maßnahmen zur Verwaltungsmodernisierung (Modernisierungsfonds) eingerichtet worden, um die Umsetzung aufgabenkritischer und effizienzsteigernder Maßnahmen zu fördern und die Mobilität der hiervon betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern und zu unterstützen. Um die Kostentransparenz zu erhöhen und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass die Sicherung der Beschäftigung eine Aufgabe ist, für die die gesamte Verwaltung verantwortlich ist, werden die Beiträge der Behörden zur Finanzierung des Fonds dezentral in den Einzelplänen veranschlagt. Das Gesamtvolumen des Modernisierungsfonds ist gegenüber dem Ansatz 2008 verringert worden. Die Höhe der Ansätze in den Einzelplänen ist proportional von den jeweiligen Personalausgabenbudgets abgeleitet worden.

Sach- und Fachausgaben

Die Veranschlagung der Sachausgaben (verschiedene Titel) für das Gebäude Kaiser-Wilhelm-Str. 79 – 87 erfolgt jetzt im Rahmen der Entflechtung von Durchführungsaufgaben beim Bezirksamt Hamburg-Mitte. Die Sachkosten wurden im Zusammenhang mit dem KITA-TÜV (Qualitätskontrolle) um 262 Tsd. Euro aufgestockt.

Veranschlagt sind im Wesentlichen:

1. Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb (Titelgruppe Z 61): 2009: 5.643 Tsd. Euro, 2010: 5.644 Tsd. Euro.
2. IT – Folgekosten (Titel 535.56/671.53/671.56): 2009/2010: 4.042 Tsd. Euro.
3. Kostenerstattung für die Inanspruchnahme des behördeninternen Telefonverkehrs (Titel 671.55): 2009/2010: 350 Tsd. Euro.

Investitionen

Für die Titel 701.25, 701.86 und 812.01 gilt, dass sich im Laufe der Haushaltsjahre Änderungen ergeben können, wenn es notwendig wird, dringendere und unabweisbar gewordene Vorhaben im Rahmen der Zweckbestimmung durchzuführen.

4000, 4010

701.25 Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BSG

Bei Verlagerungen von Dienststellen bestehen Rückbauverpflichtungen im alten Dienstgebäude und im neuen Dienstgebäude werden kleinere Umbauten anfallen.
Im übrigen Gebäudebestand sind nutzungsspezifische Umbauten notwendig, die häufig kurzfristig und unvorhergesehen auftreten.

701.86 Kleinere Baumaßnahmen im Bereich der BSG - Zweckzuweisung an die Bezirke -

Veranschlagt sind Mittel für Sanierungs- und Grundinstandsetzungsmaßnahmen bei verschiedenen Seniorentreffs. Zur Erhaltung der häufig alten Bausubstanz sind insbesondere Investitionen an Fenstern, Dächern und Fassaden erforderlich.

812.01 Neu- und Ersatzbeschaffung von technischen Geräten

Es sind die notwendigen Ersatzbeschaffungen für die Zentrale Vervielfältigungsstelle veranschlagt, um fortlaufend auf dem technisch neuesten Stand zu sein.

812.05 Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe inklusive Hamburger Mittel

Veranschlagt sind die Komplementärmittel für die Einrichtung von Arbeitsplätzen aus den Mitteln des Sondervermögens Ausgleichsabgabe.
Die Behörde hat bei der behindertengerechten Ausstattung, insbesondere von Büroarbeitsplätzen mit PCs als Arbeits- und Sehhilfen, einen Eigenanteil von mindestens 500 Euro und höchstens 2.600 Euro zu tragen.

4010 Öffentliche Rechtsauskunft (ÖRA)

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle (ÖRA) ist eine traditionsbewusste und gleichzeitig moderne Einrichtung. Über 35.000 Rechtsangelegenheiten werden hier pro Jahr in erster Linie durch ehrenamtliche Juristinnen und Juristen bearbeitet.

Die ÖRA bietet:

- Rechtsberatung für Menschen mit wenig Einkommen,
- Vergleichsverhandlungen für Bürgerinnen und Bürger, Firmen und öffentliche Träger in zivilrechtlichen Angelegenheiten,
- strafrechtliche Sühneverfahren,
- familienrechtliche Mediation.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen umfassen die Gebühren (Titel 111.11) aus der Erteilung von Rechtsauskünften sowie aus Güte- und Sühneverfahren nach der Gebührenordnung für die ÖRA.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorwort zum Einzelplan 4

Neben den Personalausgaben im KRД sind hier die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veranschlagt 2009/2010: 425 Tsd. Euro (Titel 412.01).

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben umfassen im Wesentlichen die Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb der ÖRA (Titelgruppe Z 61) in 2009/2010: 293 Tsd. Euro).

Investitionen

In diesem Kapitel sind keine Investitionen veranschlagt.

4200 Familie, Jugend und Sozialordnung

1. Allgemeines

Dem Kapitel sind die Amtsleitung, die Managementunterstützung des Amtes für Familie sowie die Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte zugeordnet.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Veranschlagt sind die Einnahmen für Teilnahmeentgelte der Fortbildung und die Erstattung von Personal- und Verwaltungskosten durch das Versorgungsamt.

- 261.61 Erstattung von Personal- und Verwaltungskosten durch das Versorgungsamt
Die internen Intendanzleistungen werden vom Versorgungsamt Hamburg erstattet (127 Tsd. Euro; vgl. Drs. 18/5198).

Ausgaben

Personalausgaben

Zu den Personalausgaben im Kontenrahmen für Dienstbezüge siehe Vorwort zum Einzelplan 4.

Sach- und Fachausgaben

Veranschlagt sind im Wesentlichen die Ausgaben für die Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte einschließlich Tagungs- und Übernachtungskosten (Titel 525.01: 1.119 Tsd. Euro / 619 Tsd. Euro in 2009 / 2010, Titel 525.02: 298 Tsd. Euro) sowie die Erstattung für den Versorgungsaufwand an die Rudolf-Ballin-Stiftung (Titel 671.03, 506 Tsd. Euro).

- 525.01 Fortbildung für sozialpädagogische Fach- und Führungskräfte /Dozenten honorare und Geschäftsbedarf
Mehr in Höhe von 745 Tsd. Euro (2009) bzw. 245 Tsd. Euro (2010) aufgrund gestiegener Qualifizierungsbedarfe sowie der Berücksichtigung von 500 Tsd. Euro in 2009 für ASD-Qualifizierungsmaßnahmen.

Investitionen

In diesem Kapitel sind keine Investitionen veranschlagt.

4220 Soziale Entschädigungsleistungen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Kriegs-, Wehrdienst- und Zivildienstopfern, Opfern politischer Haft und Impfgeschädigten werden soziale Entschädigungsleistungen in Form von Renten und sonstigen Geld- und Sachleistungen gewährt. Außerdem werden die Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht durchgeführt und darüber hinaus den Verkehrsunternehmen Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr (Titel 4220.682.15) erstattet.

Für eine vollständige Transparenz des Ressourcenverbrauchs der Versorgungsverwaltung wurden die Sach- und Fachausgaben sowie die Personalausgaben ab 2007 mit einem Neuen Steuerungsmodell (NSM)-Betriebskonto 4220 Z 61 „Versorgungsamt Hamburg“ gebündelt (vgl. Drs. 18/5198). Dem Betriebskonto sind auch die behördenintern erbrachten Intendanzleistungen über das Instrument der internen Erstattung zugeordnet. Die Fachausgaben des Bundes, die in Auftragsverwaltung für den Bund bewilligt und ausgezahlt werden, sind nicht im Haushalt der Freien und Hansestadt Hamburg veranschlagt.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Veranschlagt ist im Wesentlichen die Eigenbeteiligung Schwerbehinderter für die unentgeltliche Beförderung im öffentlichen Personenverkehr (Titel 111.51: 1.408 Tsd. Euro).

Ausgaben*Personalausgaben*

Zu den Personalausgaben siehe Vorwort zum Einzelplan 4. Die Personalausgaben für das „Versorgungsamt Hamburg“ sind im NSM-Betriebskonto 4220 Z 61 veranschlagt (2009: 10.314 Tsd. Euro, 2010: 10.288 Tsd. Euro).

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben des Kapitels 4220, die Hamburg zu tragen hat, umfassen im Wesentlichen:

- NSM-Betriebskonto Z 61 „Versorgungsamt Hamburg“: 2009: 4.604 Tsd. Euro, 2010: 4.596. Darin enthalten sind die Ausgaben für Sachverhaltsaufklärung im Sozialen Entschädigungsrecht und nach dem Schwerbehindertenrecht (Titel 534.61: 2.160 Tsd. Euro), die Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb der Versorgungsverwaltung sowie die Erstattungen der behördeninternen Intendanzleistungen durch das Versorgungsamt Hamburg (Teil-Ansatz Titel 632.61: 759 Tsd. Euro; davon 632 Tsd. Euro Erstattung an Titel 4000.261.61 und 127 Tsd. Euro an Titel 4200.261.61; vgl. Drs. 18/5198).
- Bundesanteile an der Eigenbeteiligung schwerbehinderter Menschen (Titel 633.01: 464 Tsd. Euro).
- Leistungen für Impfschäden nach dem Infektionsschutzgesetz (Titel 681.02: 1.530 Tsd. Euro / 1.612 Tsd. Euro in 2009/ 2010). Erhöhung durch Zunahme der Fallzahlen.
- Aufwendungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im öffentlichen Personenverkehr (Titel 682.15: 10.400 Tsd. Euro / 10.600 Tsd. Euro in 2009 / 2010).

Investitionen

In diesem Kapitel sind keine Investitionen veranschlagt.

4230 Hilfen für Kriegs- und Zivilopfer**1. Allgemeines**

Bei diesen Hilfen handelt es sich um Fürsorgeleistungen im Rahmen der Kriegsopferversorge (KOF). Die KOF ergänzt die Leistungen der Versorgungsverwaltung. Die Leistungsstruktur der KOF entspricht weitgehend der Leistungssystematik des XII. Sozialgesetzbuchs. Der wesentliche Unterschied besteht darin, dass die KOF- Leistungen auf besondere Hilfen im Einzelfall ausgerichtet sind, die das Ziel haben, eine angemessene wirtschaftliche Versorgung der Kriegsopfer und sonstigen Entschädigungsberechtigten zu sichern und die Folgen der schädigenden Ereignisse auszugleichen.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Ersatz für Leistungen der Kriegsopferversorge durch den Bund, 80 Prozent Kostenersatz (Titel 231.02)
- Ersatz für Leistungen der Kriegsopferversorge durch den Bund, 100 Prozent Kostenersatz (Titel 231.03)
- Ersatz für Geldleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz (OEG) durch den Bund, 40 Prozent Kostenersatz (Titel 231.21)
- Ersatz für Leistungen der Kriegsopferversorge durch Empfänger oder Dritte (Titel 281.01)

231.02 Die Absenkung ergibt sich aus den per Saldo gesunkenen Ansätzen bei den Titeln 681.01 – 681.16

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben umfassen im Wesentlichen:

- Hilfe zur Pflege außerhalb von Einrichtungen nach § 26c BVG in Höhe von 2 Mio. Euro (Titel 681.07)
- Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen nach § 26c BVG in Höhe von 5 Mio. Euro (Titel 681.08)
- Hilfe in besonderen Lebenslagen nach § 27 d BVG (ohne Kfz-Beihilfen) in Höhe von 5 Mio. Euro (Titel 681.16)

681.08 Die Absenkung erfolgt in Anlehnung an das Ergebnis 2007 und die erwartete Bedarfslage.

Investitionen

Erwartete Einnahmen durch Rückzahlung von Darlehen bzw. Ersatz für Darlehen i.H.v. 34 Tsd. Euro (Titel 182.01, 182.03, 182.05, 231.01 und 231.04).

863.01 – 863.03 Darlehen der Kriegsofferfürsorge an Berechtigte nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) sowie dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) und dem Zivildienstgesetz (ZDG).

4240 Lastenausgleich, Spätaussiedler und Wiedergutmachung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Im Bereich der Ausgleichsverwaltung (Landesausgleichsamt und Ausgleichsamt) werden die Aufgaben als Bundesauftragsverwaltung wahrgenommen, so dass für die FHH lediglich Kosten der Durchführung anfallen. Durch die Lastenausgleichsgesetze wurden materielle Verluste ausgeglichen, die Deutschen durch Krieg und Kriegsfolgen entstanden waren. Ausgleichsanträge können nicht mehr gestellt werden. Gegenwärtig ist noch über 147 Anträge abschließend zu entscheiden. Die prägende Aufgabe im Zeitraum 2009/2010 wird die Rückforderung von früher gewährten Ausgleichsleistungen sein und zwar in Fällen, in denen die Eigentümer ihre weggenommenen Vermögenswerte (Grundstücke, Betriebsvermögen, Aktien usw.) nach der Wiedervereinigung zurück erhalten haben. Aktuell gibt es ca. 7.800 unbearbeitete Schadensobjekte. Das Vertriebenenamt gewährt Leistungen nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) in Form von monatlichen Renten (sog. Opferrente) und einmaligen Kapitalentschädigungen für politische Häftlinge in der ehemaligen DDR.

Für Spätaussiedler wird nach dem Bundesvertriebenengesetz (BVFG) im Rahmen der Amtshilfe der Vertriebenenstatus festgestellt.

Darüber hinaus wird über Umverteilungsanträge jüdischer Emigranten (Kontingentflüchtlinge) auf eine Zuzugsberechtigung nach Hamburg entschieden. Die finanziellen Rahmenbedingungen setzen im Grundsatz Bundesgesetze.

Das Amt für Wiedergutmachung berät und betreut die von den nationalsozialistischen Gewalthabern Verfolgten im In- und Ausland. Es werden Renten gezahlt und Anträge auf Heilverfahren, auf Wiederaufgreifen des Verfahrens sowie auf Feststellung einer Verschlimmerung der im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) als verfolgungsbedingt anerkannten Leiden beschieden. Darüber hinaus ist die Ausweitung von Leistungen der Hamburger Stiftung „Hilfe für NS-Verfolgte“ seit 2002 von besonderer Bedeutung (Witwen-/Witwerrente, Sterbegeld, Bestattungsbeihilfe und einmalige Gesundheitsleistungen).

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen im Bereich der Spätaussiedler sind insbesondere geprägt durch den Kostenersatz des Bundes:

- für Kapitalentschädigung und ab 2007 zusätzlich für die Besondere Zuwendung für Haftopfer (Opferrente) nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) in Höhe von 65 % der Kosten (Titel 231.50: 1.051/ 1.239 Tsd. Euro in 2009/2010, vgl. Drs. 18/6980).

231.49 Ersatz für Eingliederungshilfen an Spätaussiedler nach dem BVFG und für Entschädigungsleistungen durch den Bund
Vgl. korrespondierenden Ausgabetitel 681.49.
Weggefallener Ansatz. Die pauschale Eingliederungshilfe wird seit dem 01.08.2007 zentral vom Bundesverwaltungsamt, Außenstelle Friedland ausgezahlt.

231.50 Erstattung des Bundes für Leistungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz
Vgl. korrespondierenden Ausgabetitel 681.50. Die Erhöhung erfolgt aufgrund von Gesetzesänderungen in 2007 (vgl. Drs. 18/6980).

Ausgaben*Sach- und Fachausgaben*

Die Sach- und Fachausgaben umfassen in diesem Bereich im Wesentlichen:

- Ausgaben für sonstige Erstattungen an den Bund nach § 172 Bundesentschädigungsgesetz (BEG) (Titel 631.01: 2.400 Tsd. Euro);
- Ausgaben für Leistungen nach dem BEG (Titel 681.01: 2.808 Tsd. Euro/ 2.744 Tsd. Euro in 2009/ 2010);
- Ausgaben für Entschädigungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) für politische Häftlinge (Titel 681.50: 1.618 / 1.906 Tsd. Euro in 2009 / 2010) in Form von Kapitalentschädigung nach § 17 StrRehaG und ab 2007 zusätzlich von der Besonderen Zuwendung für Haftopfer („Opferrente“) nach § 17a StrRehaG

Die Erhöhung erfolgt aufgrund von Gesetzesänderungen in 2007 (vgl. Drs. 18/6980).

681.01 Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz sowie nach fortgeltendem Landesrecht und zum Ausgleich sozialer Härten

Die Absenkung erfolgt in Anlehnung an das Ergebnis 2007.

681.49 Eingliederungshilfe für Spätaussiedler nach dem BVFG und Entschädigungsleistungen

Vgl. den korrespondierenden Einnahmetitel 231.49

Weggefallener Ansatz. Die pauschale Eingliederungshilfe wird seit dem 01.08.2007 zentral vom Bundesverwaltungsamt, Außenstelle Friedland ausgezahlt.

681.50 Leistungen nach dem strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz

Vgl. korrespondierenden Einnahmetitel 231.50

Die Erhöhung erfolgt aufgrund von Gesetzesänderungen in 2007 (vgl. Drs. 18/6980).

Investitionen

In diesem Kapitel sind keine Investitionen veranschlagt.

4250 Opferschutz**1. Allgemeines**

Seit 2007 werden die Mittel für den Opferschutz in einem neu eingerichteten Haushaltskapitel zusammengefasst und veranschlagt. Damit wird die Bedeutung dieses Aufgabenbereichs unterstrichen. In dem Kapitel sind die Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz sowie die Zuwendungen an Einrichtungen zusammengefasst, die dem Schutz erwachsener Opfer von Gewaltdelikten dienen.

Das Angebot an Maßnahmen im Bereich Opferschutz soll generell ausweitert werden. Die Mittel für die beiden interkulturellen Beratungsstellen bei häuslicher Gewalt und Zwangsheirat werden aufgestockt. Damit wird der intensiven und stark nachgefragten Beratungsarbeit und ihrer Rolle als wichtiger Kooperationspartner für andere Einrichtungen und Hilfesysteme Rechnung getragen. Die Zuwendung für die Opferschutz-Hotline wird dauerhaft abgesichert, um das Projekt im bisherigen Umfang aufrechterhalten zu können. Zusätzlich soll ein Wohnprojekt für Frauen, die von Zwangsheirat bedroht sind, eingerichtet werden.

2. Zuwendungen

Über Zuwendungen werden Einrichtungen und Projekte gefördert, die dem Opferschutz dienen.

Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um die Förderung des Betriebes von Frauenhäusern (einschließlich der Kinderbetreuung in den Einrichtungen), die Beratung und Betreuung von Gewaltopfern, die Beratung gewalttätiger Personen und die Förderung einer Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel (KOOFRA).

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben**Einnahmen**

Veranschlagt ist bei den Einnahmen im Wesentlichen die Erstattung des Bundes für von Hamburg gewährte Leistungen nach dem Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten (OEG) (Titel 231.01: 1.393 Tsd. Euro / 1.460 Tsd. Euro in 2009/ 2010).

272.01 Zuschuss der EU für das Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“
(Leertitel)

Vgl. korrespondierenden Ausgabebetitel 671.01

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben betragen insgesamt 8.700 Tsd. Euro in 2009 und 9.101 Tsd. Euro in 2010.

Nachfolgend Erläuterungen zu den einzelnen Titeln:

- 671.01 Erstattung an die Lawaetz-Stiftung für die Umsetzung des Projektes „Aktiv gegen Zwangsheirat“ (Leertitel)
Erstattung der EU-Mittel für das Projekt „Aktiv gegen Zwangsheirat“ an die Lawaetz-Stiftung gemäß des Vertrages über die gemeinsame Umsetzung des Projektes und die administrative Abwicklung entsprechend der EU-Förderung zwischen der BSG und der Lawaetz-Stiftung.
Vgl. korrespondierenden Ausgabebetitel 272.01
- 681.01 Geldleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz
Veranschlagt sind Mittel in Höhe von 3.482 Tsd. Euro (2009) bzw. 3.649 Tsd. Euro (2010) für die Gewährung von Geldleistungen.
Der Bund trägt 40% der Ausgaben (vgl. Titel 4250.231.01).
Mehr in Höhe von 520 Tsd. Euro bzw. 687 Tsd. Euro durch die Berücksichtigung von Fallzahlsteigerungen infolge einer erwarteten stärkeren Inanspruchnahme der Leistungen.
- 681.02 Sachleistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz
Veranschlagt sind Mittel in Höhe von 1.510 Tsd. Euro (2009) bzw. 1.730 Tsd. Euro (2010) für die Gewährung von Sachleistungen.
Weniger in Höhe von 287 Tsd. Euro bzw. 67 Tsd. Euro durch die Anpassung an das Ergebnis 2007 und für 2010 leichte Steigerung der Kosten im Bereich der Heil- und Krankenbehandlung.
- 684.01 Zuschüsse für den Betrieb von Frauenhäusern
Veranschlagt sind 1.891 Tsd. Euro (2009) bzw. 1.909 Tsd. Euro (2010) für den Betrieb von 5 Hamburger Frauenhäusern mit insgesamt rd. 200 Plätzen.
- 684.02 Förderung der Kinderbetreuung in Opferschutzeinrichtungen (Leertitel)
Entsprechend dem Bedarf für die Kinderbetreuung werden Mittel aus den einzelfallfinanzierten Hilfen nach dem SGB VIII übertragen.
- 684.03 Zuschuss für die Beratung und Betreuung von Opfern von Gewalt
Veranschlagt sind Zuschüsse für Notruf, die Interventionsstelle gegen häusliche Gewalt pro-aktiv, Opferhilfe e.V., die Opferhotline sowie die Beratung in Integrationszentren zu Gewalt und Zwangsheirat in Höhe von 1.513 Tsd. Euro (2009) bzw. 1.505 Euro (2010).
Mehr in Höhe von 241 Tsd. Euro (2009) bzw. 253 Tsd. Euro (2010) aufgrund der Berücksichtigung des zusätzlichen Bedarfes bei der Hotline für Opfer häuslicher Gewalt und Stalking sowie bei der Interkulturellen Beratungsstelle für Opfer von häuslicher Gewalt und Zwangsheirat.
Mehr in Höhe von 320 Tsd. Euro (2009) bzw. 300 Tsd. Euro (2010) aufgrund der Berücksichtigung des Bedarfes für ein einzurichtendes Wohnprojekt für Frauen, die von Zwangsheirat bedroht sind.
- 684.04 Zuschüsse für die Beratung gewalttätiger Personen
Veranschlagt ist die Förderung von Männer gegen Männergewalt, die Förderung des Projektes für gewalttätige Jungen und die Mittel für den Täter-Opfer-Ausgleich (bisher bei 4250.684.05).

Investitionen

Veranschlagt ist der Titel 4250.893.01 zur Umsetzung von Investitionen im Bereich Opferschutz. Es handelt sich um einen Leertitel, da der Bedarf nicht absehbar ist. Der Titel kann im Rahmen der bestehenden Deckungsfähigkeit in Höhe des tatsächlichen Bedarfes mit Mitteln ausgestattet werden.

4440 Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit besteht in Hamburg ein vielfältiges und ausdifferenziertes Angebot, das von freien Trägern der Jugendhilfe und vom öffentlichen Jugendhilfeträger bereitgestellt wird.

Während die überregionale Förderung durch das Amt für Familie darauf abstellt, bezirksübergreifende Angebote oder Projekte und Modellprojekte zu fördern, zielt die Förderung der örtlichen Angebote und Projekte durch die Bezirksverwaltung auf Einlösung der infrastrukturellen Gewährleistungsverpflichtung der Kinder- und Jugendarbeit gemäß § 11 SGB VIII.

Das Bezirksverwaltungsgesetz sieht vor, dass der Bezirksverwaltung Budgets (684.81) für die Kinder- und Jugendarbeit zugewiesen werden, über deren Verwendung der Jugendhilfeausschuss nach örtlichen Bedarfen und fachlichen Schwerpunkten zu entscheiden hat. Die fachbehördliche Steuerung erfolgt auf der Basis der Globalrichtlinie GR J2/06 vom 13.12.2005.

2. Zuwendungen

Die Zuwendungen in der überregionalen Kinder- und Jugendarbeit erfolgen regelhaft auf Grund eines Förderplanes, der sowohl Gegenstand und Ziele der Förderung festlegt als auch das Förderverfahren regelt. Die Bewilligungszeiträume einzelner Zuwendungen bemessen sich nach den spezifischen Zwecken und erstrecken sich in der Regel auf ein Jahr. Zuwendungen in der bezirklichen Kinder- und Jugendarbeit erfolgen nach Entscheidung des Jugendhilfeausschusses auf Basis der entsprechenden Globalrichtlinie.

Die Ergebnisse werden an den Programmzielen gemessen. Für eine Vielzahl von geförderten Maßnahmen (zum Beispiel Ferienfahrten, Verdienstausfallentschädigungen für Jugendleiterinnen und Jugendleiter, Jugendverbandsarbeit) sind die Zielformulierungen in den Förderplan aufgenommen und standardisierte Verfahren der Erfolgskontrolle installiert. In den Fällen, in denen Zuschüsse zu den Betriebskosten von speziellen, in der Regel überregional arbeitenden Einrichtungen gewährt werden, werden auf den Einzelfall zugeschnittene Zweckbeschreibungen und Anforderungen an das Berichtswesen (Erfolgskontrolle) im Rahmen des Zuwendungsbescheides festgelegt. Standardisierungen bei der Formulierung von Ergebniserwartungen sind insbesondere in den Bereichen möglich, wo mehrere gleichartige Angebote gefördert werden. Dies ist im Bereich der regionalen Kinder- und Jugendarbeit anzustreben und u.a. Regelungsinhalt der Globalrichtlinie GR J2/06 vom 13.12.2005.

Für die überregionalen Träger der Kinder- und Jugendarbeit werden im Rahmen des Zuwendungsverfahrens entsprechende Zweckbeschreibungen eingesetzt, die sowohl für den Träger als auch für das Amt für Familie die Grundlage für eine verbesserte Erfolgskontrolle sind. Unterstützt werden Erfolgskontrollen über die kontinuierliche Projektbegleitung durch das zuständige Referat.

Erfolgskontrollen werden in der Jugendhilfe generell nach folgender methodischer Konzeption durchgeführt: Die in der Praxis zur Verfügung stehenden Instrumente, die Wirkungen pädagogischen Handelns zu messen sowie ihre Ursächlichkeit festzustellen, sind aus sozialwissenschaftlicher Perspektive bedingt tauglich; nur in wenigen Bereichen liegen handhabbare Indikatoren für eingetretene Wirkungen und damit den Erfolg einer Förderung vor. Dagegen können aufwändige sozialwissenschaftliche Untersuchungen in der Praxis nicht regelhaft für jeden Einzelfall, sondern nur für Programmbereiche und in zeitlich größeren Abständen durchgeführt werden. Bei der Gewährung von Zuwendungen an sozialpädagogisch arbeitende Projekte kann der Erfolg deshalb im Wesentlichen dadurch kontrolliert werden, dass das Projekt die erwartete Organisationsqualität während der Arbeit realisiert, die vorgegebenen Verfahrensnormen beachtet und die Zielgruppe in erwartbarem Umfang erreicht hat. Diese Anforderungen werden in Zweckbeschreibungen formuliert und zum Bestandteil von Zuwendungsbescheiden gemacht. Es wird dann auf Grund exemplarischer Untersuchungen davon ausgegangen, dass ausgewiesene Konzepte und Methoden in einer bestimmten pädagogischen Situation bei der dann anwesenden Zielgruppe zu den erwarteten Wirkungen führen oder diese zumindest fördern. Die Erfolgskontrollen beziehen sich in der Regel auf das Erreichen der erwarteten Standards, und dort, wo es möglich ist, auch auf kurzfristig feststellbare Wirkungen.

Die Förderung neuer Projekte auf Grund neuer Aufgabengebiete erfolgt grundsätzlich auf Basis eines Auswahlverfahrens nach öffentlicher Bekanntgabe.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen in diesem Kapitel werden als Leertitel veranschlagt, da die Höhe der Einnahmen nicht absehbar ist.

Ausgaben

Personalausgaben

Die Personalausgaben in den Kontenrahmen für Dienstbezüge und Versorgung erhöhen sich aufgrund zusätzlicher Stellen im Familieninterventionsteam (FIT). Zu den weiteren Personalausgaben in den Kontenrahmen für Dienstbezüge und Versorgung siehe Vorwort zum Einzelplan 4.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben erhöhen sich gegenüber 2008 um 535 Tsd. Euro bzw. 852 Tsd. Euro auf 34.366 Tsd. Euro (2009) bzw. 34.683 Tsd. Euro (2010).

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

684.04 Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe für suchtp Präventive Maßnahmen

Veranschlagt sind Mittel in Höhe von 1.452 Tsd. Euro (2009) bzw. 1.467 Tsd. Euro (2010) zur Förderung von Projekten und Maßnahmen zur Suchtprävention sowie zur Qualifizierung und Beschäftigung von suchtgefährdeten bzw. drogenabhängigen jungen Menschen.

Mehr in Höhe von insgesamt 18 Tsd. Euro bzw. 33 Tsd. Euro infolge Personalkostensteigerung und Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

684.11 Förderung der überregionalen Jugendverbände

Veranschlagt sind Mittel in Höhe von 2.757 Tsd. Euro (2009) bzw. 2.776 Tsd. Euro (2010) für die Förderung der Jugendverbandsarbeit. Die Mittel sind überwiegend für die Qualifizierung der ehrenamtlichen Kräfte der Jugendhilfe und die allgemeine Bildungsarbeit vorgesehen. Mehr in Höhe von 19 Tsd. Euro bzw. 38 Tsd. Euro aufgrund von Personalkostensteigerungen.

684.12 Förderung der Jugendarbeit, der Jugendberatung und des erzieherischen Jugendschutzes

Veranschlagt sind Mittel in Höhe von 5.844 Tsd. Euro (2009) bzw. 5.890 Tsd. Euro (2010). Die Mittel sind z.B. vorgesehen für

- überregionale Jugenderholung,
- Hilfen für Eltern und Kinder in Problemsituationen,
- Ausgaben zum Schutze von Kindern und Jugendlichen,
- Modellvorhaben,
- Mädchenprojekte,
- Beratungsangebote und Übernachtungsstellen für minderjährige drogenabhängige Prostituierte.

Insgesamt 241 Tsd. Euro (2009) bzw. 287 Tsd. Euro (2010) mehr durch Ausweitung der überregionalen Straßensozialarbeit (185 Tsd. Euro), Personalkostensteigerungen und Anpassungen an den tatsächlichen Bedarf. Die Zuwendung an das Junglesbenzentrum von Intervention e.V. wird um 5 Tsd. Euro pro Jahr erhöht.

684.81 Betriebsausgaben für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit / Rahmenzuweisung an die Bezirke

Die Mittel sind vorgesehen für

- Betrieb und Angebote der bezirklichen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen,
- Förderung der regionalen Kinder- und Jugendarbeit von Trägern der freien Jugendhilfe,
- suchtvermeidende Angebote,
- anonyme Jugendberatung, aufsuchende Jugendsozialarbeit sowie stadtteilorientierte Projektarbeit und Kooperation,
- Gewaltprävention.

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter verteilt. Für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 ist folgende Mittelverteilung vorgesehen:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	4.875	5.773	5.829
Altona	3.474	3.732	3.768
Eimsbüttel	2.593	2.488	2.512
Hamburg-Nord	2.479	2.503	2.528
Wandsbek	4.655	4.700	4.745
Bergedorf	1.976	1.995	2.014
Harburg	3.172	2.280	2.302
Gesamt	23.224	23.471	23.698

Anpassungen aufgrund veränderter Verteilungsschlüssel oder veränderter Indikatoren können erfolgen.

Mehr gegenüber 2008 in Höhe von insgesamt 247 Tsd. Euro (2009) bzw. 474 Tsd. Euro (2010) im Wesentlichen aufgrund von Personalkostensteigerungen.

684.86 Vormittagsbetrieb von Spielhäusern / Zweckzuweisung an die Bezirke

Titel zur Finanzierung des Vormittagsbetriebs in den Spielhäusern (vgl. Drs. 18/5462). Entsprechend der Anzahl der Standorte mit Vormittagsbetrieb erhalten die Bezirke die Mittel aus der Zweckzuweisung für die bestehenden 39 Spielhäuser. Mehr infolge von Personalkostensteigerungen in Höhe von jeweils 10 Tsd. Euro in 2009 und 2010.

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	180	202	204
Altona	80	81	82
Eimsbüttel	100	101	102
Hamburg-Nord	120	122	124
Wandsbek	60	61	62
Bergedorf	120	122	124
Harburg	120	101	102
Gesamt	780	790	800

Investitionen

Im Bereich Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit stehen Mittel für Investitionen in Höhe von 3.753 Tsd. Euro (2009) bzw. 3.149 Tsd. Euro (2010) und Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 2.220 Tsd. Euro (2009) bzw. 1.540 Tsd. Euro (2010) zur Verfügung.

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich verteilt sich auf

- die Rahmenzuweisung für Investitionen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit (3.291 bzw. 2.335 Tsd. Euro),
- Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit (462 bzw. 511 Tsd. Euro),
- den Grunderwerb (303 Tsd. Euro für 2010).

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

701.81 Investitionen für die Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit / Rahmenzuweisung an die Bezirke

Die Mittel sind für Neubaumaßnahmen, Ersatzbauten, für kleine Um- und Erweiterungsbauten, für die Sanierung und Instandsetzung sowie die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen veranschlagt.

Für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 erfolgt die Verteilung des Ansatzes maßnahmebezogen entsprechend der Finanzplanung. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008	VE 2008	Ansatz 2009	VE 2009	Ansatz 2010	VE 2010
	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro	Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	599	40	167	350	155	303
Altona	115	127	947	0	55	0
Eimsbüttel	70	67	90	14	127	0
Hamburg-Nord	192	863	442	780	866	420
Wandsbek	500	250	639	650	549	143
Bergedorf	55	0	333	30	288	0
Harburg	321	418	673	396	295	674
Gesamt	1.852	1.765	3.291	2.220	2.335	1.540

893.01 Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

Die Zuschüsse in Höhe von 462 Tsd. Euro (2009) bzw. 511 Tsd. Euro (2010) sind für zahlreiche investive Projekte und Maßnahmen von Trägern der freien Jugendhilfe vorgesehen, beispielsweise für die Beschaffung von Gegenständen für freizeitpädagogische Maßnahmen oder den Umbau von Räumlichkeiten. Im Einzelfall können auch Maßnahmen unter 5 Tsd. Euro gefördert werden. Im Regelfall sollen die Zuwendungen den Betrag von 125 Tsd. Euro nicht überschreiten.

4450 Familienförderung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Familienförderung umfasst im Wesentlichen die Förderung der Erziehung in der Familie (§§ 16 bis 20 SGB VIII), welche verbindlicher Bestandteil der Jugendhilfe ist und für die eine Gewährleistungsverpflichtung besteht. Das vielfältige Angebot der Familienförderung und -unterstützung wird in erster Linie durch die Bezirksverwaltung bereitgestellt. Familienfördernde Leistungen werden ferner auf der Grundlage des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) gewährt.

Das Amt für Familie bezuschusst überregionale, bezirksübergreifende Projekte von Trägern der freien Jugendhilfe auf dem Gebiet der Familienförderung und der Frauenberatung.

Der Bezirksverwaltung werden Budgets (Titel 684.81, 684.82) für die Förderung der Erziehung in der Familie zugewiesen, über deren Verwendung nach örtlichen Bedarfen und fachlichen Schwerpunkten zu entscheiden ist. Die fachliche Steuerung erfolgt auf der Basis von Globalrichtlinien.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden insbesondere geleistet für Projekte der Familienförderung (684.13, 684.81, 684.82 anteilig), der entwicklungsfördernden Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial belasteten Familien (684.01), Frauenberatung (684.02), der Förderung zum Wohnen und Leben, der Beteiligung großer Familien an Wohnprojekten und Baugemeinschaften, für innovative Projekte zur Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation von Familien (685.01, 685.06) sowie für den Betrieb von Kinder- und Familienhilfezentren und der Mütterzentren (684.81 anteilig). Ziel aller Fördermaßnahmen ist die Unterstützung der Erziehung in der Familie durch gezielte Beratungs- und Hilfsangebote sowie Hilfen zum Wohnen und Leben. Die Angebote unterscheiden sich hinsichtlich der Zielgruppen und infolgedessen auch hinsichtlich ihrer fachlichen Konzeption und der zu erbringenden Leistungen. Die überregionalen Zuwendungen erfolgen regelhaft auf Grund eines Förderplanes, der sowohl Gegenstand und Ziele der Förderung festlegt als auch das Förderverfahren regelt. Der Förderplan ist zeitlich nicht befristet, die Bewilligungszeiträume einzelner Zuwendungen bemessen sich allerdings nach den spezifischen Zwecken und erstrecken sich in der Regel auf ein Jahr.

Grundlage für die Zuwendungsgewährung sind u. a. Zweckbeschreibungen. Die Zweckbeschreibungen sind sowohl für den Träger als auch für das Amt für Familie die Grundlage für eine verbesserte Erfolgskontrolle. Unterstützt werden Erfolgskontrollen über die kontinuierliche Projektbegleitung durch das zuständige Referat (zum Erfolgskontrollkonzept in der Jugendhilfe siehe Ziff. 2 bei Kapitel 4440).

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Bei den veranschlagten Einnahmen handelt es sich um die Zuweisungen des Bundes nach dem Unterhaltsvorschussgesetz. Die Ansätze ergeben sich unmittelbar aus der Höhe der veranschlagten Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben erhöhen sich gegenüber dem Haushaltsjahr 2008 um 1.562 Tsd. Euro (2009) bzw. 1.765 Tsd. Euro (2010) auf 45.685 Tsd. Euro (2009) bzw. 45.888 Tsd. Euro (2010). Dies ergibt sich im Wesentlichen durch Mittelumschichtungen im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfe sowie durch Ausweitung der familienpolitischen Maßnahmen.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer Bedeutung und erheblichen Veränderung im Einzelnen erläutert:

671.86 Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie/Zweckzuweisung an die Bezirke

Die veranschlagten Mittel sind vorgesehen für

- die Angebote und Leistungen der Erziehungsberatungsstellen in bezirklicher Trägerschaft,
- die Angebote und Leistungen der Erziehungsberatung im Internet,
- die Betreuung von Kindern in Notsituationen,
- Angebote des betreuten Umgangs,
- Trennungs- und Scheidungsberatung in strittigen Fällen,
- Angebote, die im Kontext mit der Erziehungsberatung stehen.

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	43	244	245
Altona	113	245	245
Eimsbüttel	120	228	228
Hamburg-Nord	174	277	292
Wandsbek	230	435	431
Bergedorf	59	132	132
Harburg	159	193	195
Gesamt	898	1.754	1.768

Mehr in Höhe von 856 Tsd. Euro (2009) bzw. 870 Tsd. Euro (2010) durch Umschichtung von Mitteln aus den beim Titel 4460.671.86 veranschlagten einzelfallfinanzierten Hilfen zur Übertragung von Aufgaben der Trennungs- und Scheidungs- sowie Umgangsberatung auf Freie Träger (vgl. Drs.18/6369), mehr für Maßnahmen des betreuten Umgangs infolge gestiegener Fallzahlen, mehr für Personalkostensteigerung.

Anpassungen durch die Fachbehörde auf Grund veränderter Bedarfe können erfolgen.

681.86 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz/Zweckzuweisung an die Bezirke

Veranschlagt sind die Aufwendungen Hamburgs nach dem Unterhaltsvorschussgesetz zur Sicherung des Unterhalts von Kindern allein stehender Mütter und Väter durch Unterhaltsvorschüsse und -ausfallleistungen. Der Bund trägt 1/3 der Kosten. Veranschlagt sind der Ansatz und die Fallzahlen des Vorjahres.

Dadurch ergeben sich für 14.883 Kinder für 12 Monate mit einem Durchschnittszahlbetrag von 142,31 Euro monatlich:

In 2009 und 2010 jeweils 25.417 Tsd. Euro
davon 1/3 Erstattungen des Bundes (veranschlagt bei 231.01): 8.472 Tsd. Euro

Die Aufteilung auf die Bezirke erfolgt gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt übertragen:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	4.910	4.910	4.910
Altona	3.347	3.347	3.347
Eimsbüttel	2.514	2.514	2.514
Hamburg-Nord	3.088	3.088	3.088
Wandsbek	5.467	5.467	5.467
Bergedorf	1.822	1.822	1.822
Harburg	4.269	4.269	4.269
Gesamt	25.417	25.417	25.417

Anpassungen durch die Fachbehörde auf Grund veränderter Bedarfe können erfolgen.

684.01 Entwicklungsfördernde Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial belasteten Familien

Die Maßnahmen der früh einsetzenden Entwicklungsförderung von Kindern und Jugendlichen, die wegen familiärer oder schulischer Belastungen oder wegen Entwicklungsverzögerungen einer besonderen Unterstützung bedürfen, sollen dazu beitragen, bestehende Problemlagen zu entschärfen und Entwicklungsstörungen zu vermeiden und somit auch zukünftigen Überforderungssituationen in der Familie vorzubeugen.

Mehr in Höhe von 40 Tsd. Euro (2009) bzw. 78 Tsd. Euro (2010) aufgrund von Personalkostensteigerung und Abdeckung des tatsächlichen Bedarfs.

684.13 Zuschüsse für Familienförderung und sonstige Maßnahmen an Träger der freien Jugendhilfe

Die Mittel sind vorgesehen für

- Maßnahmen der Familienbildung,
- die Förderung von Hausbesuchsprogrammen,
- Beratungs- und Entlastungsangebote für Familien,
- Vereinsvormundschaften,
- Erziehungsberatungsstellen in freier Trägerschaft,
- Angebote zum Schutz des Kindes,

- die Förderung von Mädchenprojekten, insbesondere zum Schutz vor Gewalt und sexuellem Missbrauch,
- die Förderung von Unterstützungsangeboten von Familien rund um die Geburt, Förderung von Projekten zur Prävention von Vernachlässigung und Frühe Hilfen für Risikofamilien.

Insgesamt 463 Tsd. (2009) bzw. 497 Tsd. Euro (2010) mehr aufgrund

- der Mittelumschichtung aus den einzelfallfinanzierten Hilfen im Rahmen Weiterentwicklung der Jugendhilfe insbesondere zur strukturellen Absicherung des Ausbaus frühzeitiger Hilfen für Familien (Hausbesuchsprogramm Opstapje, Familienpaten, Ausbau HIPPY (= Home Instruction for Pre-school Youngsters),
- der Verschiebung zwischen Titeln des Budgetbereiches zur Anpassung an die aktuellen Bedarfe (u.a. Berücksichtigung der bislang beim Titel 4470.684.04 veranschlagten Mittel für Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge),
- von Personalkostensteigerungen.

684.81 Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie/Rahmenzuweisung an die Bezirke

Die Mittel sind vorgesehen für die Angebote der Allgemeinen Sozialen Dienste (ASD) im Rahmen der Familienförderung und Beratung sowie der Elternschulen, für die Förderung der Familienerholung und Familienfreizeiten sowie zur Gewährung von Zuschüssen für Mütterzentren und Kinder- und Familienhilfezentren.

Die Mittel sind vorgesehen für Maßnahmen der

- Familienbildung und -information,
- Familienentlastung sowie allgemeine Erziehungsberatung,
- Familienerholung und -freizeit.

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen. Für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 ist folgende Mittelverteilung vorgesehen:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	763	864	872
Altona	666	675	681
Eimsbüttel	509	514	519
Hamburg-Nord	454	458	462
Wandsbek	993	1.002	1.012
Bergedorf	556	561	566
Harburg	645	554	559
Gesamt	4.586	4.628	4.671

Anpassungen aufgrund veränderter Verteilungsschlüssel oder veränderter Indikatoren können erfolgen.

Mehr in Höhe von insgesamt 42 Tsd. Euro (2009) bzw. 85 Tsd. Euro (2010) für Personalkostensteigerungen.

684.82 Betriebsausgaben für sozialraumorientierte Angebote der Jugend- und Familienhilfe/Rahmenzuweisung an die Bezirke

Veranschlagt sind Mittel für niedrigschwellige Hilfen und Familien fördernde Maßnahmen. Dabei wird es den Bezirken ermöglicht, regionale Schwerpunktsetzungen vorzunehmen.

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter übertragen. Für die Haushaltsjahre 2009/2010 ist folgende Mittelverteilung vorgesehen:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	755	968	980
Altona	548	555	562
Eimsbüttel	508	514	520
Hamburg-Nord	531	537	543
Wandsbek	836	846	856
Bergedorf	315	319	323
Harburg	652	456	462
Gesamt	4.145	4.195	4.246

Anpassungen aufgrund veränderter Verteilungsschlüssel oder veränderter Indikatoren können erfolgen.

Mehr in Höhe von insgesamt 50 Tsd. Euro (2009) bzw. 101 Tsd. Euro (2010) für Personalkostensteigerungen.

685.01 Familienpolitische Förderung zum Wohnen und Leben

Veranschlagt werden Haushaltsmittel für Projekte der Johann-Daniel-Lawaetz-Stiftung, der Stadtbau Hamburg-Stadtentwicklungsgesellschaft mbH und der Johann-Daniel Lawaetz-Service GmbH zum sozialen Wohnen.

685.06 Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation von Familien

Veranschlagt werden Mittel für den Innovationspool Familie und Wohnen. Aus diesem Finanzpool werden innovative Einzelprojekte für einen begrenzten Zeitraum gefördert, die geeignet sind, das Leben und Wohnen von Familien in Hamburg zu verbessern und als Beispiel einer guten Praxis bekannt gemacht zu werden. Die Abwicklung erfolgt über einen Träger als Projektförderung. Es ist vorgesehen, eine Förderrichtlinie für innovative Projekte zur Verbesserung des Lebens und Wohnens für Familien in Hamburg in Kraft zu setzen, auf deren Basis konkrete Projekte umgesetzt werden sollen. Die Ansätze 2009 und 2010 enthalten die bislang beim Titel 4450.685.05 veranschlagten Mittel (jeweils 252 Tsd. Euro); mehr infolge von Personalkostensteigerungen.

Investitionen

Im Bereich Förderung der Erziehung in der Familie stehen Mittel für Investitionen in Höhe von 191 Tsd. Euro (2009) bzw. 98 Tsd. Euro (2010) sowie eine Verpflichtungsermächtigung von 63 Tsd. Euro (2009) zur Verfügung.

Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

701.81 Investitionen für die Förderung der Erziehung in der Familie/Rahmenzuweisung an die Bezirke

Die Mittel sind für Neubaumaßnahmen, Ersatzbauten, für kleine Um- und Erweiterungsbauten, für die Sanierung und Instandsetzung sowie die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen u.a. in Elternschulen, Erziehungsberatungsstellen und Stadtteilbüros sowie in Gebäuden der Allgemeinen Sozialen Dienste veranschlagt.

Für die Haushaltsjahre 2009/2010 erfolgt die Verteilung des Ansatzes maßnahmebezogen entsprechend der Finanzplanung. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	VE 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	VE 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro	VE 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	0	0	0	0	0	0
Altona	0	0	0	0	0	0
Eimsbüttel	45	0	0	0	0	0
Hamburg-Nord	40	0	23	0	4	0
Wandsbek	50	0	70	0	0	0
Bergedorf	0	0	0	0	0	0
Harburg	150	0	67	63	63	0
Gesamt	285	0	160	63	67	0

893.01 Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Förderung der Erziehung in der Familie

Die Zuschüsse in Höhe von 31 Tsd. Euro sind für investive Projekte und Maßnahmen von Trägern der freien Jugendhilfe vorgesehen, beispielsweise für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen oder den Umbau von Räumlichkeiten. Es können auch Zuschüsse an den Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung gewährt werden. Im Einzelfall können auch Maßnahmen unter 5 Tsd. Euro gefördert werden.

4460 Einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die „Einzelfallfinanzierten Hilfen nach dem SGB VIII“ umfassen folgende Leistungen:

- das Gemeinsam betreute Wohnen von Müttern bzw. Vätern mit ihren Kindern (Hilfe nach § 19 SGB VIII),
- die Hilfen zur Erziehung (Hilfe nach § 27 ff. SGB VIII),
- die Eingliederungshilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (Hilfe nach § 35a SGB VIII),
- die Hilfen für junge Volljährige (Hilfe nach § 41 SGB VIII) sowie
- die Inobhutnahme von Kindern und Jugendlichen (Hilfe nach § 42 SGB VIII).

Bei Vorliegen der Voraussetzungen sieht das SGB VIII für diese Hilfearten einen individuellen Rechtsanspruch vor bzw. die Verpflichtung des Jugendamtes, ein Kind bzw. einen Jugendlichen in Obhut zu nehmen.

Zielgruppen bzw. Leistungsberechtigte dieser Maßnahmen sind:

- Kinder und Jugendliche bis zur Vollendung der Volljährigkeit,
- Volljährige in der Regel bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, in begründeten Einzelfällen darüber hinaus,
- Mütter bzw. Väter, die allein für ein Kind unter sechs Jahren zu sorgen haben, wenn und soweit sie aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Hilfe bedürfen.

Erfahrungswerte zeigen, dass knapp 2 % der jungen Menschen in der Altersgruppe der 0- unter 21-Jährigen diese Maßnahmen in Anspruch nehmen.

Für die Finanzierung der Hilfen steht den Bezirken ein Budget zur Verfügung.

Die Fallzahlbestände werden von der Bezirksverwaltung in einer Datenbank erfasst. Sie finden Berücksichtigung im Verfahren der Fallzahlprognose für die Haushaltsveranschlagung.

In diesem Kapitel sind auch die Hilfen nach § 19 SGB VIII (gemeinsame Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder) sowie die Inobhutnahmen (soweit es sich nicht um Inobhutnahmen des Kinder- und Jugendnotdienstes beim Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung handelt) veranschlagt. Die Haushaltsmittel für diese Hilfen sind beim Titel 4460.671.86 mit veranschlagt.

Der Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung erhält aus dem Bereich der einzelfallfinanzierten Hilfen Finanzmittel aus drei Haushaltstiteln (4460.671.86, 4460.682.01 und 4460.893.01). Die Übersicht über die Aufwendungen und Erträge des Landesbetriebs ist dem Wirtschaftsplan (Anlage 2.1) zu entnehmen.

Über die einzelfallfinanzierten Hilfen nach dem SGB VIII hinaus werden im Kapitel 4460 auch die mit diesen Hilfen im Zusammenhang stehenden Leistungen (z.B. Kostenerstattungen, Zuwendungen und Investitionen) veranschlagt.

2. Zuwendungen

Zuwendungen werden im Wesentlichen an Träger der freien Jugendhilfe zur Förderung von Maßnahmen im Bereich des Betriebs- und Investitionshaushaltes gewährt. Dabei kann es sich sowohl um die Mitfinanzierung des laufenden Betriebes von besonderen Projekten und Maßnahmen, die der Förderung und Unterstützung des Rechtsanspruches auf Hilfe zur Erziehung dienen, als auch um strukturbildende und strukturverbessernde Maßnahmen handeln.

Hierzu gehören auch Zuschüsse zur Wohnraumbeschaffung (684.04) sowie Projekte zur Werbung und Betreuung von Pflegestellen und Adoptiveltern (684.05).

Es werden jeweils individuelle Zweckbeschreibungen und Erfolgskontrollanforderungen formuliert. Erfolgskontrollen werden über die kontinuierliche Projektbegleitung durch das zuständige Referat unterstützt.

(Zum Erfolgskontrollkonzept in der Jugendhilfe siehe Ziff. 2 bei Kapitel 4440)

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Ansätze bei den Einnahmen entsprechen denen des Haushaltes 2008.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Ansätze bei den Sach- und Fachausgaben verringern sich gegenüber 2008 um 22.584 Tsd. Euro (2009) bzw. 22.574 Tsd. Euro (2010) auf insgesamt 183.839 Tsd. Euro bzw. 183.849 Tsd. Euro.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer besonderen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

534.81 Betriebsausgaben für die Hilfen zur Erziehung/Rahmenzuweisung an die Bezirke

Die Mittel sind veranschlagt für sonstige Kosten der Hilfen zur Erziehung, d.h. für Maßnahmen, die nicht durch Pflege- und Kostensatzvereinbarungen abgedeckt sind, z.B. Pflegeelternwerbung, -fortbildung und den Pflegeeltern tag sowie für Haftpflichtversicherungsbeiträge für Pflegekinder.
Daneben sind hier kleinere Zuschüsse für Betreute der Amtsvormünder berücksichtigt.

Die Mittel werden im Wesentlichen entsprechend den Verteilungskriterien (Anzahl der Jahresdurchschnittsfälle in der Vollzeitpflege) sowie für die Wahrnehmung der überbezirklichen Aufgaben durch das Bezirksamt Altona (z.B. Pflegeeltern tag) aufgeteilt und im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	7	5	5
Altona	49	47	47
Eimsbüttel	5	5	5
Hamburg-Nord	5	7	7
Wandsbek	8	7	7
Bergedorf	3	3	3
Harburg	5	8	8
Gesamt	82	82	82

633.01 Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger

Die Freie und Hansestadt Hamburg ist nach §§ 89 ff. SGB VIII dazu verpflichtet, auswärtigen Jugendhilfeträgern die Kosten für Hilfen zur Erziehung oder der Inobhutnahme zu erstatten. Etwa 80% des Finanzvolumens entfallen auf Kostenerstattungen für Leistungen an Hamburger Pflegekinder in der Zuständigkeit anderer öffentlicher Träger, für die nach dem Gesetz eine Kostenerstattungspflicht besteht. Der verbleibende Anteil wird für Kostenerstattungen im Zusammenhang mit Heimunterbringungen (§ 89e SGB VIII), der Unterbringung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge (§ 89d SGB VIII) und Inobhutnahmen nach § 42 SGB VIII benötigt.

Mehr in Höhe von 300 Tsd. Euro in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf (Orientierung am Ergebnis 2007).

671.86 Betriebsausgaben für einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII - Zweckzuweisung an die Bezirke

Die Mittel sind vorgesehen für

- die Erstattungen von Kosten für ambulante, teilstationäre und stationäre Erziehungshilfen einschließlich Hilfen nach § 21 SGB VIII, Hilfen für junge Volljährige sowie Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche,
- die Betreuung von Kindern in Pflegestellen gemäß § 33 SGB VIII, Werbung, Betreuung und Beratung von Pflegeeltern/-stellen,
- die Krankenhilfe gemäß § 40 SGB VIII sowie für die Pflegeversicherung gem. § 21 Nr. 4 SGB XI,
- die Erstattung von Kosten für gemeinsame Wohnformen alleinerziehender Mütter und Väter mit ihren Kindern gem. § 19 SGB VIII sowie
- die Erstattung von Kosten für Inobhutnahmen durch die Bezirke gem. § 42 SGB VIII.

Die Erstattungen erfolgen an Institutionen und natürliche Personen. Im Rahmen integrierter Kinder-, Jugend- und Familienhilfeplanungen zur Schaffung von sozialräumlich angelegten Jugendhilfestrukturen können neben fall- auch sozialraumbezogene Finanzierungsformen mit über den Einzelfall hinausgehenden Elementen gewählt werden.

Hilfearten	Fallzahl	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Familienunterstützende und familienergänzende Hilfen §§ 28, 29, 30 (Betreuungshilfe), 31, 32, 35, 35a und 41 SGB VIII	3.371	44.974	44.974
Betreutes Wohnen außerhalb der Familie und in Pflegefamilien §§ 30 (ambulant betreutes Wohnen), 33 und 34 SGB VIII	3.664	116.867	116.867
Sonstige Leistungen (Krankenhilfe, Pflegeversicherung, einmalige Beihilfen, Kosten von Zusatzbetreuungen, Taschengeld, Weihnachtsbeihilfe, Kinderbetreuung in Opferschutzeinrichtungen)	-	7.789	7.789
Gemeinsame Wohnformen für alleinerziehende Mütter und Väter mit ihren Kindern (§ 19 SGB VIII)	98	5.448	5.448
Inobhutnahmen durch die Bezirke (§ 42 SGB VIII)	-	1.552	1.552
Gesamtsumme	-	176.630	176.630

Veranschlagt werden 176.630 Tsd. Euro für 2009/2010. Gegenüber 2008 verringert sich der Ansatz 2009/2010 um 22.607 Tsd. Euro. Die Fachbehörde ergreift zur Begrenzung der Ausgabenentwicklung bei den Hilfen zur Erziehung Steuerungsmaßnahmen, die Auswirkungen sowohl auf die Kosten als auch auf die Fallzahlen haben, bezüglich der Fallzahlen jedoch noch nicht im Einzelnen spezifiziert und mit Prognoserisiken behaftet sind.

Die Mittel werden gem. § 38 Abs. 2 BezVG nach dem erwarteten nächstjährigen Bedarf auf die Bezirke verteilt. Dies erfolgt vorerst nach dem letzten geltenden Schlüssel für Hilfen zur Erziehung. Die Aufteilung wird zu Beginn des jeweiligen Haushaltsjahres auf Basis eines aktualisierten Schlüssels angepasst. Die nachstehende Übersicht zeigt die rechnerische Aufteilung des Gesamtansatzes auf die Bezirke. Da vor der Verteilung der Mittel an die Bezirke erforderliche Einbehalte für zentral durchzuführende Zahlungen zu berücksichtigen sind, können sich die Beträge ändern.

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	36.540	32.386	32.386
Altona	25.981	23.034	23.034
Eimsbüttel	22.693	20.127	20.127
Hamburg-Nord	25.064	22.216	22.216
Wandsbek	42.995	38.117	38.117
Bergedorf	15.760	13.967	13.967
Harburg	30.204	26.783	26.783
Gesamt	199.237	176.630	176.630

Anpassungen durch die Fachbehörde auf Grund veränderter Bedarfe können erfolgen.

Investitionen

Bei den Hilfen zur Erziehung sind insgesamt 727 Tsd. Euro (2009) bzw. 814 Tsd. Euro (2010) für Investitionen veranschlagt. Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

893.01 Zuschüsse für Investitionen im Bereich der Hilfen zur Erziehung und Hilfen für junge Volljährige

Veranschlagt sind Zuwendungen bzw. Zuschüsse an Träger der Jugendhilfe und den Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung für investive Maßnahmen. Es ist insbesondere vorgesehen, geeigneten Wohnraum einschließlich evtl. notwendiger Flächen für Beratungsräume, Gruppenaktivitäten, zentrale Dienste etc. zu schaffen, zu erwerben oder zu sanieren. Entsprechende Zuschüsse können für Planungs- und Baukosten, Kautionen, Genossenschaftsanteile gewährt werden; Erstausrüstung mit Inventar ist ausgenommen. Im Einzelfall dürfen Mittel

- zum Erwerb von Grundstücken und Gebäuden,

4460, 4470

- für im Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg befindliche Gebäude, die durch freie Träger der Jugendhilfe oder den Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung genutzt werden oder genutzt werden sollen und sich im sanierungs- oder umbaubedürftigen Zustand befinden bereitgestellt werden. Es können auch Investitionszuschüsse unter 5 Tsd. Euro geleistet werden.

893.81 Investitionen für die Hilfen zur Erziehung/Rahmenzuweisung an die Bezirke

Es ist vorgesehen, Pflegeeltern Zuschüsse zu gewähren, um die räumlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Pflegekindern zu schaffen.

Es können auch Investitionszuschüsse unter 5 Tsd. Euro geleistet werden.

4470 Andere Aufgaben der Jugendhilfe sowie Straffälligen- und Gerichtshilfe

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Bei der Beratung von Kindern und Jugendlichen in akuten Notlagen und der Inobhutnahme und Herausnahme handelt es sich um gesetzliche Pflichtaufgaben, die rund um die Uhr sicherzustellen sind. Sie werden in Hamburg von den örtlichen Jugendämtern und - zur Sicherstellung außerhalb der regelmäßigen Dienstzeit - schwerpunktmäßig vom Kinder- und Jugendnotdienst des Landesbetriebes Erziehung und Berufsbildung wahrgenommen.

Da die Erstversorgung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge ebenfalls auf der Rechtsgrundlage § 42 SGB VIII – Inobhutnahmen – basiert, ist sie auch diesem Kapitel zugeordnet. Die Mittel werden beim Globaltitel 4620.548.61 veranschlagt und entsprechend dem festgestellten Bedarf per Sollübertragung transferiert (Titel 4470.682.60). Durch die Kostenerstattung anderer Jugendhilfeträger werden Einnahmen bei dem Titel 4470.232.01 und den bezirklichen Einnahmetiteln 1X31.232.02 erwartet.

Im Kapitel 4470 sind darüber hinaus die Mittel zur Bewältigung der Folgen von Straftaten und zur Verbesserung der Lebenslagen straffällig gewordener Menschen gebündelt, die dem Ziel der Vermeidung erneuter Straffälligkeit dienen. Es werden Hilfen bei der sozialen Integration und Existenzsicherung geleistet sowie bei der Suche nach Wohnraum und der Stabilisierung des selbstständigen Lebens im eigenen Wohnraum.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind Zuwendungen für Maßnahmen der Erstversorgung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen veranschlagt. Die Erstversorgung minderjähriger unbegleiteter Flüchtlinge wird vom Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung durchgeführt (682.60). Die Förderung ist leistungsabhängig und erfolgt durch Festbeträge für jeden Betreuungstag. Praktisch werden Erfolgskontrollen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung durchgeführt, aber vor allem auch durch Trägerberatung und fachliche Abstimmungen sowie örtliche Kontrollen bezüglich der Einhaltung von Standards. Die mit den Zuwendungen erwarteten Ergebnisse und die Erfolgskontrollanforderungen werden im Zuwendungsbescheid festgelegt. Zum Erfolgskontrollkonzept in der Jugendhilfe siehe Ziff. 2 bei Kapitel 4440.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Ansätze bei den Einnahmen sind gegenüber denen des Haushaltes 2008 um 48 Tsd. Euro niedriger veranschlagt. Dieses entspricht den aktuellen Einnahmeerwartungen.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Ansätze bei den Sach- und Fachausgaben steigen gegenüber 2008 um 467 Tsd. Euro auf 6.892 Tsd. Euro (2009) bzw. um 358 Tsd. Euro auf 6.783 Tsd. Euro (2010). Die Erhöhung ergibt sich im Wesentlichen aus der Anpassung an tatsächliche Bedarfe.

Nachstehende Titel werden wegen ihrer erheblichen Bedeutung bzw. erheblicher Veränderungen im Einzelnen erläutert:

682.01 Zuschuss für Inobhutnahmen durch den Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung

Veranschlagt sind Mittel für Inobhutnahmen gemäß § 42 SGB VIII, die vom Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung (LEB) verfügt werden, sowie Betreuungs- und Rückkehrkosten für auswärtige Minderjährige im Rahmen der Inobhutnahme.

Gegenüber 2008 erhöht sich der Ansatz um insgesamt 465 Tsd. Euro aufgrund der Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

684.04 Privativormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge

Weggefallener Ansatz.

Das Projekt war bislang auf die Vormundschaften für Flüchtlingskinder beschränkt; das Nachfolgeprojekt umfasst aber alle Mündelgruppen. Es wird kein gesonderter Titel mehr benötigt. Die Mittel werden daher zum Titel 4450.684.13 „Zuschüsse für Familienförderung und sonstige Maßnahmen an Träger der freien Jugendhilfe“ verschoben.

684.86 Betriebsausgaben für die Straffälligen- und Gerichtshilfe/Zweckzuweisung an die Bezirke

Veranschlagt sind Mittel für ambulante Betreuungsprojekte der Jugendgerichtshilfe sowie die pädagogische Begleitung bei der Durchführung von Arbeitsleistungen. Gegenüber 2008 erhöht sich der Ansatz um insgesamt 109 Tsd. Euro aufgrund

- Berücksichtigung eines Mehrbedarfes bei den Mietkosten,
- Ausweitung der pädagogisch begleiteten Arbeitsleistungen in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf sowie
- Ausweitung um zwei weitere soziale Trainingskurse (Anti-Gewalt) in Anpassung an den tatsächlichen Bedarf.

Investitionen

In diesem Kapitel sind keine Investitionen veranschlagt.

4490 Gleichstellung

1. Allgemeines

Im Mittelpunkt der Gleichstellungspolitik stehen die Herstellung rechtlicher Gleichstellung sowie die Gewährleistung von Chancengerechtigkeit in Erziehung, Bildung und Ausbildung beim Zugang zu Beruf und beruflicher Entwicklung. Ebenso dazu gehört die Sicherstellung gleicher gesellschaftlicher Teilhabe einschließlich der Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Männer und Frauen. Diese Zielsetzungen sollen durch Stellungnahmen und Initiativen zu Gesetzgebungsverfahren, Entwicklung und Durchführung von Maßnahmen und Projekten, Beratung und Unterstützung von Institutionen sowie Mitwirkung in Beiräten und Gremien erreicht werden. Die Aufgabenwahrnehmung orientiert sich an der Handlungsstrategie des „Gender Mainstreaming“.

2. Zuwendungen

Der Landesfrauenrat Hamburg (Titel 4490.684.01) und das Magnus-Hirschfeld-Centrum (Titel 4490.684.02) erhalten laufende Zuwendungen.

Darüber hinaus werden einmalige Zuwendungen für modellhafte innovative Gleichstellungsprojekte gewährt.

Hierfür werden Mittel aus dem Zentraltitel 4490.971.01 auf bestehende Titel (in erster Linie auf den Leertitel 4490.684.50) entsprechend dem konkreten Bedarf übertragen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

In diesem Kapitel sind keine Einnahmen veranschlagt.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Mittel für Initiativen und Maßnahmen zur Förderung beruflicher Chancen von Frauen in der Hamburger Wirtschaft sind beim Titel 4490.534.02 (bis einschließlich 2008: 4490.683.01) veranschlagt.

Projekte von zentraler Bedeutung für die Gleichstellungspolitik in Hamburg werden aus dem Zentraltitel 4490.971.01 finanziert, bei dem für diesen Zweck 155 Tsd. Euro veranschlagt sind.

Werden die Maßnahmen im Rahmen von Zuwendungen umgesetzt, erfolgt die Abwicklung in der Regel über den Titel 4490.684.50, bei der Durchführung von Maßnahmen durch die Behörde über den Titel 4490.534.01.

Der Ansatz beim Titel 4490.971.01 wurde gegenüber 2008 um insgesamt 35 Tsd. Euro reduziert; diese Mittel wurden umgeschichtet, um strukturelle Mehrbedarfe beim Landesfrauenrat (Titel 4490.684.01) und beim Magnus-Hirschfeld-Centrum abzudecken.

Investitionen

In diesem Kapitel sind keine Investitionen veranschlagt.

4500 Kindertagesbetreuung

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Am 1. August 2006 sind die Rechtsansprüche auf eine bedarfsgerechte Tagesbetreuung gemäß § 6 Absätze 2 und 3 Hamburger Kinderbetreuungsgesetz (KibeG) in Kraft getreten. Danach hat jedes Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahr einen Anspruch auf Tagesbetreuung in dem zeitlichen Umfang, in dem seine Eltern wegen Berufstätigkeit, Ausbildung oder Teilnahme an einem Deutsch-Sprachkurs die Betreuung nicht selbst übernehmen können. Des Weiteren haben Kinder mit dringlichem sozial bedingten oder pädagogischen Bedarf Anspruch auf Tagesbetreuung in dem zeitlichen Umfang, der notwendig ist, sie bedarfsgerecht zu fördern.

Ein Schwerpunkt im Bereich der Kindertagesbetreuung wird in den Jahren 2009 und 2010 der Ausbau der Krippenbetreuung sein. Die Bundesländer haben sich mit dem Bund am 2. April 2007 darauf geeinigt, die Betreuungsquote bis zum Jahr 2013 auf 35 Prozent zu steigern. Zur Verbesserung der Bildungschancen wird darüber hinaus für alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr ab dem 1. August 2010 ein Anspruch auf eine täglich 5-stündige Betreuung in einer Kindertageseinrichtung eingeführt.

Ab dem 1. August 2009 wird zudem das vorschulische Jahr für die Basisversorgung mit fünf Betreuungsstunden von den Gebühren befreit. Die Familien werden dadurch wirksam entlastet.

Das Niveau der Kinderzahl in Hamburg bleibt nach der Prognose der 10. KBV in den Jahren 2009 und 2010 im Wesentlichen unverändert. Aufgrund des bereits in 2008 begonnenen Krippenausbauprogramms und der Einführung des neuen Rechtsanspruchs für 2-Jährige ab dem 1. August 2010 wird für die weitere Entwicklung der Kindertagesbetreuung erwartet, dass die Anzahl der jahresdurchschnittlich betreuten Kinder im Kita-Gutschein-System gegenüber der ursprünglichen Planung für 2008 von rd. 55.400 auf rd. 63.500 Kinder im Haushaltsjahr 2010 ansteigt.

2. Zuwendungen

In der Kindertagesbetreuung werden Zuwendungen für die Betreuung von Kindern in betrieblichen und sonstigen Einrichtungen (682.01) und in Pädagogischen Mittagstischen (684.01) sowie für die Beratung von Tagespflegepersonen (684.02) gewährt.

Gem. § 23 SGB VIII sollen Zusammenschlüsse von Tagespflegepersonen beraten und unterstützt werden. Durch Zuwendungen wird ein freier Träger gefördert, der diese Aufgabe erfüllt.

Um die Investitionsvorhaben im Krippenbereich zu unterstützen, werden Mittel für Investitionen über die Gewährung von Zuwendungen bereitgestellt. Für das Investitionsprogramm in den Jahren 2008 bis 2013 stellt der Bund auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung mit den Ländern Finanzhilfen für Investitionen in Höhe von 2,15 Mrd. Euro bereit. Für Hamburg sind das insgesamt 47.543 Tsd. Euro. Hamburg stellt ergänzend zu den Bundesmitteln weitere Mittel in Höhe von rd. 5.300 Tsd. Euro für den Ausbau zur Verfügung.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

331.01 „Zuweisung des Bundes aus dem Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung“

Für Hamburg ergeben sich gemäß der mit dem Bund geschlossenen Verwaltungsvereinbarung „Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung 2008 – 2013“ im Zeitraum 2008 bis 2013 Finanzhilfen des Bundes im Umfang von 47.543 Tsd. Euro mit folgenden Jahresbeträgen:

2008	8.329 Tsd. Euro
2009	8.162 Tsd. Euro
2010	7.999 Tsd. Euro
2011	7.839 Tsd. Euro
2012	7.682 Tsd. Euro
2013	7.532 Tsd. Euro

Die Jahressummen sind übertragbar, auf den Verfügungsrahmen des Folgejahres kann vorgegriffen werden.

Ausgaben

Personalausgaben

In den Kontenrahmen für Dienstbezüge und Versorgung sind die Personalausgaben für den neu geschaffenen Kita-TÜV enthalten. Zu den weiteren Personalausgaben in den Kontenrahmen für Dienstbezüge und Versorgung s. Vorwort zum Einzelplan 4.

Sach- und Sachausgaben

Die Sach- und Sachausgaben erhöhen sich gegenüber 2008 um 15.683 Tsd. Euro bzw. 36.463 Tsd. Euro auf 426.668 Tsd. Euro (2009) bzw. 447.448 Tsd. Euro (2010).

534.81 Betriebsausgaben für die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege/Rahmenzuweisung an die Bezirke

Veranschlagt sind Mittel für die Förderung und Unterstützung von Tagespflegeeltern in selbst organisierten Zusammenschlüssen. Die Mittel sind für Schulung, Fortbildung und Erfahrungsaustausch vorgesehen.

Für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 erfolgt die Aufteilung entsprechend der Anzahl von Zusammenschlüssen und Stadtteilgruppen von Tagespflegepersonen, der Höhe der Haushaltsansätze für Kindertagespflege in 2007 sowie des Bevölkerungsanteils bis 15 Jahren je Bezirksamt. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksamter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	2	3	3
Altona	4	4	4
Eimsbüttel	4	3	3
Hamburg-Nord	2	2	2
Wandsbek	4	5	5
Bergedorf	1	1	1
Harburg	2	1	1
Gesamt	19	19	19

671.01 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

Der Ansatz 2009 steigt gegenüber dem Plan 2008 um 14.399 Tsd. Euro. Die Änderung ergibt sich im Wesentlichen durch eine erhöhte Nachfrage im Kita-Gutscheinsystem (insbesondere im Krippenbereich), durch Entgeltsteigerungen und die Ausweitung der Mindestsatzermäßigung sowie ab 2010 durch die Einführung des neuen Rechtsanspruchs für 2-Jährige ab dem 1. August.

Darüber hinaus sollen in 2009 und 2010 in Stadtteilen mit sozialen Problemlagen schrittweise insgesamt 24 weitere Eltern-Kind-Zentren an Kita-Standorten eingerichtet werden. Die Eltern-Kind-Zentren sollen Familien mit Kindern unter drei Jahren durch Förder-, Bildungs- und Beratungsangebote stärken (vgl. Drs. 18/5462).

Veranschlagt sind die Mittel zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen von Trägern der freien Jugendhilfe, der Vereinigung Hamburger Kindertagesstätten gGmbH (Vereinigung) und sonstiger Leistungserbringer unter Einbeziehung der von den Eltern zu tragenden Kostenbeiträge. Ferner werden aus diesem Titel in diesem Zusammenhang stehende, aber nicht unmittelbar kindbezogene Leistungen finanziert (Leitungssockel für kleine Einrichtungen, Fachberatung etc.). Der Zuschussbedarf umfasst im Haushaltsjahr 2009 406.966 Tsd. Euro und im Haushaltsjahr 2010 427.124 Tsd. Euro.

Für die Absicherung der einzugehenden Verpflichtungen über die Rechtsansprüche hinaus, die zur Leistung von Ausgaben im Folgejahr verpflichten, sind für 2009 und für 2010 Verpflichtungsermächtigungen jeweils in Höhe von 15.000 Tsd. Euro ausgewiesen.

671.04 Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen

Die Mittel sind veranschlagt für Maßnahmen zur sprachlichen Förderung zweisprachiger Kinder im Elementarbereich. Dabei sollen neben Honorarmitteln für Fach- und Hilfskräfte auch Maßnahmen gefördert werden, die dazu geeignet sind, die Sprachförderung, insbesondere die von Kindern nicht deutscher Muttersprache, und Lernunterstützung zu optimieren sowie solche zur Qualifizierung des Personals und Fortentwicklung der Konzepte.

681.01 Förderung von Kindern in Kindertagespflege

Veranschlagt sind die Mittel für die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege.

Für die Absicherung der einzugehenden Verpflichtungen über die Rechtsansprüche hinaus, die zur Leistung von Ausgaben im Folgejahr verpflichten, sind für 2009 und für 2010 Verpflichtungsermächtigungen jeweils in Höhe von 3.000 Tsd. Euro ausgewiesen.

Mehr gegenüber Plan 2008 in Höhe von 895 Tsd. Euro (2009) und 1.350 Tsd. Euro (2010) aufgrund von Anpassungen an die aktuellen Bedarfe.

684.01 Betreuung von Kindern in pädagogischen Mittagstischen

Mehr gegenüber Plan 2008 in Höhe von 107 Tsd. Euro durch höhere Auslastung der vorhandenen Kapazitäten.

Investitionen

Im Bereich der Kindertagesbetreuung sind insgesamt 9.616 Tsd. Euro (2009) bzw. 12.476 Tsd. Euro (2010) sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 11.000 Tsd. Euro (2009 und 2010) für Investitionen veranschlagt. Im Einzelnen werden die Investitionsausgaben wie folgt erläutert:

4500, 4600

821.01 Grunderwerb für Tageseinrichtungen

Grundstücke für Tageseinrichtungen sollen erworben werden, wenn zu befürchten ist, dass andernfalls der gesetzliche Anspruch auf Kindertagesbetreuung an einem bestimmten Standort in Zukunft nicht erfüllt werden kann. In den Planjahren sind die Grunderwerbskosten insbesondere in Wohnungsneubaugebieten veranschlagt.

893.41 Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreuung

Es sind Bedarfe für Neubauprojekte, Brandschutzmaßnahmen u. a. veranschlagt.

Um die Investitionsvorhaben im Krippenbereich zu unterstützen, werden Mittel für Investitionen über die Gewährung von Zuwendungen gemäß der BSG-Förderrichtlinie zum Investitionsprogramm Krippenausbau 2008 – 2013 bereitgestellt.

Darüber hinaus werden Mittel für den Investitionspakt zur energetischen Erneuerung der sozialen Infrastruktur für Modernisierungsmaßnahmen in Tageseinrichtungen veranschlagt.

4600 Soziales und Integration

Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel erfolgt insbesondere die Steuerung des sozialen Hilfesystems zur Schaffung und Weiterentwicklung eines effizienten und effektiven Leistungsrechts auf Landesebene im Bereich von SGB II, SGB XII und anderer sozialer Rechtsvorschriften. Weiterhin werden in diesem Bereich die Fachaufgaben und Ressourcen der ausführenden Dienststellen der Sozialverwaltung (einschließlich der Grundsicherungs- und Sozialämter der Bezirke sowie der Arbeitsgemeinschaft SGB II – team.arbeit.hamburg (t.a.h) gesteuert. Für den eigenen Amtsbereich Soziale Hilfen und Integration wird ein Dienstleistungssystem interner Serviceleistungen bereitgestellt.

Zudem werden alle Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die nicht eindeutig einem speziellen Kapitel zugeordnet werden können.

2. Zuwendungen

Veranschlagt werden in diesem Kapitel die Zuschüsse an die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege zur Sicherstellung allgemeiner Betreuungsaufgaben, an deren Durchführung ein erhebliches öffentliches Interesse besteht.

Vier Verfolgtenorganisationen werden durch Zuwendungen gefördert (Titel 685.01: 23 Tsd. Euro). Die Zuwendungen sind im Wesentlichen für die Beratung und Betreuung ehemals Verfolgter bestimmt.

Die Geschwister-Scholl-Stiftung hat im Jahre 1961 die Pflege und Unterhaltung der auf dem hamburgischen Staatsgebiet befindlichen Gräber ehemals Verfolgter des Nationalsozialismus übernommen. Ihr wurde durch Vertrag vom 06.06.1961 auf dem Friedhof Ohlsdorf ein Ehrenfeld für ca. 1.000 Grabstellen zur Verfügung gestellt. Für die Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die Stiftung Zuwendungen (Titel 685.02: 120 Tsd. Euro).

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Zu diesem Bereich gehört u.a. der Kostenersatz

- durch die gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherungsträger
- von auswärtigen Sozialhilfeträgern
- durch sonstige Dritte für Leistungen der Sozialhilfe.

Diese Einnahmen beruhen auf Vorleistungen für vorrangig Verpflichtete. Es handelt sich somit nicht um „echte“, sondern um „scheinbare“ Einnahmen. Ziel des Sozialhilfeträgers ist es, durch Absprachen mit den vorrangig Verpflichteten kürzere Bearbeitungszeiten und Abschlagzahlungen zu erreichen, um entsprechende Vorleistungen so gering wie möglich zu halten. Deshalb ist dem Sozialhilfeträger eher an einer Verminderung als an einer Erhöhung dieser Einnahmearten gelegen.

Demgegenüber stehen die „echten“ Einnahmen

- durch Kostenbeitrag bzw. Aufwendersersatz
- durch Ersatz von Unterhaltspflichtigen
- durch Kostenersatz für Leistungen der Sozialhilfe.

Kostenbeiträge und Aufwendersersatz können erhoben werden z.B. von Leistungsberechtigten der laufenden Hilfe zum Lebensunterhalt, die ein für den notwendigen Lebensunterhalt ausreichendes Einkommen oder Vermögen haben, jedoch

einzelne für ihren Lebensunterhalt notwendige Tätigkeiten nicht leisten können. Die Hilfe wird auch dann in vollem Umfang gewährt, wenn dem Hilfesuchenden die Aufbringung der Mittel zu einem Teil zuzumuten ist. In Höhe dieses Teils hat der Hilfesuchende zu den Kosten beizutragen. Diese Verpflichtung kann auch für die Eltern, Kinder oder Ehegatten des Leistungsberechtigten bestehen.

Durch die Sozialhilfeleistungen sind nach bürgerlichem Recht Unterhaltsverpflichtete nicht von ihrer Verpflichtung entbunden. Sie werden im Rahmen der sozialhilferechtlichen Vorschriften zu Unterhaltszahlungen herangezogen.

Während laufende Unterhaltszahlungen bei der Berechnung der Sozialhilfe als anrechenbares Einkommen berücksichtigt werden, werden Unterhaltsnachzahlungen als Einnahmen behandelt.

Sowohl „echte“ als auch „scheinbare“ Einnahmen fallen unter den Begriff „Kostenersatz“. Als Kostenersatz wird ebenfalls die Rückzahlungspflicht von Personen bezeichnet, die ihre Bedürftigkeit oder die ihrer unterhaltsberechtigten Angehörigen grob fahrlässig oder vorsätzlich selbst herbeigeführt haben. Kostenersatz kann außerdem nach dem Tode des Hilfesuchenden im Rahmen der Nachlassverbindlichkeiten auch von den Erben verlangt werden.

Die Veranschlagung der Einnahmen erfolgt grundsätzlich auf der Basis des Jahresergebnisses 2007 und der Annahmen für die voraussichtliche Entwicklung der Folgejahre.

182.08 Aus systematischen Gründen hier veranschlagt, bisher mit gleicher Zweckbestimmung bei 4630.182.08.

Ausgaben

Personalausgaben

siehe Vorbemerkung zum Einzelplan 4

Sach- und Fachausgaben

546.03 Erstmals werden neben Aufwendungen im Zusammenhang mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Förderung des Bürgerengagements und der Selbsthilfe zusätzlich Mittel für generationsübergreifende Dienste veranschlagt. Die Konzeption soll bis Anfang 2009 erstellt werden; die Aufstockung beträgt 250 Tsd. Euro.

633.01 Veranschlagt sind Erstattungsleistungen an auswärtige Sozialhilfeträger, die ambulante oder stationäre Leistungen erbracht haben, für welche Hamburg Kostenträger ist. Die Veranschlagung orientiert sich am Ergebnis 2007.

685.01 Veranschlagt sind Zuschüsse für vier hamburgische Verfolgtenorganisationen, die ehrenamtliche Betreuungen hochbetagter NS-Verfolgter ausüben.

Projekt	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro			
Arbeitsgemeinschaft ehemals Verfolgter Sozialdemokraten	6	6	6	6
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Landesverband Hamburg	2	2	2	2
Notgemeinschaft der durch die Nürnberger Gesetze Betroffenen	10	10	10	10
Arbeitsausschuss der Organisationen ehemals Verfolgter in Hamburg	4	5	5	5
abzüglich Rückflüsse	0	0	0	0
Gesamt	22	23	23	23

685.02 Veranschlagt sind die Zuschüsse an die Geschwister-Scholl-Stiftung für die Pflege und die Unterhaltung eines Ehrenfeldes ehemals durch den Nationalsozialismus Verfolgter auf dem Friedhof Ohlsdorf.

Investitionen

863.07 Aus systematischen Gründen hier veranschlagt, bisher mit gleicher Zweckbestimmung bei 4630.863.07.

893.42 Finanziert werden kleine Investitionsmaßnahmen von zuwendungsfinanzierten Trägern im sozialen Bereich, soweit die Kosten nicht über die Regelzuweisung abzudecken sind. Gefördert werden u. a. Neubeschaffungen, Instandsetzungsmaßnahmen und Projekte - auch unter 5 Tsd. Euro -, in deren Ansätzen keine Investitionsmittel enthalten sind.

4610 Hilfen zum Lebensunterhalt

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Kapitel beinhaltet

die **Einnahmen**, die sich hauptsächlich ergeben aus

- der Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II in Höhe von rd. 136 Mio. Euro (2009) bzw. 135 Mio. Euro (2010)
- der Erstattung des Bundes zur Deckung der Mehrausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII in Höhe von rd. 16,6 Mio. Euro (2009) bzw. rd. 19,5 Mio. Euro (2010),
-

alle **Ausgaben**, die außerhalb und innerhalb von Einrichtungen im Zusammenhang mit dem Leben und Wohnen entstehen:

- Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII,
- Kommunale Leistungen nach dem SGB II.

Die **laufenden Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt und der Grundsicherung** - Gesamtvolumen jeweils 176,2 Mio. Euro (2009/2010) – umfassen:

- Aufwendungen für Ernährung, Körperpflege, persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens und Energiekosten sowie
- Kosten der Unterkunft einschließlich Heizung
- ggf. Leistungen zur Aufrechterhaltung einer freiwilligen Krankenversicherung und/oder Alterssicherung.

Die Aufwendungen werden für **Personen außerhalb von Einrichtungen**

- durch Regelsätze abgegolten, die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen für bestimmte Fälle um Mehrbedarfszuschläge erhöht werden können
- für Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten erstattet, sofern diese angemessen sind.

Für **Personen in Einrichtungen** gelten entsprechende Beträge.

Auf die Regelsätze, die auf der Basis des § 28 SGB XII vom Senat im Wege einer Rechtsverordnung festgelegt werden, besteht dem Grunde und der Höhe nach ein Rechtsanspruch. Sie entziehen sich damit einer Steuerung durch den Sozialhilfeträger.

Die **kommunalen Leistungen nach dem SGB II** - Gesamtvolumen 481,9 Mio. Euro (2009) bzw. 479,0 Mio. Euro (2010) - umfassen:

- Leistungen für Unterkunft und Heizung
- Einmalige Leistungen.

Einmalige Leistungen nach dem SGB II und dem SGB XII werden nur für die im Gesetz festgelegten Bedarfe und Anlass bezogen gewährt und sind deshalb von den Regelleistungen bzw. Regelsätzen der laufenden Leistung nicht erfasst:

- Erstaussstattungen der Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten,
- Erstaussstattungen für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt,
- Mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

Die **Entwicklung der Hilfen** ist in erster Linie abhängig von folgenden Faktoren:

- Fallzahlen, die ihrerseits durch die Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (z.B. Arbeitslosigkeit) im Leistungsbereich des SGB II bzw. der demografischen Entwicklung im Bereich der Grundsicherung nach Kapitel 4 SGB XII wesentlich beeinflusst werden und Steigerungen der Wohnungsmieten, Betriebs- und Heizkosten.

Der Mittelbedarf für die Hilfen zum Lebensunterhalt wird wesentlich bestimmt durch die Zahl der Leistungsbezieher nach dem SGB II und SGB XII.

Die Veranschlagung im Haushaltsplan 2009/2010 basiert auf der im Haushaltsjahr 2007 eingetretenen Entwicklung der Fallzahlen und Kostensätze und berücksichtigt zugleich die weitere Entwicklung im 1. Halbjahr 2008.

Im Einzelnen liegen der Veranschlagung für 2009/2010 folgende Annahmen zugrunde:

- Fallzahlreduzierung im Bereich des SGB II für 2008 von rd. 1,4 % gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2007, danach weitere Absenkung der Fallzahlen für 2009 um rd. 1,2 % und für 2010 um weitere rd. 0,6 %.

- Fallzahlreduzierung im Bereich der Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII für 2008 um 0,6% gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2007, keine weiteren Veränderungen in den Jahren 2009 und 2010.
- Fallzahlanstieg im Bereich der Grundsicherung nach dem 4. Kapitel SGB XII für 2008 von rd. 7,5 % gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2007, keine weiteren Veränderungen in den Jahren 2009 und 2010
- Kostensteigerungen von 3,4 % bei den Leistungen der Unterkunft und Heizung.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind Zuwendungen für Aktivierungsmaßnahmen nach § 11 SGB XII und für die psychosoziale Betreuung nach § 16 (2) Ziff. 3 SGB II sowie Beratungsangebote für Arbeitslose veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

- 182.02 Veranschlagt ist die Rückzahlung von Darlehen an Auszubildende. Die Veranschlagung orientiert sich am Ergebnis 2007.
- 231.04 Die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung (SGB XII, Kapitel 4) wird in das SGB XII überführt und als prozentual gestaffelte Kostenverteilung in Höhe von zunächst 13 v. H. im Jahr 2009 festgelegt, die bis zum Jahr 2012 um jährlich ein Prozent erhöht wird. Für 2009 wird von rd. 16,6 Mio. Euro und für 2010 von rd. 19,5 Mio. Euro ausgegangen.
- 231.05 Die Veranschlagung orientiert sich an den voraussichtlichen Ausgaben bei dem Titel 4610.681.07.
Bis Ende 2008 beteiligt sich der Bund mit 28,6 % an den Leistungen für Unterkunft und Heizung nach dem SGB II. Die finanziellen Auswirkungen der Folgejahre ab 2009 sind abhängig von der bundesweiten Entwicklung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften in der Grundsicherung für Arbeitsuchende.
- 236.03 Veranschlagt ist der Ersatz für Leistungen der Sozialhilfe durch die Arbeitsverwaltung. Die Veranschlagung orientiert sich am Ergebnis 2007.
- 236.04 Veranschlagt ist der Ersatz für Vorleistungen der Sozialhilfe durch die Familienkasse entsprechend den §§ 53 SGB I und 102 SGB X. Die Veranschlagung orientiert sich am Ergebnis 2007.
- 236.07 Veranschlagt sind Erstattungen für Leistungen der Sozialhilfe durch die Jugendämter. Es wird durch die konsequente Beachtung des Nachrangprinzips und die geringe Zahl der potentiell Berechtigten davon ausgegangen, dass die Vorleistungen des Sozialhilfeträgers begrenzt bleiben. Die Veranschlagung orientiert sich daher am Ergebnis 2007.
- 236.11 Veranschlagt sind Einnahmen von Sozialhilfeträgern für Leistungen der Sozialhilfe an Deutsche im Ausland. Die Veranschlagung orientiert sich am Ergebnis 2007.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

- 671.01 Veranschlagt sind Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kapitel 3 SGB XII an Personen innerhalb von Einrichtungen einschl. der darin erbrachten Kosten der Unterkunft. Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2007 zuzüglich einer Kostensteigerung von 0,27% (50% der Regelsatzerhöhung zum 01.07.2007 um 0,54%) für 2008 sowie der Berücksichtigung sinkender Fallzahlen für 2008 von rd. 0,6 % (Veränderungsrate 2007 gegenüber 2006) bei unveränderter Fortschreibung für die Jahre 2009 und 2010.
- 671.32 Veranschlagt sind Leistungen der bedarfsorientierten Grundsicherung nach Kapitel 4 SGB XII an Personen innerhalb stationärer Einrichtungen einschl. der darin erbrachten Kosten der Unterkunft und Heizung. Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2007 und einer Kostensteigerung von 0,27% (vgl. Titel 671.01). Für die Fallzahlberechnung 2008 wurde die Veränderungsrate 2007 zu 2006 von -1,9 % herangezogen und für 2009 und 2010 unverändert fortgeschrieben.
- 681.01 Die Veranschlagung basiert auf dem Jahresergebnis 2007 zuzüglich einer Kostensteigerung von 0,27% (vgl. Titel 671.01) sowie der Berücksichtigung von 3.100 Personen. Hierbei wurde die für 2008 zu Grunde gelegte Fallzahlreduzierung von rd. -0,6% (Veränderungsrate 2007 zu 2006) für die Jahre 2009 und 2010 fortgeschrieben.
- 681.05 Veranschlagt sind Mittel, die in Form von leistungsabhängigen Fallpauschalen für Schuldner- und Insolvenzberatung an private Träger ausgekehrt werden. Die Ansatzerhöhung um 776 Tsd. Euro dient dazu, dem gestiegenen Bedarf nach Schuldnerberatung Rechnung zu tragen.

- 681.07 Veranschlagt sind die Kosten der Unterkunft und Heizung für die Leistungsempfänger nach dem SGB II. Anhand der seit der 2. Jahreshälfte 2007 erkennbaren Abnahme der Leistungsempfänger wird die erwartete durchschnittliche Fallzahl 2008 auf ca. 196.500 Personen geschätzt und dem weiterhin positiven Entwicklungstrend auf dem Arbeitsmarkt für 2009 auf jahresdurchschnittlich 194.120 Personen und für 2010 auf jahresdurchschnittlich 192.940 Personen angepasst. Dabei wurde auch der Wechsel bisheriger Leistungsempfänger nach dem SGB II in den Leistungsbezug nach dem 4. Kapitel SGB XII wegen der Feststellung der Nichterwerbsfähigkeit berücksichtigt. Darüber hinaus wurde insbesondere wegen des Anstiegs der Preise für Heizenergie eine Kostensteigerung für 2008 von 3,4% berücksichtigt. Die Höchstwerte der Kosten der Unterkunft werden angepasst an Veränderungen des Mietenspiegels.
- 681.08 Veranschlagt sind die Kosten der Unterkunft und Heizung für die Leistungsempfänger nach dem 3. Kapitel SGB XII. Die Fallzahlberechnung entspricht der beim Titel 681.01. Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2007 zuzüglich der im Titel 681.07 berücksichtigten Kostensteigerung für 2008 von 3,4%. Die Höchstwerte der Kosten der Unterkunft werden angepasst an Veränderungen des Mietenspiegels.
- 681.09 Veranschlagt sind die Kosten der Unterkunft und Heizung für die Leistungsempfänger nach dem 4. Kapitel SGB XII außerhalb von Einrichtungen. Für die Fallzahlberechnung wurde die Veränderungsrate 2007 zu 2006 von rd. 9,6% herangezogen und für 2009 und 2010 unverändert fortgeschrieben. Die für die Veranschlagung zugrunde gelegte Empfängerzahl von 21.796 Personen berücksichtigt sowohl weitere Zuwächse aufgrund der Ambulantisierungsmaßnahmen in der Eingliederungshilfe als auch den Wechsel bisheriger Leistungsempfänger nach dem SGB II in den Leistungsbezug nach dem 4. Kapitel SGB XII wegen der Feststellung der Nichterwerbsfähigkeit. Darüber hinaus wurde insbesondere wegen des Anstiegs der Preise für Heizenergie eine Kostensteigerung für 2008 von 3,4% berücksichtigt. Die Höchstwerte der Kosten der Unterkunft werden angepasst an Veränderungen des Mietenspiegels.
- 681.10 Veranschlagt sind Beiträge für freiwillige Mitgliedschaften in der Kranken- und Pflegeversicherung. Die Veranschlagung orientiert sich am Ergebnis 2007.
- 681.11 Bei diesem Titel sind die Aufwendungen für einmalige Leistungen an Berechtigte nach dem SGB XII veranschlagt. Für die Veranschlagung wurden die Personenzahlen wie bei den Titeln 681.01 (3.100) und 681.09 (21.796) mit den durchschnittlichen Ausgaben 2007 je Hilfeempfänger von 1,84 Euro pro Monat berücksichtigt.
- 681.12 Leistungsempfänger nach dem SGB II/XII können bei Nachweis ihrer Leistungsberechtigung (Sozialkarte) einen Preisnachlass von 18 € auf vom HVV angebotenen Zeitkarten erhalten. Die Regelung wird zum 1. Januar 2009 neu eingeführt. Der Veranschlagung zugrunde gelegt wurde eine monatliche Inanspruchnahme in rd. 34.000 Fällen (einschließlich AsylbLG). Die Prognose basiert auf der prozentualen Nutzungsrate des früheren Sozialtickets und berücksichtigt darüber hinaus den inzwischen wesentlich höheren Anteil an leistungsberechtigten Erwerbstätigen bzw. 1 Euro-Jobbern, bei denen von einem höheren Bedarf an Zeitkarten und Jobtickets auszugehen ist.
- 681.14 Veranschlagt sind die einmaligen Leistungen nach dem SGB II. Die Veranschlagung wurde an die für die Kosten der Unterkunft beim Titel 681.07 zugrunde gelegte Fallzahl für die Jahre 2009 - 2010 angepasst.
- 681.17 Veranschlagt sind die Bestattungskosten nach § 74 SGB XII. Die Veranschlagung berücksichtigt eine durchschnittliche Fallzahl von 1.356 (10-jähriges Mittel) und durchschnittliche Kosten von 2.490 Euro (5-jähriges Mittel plus Kostensteigerung von 3,5%).
- 681.30 Veranschlagt sind Leistungen der bedarfsorientierten Grundsicherung nach Kapitel 4 SGB XII an Personen außerhalb von Einrichtungen. Die Fallzahlentwicklung entspricht der beim Titel 681.09. Darüber hinaus wurde eine Kostensteigerung von 0,27% (50% der Regelsatzerhöhung zum 01.07.2007 um 0,54%) für 2008 berücksichtigt (vgl. Titel 671.01).
- 681.34 Veranschlagt sind die Ausgaben für ergänzende Darlehen an Personen, die ihren Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können und deshalb einen Anspruch auf Leistungen nach den Kapiteln 3 oder 4 SGB XII haben. Die Veranschlagung orientiert sich am Ergebnis 2007. Berücksichtigt ist die Fallzahlentwicklung entsprechend der Titel 681.01 und 681.09.
- 684.12 Veranschlagt sind die Mittel für die psychosoziale Betreuung gemäß § 16 Absatz 2 Nr. 3 SGB II und Beratung und Aktivierung gemäß § 11 SGB XII. Die Haushaltsmittel, die bisher im Haushaltstitel 4610.684.04 für aktivierende Maßnahmen nach § 11 SGB XII veranschlagt wurden, sind auf den Titel 4610.684.12 übergegangen.

Projekt (Träger)	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro			
Psychosoziale Betreuung nach § 16 (2) SGB II (ATH)	1.226	1.230	1.230	1.230
Psychosoziale Betreuung nach § 16 (2) SGB II (Aqtivus)	397	410	410	410
Psychosoziale Betreuung nach § 16 (2) SGB II (SPSH)	108	110	110	110
Psychosoziale Beratung / Betreuung von Arbeitslosen (Kirchenkreis Har- burg)	7	7	7	7
Niedrigschwellige flankierende Maß- nahmen (flaks)	5	6	6	6
Kaffeeklappe St. Pauli (DW)	35	30	30	30
Wiedereingliederung Arbeitslose (Pla- katwerkstatt)	0	0	0	0
Aktivierende Maßnahmen nach § 11 SGB XII		284	284	284
Noch nicht festgelegt			5	5
Gesamt (gerundet) einschließlich Vor- jahresvergleichszahlen von 4610.684.04	1.875	2.077	2.082	2.082

4620 Hilfen für Wohnungslose

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Kapitel beinhaltet

die **Einnahmen** in Höhe von jeweils rd. 5,2 Mio. Euro (2009/2010), die in erster Linie erzielt werden aus Rückzahlungen von darlehensweise gewährten Hilfen zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage (z.B. Übernahme von Mietschulden und damit im Zusammenhang stehende Kosten, Gewährung von Mietkautionen oder Mietvorauszahlungen bzw. Genossenschaftsanteilen) sowie Benutzungsgebühren für die Unterbringung Wohnungsloser in Durchgangs- bzw. Gemeinschaftsunterkünften,

alle **Ausgaben** in Höhe von rd. 53,4 / 52,5 Mio. Euro (2009/2010), die erforderlich sind zur Verhinderung oder Überwindung von Obdachlosigkeit und zur Unterbringung von Aussiedlern und Zuwanderern (inkl. der Erstattung der Aufwendungen für Obdachloseneinrichtungen und Wohnunterkünfte von fördern & wohnen - Anstalt öffentlichen Rechts).

Der bestehenden Obdachlosigkeit wird durch vielfältige sozial- und wohnungspolitische Maßnahmen entgegengewirkt. Durch die Neuorganisation des Hilfesystems für Wohnungslose zum 01.07.2005 mit der Einrichtung der Fachstellen für Wohnungsnotfälle in den Bezirken konnte die Versorgung obdachloser Menschen, insbesondere mit privatrechtlichem Wohnraum, verbessert werden. Die Bündelung der Hilfen zur Vermeidung von Wohnungsverlust bzw. zur Bekämpfung bestehender Wohnungslosigkeit in den Fachstellen dient einer optimierten Hilfestellung. Die Maßnahmen tragen dazu bei, das Ausmaß an Obdachlosigkeit zu reduzieren, wodurch auch Haushaltsmittel für Unterbringungskosten eingespart werden. Die Wohnungsversorgung konnte seit Aufnahme der Arbeit der Fachstellen auch durch Inkrafttreten des zweiten Teils des Kooperationsvertrages mit der Wohnungswirtschaft verbessert werden. Ca. 600 zusätzliche Wohnungen werden für wohnungslose Personen im Laufe eines Jahres zur Verfügung gestellt.

Durch die Aufgabe der getrennten Belegung von Zuwanderern und Wohnungslosen in den Wohnunterkünften können die vorhandenen Platzkapazitäten flexibler genutzt werden. Das ermöglicht eine effektivere Platzauslastung und eine bessere Steuerung des erforderlichen Platzabbaus.

Die gezielten Maßnahmen zur Integration obdachloser Menschen in Wohnraum werden durch persönliche und finanzielle Hilfen – insbesondere auf der Grundlage des § 67 SGB XII – vorbereitet und begleitet.

Die Beratungs- und Hilfemaßnahmen in freier und staatlicher Trägerschaft zur Stabilisierung und Stärkung des Selbsthilfepotentials Obdachloser sollen dazu beitragen, dass diese bestehende soziale Schwierigkeiten überwinden und dadurch möglichst dauerhaft Obdachlosigkeit vermieden werden kann.

Der Bereich der Zuwanderung ist in seiner Entwicklung im Hinblick auf die Zahl der Neuzugänge nach Hamburg und den Verbleib in der öffentlichen Unterbringung - auch unter Berücksichtigung angebotener Rückkehrhilfen - unverändert von schwer beeinflussbaren Faktoren bestimmt. Die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz geht bei ihren Prognosen von einem fortgesetzt niedrigen Zugang aus.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind Zuwendungen u. a. veranschlagt für

- den Betrieb von Tagesaufenthalts- und Notübernachtungsstätten für Wohnungslose und für die Bahnmissionsmissionen. Obdachlose, die buchstäblich „auf der Straße“ leben, benötigen ein niedrigschwelliges Angebot, um ihr Überleben zu sichern. Bei der Gestaltung dieser Hilfeangebote kommt es darauf an, dass möglichst alle Obdachlosen erreicht werden. Ziel ist eine Grundlage für die Reintegration zu schaffen (Titel 684.01).
- Träger von Einrichtungen für Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gemäß § 67 SGB XII (soziale Beratungsstellen u. .ä. Angebote, Titel 684.05).

3. Erläuterung der Ausgaben (Für Einnahmen kein Erläuterungsbedarf)

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

- 535.81 Veranschlagt sind die mit der Unterhaltung und Bewirtschaftung des Durchreiseplatzes für Sinti und Roma verbundenen Kosten. Die Veranschlagung orientiert sich am Ergebnis 2007. Rahmenzuweisung an den Bezirk Altona.
- 671.08 Veranschlagt ist die stationäre und teilstationäre Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten gemäß § 67ff. SGB XII. Die Hilfe richtet sich an Menschen, die aufgrund besonderer sozialer Schwierigkeiten (z.B. Obdachlosigkeit) nicht am Leben in der Gemeinschaft teilnehmen können und nicht in der Lage sind, die bestehenden Schwierigkeiten aus eigener Kraft zu bewältigen. Der Bedarf errechnet sich aus dem Ergebnis 2007 unter Berücksichtigung von Fallzahl- und Kostensteigerungen.
- 681.87 Veranschlagt sind Mittel für außerordentliche Instandsetzungsarbeiten an der Wohnanlage Georgswerder Ring in Wilhelmsburg. Der Ansatz orientiert sich am Ergebnis 2007. Zweckzuweisung an den Bezirk Hamburg-Mitte.

684.01 Veranschlagt sind Zuschüsse für den Betrieb von Tagesaufenthalts- und Notübernachtungsstätten für Obdachlose und für die Bahnhofsmision.

Projekt	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro			
Bahnhofsmision / CV	60	60	60	60
Bahnhofsmision / DW	199	216	197	197
Projekt „Straßensozialarbeit in der City“ *)	-	-	56	56
DW / Tagesaufenthaltsstätte Bundesstraße	79	82	82	82
DW / Herz As	233	238	241	241
Kemenate Frauen Wohnen	210	210	210	210
Die Mission e.V.	12	12	7	7
Domplatz (aus Haushaltsrest)	24	-	24	24
abzüglich Rückflüsse	-2			
Gesamt	815	818	877	877

*) Finanzierung bis 2008 aus Resten des Titels 4620.684.05. Ab 2009 finanziert durch Umschichtung von 50.000 Euro vom Titel 4620.534.01.

684.05 Veranschlagt sind Zuschüsse

- an die Träger von sieben sozialen Beratungsstellen, die ambulante Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten außerhalb von Einrichtungen gewähren,
- an die Roma und Sinti Union (RCU) e. V. für den laufenden Betrieb einer Beratungsstelle. Der Schwerpunkt liegt bei der sozialen Beratung und Unterstützung.
- an den Verein Integrationshilfen e.V. sowie die gemeinnützige Wohnheimgesellschaft des Hamburgischen Fürsorgevereins.

Projekt	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro			
SB Altona	306	308	317	317
SB Harburg	292	309	314	314
SB Hamburg-Ost	317	311	317	317
SB Eimsbüttel	333	320	330	330
SB Nord	328	330	335	335
SB Wandsbek	327	342	342	342
SB Hamburg-Mitte	338	374	355	355
Gemeinnützige Wohnheimgesellschaft	43	53	50	50
Integrationshilfen e. V. Projekt Sprungbrett	57	53	58	58
Beratungsstelle Roma und Sinti	155	162	160	160
Integrationshilfen e. V. Projekt Trotzdem	130	127	135	135
Straßensozialarbeit*)	57	0	0	0
abzüglich Rückflüsse	-51	-	-	-
Gesamt	2.632	2.688	2.713	2.713

*) Das Projekt "Straßensozialarbeit in der City" wurde bis 2008 aus Resten finanziert und ist jetzt regelhaft beim Titel 4620.684.01 veranschlagt.

Betriebskonto Z 61

Grundlage für die Veranschlagung sind die Platzkapazitäten der öffentlichen Unterbringung für Wohnungslose, Aussiedler und Zuwanderer, ausgehend von dem benötigten Platzbestand Anfang 2008.

Für 2008 wird eine Verminderung der Plätze um 15,7 %, für 2009 um 8,8 % und für 2010 um 6,4 % angenommen. Die geringeren Platzkapazitäten sind u. a. möglich durch die intensive Wohnungsvermittlung der Fachstellen für Wohnungsnotfälle.

Daraus ergibt sich folgende voraussichtliche Platzzahlentwicklung für die Jahre 2009 / 2010:

Betriebskonto 4620 Z 61	benötigter Platzbestand am 01.01.2008	Abgänge 2008	erwarteter Platzbestand am 31.12.2008 / 01.01.2009	Abgänge 2009	erwarteter Platzbestand am 31.12.2009 / 01.01.2010	Mittelwert *) 2009 (zu finan- zierende Ka- pazitäten)	zum Ver- gleich: Mittel- wert 2007 (lt. Haushalts- plan)
Z 61 gesamt	9.697	1.520	8.177	720	7.457	7.817	10.389

*) Mittelwert = arithmetisches Mittel der Platzbestände am jeweiligen Jahresbeginn und Jahresende; zugleich Zahl der jahresdurchschnittlich zu finanzierenden Plätze.

Betriebskonto 4620 Z 61	benötigter Platzbe- stand am 31.12.2009 / 01.01.2010	Abgänge 2010	erwarteter Platzbe- stand am 31.12.2010	Mittelwert 2010 (zu finanzierende Ka- pazitäten)
Z 61 gesamt	7.457	480	6.977	7.217

Bedarfe des Betriebskontos Z 61 im Einzelnen:

veranschlagt bei Titel	Zweck / Bedarf	Platzzahl 2009	Ansatz 2009 In Tsd. Euro	Platzzahl 2010	Ansatz 2010 in Tsd. Euro
	<u>a) Unterbringung v. Wohnungslosen, Aussiedlern und Zuwanderern</u>				
548.61	Bezirke	356	1.216	356	1.216
671.61	fördern & wohnen (inkl. Personalkosten)	7.461	20.238	6.861	19.402
	gesamt	7.817	21.454	7.217	20.618
	<u>b) sonstige Bedarfe der Unterbringung</u>				
548.61	Erstversorgung von minderjährigen unbegleiteten Flüchtlingen nach dem SGB VIII (14 Plätze ganzjährig finanziert)	14	429	14	429
	<u>c) sonstige Bedarfe der BSG und anderer Behörden</u>				
548.61	Dolmetscher an GHR-Schulen	-	4	-	4
548.61	Zuschüsse an Verbände für Beratung/Betreuung (RCU)	-	57	-	57
548.61	offene Kinderbetreuung Übergangswohneinrichtungen	-	400	-	400
548.61	ärztliche Erstuntersuchung von Asylbewerbern	-	1	-	1
548.61	Sonstiges	-	2.555	-	2.291
Z 61	Betriebskonto Z 61 -Betriebshaushalt- gesamt (Tsd. Euro):	-	24.900	-	23.800

Investitionen

- 863.04 Darlehen zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage sowie zur Beschaffung von Wohnraum für Berechtigte nach dem SGB XII.
- 863.05 Darlehen zur Sicherung der Unterkunft oder zur Behebung einer vergleichbaren Notlage sowie zur Beschaffung von Wohnraum für Berechtigte nach dem SGB II.
- 891.61 Vorgesehen sind Zuschüsse für Investitionen für f&w -Anstalt öffentlichen Rechts- zur Finanzierung von Sanierungsmaßnahmen in den vorgehaltenen Einrichtungen.
- 893.02 Vorgesehen sind Absicherungen der vertraglichen Bindungen an Träger zur Bereitstellung des Eigengeldanteils bei der Durchführung des Wohnungsbaus für Obdachlose und Investitionen zur Durchführung von Wohnprojekten für Wohnungslose über den Leertitel 4620.893.42. Für die beabsichtigten Maßnahmen sind die Reste aus den Vorjahren auskömmlich, so dass 2009 und 2010 keine Ansätze ausgewiesen werden.

4630 Gesundheitshilfen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Das Kapitel beinhaltet

die **Einnahmen** in Höhe von jeweils 0,6 Mio. Euro (2009/2010) aus Ersatzleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung für Vorleistungen des Sozialhilfeträgers, -

alle **Ausgaben**, die im Zusammenhang mit dem Gesundheits- und Krankenschutz stehen. Es handelt sich dabei im ambulanten und stationären Bereich jeweils um die Hilfe bei Krankheit, Hilfe zur Familienplanung, vorbeugende Gesundheitshilfe und Hilfe bei Schwangerschaft und Mutterschaft für alle Personen, die leistungsberechtigt nach dem fünften Kapitel des SGB XII sind, und Personen mit Anspruch auf Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel des SGB XII, soweit sie krankenhilfeberechtigt sind.

Leistungen für **ambulante Kranken- und Gesundheitshilfen** - Gesamtvolumen von rd. 31,0 Mio. Euro für 2009 und von rd. 30,8 Mio. Euro für 2010 - werden insbesondere gewährt für ärztliche (einschl. Schwangerschaftsabbruch) und zahnärztliche Behandlung, Zahnersatz und kieferorthopädische Behandlung, Arznei-, Verband- und Heilmittel (Bäder, Massagen, Krankengymnastik), Körperersatzstücke sowie orthopädische und andere Hilfsmittel – soweit sie nicht zur Eingliederungshilfe oder zur Hilfe zur Pflege gehören –, häusliche Krankenpflege, Krankentransport, Vorsorgeuntersuchungen und Hebammenhilfe.

Leistungen für **stationäre Kranken- und Gesundheitshilfen** - Gesamtvolumen von rd. 23,3 Mio. Euro für 2009 und von rd. 23,1 Mio. Euro für 2010 - konzentrieren sich im Wesentlichen auf die stationäre Krankenhausbehandlung (inkl. Klinikentbindungen).

Die bisher hier veranschlagten **Sonstigen Hilfen** (Darlehen bei Vorhandensein verwertbaren Vermögens nach § 91 SGB XII sowie der korrespondierende Einnahmetitel wurden aus systematischen Gründen mit gleichen Zweckbestimmungen nach Kapitel 4600 umgesetzt).

Im Bereich des SGB XII werden die Rahmendaten durch die gesetzlichen Bestimmungen, nach denen ein sozialhilferechtlicher Anspruch zu befriedigen ist, gesetzt. Die **Ausgabenentwicklung der Gesundheitshilfen** im ambulanten und stationären Bereich ist in erster Linie von folgenden Faktoren abhängig:

- Veränderungen im Bereich vorgelagerter Sozialleistungssysteme,
- Veränderung der Empfängerzahlen,
- Preiserhöhungen der Anbieter / Entwicklung der Krankenhaus-Tagespflegesätze.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind keine Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Ausgaben

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

- 671.01 Veranschlagt sind die Kosten der Hilfe bei Krankheit nach §§ 48/52 SGB XII, der Hilfe bei Sterilisation nach § 51 SGB XII und der Hilfe zur Familienplanung nach § 49 SGB XII bei stationärer Krankenhausbehandlung und bei ambulanter Behandlung.
 681.01 Die Veranschlagung berücksichtigt die Kosten, die aufgrund der Erfahrungen aus 2007 für die Planjahre erwartet werden. Veranschlagt werden rd. 54,2 Mio. Euro für 2009 und rd. 53,9 Mio. Euro für 2010.
- 681.02 Gemeinsame Veranschlagung der bisher bei 681.02, 681.07 und 681.09 berücksichtigten Maßnahmen.

Investitionen

Aus systematischen Gründen hier nicht mehr veranschlagt, jetzt mit gleicher Zweckbestimmung bei 4600.863.07.

4640 Hilfen zur Pflege

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel sind u.a. die Ausgaben des Sozialhilfeträgers für Hilfe zur Pflege nach dem Siebten Kapitel SGB XII (2009 rd. 122,5 Mio. Euro; 2010 rd. 121,4 Mio. Euro), die Einnahmen des Sozialhilfeträgers (2009 und 2010 rd. 0,5 Mio. Euro) sowie die Leistungen gemäß Hamburgischem Landespflegegesetz (HmbLPG) für die Tages- Kurzzeit- und vollstationäre Pflege (2009 rd. 35,7 Mio. Euro; 2010 rd. 36,0 Mio. Euro) veranschlagt. Die gesetzlichen Leistungen beinhalten sowohl Pflegegeldleistungen als auch pflegerische und hauswirtschaftliche Sachleistungen im ambulanten, teilstationären (Tagespflege, Kurzzeitpflege) und vollstationären Bereich.

Die Entwicklung der Ausgaben für die gesetzlichen Leistungen ist vorwiegend von Veränderungen in den Empfängerzahlen sowie den durchschnittlichen Fallkosten abhängig. Es wird davon ausgegangen, dass die (titelweise) Fallzahlentwicklung des Jahres 2007 in gleichem Ausmaß das Haushaltsjahr 2008 prägt; darüber hinaus wird nicht von einer Veränderung der Fallzahlen ausgegangen. Die Entwicklung der durchschnittlichen Fallkosten hängt weitgehend von den Vergütungsverhandlungen nach SGB XI bzw. SGB XII ab. Basis der Veranschlagung ist durchgängig das Haushaltsergebnis 2007 zzgl. Sachkostensteigerungen in Höhe von 2 v.H. für 2008.

Durch die am 1.7.2008 in Kraft getretenen Leistungsverbesserungen in der Pflegeversicherung ergeben sich entlastende Effekte in der ambulanten und stationären Pflege, die 2010 durch die zweite Stufe der Pflegereform höher ausfallen als 2009.

Gegenüber dem Haushaltsansatz für 2008 ergeben sich insgesamt titelweise sowohl Mehr- als auch Minderbedarfe.

2. Zuwendungen

Nach § 9 SGB XI ist das Land Hamburg verantwortlich für die Vorhaltung einer leistungsfähigen, zahlenmäßig ausreichenden und wirtschaftlichen pflegerischen Versorgungsstruktur. In § 4 des HmbLPG wurde deshalb geregelt, dass Investitionsaufwendungen von Pflegeeinrichtungen gefördert werden können, wenn die Maßnahme zur qualitativen Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur beiträgt. Außerdem können für komplementäre Angebote, die geeignet sind, den Eintritt von Pflegebedürftigkeit zu vermeiden oder zu verzögern, den Vorrang ambulanter Pflege zu sichern oder pflegende Angehörige zu entlasten, Zuwendungen gewährt werden. Auf dieser Grundlage wird die Förderung entsprechender Beratungs- und Koordinierungsstellen sowie niedrigschwelliger Betreuungsangebote fortgesetzt. Veranschlagungsbasis ist der Haushaltsansatz 2008 zuzüglich einer Steigerung des Sachkostenanteils in Höhe von 2 v. H.

Die übergangsweise gewährte Förderung für Altenpflegeschulen läuft planmäßig in 2009 aus.

3. Erläuterung der Ausgaben

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

- 671.23 Der Titel dient der Übernahme von Kosten der stationären Pflege im Rahmen der Hilfe zur Pflege (§ 61 SGB XII) für bedürftige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner. Der Sozialhilfeträger tritt ein, wenn die Leistungen der Pflegeversicherung, das Einkommen und Vermögen des Pflegebedürftigen und die Einkommensabhängige Einzelförderung nach HmbLPG (4640.671.57) sowie die Unterhaltsleistungen Angehöriger nicht ausreichen, um die Heimkosten zu decken. Basis der Veranschlagung ist das Ergebnis 2007 unter Berücksichtigung der in 2007 gegenüber 2006 eingetretenen Fallzahlsteigerung von rd. 1,5 % und unter Berücksichtigung einer Sachkostensteigerung von 2 %. Die Fallkosten werden durch das Altenpflegegesetz entlastet, da bisher über die Pflegesätze finanzierter überbetrieblicher fachpraktischer Unterricht ab diesem Zeitpunkt zum schulrechtlich geregelten und finanzierten Unterricht gehört. Die Entlastung beträgt in 2009 letztmalig 278 Tsd. Euro (vgl. 4640.684.05). Die Veranschlagung berücksichtigt außerdem die Entlastung durch die höheren Beträge der vorrangigen Leistungen nach dem SGB XI aufgrund des Inkrafttretens des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes (PfWG) zum 1.7.2008 in Höhe von voraussichtlich 496 Tsd. Euro in 2009. Durch die zum 1.1.2010 greifende zweite Stufe der Leistungsverbesserungen ist für 2010 eine Entlastung um 610 Tsd. Euro veranschlagt worden.
- 671.57 Die einkommensabhängige Einzelförderung nach HmbLPG dient der Übernahme von gesondert berechneten Investitionsaufwendungen bei vollstationärer Pflege in einem Pflegeheim. Sie verhindert, dass Pflegebedürftige ausschließlich wegen der Höhe der Investitionsaufwendungen - für die die Länder nach § 9 SGB XI Verantwortung tragen - auf Sozialhilfe angewiesen sind. Die Veranschlagung setzt auf dem Ergebnis 2007 auf und berücksichtigt neben der in 2007 gegenüber 2006 eingetretenen Steigerung der Fallzahlen von rd. 2,3 % und einer Steigerung der Sachkosten um 2 % auch weiterhin den Wegfall der Objektförderung mit jährlich 150 Tsd. Euro.
- 671.58 Die Ausgaben wurden bisher im Titel 4640.891.01 „Investitionsförderung Tagespflege und Kurzzeitpflege“ veranschlagt. Im Vorgriff auf die Einführung der Doppik werden die Ausgaben nun nicht mehr als investive sondern als einzelfallbezogene Leistungen nach § 4 Abs. 2 HmbLPG veranschlagt. Angesetzt sind Fördermittel für Tagespflege und Kurzzeitpflege entsprechend der geltenden bisherigen Förderrichtlinie der BSG. Sowohl Tagespflege als auch Kurzzeitpflege entlastet pflegende Angehörige und vermeidet vorzeitige Pflegeheimaufnahme. Mit der Gewährung der Leistungen soll erreicht werden, dass der von den Nutzern der Einrichtung zu zahlende Investitionskostenbeitrag verringert wird und als Folge durch vermehrte Inanspruchnahme der Einrichtungen deren Platzzahlen gemäß Rahmenplanung der pflegerischen Versorgungsstruktur bis 2010 erhöht werden.

- 681.22 Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2007 unter Berücksichtigung der in 2007 gegenüber 2006 erfolgten Fallzahlsteigerung von rd. 4,1 % sowie einer Steigerung der Sachkosten um 2 %. Daneben ist die Entlastung durch die höheren Beträge der vorrangigen Leistungen nach dem SGB XI aufgrund des Inkrafttretens des Pflege- Weiterentwicklungsgesetzes (PfWG) zum 1.7.2008 berücksichtigt. Diese Entlastung wird für 2009 mit 950 Tsd. Euro, für 2010 mit 1.680 Tsd. Euro angesetzt.
- 681.48 Veranschlagt sind Mittel für Leistungen der Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes nach § 70 SGB XII. Die Veranschlagung setzt auf dem Ergebnis 2007 auf und berücksichtigt eine Steigerung der Sachkosten um 2% für 2008. Darüber hinaus wird erwartet, dass die Fallzahl im Durchschnitt des Jahres 2008 um 17,4 % - d.h. im selben Ausmaß wie 2007 - und in 2009 noch einmal um 5,9% sinken wird.
- 684.01 Durch Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen soll die Beratung und Betreuung von hilfs- und pflegebedürftigen Menschen und deren Angehörigen gem. § 8 Abs. 2 SGB XI und § 4 Abs. 5 HmbLPG gefördert werden. Gefördert werden wie in den Vorjahren die Beratungsstellen HAMBURGISCHE BRÜCKE (Beratungsstelle für ältere Menschen und ihre Angehörigen), sowie anteilige Sachkosten für das „Pflegetelefon Hamburg“ des Landespflegeausschusses. Die anteilige Personalkostenfinanzierung für das Pflegetelefon wird durch Personalabordnung aus der BSG erbracht. Außerdem erhält die „Stattbau Hamburg“ für das Projekt „Koordinierungsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften“ aus diesem Titel eine Zuwendung.

Empfänger	Ergebnis 2007 Tsd. Euro	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
HAMBURGISCHE BRÜCKE, Beratungsstelle für ältere Menschen und ihre Angehörige	97	97	98	98
Pflegetelefon	5	5	5	5
Stattbau Hamburg Koordinierungsstelle für Wohn-Pflege-Gemeinschaften	94	93	95	95
Summe	196	195	198	198

- 684.04 Die Mittel werden für die Förderung der hospizlichen und palliativ-pflegerische Versorgung in Hamburg eingesetzt. Veranschlagt sind Mittel für Beratung und Betreuung von schwerkranken, sterbenden Menschen und deren Angehörigen in der Beratungsstelle CHARON, für die Koordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit und für die Förderung der Implementierung von hospizlichen und palliativ-pflegerischen Versorgungsangeboten in Pflegeheimen.

Empfänger	Ergebnis 2007 Tsd. Euro	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
CHARON Beratungsstelle	167	172	173	173
Koordinierungsstelle Hospiz- und Palliativarbeit	75	70	71	71
Förderung der hospizlichen und palliativpflegerischen Versorgungsangebote in Pflegeheimen	97	68	69	69
Summe	339	310	313	313

- 684.05 Die veranschlagten Mittel dienen der Sicherung des überbetrieblichen fachpraktischen Unterrichtes in der Altenpflegeausbildung im Zeitraum 2006 bis 2009. Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse daran, dass die vorher von der BSG zugelassenen und über Pflegesätze mitfinanzierten Träger der überbetrieblichen fachpraktischen Ausbildung während einer Übergangszeit von drei Jahren weiterhin zur Verfügung stehen, nachdem mit dem Inkrafttreten des Altenpflegegesetzes in Hamburg zum 1.8.2008 der fachpraktische Unterricht Teil des Un-

terrichtet an schulrechtlich genehmigten Altenpflegeschulen wird. Die Haushaltsmittel wurden aus dem Titel 4640.671.23 umgeschichtet. Der Ansatz fällt nach Ende des Übergangszeitraumes in 2010 weg.

Investitionen

- 891.15 Die Zweckbestimmung wird an die Neufassung des Hamburgischen Landespflegegesetzes vom 18.9.2007 angepasst. Nach § 4 Abs. 3 und 4 können Investitionsaufwendungen von Pflegeeinrichtungen gefördert werden, soweit in der Rahmenplanung ein zahlenmäßig nicht ausreichendes Angebot festgestellt wurde bzw. wenn die Maßnahme zur qualitativen Weiterentwicklung der pflegerischen Versorgungsstruktur beiträgt. Geplant ist die investive Projektförderung von Wohngemeinschaften für pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren sowie anderer innovativer Konzepte. Bei Mehrausgaben stehen anteilige Einnahmen aus 4640.161.01 und 4640.181.01 zur Verfügung.

4650 Eingliederungshilfen

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel sind die Ausgaben des Sozialhilfeträgers für Eingliederungshilfen gem. § 53 ff SGB XII für stationäre, teilstationäre – inkl. der beruflichen Eingliederungshilfe - und ambulante sowie für zuwendungsfinanzierte Hilfen veranschlagt. Ferner sind Mittel für Blindenhilfe nach § 72 SGB XII und Blindengeld nach dem Hamburgischen Gesetz über die Gewährung von Blindengeld veranschlagt. Außerdem befinden sich hier die Aufwendungen für den/die Senatskoordinator/in für die Gleichstellung behinderter Menschen.

Durch Maßnahmen der Eingliederungshilfe soll eine drohende Behinderung verhütet oder eine vorhandene Behinderung oder deren Folgen beseitigt oder gemildert und es sollen die behinderten Menschen in die Gesellschaft eingegliedert werden. Hierzu gehört vor allem, den behinderten Menschen die Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen oder zu erleichtern und die einzelnen Hilfen soweit wie möglich auf der Grundlage einer selbstständigen Lebensplanung und selbstbestimmten Lebens zu erbringen.

Qualitativ wird sich die Eingliederungshilfe verstärkt am individuell notwendigen Bedarf orientieren. Voraussetzung ist eine konsequente **Ambulantisierung** des Hilfeansatzes, in dem, unter Berücksichtigung der Leistungen vorrangiger Sozialleistungsträger, zwischen verschiedenen Hilfeformen und Hilfeanbietern – auch im Rahmen eines **persönlichen Budgets** – gewählt werden kann.

Mit den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege sowie großen Trägern der Eingliederungshilfe ist die Überführung von insgesamt 770 Leistungsberechtigten, die derzeit stationär betreut werden, in ambulante Betreuung vereinbart. Dieser Ambulantisierungsprozess soll Ende 2010 abgeschlossen sein.

Leistungsgerechte und den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit entsprechende Vergütungen werden für stationäre, teilstationäre und ambulante Angebote der Eingliederungshilfe zu einem an Wettbewerbsregeln ausgerichteten Preis-Leistungssystem fortentwickelt. Einheitlich zu gestaltende Mindestanforderungen an die zu vereinbarenden Leistungen sind dabei Grundlage für die Vergleichbarkeit der hierfür zu vereinbarenden Vergütungen. Das Preis-Leistungssystem wird ergänzt durch Qualitäts- und ggf. Wirtschaftlichkeitsprüfungen, die die vertragsgemäße Leistungserbringung durch die Einrichtungen sicherstellen sollen.

Im Einzelnen liegen der Veranschlagung für 2009/2010 folgende Faktoren zu Grunde:

- Fortschreibung des dynamischen Fallzahlenstieges bei ambulanten Leistungen für Menschen mit psychischen Behinderungen auf Basis des Ergebnisses 2007,
- Fortschreibung steigender Fallzahlen für behinderte Menschen in Werkstätten und Tagesförderstätten auf Basis des Ergebnisses 2007,
- Umsetzung des Ambulantisierungsprogramms bis 2010,
- Berücksichtigung von Entgelterhöhungen um 1,4 % für 2008.

2. Zuwendungen

In diesem Kapitel sind Zuwendungen veranschlagt worden für:

- Zuschüsse an Freie Träger für Hilfen für psychisch kranke Menschen, die ein niedrigschwelliges Informations- und Beratungsangebot und teilweise auch längerfristige Betreuung anbieten.
- Zuschüsse für den Behindertensport an den Behindertensportverband Hamburg, der sie an die fünfzehn ihm angeschlossenen Verbände weitergibt, und den Hamburger Gehörlosensportverein von 1904.
- Zuschüsse an Projekte der Behindertenhilfe mit dem Ziel der Förderung behinderter Menschen zu einer weitestgehend selbstbestimmten Lebensführung, Verbesserung der Teilnahme am Leben in der Gemeinschaft sowie Reduzierung behinderungsbedingter Abhängigkeiten.
- Zuschüsse für Wahlschablonen für blinde Menschen, um ihnen den persönlichen und eigenständigen Urnengang zu ermöglichen.
- Mittel für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern für gehörlose Menschen.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

- 236.03 Veranschlagt ist der Ersatz für stationäre Vorleistungen der Sozialhilfe durch die gesetzliche Pflegeversicherung nach den Vorschriften des SGB XI (§43a) in Verbindung mit den §§ 102 ff. SGB X. Basis der Veranschlagung ist das Ergebnis 2007.
- 236.12 Veranschlagt ist die Erstattung der Kosten für ambulante Leistungen der Sozialhilfe durch die gesetzliche Krankenversicherung für die Behandlungen in Interdisziplinären Frühförderstellen. Nach Einführung dieser neuen Komplexleistung in 2008 ist von einem Aufwachen der Fallzahlen und dementsprechend steigenden Erstattungsleistungen der Krankenkassen in den nächsten Jahren auszugehen.

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

- 671.01 Veranschlagt sind die Vergütungen für stationäre Hilfen für psychisch kranke / seelisch behinderte Menschen durch hamburgische und außerhamburgische Einrichtungsträger.
- 671.09 Veranschlagt sind die Vergütungen für Hilfen in den Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sowie in Arbeitsprojekten innerhalb und außerhalb Hamburgs. Die Veranschlagung erfolgte auf der Basis des Ergebnisses 2007, sowie auf prognostizierte Steigerungen der Fallzahlen im Bereich der WfbM um jahresdurchschnittlich 156 Plätze und der damit verbundenen Steigerung der Ausgaben beim Arbeitsförderungsgeld. Darüber hinaus wurden erstmalig Zuschüsse für Zinsaufwendungen in Höhe von 427 Tsd. Euro für 2009 und 659 Tsd. Euro für 2010 veranschlagt, da ab 2009 die WfbM ihre investiven Maßnahmen über Kreditaufnahme am Kreditmarkt finanzieren müssen, für die sie bislang Mittel des Sondervermögens Ausgleichsabgabe (AGLA) erhalten haben.
- 671.11 Veranschlagt sind die Vergütungen für Hilfen in Tagesförderstätten einschließlich der notwendigen Beförderungskosten für geistig-, körper-, sinnes- und mehrfachbehinderte Menschen. Die Veranschlagung setzt auf dem Ergebnis 2007 auf und berücksichtigt eine Steigerung der Fallzahlen um 7,9 % sowie die Steigerung der Kosten der Beförderung um 250 Tsd. Euro.
- 671.12 Veranschlagt sind die Entgelte für stationäre Hilfen für geistig-, körper-, sinnes- und mehrfachbehinderte Menschen durch hamburgische und außerhamburgische Einrichtungsträger. Der Ansatz berücksichtigt die mit Nachdruck betriebene Ambulantisierung des Hilfeansatzes im Rahmen der mit den Verbänden und Trägern abgeschlossenen Zielvereinbarungen bis Ende 2010.

Es besteht eine unmittelbare haushaltswirksame Verknüpfung mit dem ambulanten Titel 4650.681.08. Die Mittelabflüsse beider Titel müssen im Rahmen der Ambulantisierung gemeinsam betrachtet werden, d.h. Minderausgaben im stationären Bereich führen zu Mehrausgaben im ambulanten Bereich.

- 681.01 Im Zuge der verstärkten ambulanten Ausrichtung sind hier nur noch die Mittel zur Finanzierung ambulanter Einzelfallhilfen für geistig-, körper-, sinnes- und mehrfachbehinderte Menschen veranschlagt wie
- die Förderung blinder und sehbehinderter Kinder,
 - die Frühförderung für körperlich und mehrfachbehinderte Kinder,
 - die Hilfen für Familien mit behinderten Kindern und Familienentlastung,
 - die heilpädagogischen Hilfen,
 - die Maßnahmen nichtärztlicher sozialpädiatrischer Behandlungen,
 - die Vermittlung lebenspraktischer Fähigkeiten für Blinde,

sowie sonstige individuelle ambulante Hilfen zur Eingliederung behinderter Menschen wie

- ambulante therapeutische und heiltherapeutische Hilfen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene,
- ärztlich verordnete Hilfsmittel,
- Betreuungsangebote als familienentlastende Dienstleistungen,
- Kosten für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern für gehörlose / hörbehinderte Menschen.

Die gegenüber dem Ergebnis 2007 abweichende Veranschlagung resultiert aus einer Verlagerung von Aufwendungen für Leistungen der Beruflichen Eingliederungshilfe in den Titel 4650.671.09.

- 681.02 Hier werden die Mittel für die Beförderung behinderter Menschen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft veranschlagt. Mehr unter Berücksichtigung der Inanspruchnahme im Jahre 2007.
- 681.03 Leistungen Dritter im Rahmen des „trägerübergreifenden persönlichen Budgets“. Mit Neufassung des § 57 SGB XII besteht für Menschen mit Anspruch auf Eingliederungshilfe die Möglichkeit, diese Leistungen als Bestandteil eines „trägerübergreifenden persönlichen Budgets“ zu erhalten. Gemäß § 17 Abs. 2 SGB IX wird das persönliche Budget von den beteiligten Leistungsträgern trägerübergreifend als Komplexleistung erbracht. Ausgaben dürfen nur in Höhe der Einnahmen im Titel 282.03 geleistet werden.

- 681.04 Im Zuge der verstärkten ambulanten Ausrichtung sind hier die Mittel zur Finanzierung ambulanter Hilfen für psychisch kranke / seelisch behinderte Menschen (sämtliche Hilfen des Betreuten Wohnens - BeWO - sowie der personenzentrierten Hilfen für psychisch kranke Menschen - PPM -) inkl. der sog. Clubpauschale, einem Fahrtkostenzuschuss zur Inanspruchnahme von ausgewiesenen Gruppenangeboten, veranschlagt. Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2007 und schreibt die Entwicklung deutlich steigender Hilfeempfangszahlen bis einschließlich 2010 fort. Die durchschnittliche Hilfeempfänger (HE) -Zahl für PPM ist in 2007 gegenüber 2006 um rd. 24,5 % gestiegen, die HE-Zahl für BeWo um rd. 6,2 %.
- 681.07 In diesem Titel werden die Aufwendungen des Blindengeldes nach dem Hamburgischen Blindengeldgesetz veranschlagt. Entgegen der demografischen Entwicklung ist die durchschnittliche Hilfeempfangszahl in 2007 gegenüber 2006 um rd. 3 % erneut zurückgegangen. Für 2008 wurde eine analoge Entwicklung unterstellt, die für die Veranschlagung 2009/2010 beibehalten wurde. Die Veranschlagung berücksichtigt die Erhöhung des Blindengeldes durch die vorgesehene Anpassung an die Rentenentwicklung.
- 681.08 Veranschlagt sind die ambulanten Eingliederungshilfeleistungen der Pädagogischen Betreuung im eigenen Wohnraum (PBW), der Wohnassistenz (WA), der „Ambulant betreuten Wohngemeinschaften“ (ABWG) sowie der „Ambulanten Assistenz Hamburg“ (AAH). Mit der getrennten Veranschlagung der ambulanten Eingliederungshilfen ist im Vergleich zur Ausgabenentwicklung der stationären Hilfen im Titel 671.12 das Ergebnis des Ambulantisierungsprogramms (ohne psychisch Kranke) direkt darstellbar. Die Veranschlagung basiert auf dem Ergebnis 2007 und berücksichtigt den weiteren Ausbau ambulanter Leistungen im Umfang der mit den Trägern vereinbarten Zielvereinbarungen. Die Zielzahl soll Ende 2010 mit 370 betreuten Personen in AWG und 400 betreuten Personen in AAH erreicht werden. Darüber hinaus ist die Entwicklung steigender Hilfeempfangszahlen (HE) der WA und abnehmender HE der PBW bis 2010 fortgeschrieben worden. Die Leistungen können auch im Rahmen des persönlichen Budgets geleistet werden.
- 684.01 Veranschlagt sind Zuschüsse an Freie Träger für den Betrieb von Projekten zur komplementären sozialpsychiatrischen Versorgung (Psychosoziale Kontaktstellen und Selbsthilfegruppen).

Empfänger	Ergebnis 2007 Tsd. Euro	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Aktionskreis 71	42	41	42	42
Die Brücke	122	121	126	126
Beratungs- und Begegnungszentrum Uhlenhorst	511	514	527	527
Spezialpsych. Beratungszentrum Altona				
Ab 2007 zusammengefasst:				
PSK Lotse	591	614	614	614
PSK Kajüte				
PSK Wilhelmsburg				
Treff Eidelstedt	217	216	216	216
Treff Eilbek	251	263	257	257
Treff Sachsenator	210	207	214	214
PSK Lurup	220	209	218	218
abzüglich Rückflüsse	-42	-	-	-
Summe	2.122	2.185	2.214	2.214

- 684.03 Veranschlagt sind Zuschüsse an den Behindertensportverband Hamburg mit 35 angeschlossenen Vereinen zur Organisation und Unterstützung sportlicher Aktivitäten behinderter Menschen und an den Gehörlosen - Sportverein von 1904, der nur im Kinder- und Jugendsport dem Verband angeschlossenen ist. Die erforderlichen anteiligen Mittel für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern für gehörlose Menschen sind hierbei berücksichtigt.

Empfänger	Ergebnis 2007 Tsd. Euro	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Behinderten-Sportverband Hamburg	75	75	77	77
Gehörlosen-Sportverein von 1904 e.V.*	69	59	77	77
* einschl. Aufwendungen für Gebärdensprachdolmetscher	(23)	(23)	(31)	(31)
abzüglich Rückflüsse	-10	-	-	-
Summe	134	134	154	154

- 684.04 Veranschlagt sind Zuwendungen an verschiedene Projekte der Behindertenhilfe, sowie Mittel für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern für gehörlose Menschen.

Empfänger	Ergebnis 2007 Tsd. Euro	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Beratungs- und Förderstelle für Eltern, deren Kinder an Spina bifida und Hydrocephalus leiden	70	70	72	72
Hamburger Landesarbeitsgemeinschaft für behinderte Menschen e.V.	30	26	30	30
Bund für Schwerhörige für die Durchführung seiner Beratungs- und Informationsarbeit im Hör-Biz	41	50	49	49
Verein Barrierefrei Leben zum Betrieb eines Beratungszentrums	255	241	253	253
Landesverband der Gehörlosen zur Verbesserung der Beratungsarbeit im Gehörlosenzentrum und für Honorarmittel für den Einsatz von Gebärdensprachdolmetschern	113	116	120	120
Verein „Autonom Leben“ zur Weiterführung einer qualifizierten Beratungsstelle von Behinderten für Behinderte mit dem inhaltlichen Schwerpunkt des "selbstbestimmten Lebens"	105	117	110	110
Wahlschablonen	-	8	-	-
Summe	614	628	634	634

Investitionen

- 891.02 Veranschlagt ist der Investitionszuschuss für Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen an die Winterhuder Werkstätten GmbH. Vorgesehen ist die Grundinstandsetzung der Gebäude Südring und Klotzenmoorstieg. Die Maßnahmen dienen der Werterhaltung der Bausubstanz sowie der Anpassung an den heutigen technischen Standard. Die Gesamtkosten in Höhe von 4.699 Tsd. Euro sollen durch Investitionszuschüsse aus dem Haushalt finanziert werden. (vgl. Drs. 18/3419).

4670 Seniorenarbeit, rechtliche Betreuung

1. Allgemeines

Seniorenarbeit:

Die Seniorenarbeit unterstützt ältere Menschen dabei, die Möglichkeiten des Alters zu nutzen und mit seinen Grenzen umzugehen. Hierzu werden Beratungs- und Betätigungsangebote gemacht. Die gesetzliche Grundlage ist § 71 SGB XII. Gefördert werden Beratungsstellen zu den Themen Bildung, Betätigung und Engagement im Alter. Einen besonderen Stellenwert besitzt in diesem Bereich die Förderung und Unterstützung von Seniorentreffs und Seniorenkreisen. Die Angebote werden in der Regel von gemeinnützigen Trägern vorgehalten und mit staatlichen Fördermitteln unterstützt. Überwiegend wird die Arbeit in Seniorentreffs und Seniorenkreisen ehrenamtlich erbracht, die Förderung stärkt daher die Rahmenbedingungen des ehrenamtlichen Engagements. Auch die finanzielle Unterstützung der Arbeit des Landes-Seniorenbeirats ist in diesem Kapitel veranschlagt.

Für einen großen Teil der Sach- und Fachausgaben liegt die Bewirtschaftung bei den Bezirksverwaltungen. Diese sind insbesondere für die bauliche Unterhaltung und Bewirtschaftung der Grundstücke und Räumlichkeiten von Seniorentreffs zuständig. Die notwendigen Mittel erhalten sie durch eine Rahmenzuweisung, die auch Mittel zur Unterstützung der Arbeit der Bezirks-Seniorenbeiräte sowie der bezirklichen Pflegekonferenzen beinhaltet.

Rechtliche Betreuung:

Die Landesbetreuungsstelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) und das Fachamt für Hilfen nach dem Betreuungsgesetz im Bezirksamt Altona sind die zuständige Betreuungsbehörde im Sinne des Betreuungsbehördengesetzes (BtBG). Das Fachamt nimmt die Aufgaben der örtlichen Betreuungsbehörde wahr.

Die Landesbetreuungsstelle fördert die Querschnittstätigkeit der Betreuungsvereine durch Zuwendungen.

Betreuungsvereine sollen ehrenamtliche Betreuer gewinnen und sie in ihrer Arbeit beraten. Sie informieren über Möglichkeiten der Vorsorge und beraten Bevollmächtigte. Bürgerinnen und Bürger werden bei der Erstellung von Vorsorgevollmachten beraten und unterstützt.

Die Landesbetreuungsstelle koordiniert und gestaltet nach politischen Vorgaben und Erfordernissen und steuert die fachlichen Aufgaben des Bezirksamts Altona.

Das Fachamt des Bezirksamtes Altona unterstützt das Vormundschaftsgericht in den Betreuerbestellungsverfahren. Es prüft die Notwendigkeit einer Betreuung, vermittelt gegebenenfalls in andere Hilfesysteme bzw. weist auf die Erteilung einer Vollmacht hin. Ist eine Betreuerbestellung erforderlich, werden dem Gericht der Aufgabenkreis der Betreuung sowie ein geeigneter Betreuer vorgeschlagen. Das Fachamt berät Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Übernahme einer Betreuung bereit erklärt haben, über die Tätigkeit und Aufgaben eines Betreuers, bevor der Vorschlag an das Gericht geleitet wird. Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit, Unterschriften auf Betreuungsverfügungen und Vorsorgevollmachten beim Fachamt beglaubigen zu lassen. Das Fachamt berät und qualifiziert Berufsbetreuer. Soweit in Ausnahmefällen das Fachamt zur Betreuerin bestellt wird, sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch mit praktischen Betreuungsaufgaben befasst.

2. Zuwendungen

Seniorenarbeit:

Nichtstaatliche Träger erhalten Zuwendungen zum Betrieb von Seniorentreffs und für sonstige soziale Maßnahmen der offenen Seniorenarbeit (Titel 4670.684.63) in Höhe von 1.367 Tsd. Euro in den Haushaltsjahren 2009 und 2010.

Im Mittelpunkt stehen die Zuwendungen für Seniorentreffs und Seniorenkreise, die überwiegend von den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege betreut werden. Für diese Angebote sind 2009 und 2010 je 1.185 Tsd. Euro vorgesehen. Darin enthalten sind Mittel für eine Fortbildungs- und Servicestelle zur Unterstützung der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Seniorentreffs.

Die übrigen Zuwendungen verteilen sich auf unterschiedliche Organisationen und Initiativen, die vielfältige Angebote der Seniorenarbeit vorhalten, vor allem aber Beratungsangebote machen. Für diese Angebote sind 2009 und 2010 je 184 Tsd. Euro vorgesehen.

Die Einhaltung der bestehenden Vereinbarungen über den Leistungsumfang wird durch Gespräche, Begehungen, Prüfung der Sachberichte und Verwendungsnachweise sowie durch die Auswertung von Programmheften und Jahresberichten überwacht. Die Erfolgskontrollen werden im Bereich der Seniorentreffs durch ein Kennzahlensystem ergänzt, das den Vergleich der Leistungen und Angebote der einzelnen Einrichtungen untereinander und über die Jahre ermöglicht.

Rechtliche Betreuung:

In Hamburg werden acht Betreuungsprojekte in sechs Trägerschaften gefördert. Davon sind sieben Projekte bezirksorientiert, ein Träger ist bezirksübergreifend für die Betreuer von geistig und mehrfach behinderten Menschen tätig.

Die Betreuungsvereine übernehmen die Gewinnung, Einführung, Fortbildung und Beratung ehrenamtlich tätiger Betreuer und sollen damit den weiteren Ausbau der Ehrenamtlichkeit im Betreuungsbereich sicherstellen (§ 1908 f Abs. 1 Ziffer 2 BGB in Verbindung mit dem hamburgischen Ausführungsgesetz zum BtBG).

3. Erläuterung der Ausgaben

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Seniorenarbeit in den Bezirken

- 518.81 Die Titelbezeichnung wurde geändert, um zu verdeutlichen, dass die Mittel für ein breiteres Aufgabenfeld zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel werden als Rahmenzuweisung an die Bezirksämter zur Abdeckung der Betriebskosten für Seniorentreffs, für die finanzielle Unterstützung der Bezirks-Seniorenbeiräte und bezirklicher Gesundheits- und Pflegekonferenzen, zur Abdeckung der Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen für die Durchführung von Stadtteilarbeit und Seniorenarbeit sowie der Aufwendungen für Ehrenamtliche veranschlagt. Für die Haushaltsjahre 2009 / 2010 erfolgt die Aufteilung analog zur vorjährigen Schlüsselaufteilung. Die Mittel werden per Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter, wie nachfolgend dargestellt, verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	302	323	323
Altona	288	288	288
Eimsbüttel	104	105	105
Hamburg-Nord	298	298	298
Wandsbek	327	327	327
Bergedorf	289	289	289
Harburg	173	152	152
Gesamt	1.781	1.782	1.782

- 684.63 Zuschüsse an nichtstaatliche Stellen zum Betrieb von Seniorentreffs und für sonstige soziale Maßnahmen:

Maßnahme	Ergebnis 2007 Tsd. Euro	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
1. Seniorentreffs, Seniorenkreise u. Maßnahmen der offenen Seniorenarbeit, davon	1.095	1.167	1.185	1.185
- Seniorentreffs	663	692	690	690
- Seniorentreffs im sozialen Brennpunkt	149	145	151	151
- Zentrale Fortbildung und Service für Seniorentreffs	26	70	82	82
- Seniorenkreise und sonstige Maßnahmen der offenen Seniorenarbeit	106	105	105	105
- Seniorenkreise des Seniorenbüros Hamburg e. V.	151	155	155	155
2. Beratungs-, Bildungs- und Kommunikationsangebote, davon	188	184	184	184
- I.K.A.R.U.S. e. V.	63	63	63	63
- Seniorenbildung Hamburg e. V.	70	70	70	70
- Seniorenbüro Hamburg	45	41	41	41
- Migrantenprojekt	10	10	10	10
periodenfremde Zahlungen und Rückflüsse	27	-	-	-
Summe	1.310	1.351	1.367	1.367

Rechtliche Betreuung

684.65 Mittel für Zuschüsse an 8 Betreuungsvereine in 6 Trägerschaften, bei denen insgesamt 12 Stellen zzgl. eines Sachkostenbudgets finanziert werden mit den Zielen,

- ehrenamtliche Betreuerinnen und Betreuer zu gewinnen und sie in ihre Tätigkeit einzuführen, fortzubilden und zu beraten,
- über Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen zu informieren,
- Bürgerinnen und Bürger im Einzelfall bei der Erstellung von Vorsorgevollmachten zu beraten,
- Bevollmächtigte zu beraten.

Betreuungsverein	Ergebnis 2007 Tsd. Euro	Ansatz 2008 Tsd. Euro	Ansatz 2009 Tsd. Euro	Ansatz 2010 Tsd. Euro
Hamburg-Mitte	104	103	107	107
Altona	120	128	120	120
Eimsbüttel	123	125	125	125
Hamburg-Nord	115	110	114	114
Wandsbek	107	107	105	105
Bergedorf	85	89	87	87
Harburg	122	113	124	124
Leben mit Behinderung	145	144	148	148
abzüglich Rückflüsse	-	-	-	-
Summe	921	919	930	930

Investitionen

In diesem Kapitel sind die Darlehen zur Schaffung von Wohnraum und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums veranschlagt. Die Veranschlagungssummen für 2009 und 2010 wurden bei den Darlehenstiteln unter Beibehaltung des Gesamtvolumens für die Sozialhilfe-Darlehen möglichst weitgehend bedarfsgerecht verändert. Beim Titel 4670.863.06 "Darlehen zur Schaffung von Wohnraum und zur Erhaltung bestehenden Wohnraums" wird angesichts rückläufiger Ausgaben ein Leertitel ausgebracht.

4700 Hilfen für Zuwanderer und Integration ausländischer Mitbürger

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Den Bereich der Zuwanderung und Integration prägen insbesondere die fachpolitische Steuerung und Planung der Aufnahme und des Aufenthaltes von Zuwanderern sowie die unterstützenden und integrationsfördernden Hilfen und rückkehrfördernden Maßnahmen, soweit die BSG zuständig ist.

Der Bereich ist in seiner Entwicklung im Hinblick auf die Zahl der Neuzugänge nach Hamburg - auch unter Berücksichtigung angebotener Rückkehrhilfen - unverändert von schwer beeinflussbaren Faktoren bestimmt. Die Behörde geht bei ihren Prognosen von einem fortgesetzt niedrigen Zugang bei den Flüchtlingen und Spätaussiedlern aus. Beim Familiennachzug und den Ehen mit Ausländern ist die Prognose gleichbleibend hoch.

Die Beratungs- und Integrationsmaßnahmen für Zuwanderer werden den Erfordernissen angepasst.

Änderungen im Leistungsrecht unmittelbar (z.B. AsylbLG, SGB XII) oder mittelbar (Eingliederungshilfe, Sprachförderung, SGB III) haben Auswirkungen auf die Planung und die Bereitstellung von Mitteln zur Sicherung des Lebensunterhaltes, zur Förderung der Integration sowie zur Förderung der Rückkehr.

2. Zuwendungen

Die veranschlagten Haushaltsmittel werden eingesetzt für die Durchführung der Maßnahmen zur Integration erwachsener Zuwanderer sowie der Rückkehrberatung und Re-Integration (einschließlich Perspektivenberatung). Die bedarfsorientierten Beratungsangebote reichen von ersten Orientierungshilfen bis zu zielgerichteten Beratungsplänen zur Förderung insbesondere der beruflichen, sprachlichen und gesellschaftlichen Integration bzw. zur freiwilligen Rückkehr in das Herkunftsland oder Weiterwanderung in ein Drittland.

Die Aufgaben der Integrationszentren sowie die Anzahl der Standorte in den Bezirken werden durch eine Förderrichtlinie und die Öffentliche Bekanntgabe zur Interessenbekundung bestimmt.

Ergänzend zu der Integrationsförderung durch die Integrationszentren erfolgt eine Förderung von Vereinen wie z.B. der Türkischen Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V. sowie eines Projektes des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Träger der Beratungsstelle für Flüchtlinge und nicht bleibeberechtigte Zuwanderer ist die Zentrale Informations- und Beratungsstelle für Flüchtlinge gGmbH.

3. Erläuterung der Ausgaben

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben umfassen in diesem Bereich im Wesentlichen

- Zuwendungen im Zusammenhang mit der Integration von erwachsenen Zuwanderern
- Ausgaben für gesetzliche Leistungen nach dem AsylbLG.

531.07 Umsetzung öffentlichkeitswirksamer Maßnahmen im Bereich Zuwanderung und Integration. Vorgesehen sind Veröffentlichungen zu wichtigen Aspekten der Integrationsförderung sowie die Durchführung von Veranstaltungen oder die Beteiligung hieran.

534.07 Veranschlagung von Mitteln für Sachaufwendungen des Integrationsbeirates.

534.08 Veranschlagt sind Aufwendungen für Einbürgerungsfeiern im Rathaus.

684.03 Die hamburgischen Leistungen zur Integrationsförderung für erwachsene Zuwanderer ergänzen die Leistungen des Bundes nach dem Zuwanderungsgesetz und dem SGB II und schließen bestehende Angebotslücken. Die Schwerpunkte liegen im Bereich der ergänzenden Migrationsberatung und ergänzenden Sprachförderung, die im Wesentlichen durch die Integrationszentren, die in jedem Bezirk vorgehalten werden, durchgeführt werden. Weitere ergänzende Angebote erfolgen durch Vereine auch im Rahmen von EU-Projekten. Finanziert werden Personal- und Sachkosten. Erstmals werden zusätzliche Mittel für die Vermittlung von Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus in Deutschkurse sowie für EU-Projekte in Höhe von 253 Tsd. Euro veranschlagt.

Projekt	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. Euro			
<u>Integrationszentren:</u>	-	-	-	-
AWO Migration gGmbH	520	-	-	-
Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.	402	-	-	-
Interkulturelle Begegnungsstätte e.V.	224	-	-	-
verikom – Verbund für Interkulturelle Kommunikation und Bildung e.V.	457	-	-	-
Caritasverband für Hamburg e.V.	68	-	-	-
IZ gesamt	1.671	2.014		
4,25 Standorte im Bezirk Hamburg-Mitte			625	625
2 Standorte im Bezirk Altona			294	294
1,5 Standorte im Bezirk Eimsbüttel			220	220
2 Standorte im Bezirk Hamburg-Nord			294	294
2,5 Standorte im Bezirk Wandsbek			368	368
1 Standort im Bezirk Bergedorf			147	147
1,5 Standorte im Bezirk Harburg			220	220
IZ gesamt			2.168 *)	2.168
<u>Vereine:</u>				
Beratungsstelle des DGB Hamburg	96	100	100	100
Türkische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e.V. (TGH)	70	70	70	70
TGH, ESF-Projekt „Regenbogen“	135	-	250	250
Sonstige Vereine	20	30	60	60
Kofinanzierung EU-Drittmittel		-	64	64
<u>Ergänzende Sprachförderung</u>	465	406 VE 300	659 VE 300	659 VE 300
Zuzüglich Rücklagen	12	-	-	-
abzüglich Rückflüsse	-26	-	-	-
Gesamt	2.443	2.620	3.371 VE 300	3.371 VE 300

*) Die finanzielle Ausstattung für den Standort eines Integrationszentrums beträgt 147 Tsd. Euro.

- 684.06 Mittel an Verbände und Organisationen für die Förderung und Pflege des deutschen Kulturguts der Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler, des gesamten deutschen Volkes und des Auslandes nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) sowie f Spätaussiedlerprojekte gemäß § 7 BVFG.

Projekt	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro			
Bewirtschaftung des „Haus der Heimat“ durch den Landesverband der Vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V., Durchführung von Kulturveranstaltungen durch Landsmannschaften	110	137	115	115
Hamburger Verein der Deutschen aus Russland e.V.	3	0	5	5
Projekte für Spätaussiedler	-	-	17	17
Gesamt	113	137	137	137

- 684.07 Veranschlagt ist eine Zuwendung an die „Zentrale Information und Beratung für Flüchtlinge gGmbH“ („Flüchtlingszentrum“) für den Betrieb einer zentralen Beratungsstelle für Flüchtlinge und nicht bleiberechtigte Zuwanderer. Das Beratungszentrum bietet nicht bleiberechtigten Zuwanderern und bleiberechtigten Flüchtlingen Hilfen und Informationen zu allen Fragen der freiwilligen Rückkehr in das Herkunftsland bzw. bei der Weiterwanderung in ein Drittland an. Darin ist als integraler Bestandteil auch eine perspektivische Beratung über ausländer- und asylverfahrensrechtliche Zusammenhänge enthalten. Zu allgemeinen Fragen der sozialen Versorgung, der Gestaltung des Aufenthaltes, der Sprachförderung, des Arbeitsmarktes und der Wohnraumversorgung erfolgt eine qualifizierte Weiterleitungsberatung zu den zuständigen Regeldiensten. Asylbewerber im sog. Flughafenverfahren erhalten eine Erstberatung. Weitere ergänzende Angebote erfolgen im Rahmen von EU-Projekten.

Zweckbestimmung (Kurzfassung)	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro			
Zuschüsse für Beratung und Hilfen für Flüchtlinge und nicht bleiberechtigte Zuwanderer	988	1.512	1.047	1.047

Asylbewerberleistungsgesetz

Veranschlagt sind Mittel für Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) im Kapiteldeckungskreis 47.

Anspruchsberechtigt sind:

gemäß § 1 AsylbLG Asylantragsteller:

- Ausländer, die wegen des Krieges in ihrem Heimatland eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 oder § 24 oder die eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4 Satz 1, Abs. 4a oder 5 des Aufenthaltsgesetzes besitzen
- Ausländer, die geduldet und/ oder vollziehbar zur Ausreise verpflichtet sind
- sowie die jeweiligen Familienangehörigen,

gemäß § 2 AsylbLG (Leistungen analog zum SGB XII):

- Leistungsberechtigte nach dem AsylbLG, die über eine Dauer von insgesamt 48 Monaten Grundleistungen nach § 3 AsylbLG erhalten haben (Personenkreis gemäß § 1 AsylbLG) und die die Dauer ihres Aufenthalts nicht rechtsmissbräuchlich selbst beeinflusst haben (in 2007 insgesamt 30,5 % aller Leistungsberechtigten nach dem AsylbLG).

Der Bedarf berechnet sich ausgehend von der durchschnittlichen Anzahl der Leistungsberechtigten des Jahres 2007. Für 2008 wird von einem Fallzahlrückgang von 10,59% für Leistungsberechtigte gemäß § 1 AsylbLG und von einer Fallzahlsteigerung von 15,47% für alle Personen gemäß § 2 AsylbLG ausgegangen und diese Empfängerzahl für die Jahre 2009 und 2010 der Veranschlagung zugrunde gelegt.

Zu § 1 AsylbLG:

Aufgrund des deutlichen Rückgangs der leistungsberechtigten Personen nach § 1 AsylbLG reduzieren sich die Ansätze für die Planjahre gegenüber den Ansätzen 2008 erheblich.

Erläuterungen zu den Ausgaben, soweit inhaltliche Veränderungen vorgenommen wurden:

- 681.12 Neuer Leertitel. Leistungsempfänger nach §§ 1 und 2 AsylbLG können bei Nachweis ihrer Leistungsberechtigung (Sozialkarte) einen Preisnachlass von 18 € auf vom HVV angebotenen Zeitkarten erhalten. Die Regelung soll zum 1. Januar 2009 eingeführt werden. Der Veranschlagung zugrunde gelegt wurde eine monatliche in Anspruchnahme in rund 35.000 Fällen (einschließlich SGB II/XII). Die Prognose basiert auf der prozentualen Nutzungsrate des früheren Sozialtickets und berücksichtigt darüber hinaus den inzwischen wesentlich höheren Anteil an leistungsberechtigten Erwerbstätigen bzw. 1 Euro-Jobbern, bei denen von einem höheren Bedarf an Zeitkarten und Jobtickets auszugehen ist. Die Veranschlagung der Mittel erfolgte für alle Anspruchsberechtigten gemeinsam im Titel 4610.681.12.

- 681.19 Neuer Titel für Kosten der Unterkunft nach § 3 AsylbLG (bisher mit enthalten in 681.20).

- 681.20 Veranschlagt sind die Grundleistungen nach § 3 AsylbLG, die zum Lebensunterhalt gewährt werden - ohne Kosten der Unterkunft.

- 681.37 Weggefallener Ansatz

Zu § 2 AsylbLG:

Erläuterungen zu den Ausgaben, soweit inhaltliche Veränderungen vorgenommen wurden:

- 681.18 Neuer Titel für Kosten der Unterkunft nach § 2 AsylbLG (bisher mit enthalten in 681.21)

- 681.22 Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt analog zum SGB XII - ohne Kosten der Unterkunft

4700

681.44 Ergänzende Darlehen in analoger Anwendung von § 37 SGB XII (bisher Leertitel).

863.05 Neuer Titel, gesonderte Veranschlagung von Darlehen für Wohnungsbeschaffungskosten und Mietschulden, die analog dem SGB XII gewährt werden (korrespondierender Einnahmetitel siehe 4700.182.05).

Der Mittelbedarf berechnet sich ausgehend von der Anzahl der durchschnittlichen Leistungsberechtigten in 2007. Für 2008 wird gegenüber dem Jahresdurchschnitt 2007 von einem Fallzahlrückgang von rd. 24,5% für Leistungsberechtigte gemäß § 1 AsylbLG und von einer Fallzahlsteigerung von rd. 6,7% für alle Personen gemäß § 2 AsylbLG ausgegangen. Diese Empfängerzahl wird für die Jahre 2009 und 2010 unverändert beibehalten.
Personenzahlen und Fallkosten

AsylbLG nach ..	Personenzahl (jahresdurchschnittl.)				rechner. Fallkosten/Person/Euro/Jahr			
	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
§ 1	6.566	7.457	4.956	4.956	5.329	5.799	5.135	5.135
§ 2	2.878	1.736	3.067	3.067	4.338	3.251	4.785	4.785
§ 1 <u>ohne</u> Krankenhilfe					3.855	4.325	3.881	3.881
§ 2 <u>ohne</u> Krankenhilfe					3.264	1.407	3.308	3.308
§ 1 <u>nur</u> Krankenhilfe					1.490	1.835	1.499	1.499
§ 2 <u>nur</u> Krankenhilfe					1.075	853	1.082	1.082
Rückkehrhilfen *					12	65	27	27
AsylbLG gesamt	9.444	9.193	8.023	8.023	-	-	-	-

* Fallkosten basieren auf Gesamtanzahl der Personen nach AsylbLG

Darstellung der Planansätze

AsylbLG nach	Ergebnis 2007 Tsd. Euro	Plan 2008 Tsd. Euro	Plan 2009 Tsd. Euro	Plan 2010 Tsd. Euro
§ 1 <u>ohne</u> Krankenhilfe	25.203	28.395*	19.234	19.234
§ 2 <u>ohne</u> Krankenhilfe	9.393	4.050	10.145	10.145
§ 1 <u>nur</u> Krankenhilfe	9.784	16.185	7.431	7.431
§ 2 <u>nur</u> Krankenhilfe	3.093	1.480	3.317	3.317
Rückkehrhilfen	112	688	217	217
AsylbLG gesamt	47.585	50.798	40.344	40.344

* Unter Berücksichtigung der Ansatzreduzierung durch Drs. 18 / 6980

4910 Verwaltung und Service

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Dezentrale Steuerungs- und Intendanzaufgaben,

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Förderung der Gesundheitswirtschaft

Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Im Kapitel 4910 sind keine Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen werden insbesondere geprägt durch:

- Erstattung Dritter für die Gestellung von Personal (4910.261.03, 4910.261.04)
- Entschädigung für abgeordnete oder beurlaubte Verwaltungsangehörige (4910.261.02)
- Erstattungen der Asklepios Westklinikum GmbH für Vergütungen (4910.261.03)

Die Einnahmen bei der Erstattung Dritter für die Gestellung von Personal (4910.261.03, 4910.261.04) sind rückläufig durch die kontinuierliche Verringerung des Personals.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 4

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben werden insbesondere geprägt durch:

- Ausgaben im Rahmen des Betriebskontos Z 61
- Standortkosten für den Gebäudekomplex Billstraße
- Ausgaben zur Förderung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg

547.03 -Sachaufwendungen zur Förderung der Gesundheitswirtschaft-
(neu)

In diesem Titel werden Mittel zur Förderung der Gesundheitswirtschaft in Hamburg veranschlagt. Anknüpfend an die erfolgreichen Aktivitäten im Bereich „Life Science“ soll künftig das gesamte Spektrum der Gesundheitswirtschaft als eine der bedeutendsten Wachstumsbranchen in Hamburg gefördert werden. Im Rahmen dieser Zweckbestimmung ist derzeit neben der Implementierung eines professionellen Clustermanagements vorgesehen, v.a. Projekte in den Handlungsfeldern Aus- und Fortbildung, Transparenz und Qualität in der Versorgung sowie der Prävention zu fördern.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird im Wesentlichen durch kleinere Baumaßnahmen im Bereich des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz geprägt.

4920 Verbraucherschutz

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

In diesem Kapitel werden die Einnahmen und Ausgaben veranschlagt, die im Verbraucherschutz anfallen.

Dazu gehören Aufgaben im Zusammenhang mit

- der Gewährleistung einer effektiven Lebensmittelüberwachung,
- der Sicherstellung der Tierseuchenbekämpfung (z.B. BSE und MKS),
- dem Schutz der Tiere vor Schmerzen, Leiden oder Schäden,
- der Produkt- und Anlagensicherheit
- der Gewährleistung von Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit,
- dem Patientenschutz,
- der Sicherheit von Arzneimittel- und Medizinprodukten,
- der gesundheitlichen Bewertung von umweltbedingten Gesundheitsrisiken,
- dem Hamburgischen Krebsregister.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Vorgaben in den einschlägigen Rechtsvorschriften zur Umsetzung und Durchführung von amtlichen Untersuchungen oder Kontrollen sowie der Erteilung von Betriebs- und Ein- bzw. Ausfuhrerlaubnissen, die tlw. mit Inspektionen in Nicht-EU-Ländern verbunden sind
 - einen stark wechselnden Arbeitsanfall in den Dienststellen, der Anforderungen der Wirtschaft berücksichtigt und nur bedingt beeinflusst werden kann
 - Fortentwicklung von Wissenschaft und Technik
 - Wandel der gesellschaftlichen Anforderungen an den Arbeitnehmerschutz und daraus resultierende politische Vorgaben zur Aufgabenerledigung
 - neue gesetzliche Regelungen
 - Anzahl von Betrieben und Anlagen
 - gesteigertes Interesse der Verbraucher an Informationen zu Risiken von Produkten und Gesundheitsdienstleistungen
 - Aufbau von Partnerschaften mit Kammern und Verbänden im Arbeitsschutz
- Einzelheiten der Aufgabenwahrnehmung sind der Produktinformation zu entnehmen.

2. Zuwendungen

Die Zuwendungen in Kapitel 4920 werden wesentlich durch die Förderung der Verbraucherzentrale Hamburg (850 Tsd. Euro pro Jahr) geprägt. Darüber hinaus werden zwei kleinere Zuschüsse an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. als Zuwendungen veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Gebühreneinnahmen im Bereich Veterinäramt Grenzdienst
- Verwaltungsgebühren für überwachungsbedürftige Anlagen
- Verwaltungsgebühren im Bereich Arbeitsschutz
- Verwaltungsgebühren im Bereich Strahlenschutz
- Einnahmen aus Bußgeldern
- Sonstigen Einnahmen

112.63 - Buß- und Verwarngelder im Bereich Veterinäramt Grenzdienst -
(neu)

Dieser Titel wird eingerichtet, um Einnahmen des Veterinäramtes Grenzdienst aus Buß- und Verwarngeldern vereinnahmen zu können. Die Höhe der Einnahmen lässt sich nicht prognostizieren. Deshalb wird ein Leertitel veranschlagt.

112.64 – Bußgelder im Bereich „Nichteinhaltung der Sozialvorschriften bei Tätigkeiten im Straßenverkehr“ -
(neu)

Infolge der Erhöhung der Kontrollquote im Bereich der Überwachung von Sozialvorschriften im Straßenverkehr (Lenk- und Ruhezeiten) durch die EU müssen vermehrt Kontrollen in diesem Bereich durchgeführt werden. Die aus diesen Kontrollen erzielten Bußgelder wurden bisher beim Titel 111.64 eingenommen. Aus Gründen der Haushaltsklarheit wurden die kalkulierten Einnahmen aus dem bisherigen Titel herausgelöst und ein neuer Titel eingerichtet.

119.63 - Vermischte Einnahmen im Bereich Veterinäramt Grenzdienst -
(neu)

Dieser Titel wird eingerichtet, um sonstige Einnahmen des Veterinäramtes Grenzdienst vereinnahmen zu können. Da die Höhe der Einnahmen nicht vorhersehbar ist, wird ein Leertitel veranschlagt.

124.63 - Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung und Nutzung von Grundstücken im Veterinäramt Grenzdienst -

(neu) Dieser Titel wird eingerichtet, um insbesondere Einnahmen aus der Vermietung von Räumen und Flächen in den neuen Kontrollzentren vereinnahmen zu können. Es ist vorgesehen, im Kontrollzentrum Vulkanhafen Räume und Flächen für die dort tätigen Zollbediensteten an die Oberfinanzdirektion zu vermieten. Derzeit stehen weder die Anzahl der Räume noch der zu vermietenden Flächen fest. Deshalb wird zunächst ein Leertitel veranschlagt.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 4

427.86 – Pauschale Aufwandsentschädigungen; Zweckzuweisungen an die Bezirke -

Veranschlagt sind Entschädigungen im Zusammenhang mit der Begutachtung giftiger Tiere auf dem Hamburgischen Staatsgebiet.

Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung dem Einzelplan des zuständigen Bezirksamtes Hamburg-Mitte zur Verfügung gestellt.

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Ausgaben für den allgemeinen Dienstbetrieb,
- Vertragliche Verpflichtungen im Rahmen der Norddeutschen Kooperation
- Ausgaben für die Beschaffung und Unterhaltung technischer Geräte,
- Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse.
- Ausgaben für Beschaffungen im ärztlichen und wissenschaftlichen Bereich

534.02 – Ausgaben im Rahmen der Umsetzung des Hundegesetzes –

(neu) Veranschlagt sind Mittel, die unabhängig von der Unterbringung und Versorgung von Hunden im Zusammenhang mit der Umsetzung des Hundegesetzes entstehen, z.B. Informationsschreiben an die Hundehalter.

534.81 – Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen; Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt sind Ausgaben für Geräte, Instrumente und Verbrauchsmittel für den tierärztlichen Bereich.

Für das Haushaltsjahr 2009 / 2010 erfolgt die Aufteilung nach fachlichen Schlüsseln bei dem jeweiligen Titel. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	3,5	5	5
Altona	3,5	4	4
Eimsbüttel	2,5	4	4
Hamburg-Nord	6	4	4
Wandsbek	3,5	5	5
Bergedorf	4	4	4
Harburg	6	3	3
Gesamt	29	29	29

4920

- 534.86 – Unterbringung von Nutztieren; Zweckzuweisung an die Bezirke –
(neu) Veranschlagt sind Mittel, die durch den Kontrollanstieg bei Tiertransporten nach der Verordnung VO EU 1/2005 für die Unterbringung hauptsächlich von Nutztieren benötigt werden, die im Rahmen von Verstößen sichergestellt werden.
- 534.87 – Kosten für das Einsammeln und den Transport von infizierten Tieren nach Ausbruch einer Tierseuche;
(neu) Zweckzuweisung an die Bezirke –
- Veranschlagt ist eine Verpflichtungsermächtigung, um für den Fall einer Notwendigkeit derartiger Transporte diese ordnungsgemäß durchführen zu können.
- 684.01 – Kostenerstattung an den HTV für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwahr- sowie Beobachtungstieren -
- (neu) Veranschlagt sind die Mittel für die Unterbringung, Versorgung und Behandlung von Fund-, Verwahr- und Beobachtungstieren einschließlich der Mittel für die Unterbringung und Versorgung im Zusammenhang mit der Durchführung des Hundegesetzes. Die veränderte Höhe der Veranschlagung beruht auf dem ab 2007 geltenden neuen Vertrag mit dem HTV sowie der Zusammenfassung der zuvor in den Titeln 685.86, 683.62 und 686.62 veranschlagten Mittel.
- 685.08 – Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale Hamburg e.V. –
- Veranschlagt sind für 2009/2010 als Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. (institutionelle Förderung, Patientenberatung und Hamburger Anteil an der Ernährungsberatung) insgesamt 850 Tsd. Euro pro Jahr.
- 686.61 – Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. –
- Veranschlagt sind für 2009/2010 als Zuschuss an den Tierschutzverein insgesamt 38 Tsd. Euro. Hiervon entfallen
1. 28 Tsd. Euro auf eine Finanzhilfe in Höhe des Erbbauzinses für das Grundstück Süderstraße, weil der Tierschutzverein (HTV) öffentliche Aufgaben wahrnimmt, die anderenfalls die Stadt übernehmen müsste (z.B. Aufgreifen und Verwahren herrenloser Tiere sowie deren tierärztliche Betreuung, Versorgung auf amtliche Anordnung untergebrachter seuchenverdächtiger Tiere).
 2. 10 Tsd. Euro Zuschuss für Maßnahmen zur Begrenzung der Population verwilderter Hauskatzen durch den HTV (Kastration). Die entlaufenen Katzen vermehren sich und finden in der Stadt keine ausreichende Futtergrundlage. Viele Jungtiere erkranken, verhungern oder siechen dahin. Gezielte Kastrationsmaßnahmen, die einen hohen organisatorischen und personellen Aufwand erfordern, haben dazu beigetragen, dass die Zahl der zu kastrierenden Katzen stagniert bzw. sogar leicht rückläufig ist.
- Z 62 Veranschlagt waren u.a. Mittel für die Betreuung der Tiere und für den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V. im Zusammenhang mit der Durchführung der Hundeverordnung. Die Mittel dieser Titelgruppe sind in die neuen Titel 4920.534.03 und 4920.684.01 überführt worden.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird im Wesentlichen durch Neu- und Ersatzbeschaffungen von Geräten für das Arbeitsschutzlabor geprägt.

4930 Gesundheit

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Diesen Bereich prägen insbesondere folgende Aufgaben:

- Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitsförderung, Prävention, Gesundheitsversorgung und Gesundheit und Umwelt, ebenso die Versorgungsplanung im Gesundheitswesen und der Maßregelvollzug.
- Gesundheitsschutz und Gesundheitssicherung
Dies umfasst insbesondere die Seuchenhygiene und Infektionsepidemiologie; Schulärztlichen und Schulzahnärztlichen Dienst; Weiterentwicklung und Modernisierung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes; Sicherheit von Medizinprodukten, Patientenschutz, Reproduktionsmedizin; Berufe im Gesundheitswesen
- Wie auch in den Jahren 2007 und 2008 ist der Haushalt im Bereich Drogen und Sucht 2009/2010 geprägt durch die Umsetzung der fachpolitischen Vorgaben aus der Drucksache „Drogenfreie Kindheit und Jugend“. Nachdem im Jahr 2007 in fünf Bezirken neue Beratungsangebote für suchtgefährdete Jugendliche eingerichtet wurden, werden diese fortgeführt, nach Möglichkeit weiter ausgebaut und umfassend evaluiert. In diesem Zusammenhang wurde auch die Zuständigkeit für das Beratungszentrum KÖ 16 a auf das Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz übertragen.
- Im Bereich Eingliederungshilfe für Suchtkranke führen gesetzliche Neuregelungen sowie Fallzahlsteigerungen zu einer Ausweitung der Kosten. Zur Deckung der Mehrausgaben wurde bereits für das Jahr 2008 mit Nachtragsdrucksache sowie für die Haushaltsjahre 2009/2010 ein Deckungsvermerk mit dem entsprechenden Einnahmetitel eingerichtet. Die weitere Entwicklung der Ausgaben wird eng beobachtet.

Der Mittel- und Stellenbedarf wird insbesondere durch folgende Rahmendaten bestimmt:

- Umsetzung folgender im Haushaltsplan abgebildeten Schwerpunkte:
 - Pakt für Prävention
 - Gesundheitsprävention für Migrantinnen und Migranten
 - Stärkung der Prävention vor HIV / AIDS
 - Ausweitung des Beratungsangebots für Minderjährige mit Essstörungen.
- Gesundheitsförderung und Prävention mit verändertem Schwerpunkt des ÖGD entsprechend dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst sowie bei anderen Trägern (Hamburgische Arbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung, KISS etc.)
- nachgeordnete Dienststellen, z.B Zentralinstitut für Arbeitsmedizin und maritime Medizin mit den Bereichen Hafen- und Flughafenärztlicher Dienst und der Arbeitsgruppe Schifffahrtsmedizin,
- Ausbau des Centrums für AIDS und andere übertragbare Krankheiten (CASAblanca)
- Krankenhausinvestitionen und Maßregelvollzug,

2. Zuwendungen

Gesundheitsberichterstattung und Gesundheitsförderung sowie die Förderung von Familienhebammenprojekten (4930.684.71 und 4930.684.86)

Die Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention sowie die Förderung von Familienhebammenprojekten der Freien und Hansestadt Hamburg werden im Rahmen von Projektförderungen über die Vergabe von Zuwendungen und Zweckzuweisungen aus den Titeln 4930.684.71 und 4930.684.86 finanziert.

Die Angebote der verschiedenen Einrichtungen zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention umfassen zielgruppenspezifische Beratungen zur Prävention von HIV/AIDS, die Umsetzung gesundheitsfördernder und präventiver Angebote in Schulen und Kindertagesstätten, Selbsthilfeförderung und die Beratung krebserkrankter Menschen.

Suchtkrankenhilfe

Im Rahmen der Zuwendungsbewilligung werden im Kapitel 4930 aus dem Titel 684.62 mehr als 50 ambulante Projekte der Suchtkrankenhilfe gefördert. Die zu finanzierenden Leistungen für den Bereich Drogen und Sucht umfassen die Beratung für suchtgefährdete Jugendliche, niedrigschwellige gesundheitliche Basis- und Überlebenshilfen, aufsuchende (Straßen-) Sozialarbeit, Angebote qualifizierter Beratung und Vermittlung in weiterführende Behandlung, Beratung im Strafvollzug, psychosoziale Betreuung Substituierter sowie die Förderung der Selbsthilfe und Angehörigenarbeit. Nach Durchführung eines Ideenwettbewerbs werden seit dem Jahr 2008 fünf neue Projekte im Bereich der Selbsthilfe Drogenabhängiger gefördert. Das Projekt Waage, Beratung für Frauen mit Essstörungen, wird mit dem Haushalt 2009/2010 in die Zuständigkeit der Fachabteilung Gesundheitsförderung übertragen.

Die Steuerung sämtlicher Zuwendungsausgaben erfolgt in der Regel auf Basis der Leistungsvereinbarungen bzw. einvernehmlichen Leistungsbeschreibungen und setzen die Einhaltung verbindlicher Qualitätsstandards voraus. Hierzu gehört

insbesondere die Verpflichtung zur Teilnahme an der kundenbezogenen Basisdatendokumentation und der einrichtungsbezogenen Leistungsdokumentation.

Die Steuerung der Zuwendungsempfänger erfolgt mit dem Ziel der kontinuierlichen Überprüfung der in der Leistungsbeschreibung festgelegten Aufgaben. Hierzu wird, in Abhängigkeit vom Umfang der Förderung, eine Kombination folgender Instrumente (zum Teil wiederholend im Jahresablauf) eingesetzt:

- Auswertung der Verwendungsnachweise
- Auswertung der Jahresberichte
- Auswertungs- und Perspektivgespräche mit den Trägern
- Organisations- und Wirtschaftlichkeitsberatungen
- Betriebswirtschaftliche Überprüfungen
- Besuche vor Ort
- Besprechungen in Fachgruppen und Arbeitskreisen zur Koordinierung der Träger.

In der Regel wird den Trägern die Förderung im Rahmen von Zuwendungsbescheiden gewährt. Darüber hinaus besteht seit einigen Jahren die Möglichkeit, Zuwendungsverträge mit den Zuwendungsempfängern abzuschließen. Die Vorteile für die Behörde und die Träger liegen in der Optimierung der wirtschaftlichen Eigenverantwortung bei den Zuwendungsempfängern. Im Haushaltsjahr 2008 bestanden acht Zuwendungsverträge über ca. 25 Projekte.

Mit der Vergabe von Zuwendungen ist eine Finanzierungsform vorgegeben, die es der Fachbehörde ermöglicht, in den Bereichen Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention sowie der ambulanten Suchtkrankenhilfe in Hamburg eine optimale Steuerung vorzunehmen, da die Projektförderung in Form von freiwilligen Leistungen des Staates zeitnah und bedarfsorientiert auf der Grundlage der Politik des Senats gestaltet werden kann.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

Die Einnahmen sind insbesondere geprägt durch:

- Erhebung von Gebühren (z.B. 4930.111.01 u. 111.02)

112.01 – Bußgelder aufgrund § 121 SGB XI (Pflegeversicherung) –

(neu)

Der Titel war bis zum Jahr 2008 im Kapitel 4200 – Familie, Jugend und Sozialordnung - veranschlagt. Aufgrund organisatorischer Änderungen bei der Aufgabenwahrnehmung wird der Titel ab dem Jahr 2009 im Kapitel 4930 – Gesundheit – veranschlagt.

282.02 – Erstattung der Kosten für die Wahl zu den Selbstverwaltungsorganen der landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger –

(neu)

Der Titel war bis zum Jahr 2008 im Kapitel 4200 – Familie, Jugend und Sozialordnung - veranschlagt. Aufgrund organisatorischer Änderungen bei der Aufgabenwahrnehmung wird der Titel ab dem Jahr 2009 im Kapitel 4930 – Gesundheit – veranschlagt.

332.01 – Einnahmen aus Zahlungen anderer Bundesländer als Finanzierungsbeteiligung für die Errichtung eines überregionalen Behandlungszentrums für hochkontagiose Infektionskrankheiten (BZHI) am UKE –

Veranschlagt sind die Investitionskostenbeteiligungen der Länder Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein an der Errichtung eines BZHI am UKE. Die Beteiligung erfolgt mit Inbetriebnahme des BZHI voraussichtlich in 2009, so dass dieser Kostenanteil von der FHH zunächst aus Titel 4930.893.02 vorzufinanzieren ist. Die Deckung der beim Titel 4930.893.02 erforderlichen Investitionsmittel erfolgte aus dem Titel 4930.893.79; die Investitionseinnahmen der beteiligten Länder sollen daher diesem Titel wieder zufließen (vgl. hierzu auch Drs. 18/7193). Veranschlagt sind für 2009/2010 als Zuschuss an die Verbraucher-Zentrale e.V. (institutionelle Förderung, Patientenberatung und Hamburger Anteil an der Ernährungsberatung) insgesamt 752 Tsd. Euro pro Jahr.

Ausgaben

Personalausgaben

s. Vorwort zum Einzelplan 4

Sach- und Fachausgaben

Die Sach- und Fachausgaben in diesem Bereich umfassen im Wesentlichen:

- Auftragsleistung der Asklepios Kliniken Hamburg GmbH in Höhe von 21,7 Mio. Euro (2009) und 23,0 Mio. Euro (2010)
- Zuwendungen in Höhe von 20,951 Mio. Euro in 2009 und in 2010
- Zuschüsse aufgrund von Länderabkommen (IMPP/AföG) in Höhe von 271 Tsd. Euro

534.02 – Durchführung der Wahlen zu den Selbstverwaltungsorganen der landesunmittelbaren Sozialversicherungsträger –

(neu)

Der Titel war bis zum Jahr 2008 im Kapitel 4200 – Familie, Jugend und Sozialordnung - veranschlagt. Aufgrund organisatorischer Änderungen bei der Aufgabenwahrnehmung wird der Titel ab dem Jahr 2009 im Kapitel 4930 – Gesundheit – veranschlagt.

547.02 (neu) -Sachausgaben im Zusammenhang mit dem Schutz vor ungewöhnlichen Seuchen- und Gefahrenlagen-

Veranschlagt sind Sachausgaben zum Schutz der Bevölkerung vor ungewöhnlichen Seuchenerlagen und Gefahren durch radioaktive, biologische oder chemische Stoffe.

534.81 – Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist eine Rahmenzuweisung an die Bezirksämter für

- Geräte und Verbrauchsmaterialien für die medizinische Diagnostik bei den Gesundheitsämtern
- Aufwendungen für Wasser-, Boden- und Luftuntersuchungen
- Maßnahmen der bezirklichen Gesundheitsförderung
- Zuschüsse für die Patientenclubs und die therapeutische Gruppenarbeit der jugend- und sozial-psychiatrischen Dienste.

Für die Haushaltsjahre 2009/2010 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	57	62	62
Altona	31	31	31
Eimsbüttel	30	29	29
Hamburg-Nord	138	141	141
Wandsbek	44	43,5	43,5
Bergedorf	14	15,5	15,5
Harburg	25	17	17
Gesamt	339	339	339

534.86 – Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisungen an die Bezirke –

Veranschlagt sind Zweckzuweisungen an die Bezirksämter für Kosten im Zusammenhang mit Fahrgelderstattungen an die, von den Gesundheitsämtern zur Untersuchung vorgeladenen, mittellosen Personen und die bei den Wirtschafts- und Ordnungsämtern entstehenden Kosten für Zuführungen und Untersuchung zur Feststellung übertragbarer Krankheiten auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetz (IfSG).

Für die Haushaltsjahre 2009/2010 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln bei den jeweiligen Titeln. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	1,5	1,5	1,5
Altona	6	6	6
Eimsbüttel	0,5	0,5	0,5
Hamburg-Nord	0,5	0,5	0,5
Wandsbek	0,5	0,5	0,5
Bergedorf	0,5	0,5	0,5
Harburg	0,5	0,5	0,5
Gesamt	10	10	10

636.01 – Zuweisungen zu den Mitgliedbeiträgen zur Unfallversicherung der Kleinbetriebe der See- und Küstenfischerei –

(neu)

Der Titel war bis zum Jahr 2008 im Kapitel 4200 – Familie, Jugend und Sozialordnung - veranschlagt. Aufgrund organisatorischer Änderungen bei der Aufgabenwahrnehmung wird der Titel ab dem Jahr 2009 im Kapitel 4930 – Gesundheit – veranschlagt.

671.01 – Verwaltungskostenerstattung Hamburgs nach § 19 (2) des Gesetzes zur Förderung der Einstellung der Landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit –

(neu)

Der Titel war bis zum Jahr 2008 im Kapitel 4200 – Familie, Jugend und Sozialordnung - veranschlagt. Aufgrund organisatorischer Änderungen bei der Aufgabenwahrnehmung wird der Titel ab dem Jahr 2009 im Kapitel 4930 – Gesundheit – veranschlagt.

671.62 – Eingliederungshilfe für Behinderte – Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für gesetzliche Leistungen der Eingliederungshilfe für Suchtkranke. Diese umfassen Maßnahmen der sozialen Rehabilitation in Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen, den Aufenthalt in Vorsorge- und Übergangseinrichtungen sowie in Nachsorgeeinrichtungen für die Fälle, in denen die Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe bestritten werden müssen, da kein vorrangiger Leistungsträger für diese Hilfen aufkommt. In den Übernachtungsstätten und Krisenwohnungen sollen die Suchtkranken zur Ruhe kommen und eine Ausstiegsmotivation entwickeln. In die Vorsorge- und Übergangseinrichtungen werden die Abhängigen aufgenommen, die mit Hilfe weiterführender medizinischer und therapeutischer Angebote in Fachkliniken und Therapeutischen Wohngemeinschaften ihre Abhängigkeit bewältigen wollen, aufgrund ihrer besonderen sozialen Situation zur Vorbereitung auf diese Maßnahmen aber einen (teil-)stationären Rahmen benötigen. In den Nachsorgeeinrichtungen werden die Suchtkranken betreut, die nach Durchlaufen einer medizinischen Rehabilitation weiterer Unterstützung bei der Eingliederung in das soziale Umfeld bedürfen.

681.86 – Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich; Zweckzuweisung an die Bezirke –

Veranschlagt ist eine Zweckzuweisung an die Bezirksämter für Aufwendungen nach dem IfSG. Im Einzelnen handelt es sich hierbei um Kosten für Verdienstausfallentschädigungen, Absonderungsmaßnahmen, Entschädigungskosten für beschlagnahmte Gegenstände sowie Kosten für die medikamentöse Postexpositionsprophylaxe.

Für die Haushaltsjahre 2009/2010 erfolgt die Aufteilung nach fachbezogenen Schlüsseln wie im Vorjahr. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Tsd. Euro		
Hamburg-Mitte	6	6	6
Altona	1,5	1,5	1,5
Eimsbüttel	1,5	1,5	1,5
Hamburg-Nord	1,5	1,5	1,5
Wandsbek	1,5	1,5	1,5
Bergedorf	1,5	1,5	1,5
Harburg	1,5	1,5	1,5
Gesamt	15	15	15

682.02 – Zuweisung an Dritte für den Maßregelvollzug –

Bei Straftätern, die wegen psychischer Erkrankung oder Suchtmittelabhängigkeit nicht oder nur vermindert schulfähig sind, kann durch das Gericht die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 Strafgesetzbuch (StGB)) oder in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB) angeordnet werden. Verantwortlich für die Durchführung des Maßregelvollzuges sind die Länder. In Hamburg werden die Maßregeln für psychisch kranke Rechtsbrecher (§ 63 StGB) und für suchtkranke Rechtsbrecher (§ 64 StGB) gemäß § 4 Hamburgisches Maßregelvollzugsgesetz (HmbMVollzG) in der Asklepios Klinik Nord - Ochsenzoll- vollzogen. Dort stehen ab dem 2. Quartal 2009 insgesamt 268 Behandlungsplätze zur Verfügung. Davon befinden sich 21 Plätze in einer offenen Reha-Station, in der Patientinnen und Patienten mit fortgeschrittenem Behandlungsverlauf auf ihre Entlassung vorbereitet werden.

Auf der Grundlage des Ergebnisses des ersten Quartals 2008 werden für 2009 83.222 Berechnungstage und für 2010 89.047 Berechnungstage veranschlagt.

Insgesamt hat sich die Zahl der Berechnungstage in den Vorjahren als Folge der zunehmenden Verhängung von Maßregeln sowie infolge größerer Zurückhaltung bei der Aussetzung der Maßregel zur Bewährung erhöht.

684.05 - Zuschüsse zur Schwangerschaftskonfliktberatung

Hierbei handelt es sich um eine gesetzliche Aufgabe nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz (§§ 2, 5 SchwKG und § 219 StGB).

Für 2009/2010 sind folgende Zuschüsse veranschlagt:

	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Euro			
Familienplanungszentrum	451.790	484.390	484.390	484.390
PRO FAMILIA	576.793	599.070	599.070	599.070
SKF Wartenau	251.044	217.614	217.614	217.614
SKF Altona	191.174	158.460	158.460	158.460
Konfliktberatungsstelle des DW	132.900	137.000	137.000	137.000
Caritas Konfliktberatungsstelle	55.600	59.792	59.792	59.792
Mehrbedarf für gesetzliche Maßnahmen gem. §§ 2, 5 SchwKG i.V.m. SchFG	-	259.674	259.674	259.674
Insgesamt	1.659.301	1.916.000	1.916.000	1.916.000

684.62 – Zuschüsse an Vereine und dgl. –

Veranschlagt sind die Aufwendungen für Hilfen für Suchtkranke und -gefährdete im Bereich ambulanter Beratungs- und Versorgungsangebote.

Träger/ Projekt	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Euro			
Hmb. Landesstelle für Suchtfragen e. V.				
Deutscher Guttempler-Orden, Beratungsstelle	246.995	250.500	210.000	210.000
Diakonisches Werk Hamburg, Ev. Landesarbeitsgemeinschaft (ELAS)	47.000	32.000	47.000	47.000
Die Boje gGmbH	549.807	586.000	608.000	608.000
Boje Barmbek	-			
Boje Eimsbüttel	-			
DW des Kirchenkreises Blankenese e.V., Suchthilfezentrum Hamburg West/Lukas	882.000	1.107.419	1.105.000	1.105.000
Martha Stiftung	1.075.348	1.145.350	1.190.000	1.190.000
STZ-Beratungsstelle Barmbek	-	-	-	-
STZ-Beratungsstelle Harburg	-	-	-	-

Träger/ Projekt	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Euro			
STZ-Beratungsstelle Hummel	-	-	-	-
Die Heilsarmee, Park In, Straßensozialarbeit	465.029	465.122	462.000	462.000
Alida Schmidt-Stiftung, AHA	72.360	89.214	85.000	85.000
Kreuzbund e. V.	7.590	7.500	7.500	7.500
Blaues Kreuz e.V.	53.293	46.786	64.000	64.000
Jugend hilft Jugend e. V.	2.370.000	2.318.819	2.547.000	2.547.000
KODROBS-Altona (mit Drogenkonsumraum)				
KODROBS-Bergedorf				
KODROBS-Süderelbe				
AGB-Arbeitsprojekt				
Kodrobs mobil				
PSB Mendelssonstraße				
Beratung im Strafvollzug				
HIDA	-	125.000	-	-
PSB in Substitutionsambulanzen	496.500	500.000	500.000	500.000
Therapiehilfe e. V.	1.919.343	1.933.000	2.025.000	2.025.000
Seehaus-Projekt				
Rückfallprophylaxe				
Selbsthilfeprojekte				
Projekt PSB (MAT West, MAT Harburg, MAEX)				
Beratung im Strafvollzug				
Jugendhilfe e. V.	3.250.000	3.600.000	3.720.000	3.720.000
Drob Inn (mit Drogenkonsumraum)				
Viva Wandsbek				
Stay Alive (mit Drogenkonsumraum)				
Drob Inn mobil				
Projekt Nachtcafé				
Frauenperspektiven e. V. Frauenberatungsstelle	455.888	448.149	467.000	467.000
Ragazza e. V. (mit Drogenkonsumraum)	719.070	713.000	735.000	735.000
Waage e. V.	143.452	137.000	-	-
Drogenhilfe Eimsbüttel e.V.	419.808	414.225	430.000	430.000
Freiraum e. V., Abrigado (mit Drogenkonsum- raum)	563.818	552.189	593.000	593.000
Selbsthilfe Drogenabhängiger und Angehöriger	49.950	100.000	-	-
Selbsthilfeförderung Angehöriger	-	-	49.880	49.880
Selbsthilfeförderung Drogenabhängiger	-	-	100.000	100.000
Wissenschaftliche Forschung/ Auswertung BADO e. V.	66.156	66.956	68.000	68.000
Betreutes Wohnen (Jugendhilfe e. V., Jugend hilft Jugend e.V.)	111.371	128.811	134.500	134.500
Die Brücke e. V. PSB	572.809	554.000	585.000	585.000
Palette e. V. PSB	554.223	550.000	570.000	570.000
Subway e. V.	344.247	400.000	-	-
Aktive Suchthilfe e. V., Beratung im Strafvollzug	314.485	315.960	326.000	326.000
Pathologisches Glückspiel aus Ergänzungshaushalt	-	50.000	50.000	50.000
Suchtberatung für Kinder und Jugendliche sowie deren Angehörige	471.942	550.000	700.000	700.000
Summe	16.321.484	17.236.000	17.444.380	17.444.380

Träger/ Projekt	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Euro			
./ Pauschale Absenkung zur Finanzierung des Ausbaus der Familienhebammenprojekte	-	30.000	-	-
./ Pauschale Absenkung zur Deckung des Mehrbedarfes bei den Familienhebammenprojekten (s. Drs.19/971)		30.000		
./ Rückflüsse	217.620	-	235.380	235.380
+ Auszahlung Rücklagen	114.861	-	-	-
+ einmalige Maßnahmen („workstart“ und Anmietung therapeutische Gemeinschaft Jenfeld)	200.000	-	-	-
Gesamtsumme	16.418.725	17.176.000	17.209.000	17.209.000
./ einmalige Absenkung zugunsten 4930.684.71 ¹	-	-	200.000	-
Haushaltsansatz:	-	17.176.000	17.009.000	17.209.000

Betriebskonto Z 71 – Gesundheitsförderung und Prävention

Beim Titel 534.71 sind Mittel für Gesundheitsinformation und -bildung, Prävention und Gesundheitsförderung, Informations- und Öffentlichkeitsveranstaltungen im Rahmen von Projekten und Maßnahmen, Beratungsangebote sowie Mittel zur AIDS-Prävention und zu sexuell übertragbaren Krankheiten veranschlagt. Die Mittel werden im Rahmen dieser Zweckbestimmung nach den jeweiligen Erfordernissen verwendet. Für 2009/2010 sind hier sowie unterstützt durch die Zuwendungen aus dem Titel 684.71 u.a. vorgesehen:

- Fortsetzung der Öffentlichkeitskampagne zur zielgruppenspezifischen HIV / AIDS / STD – Prävention, u.a. mit einem AIDS-Kongress sowie der Ausweitung von Beratung (CASAblanca, Ausweitung des KRD) und Straßensozialarbeit
- Informationsangebote für chronisch kranke Menschen, u.a. Aktualisierung des entsprechenden Ratgebers
- Zielgruppenspezifische Aktivitäten zur Gesundheitsförderung und Prävention für Migrantinnen und Migranten
- Weiterentwicklung der Aktivitäten zur Sturzprävention älterer Menschen
- Veröffentlichung von Gesundheitsberichten
- Weiterentwicklung der medizinischen Prävention
- Zielgruppenspezifische Aktivitäten zur Bewegungsförderung und gesunde Ernährung in Schulen, Kindertageseinrichtungen und Stadtteilen, Ausweitung des Beratungsangebots für Minderjährige mit Essstörungen
- Verstärkung der Vernetzung im Rahmen von Gesundheitsförderung und Prävention u.a. mit dem Ziel eines Paktes für Prävention mit Akteuren aus Sozialversicherungsträgern, Gesundheitswesen, Selbsthilfe, Kammern, Vereinen und Verbänden, Sport, Schule und Jugendarbeit

684.71 – Zuschüsse an Vereine, Institute u. dgl. zur Gesundheitsförderung und AIDS-Prävention –

Für 2009/2010 sind folgende Zuwendungen veranschlagt:

	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Euro			
- AIDS Hilfe	440.809	440.809	492.000	492.000
- Arbeit und Gesundheit	46.016	46.016	46.016	46.016
- Arbeiterwohlfahrt	91.000	91.000	92.260	92.260
- BASIS	254.069	243.300	249.500	249.500
- Diakonisches Werk	56.023	56.023	65.147	65.147
- Hamburger Arbeitsgemeinschaft f. Gesundheitsförderung	300.680	300.064	306.380	306.380
- KISS (DPWV, vormals SG e.V.)	535.200	505.200	546.000	546.000
- Mieten Aphasiker, CED, Tumornachsorge	10.677	12.000	12.000	12.000
- Prävention e.V. (Projekt Hein und Fiete)	180.250	171.895	172.000	172.000
- Selbsthilfegruppen-Topf	90.693	90.693	90.693	90.693
- Waage e.V. ²	-	-	175.000	175.000

¹ modellhafte Erprobung verbindlicher Kinder-Früherkennungsuntersuchungen

² ab 2009 Verlagerung des Ansatzes aus 4870.684.61 in 4930.684.71

	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Euro			
- Straßensozialarbeit und MiMi	-	-	117.000	117.000
- Essstörungen	-	-	100.000	100.000
- Einladewesen U6 und U7	-	-	200.000	-
- Projekt St. Katharinen	3.000	-	-	.
- Krankenhaus Wilhelmstift (Troncabgabe)	2.190	-	-	-
- TAMPEP	5.000	-	-	-
- Lebenswerte Stadt	2.000	-	-	-
- Sachkostensteigerungen	-	-	9.000	9.000
Zwischensumme	2.017.607	1.957.000	2.672.996	2.472.996
./.. Rückflüsse sowie Verstärkung aus der Titelgruppe Z71	35.849	-	59.996	59.996
Insgesamt ³	1.986.986	1.957.000	2.613.000	2.413.000

684.86 – Förderung von Familienhebammenprojekten; Zweckzuweisung an die Bezirke (überwiegend Zuwendungen)

Der Ansatz bei diesem Titel wird ab dem Haushaltsjahr 2009 im Zusammenhang mit dem Ausbau der Familienhebammenprojekte erhöht. Die Mittel werden im Wege der Sollübertragung auf die Einzelpläne der Bezirksämter wie folgt verteilt:

Bezirksamt	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	in Euro		
Hamburg-Mitte	68.000	105.000	105.000
Altona	106.500	127.500	127.500
Eimsbüttel	23.500	26.000	26.000
Hamburg-Nord	36.000	39.500	50.500
Wandsbek	145.500	191.000	191.000
Bergedorf	45.000	70.000	70.000
Harburg	22.500	35.000	35.000
Tarifanpassung TV-L		3.000	3.000
Gesamt	447.000	597.000	608.000

685.61 – Nationale Erprobung der ärztlichen Heroingabe –

Nach Beendigung des Modellversuchs heroingestützte Behandlung Opiatabhängiger wird die Behandlung der verbliebenen Patientinnen und Patienten in Hamburg auf der Grundlage einer Ausnahmegenehmigung des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte fortgeführt. Zur Behandlung und Betreuung der Patientinnen und Patienten in der kombinierten Methadon-/ Diamorphinambulanz in Altona werden jährlich 1.329 Tsd. Euro veranschlagt.

Investitionen

Das Investitionsvolumen für diesen Bereich wird im Wesentlichen durch

811.02 -Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für das Hamburg Port Health Center (HPHC)-
(neu)

Veranschlagt ist die Beschaffung eines Einsatzfahrzeuges für die Ärztinnen und Ärzte des HPHC für Maßnahmen des Gesundheits- und Infektionsschutzes nach den neuen Internationalen Gesundheitsvorschriften 2005 der Weltgesundheitsorganisation (IGV 2005).

893.02 -Errichtung eines überregionalen Behandlungszentrums für hochkontagiöse Infektionskrankheiten am UKE-

³ Ergebnis 2007 inkl. 5.228 Euro aus AOB 83

(neu)

Veranschlagt sind Kosten für die Errichtung eines Behandlungszentrums für hochkontagiöse Infektionskrankheiten am UKE inklusive der Finanzierungsbeiträgen der beteiligten Länder Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein in Höhe von insgesamt 1,293 Mio. Euro. Deckung erfolgte aus Titel 4930.893.79. Die Finanzierungsbeiträge der Länder erfolgt mit Inbetriebnahme des BZHI voraussichtlich in 2009, so dass dieser Kostenanteil von der FHH zunächst vorzufinanzieren ist. Die Finanzierungsbeiträge werden beim Einnahmetitel 4930.332.01 vereinnahmt und fließen dem Titel 493 0.893.79 wieder zu (vgl. hierzu auch Drs. 18/7193).

Investitionsförderung der Krankenhäuser

Krankenhäuser haben aufgrund des Gesetzes zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) und des HmbKHG Anspruch auf Übernahme ihrer Investitionskosten im Wege öffentlicher Förderung, soweit und solange sie in den Krankenhausplan eines Landes und bei Investitionen nach § 9 Abs. 1 Nr. 1 KHG bzw. § 21 HmbKHG (Einzelförderung) in das Investitionsprogramm aufgenommen sind.

Die Hamburgische Krankenhausgesellschaft und die Krankenkassen-Verbände in Hamburg (unmittelbar Beteiligte) sowie die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) bilden gem. § 18 HmbKHG den Landesausschuss für Krankenhaus- und Investitionsplanung, der einvernehmliche Vorschläge für die Aufstellung der Investitionsprogramme nach § 16 HmbKHG erarbeiten soll.

893.62 – Fördermittel nach § 22 HmbKHG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind Finanzmittel für die „Pauschale Förderung“ der Krankenhäuser gemäß § 22 HmbKHG. Die Bewilligung der Pauschalmittel richtet sich nach der Verordnung über die Pauschale Förderung der Krankenhäuser (PauschVO) vom 17.04.2007 (HmbGVBl. S. 141) unter Berücksichtigung der jeweiligen Änderungsverordnung.

Für folgende Zwecke werden den Krankenhäusern jährliche Pauschalbeträge bewilligt:

1. Die Wiederbeschaffung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen mit einer Nutzungsdauer von 3 bis 15 Jahren (kurzfristige Anlagegüter).
2. Die nicht zur Instandhaltung gehörende Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung von Einrichtungs- und Ausstattungsgegenständen (kurzfristige Anlagegüter).
3. Kleine Baumaßnahmen sowie sonstige nach § 21 HmbKHG förderungsfähige Investitionen, wenn die Kosten für das einzelne Vorhaben die Kostengrenze von 100Tsd. Euro nicht übersteigen.

Die Mittel werden den Krankenhäusern, die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gefördert werden, entsprechend der Krankenhausleistung (Anzahl und Schweregrad der behandelten Fälle) gewährt.

Die Einrichtungen der Not- und Unfallversorgung, die psychiatrischen Institutsambulanzen, die Suchtambulanzen und die Ausbildungsplätze werden gesondert berücksichtigt.

893.79 – Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKHG für Krankenhäuser –

Veranschlagt sind die Fördermittel für die in den Krankenhausplan aufgenommenen Krankenhäuser im Wesentlichen für Neu-, Um- und Erweiterungsbauten einschließlich Erstausrüstung und Honorare, für die Nutzung von Anlagegütern, für Anlauf- und Umstellungskosten.

Die Bau- und Beschaffungsmaßnahmen werden nach dem gesetzlich vorgesehenen Verfahren mit den unmittelbar Beteiligten mit dem Ziel des Einvernehmens erörtert.

Es werden in Zukunft weiterhin in hohem Umfang Haushaltsmittel für die Umsetzung von Strukturmaßnahmen in den Hamburger Krankenhäusern benötigt.

Schwerpunkte der Investitionsförderung sind weiterhin:

- Optimierung der Betriebsabläufe
- Verbesserung der Not- und Unfallversorgung
- Verbesserung der klinisch-psychiatrischen Versorgung
- Förderung von Fusions- und Kooperationsprozessen

Hinzu kommt die Abfinanzierung des Neubaus der Asklepios Klinik Barmbek, deren Abfinanzierung seit der Fertigstellung Ende 2005 mit jährlichen Raten von rd. 10 Mio. Euro bis zum Jahr 2025 erfolgt.

4930, 4940

Um in größerem Umfang Maßnahmen zur Verbesserung der Krankenhausstrukturen bewilligen zu können, sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von jeweils 180 Mio. Euro erforderlich, die wie folgt veranschlagt sind:

VE 2009:		VE 2010:	
2010 :	45 Mio. Euro	2011:	45 Mio. Euro
2011 :	45 Mio. Euro	2012:	45 Mio. Euro
2012 :	40 Mio. Euro	2013:	40 Mio. Euro
2013 :	50 Mio. Euro	2014:	50 Mio. Euro
	180 Mio. Euro		180 Mio. Euro

4940 Institut für Hygiene und Umwelt

1. Allgemeine Aussagen und Rahmendaten

Die Ausgaben und Einnahmen für das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) werden in einem Wirtschaftsplan nach § 15 Abs. 2 LHO veranschlagt und erläutert; siehe Anlage 2.8 (rosa Seiten).
Im Kapitel 4940 „Institut für Hygiene und Umwelt“ sind entsprechend der Nettoveranschlagung lediglich die Zuweisungen bzw. Zuschüsse an das Institut veranschlagt.

Allgemeines

(Vgl. hierzu die allgemeinen Vorbemerkungen im Lagebericht des Instituts für Hygiene und Umwelt in den "rosa" Seiten).

2. Zuwendungen

Im Kapitel 4940 sind keine Zuwendungen (§§ 23/44 LHO) veranschlagt.

3. Erläuterung der Einnahmen und Ausgaben

Einnahmen

s. Wirtschaftsplan

Ausgaben

Sach- und Fachausgaben

s. Wirtschaftsplan

Stellenplan und Stellenübersichten

Einzelplan 4

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

Einzelplan 4**Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz****I. Stellenbestand**

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
1,00				1,00 3,00	1,00 46,49	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Beamtinnen/ Beamten Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
1,00	0,00	0,00	0,00	4,00	47,49	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer		Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Stellen- nachwuchs*	Stellen	Stellen- nachwuchs*	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9
4000	Amt für Verwaltung	2009/10	113,10			122,05		235,15
4010	ÖRA	2009/10	5,00			11,43		16,43
4200	Sozialordnung	2009/10	12,00			11,75		23,75
4220	VersorgungsVw.	2009/10	117,50			101,12		218,62
4261	p & w (Abwicklungskapitel)	2009/10						0,00
4440	Kinder-+Jugendarbeit	2009/10	80,00			103,66		183,66
4500	Kindertagesbetreuung	2009/10	0,00					0,00
4600	Soziales u. Rehabilitation	2009/10	112,25			183,01		295,26
4910	Amt für Gesundheit	2009/10	314,00			385,37		699,37
	gesamt:	2009/10	753,85	0,00	0,00	918,39	0,00	1.672,24

EPL	Bezeichnung	Jahr	Senatorinnen/ Senatoren Richterinnen/Richter Beamtinnen/ Beamte		Beamtinnen/ Beamte ¹⁾	Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer				Gesamt
			Planstellen	andere Amtsstellen	Nach- wuchs *	Angestellte	Nachwuchs Ang. *	Arbeiterin- nen/Arbeiter	Nachwuchs Arb. *	ohne *
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
4000	Amt für Verwaltung	2008	110,20			118,84		27,06		256,10
4010	ÖRA	2008	2,00			8,65		0,00		10,65
4200	Sozialordnung	2008	21,50			10,00		0,00		31,50
4220	VersorgungsVw.	2008	141,50			114,37		0,65		256,52
4261	p & w (Abwicklungskapitel)	2008								0,00
4440	Kinder-+Jugendarbeit	2008	55,00			98,40		0,00		153,40
4500	Kindertagesbetreuung	2008	16,50			30,50				47,00
4600	Soziales u. Rehabilitation	2008	95,25			166,09		1,00		262,34
4910	Amt für Gesundheit	2008	311,00			407,68		9,85		728,53
	gesamt:	2008	752,95	0,00	0,00	954,53	0,00	38,56	0,00	1.746,04

Die ausgewiesenen Stellenangaben entsprechen dem Buchungsstand der wirksam gewordenen Stellenveränderungen in den dezentralen Verfahren zum Zeitpunkt der Datenübergabe (August 2008) für die Drucklegung des Haushaltsplan-Entwurfs 2009/10.

Die vom Senat beantragten Stellenveränderungen, die dem Entscheidungsvorbehalt der Bürgerschaft unterliegen, sind in den im Druck ausgewiesenen Stellenangaben nicht enthalten; sie werden im Einzelnen als Anhang zum Stellenplandruck für den jeweiligen Einzelplan bzw. Wirtschaftsplan dargestellt.

Mit vorgesehenen Einsparungen konkret verbundene Stellenabgänge werden – soweit sie im vorliegenden Druck nicht bereits vollzogen sind – jeweils in Abhängigkeit vom Zeitpunkt des Freiwerdens der Stellen im folgenden Stellenplan nachgewiesen. Stellen, deren Streichung aus haushaltsrechtlichen Gründen (z.B. Stellen noch besetzt) bis zum Zeitpunkt der Datenübergabe für die Drucklegung nicht vollzogen werden kann, werden entsprechend §§ 21 und 47 LHO mit kw-Vermerken versehen.

Einzelplan 4

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz

II. Erläuterungen

Stellenzugänge/Stellenabgänge

E P L	Kapitel	Anzahl der Stellen 2008	Vollzug kw	Art der Änderungen gegenüber dem Stellenplan des Haushaltsplans 2008				Stellenplan 2009/ 10	Diffe- renz
				Verlagerung		Neue Stellen	Stellen- abgänge	Anzahl der Stellen 2009/ 10	2009/ 10/ 2008
1	2	3	4	Zugang	Abgang	7	8	9	10
4	4000 Amt für Verwaltung	256,10	-21,25	46,68	-43,35	12,10	-15,13	235,15	-20,95
	4010 ÖRA	10,65		3,00	-2,00	4,78		16,43	5,78
	4200 Sozialordnung	31,50		54,25	-61,50	1,00	-1,50	23,75	-7,75
	4220 Versorgungsvw.	256,52		9,00	-46,50	1,25	-1,65	218,62	-37,90
	4440 Kinder-+Jugendarbeit	153,40		65,00	-36,43	7,09	-5,40	183,66	30,26
	4500 Kindertagesbetreuung	47,00		1,00	-48,00			0,00	-47,00
	4600 Soziales u. Rehabilitation	262,34	-2,38	58,00	-36,18	28,70	-15,22	295,26	32,92
	4910 Amt für Gesundheit	728,53	-8,75	9,00	-23,17	12,48	-18,72	699,37	-29,16
	Summe:	1746,04	-32,38	+245,93	-297,13	+67,40	-57,62	1672,24	-73,80

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	3,00			2,00	
A 15	5,00			6,00	
A 14	13,00			8,00	
A 13	4,50			6,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 - Neuorganisation des Amtes FS
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14							1,00		1,00	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts gemäß Bürgerschaftsbeschluss
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch mit Kapitel 4600 im Rahmen der Entbündelung
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentausch von Kapitel 4440 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentausch mit Kapitel 4000 im Rahmen der Entbündelung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4000 mit Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13							-1,00		-1,00	Anpassung an die Stellenrelation des Besoldungsrechts gemäß Bürgerschaftsbeschluss
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellentausch mit Kapitel 4000 im Rahmen der Entbündelung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4010; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 13	1,00	Regierungsrätin/ Regierungsrat	Baurätin/ Baurat	Änderung der Stellenbezeichnung aus laufbahnrechtlichen Gründen

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 13	9,00			8,00	
A 12	14,50	1,00	1)	16,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 11	34,90			34,50	
A 10	7,30			5,80	
A 9	5,00			4,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				9,00	-7,00				2,00	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverla- gerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverla- gerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellentausch mit Kapitel 4440 im Rahmen der Entbündel- ung
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4600 mit Kapitel 4000 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 9060; Stellenverlage- rung von Kapitel 4000 an Kapitel 9060 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverla- gerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellentausch von Kapitel 4000 mit Kapitel 4440 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlage- rung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverla- gerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverla- gerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 im Rahmen der Entbündelung
A 10				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverla- gerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverla- gerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverla- gerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4000 mit Kapitel 4600 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 11	1,00	Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann	Sozialamtfrau/ Sozialamtmann	Änderung der Stellenbezeichnung aus laufbahnrechtlichen Gründen

Einzelplan 4 Kapitel 4000	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	8,40			9,40	
A 8	5,50			6,50	
A 7	1,00			1,00	
A 6	0,00			1,00	
Summe:	113,10			110,20	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,50), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (11,50), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Baurätin/ Baurat (0,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00), Studienrätin/ Studienrat an Sonderschulen (0,50), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (0,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (9,00)
 A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (14,50)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (34,90), Sozialamtfrau/ Sozialamtman (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (7,30)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (5,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (8,40)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (5,50)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 16	2,00			2,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	1,00			2,00	
A 11	1,00			4,00	
A 10	2,00			2,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				18,00	-12,00				6,00	
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4220; Stellenverlage- rung von Kapitel 4000 an Kapitel 4220 im Rahmen der Entbündelung
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverla- gerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellentausch von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentausch von Kapitel 4440 an Kapitel 4000 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4010; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4010 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlage- rung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlage- rung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	21,00	-18,00	0,00	0,00	0,00	3,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	1,60	-1,10	1,50	-2,10	0,00	0,00	0,00	-0,10	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	1,60	-1,10	22,50	-20,10	0,00	0,00	0,00	2,90	

Einzelplan 4 Kapitel 4000	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 9	1,00			0,00	
A 9	0,00			1,00	
Summe:	8,00			12,00	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 13 Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (1,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtman (0,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
I a	0,00			2,00	
I b	0,00			4,00	
II a hD	0,00	1,00	2)	8,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
III	0,00	2,00	3)	7,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV a	0,00	1,00	4)	20,44	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	0,00			0,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4000
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 16	1,00			1,00	Nr. 6	
A 16	1,00			1,00	Nr. 1	
A 13	1,00			1,00	Nr. 5	
A 12	1,00			2,00	Nr. 6	
A 11	0,00			2,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 1	
A 11	0,00			1,00	Nr. 5	
A 10	2,00			2,00	Nr. 7	
A 9\ql	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9	0,00			1,00		H.Beschl.
gesamt:	8,00			12,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen-abgänge	Verlagerung		Umwand-lung	Hebung	Rück-wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
I a						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
I b						-4,00			-4,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
II a hD		3,00							3,00	Neuschaffung nach Stellenstreichung im gleichen Kapitel
II a hD		1,00							1,00	Anpassung an die Aufgabenstruktur
II a hD						-12,00			-12,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
III			-1,00						-1,00	Beendigung der Maßnahme "Freigestelltes Personalratsmitglied"
III						-6,00			-6,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 - Neuorganisation des Amtes FS
IV a		1,00							1,00	Für ein Freigestelltes Personalratsmitglied
IV a						-21,44			-21,44	Umsetzung des neuen Tarfrechts
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
II a hD	2)	weggefallen	1,00 Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten; freigestellter Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten in der FHH vom 25.03.04 bis 08.01.07
III	3)	weggefallen	2,00 Freigestelltes Personalratsmitglied
IV a	4)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a Übernahmeverpflichtung aus ALH-Beschäftigung

Einzelplan 4 Kapitel 4000	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V b gD	0,00			8,50	
V c	0,00	1,00	5)	11,60	<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	0,00	1,00	6)	21,05	<i>Vermerk weggefallen</i>
VII	0,00	3,75	7)	19,25	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 4
Kapitel 4000
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		5,00	-1,00	1,00	-1,00	-46,44			-42,44	
IV b			-1,00						-1,00	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel
IV b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen
V c				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 - Neuorganisation des Amtes FS
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
V c			-1,00						-1,00	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 - Neuorganisation des Amtes FS
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4500 aus personalwirtschaftlichen Gründen
VI b			-1,75						-1,75	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel
VI b			-1,00						-1,00	Umschichtung von Personalausgaben in das Sach- und Fachaufgabenbudget
VII	-3,00								-3,00	Beendigung der Unterbringung eines Schwerbehinderten
VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
VII		1,00	8)		Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00			8,00	
VIII	0,00	1,00	9)	3,00	Vermerk weggefallen
IX b	0,00	1,00	10)	4,00	Vermerk weggefallen
Kr. I	0,00	1,00	11)	1,00	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			118,84	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
5	0,00			2,00	
4	0,00			2,00	
3	0,00			1,00	
2	0,00	8,00	12)	18,50	Vermerk weggefallen
		9,50	13)		Vermerk weggefallen
1	0,00			3,56	
Summe:	0,00			27,06	

Einzelplan 4
Kapitel 4000
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-3,00	5,00	-5,75	6,50	-7,00	-46,44			-50,69	
VII					-5,00				-5,00	Verlagerung an Kapitel 1611; Verlagerung von Kapitel 4000 an das Kapitel 1611 - Aufgabenübernahme durch den Telefonischen Hamburg-Service
VII			-1,00						-1,00	Stellenstreichung infolge der Aufgabenübernahme durch den Telefonischen Hamburg-Service
VII			-2,00						-2,00	Umschichtung von Personalausgaben in das Sach- und Fachaufgabenbudget
IX b/VII			-1,22						-1,22	Umschichtung von Personalausgaben in das Sach- und Fachaufgabenbudget
VIII	-1,00								-1,00	Beendigung der Unterbringung eines Schwerbehinderten
IX b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4600 aus organisatorischen Gründen
IX b		1,00							1,00	Neuschaffung nach Stellenstreichung im gleichen Kapitel
Summe Angestellte										
	-4,00	6,00	-9,97	6,50	-13,00	-46,44	0,00	0,00	-60,91	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	-0,75	1,00	-1,03	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,22	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-58,15	0,00	0,00	-58,15	
Summe Angestellte insgesamt										
	-4,75	7,00	-11,00	7,50	-13,00	-104,59	0,00	0,00	-118,84	
4			-1,00						-1,00	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel
3			-1,00						-1,00	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel
2	-9,00								-9,00	Beendigung der Unterbringung eines Schwerbehinderten
2	-2,00								-2,00	Beendigung der Maßnahme bei der BSG
2	-1,00								-1,00	Beendigung der Maßnahme in der BSG
1	-1,50								-1,50	Beendigung der Unterbringung eines Schwerbehinderten
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter										
	-13,50	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-15,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,56	0,00	0,00	-11,56	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt										
	-13,50	0,00	-2,00	0,00	0,00	-11,56	0,00	0,00	-27,06	

Einzelplan 4 Kapitel 4000	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 15	4,00			0,00	
E 14	5,00			0,00	
E 13	13,00	1,00	14)	0,00	<i>Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten; freigestellter Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten in der FHH vom 25.03.04 bis 08.01.10</i>
E 12	10,68	1,00	15)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü E 15 ü					-1,00	1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15 E 15 E 15						2,00	1,00		-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 14 E 14					1,00				2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13 E 13 E 13						4,00			1,00	Anpassung an die Aufgabenstruktur
E 12 E 12									1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 12 E 12					1,00				4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12 E 12						12,00			1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 12 E 12					2,00				12,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12 E 12									-1,00	Anpassung an die Aufgabenstruktur
E 12 E 12									2,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 12 E 12					1,00				6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12 E 12									1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 12 E 12					3,68				3,68	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
E 13	14)	1,00 Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten; freigestellter Gesamtvertrauensmann der Schwerbehinderten in der FHH vom 25.03.04 bis 08.01.10	
E 12 E 11	15) 16)	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied kw: 1,00 EntgGr. E 11 Übernahmeverpflichtung aus ALH-Beschäftigung	

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11	22,44	1,00	16)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 Übernahmeverpflichtung aus ALH-Beschäftigung Freigestelltes Personalratsmitglied</i>
E 10	1,00	1,00	17)	0,00	
E 9	11,00	1,00	18)	0,00	<i>Freigestellte/r Vertrauensfrau/-mann der Schwerbehinderten bis 08.01.10</i>
E 8	13,10	1,00	19)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 zum 31.12.2008 Refinanzierte Stelle durch Einnahmen durch Einnahmen der ÖRA</i>
E 6	18,00			0,00	
E 5	12,27	1,00	20)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>

Einzelplan 4
Kapitel 4000
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				8,68	-1,00	19,00	6,00		32,68	
E 11						6,00			6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							19,94		19,94	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-6,00		-6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 9060; Stellentausch aus Personalwirtschaftlichen Gründen
E 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 10						21,44			21,44	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-19,94		-19,94	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentausch von Kapitel 4440 mit Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4600 mit Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 8		1,00							1,00	Anpassung an die Aufgabenstruktur
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4220; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4010; Stellentausch von Kapitel 4010 mit Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 6		1,00							1,00	„luK-Unterstützung der Geschäftsprozesse in den Hamburger Jugendämtern (HANJA)
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
E 5					-3,25				-3,25	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
E 11	17)	1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 4	1,00			0,00	
E 3	2,00			0,00	
E 3 a	0,00			0,00	
E 2 ü	4,50	2,50	21)	0,00	kw: 2,50 EntgGr. E 2 ü nach Freiverden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst) kw: 1,00 EntgGr. E 2 ü nach Freiverden der Stelle (Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Werkstätten für Behinderte) kw: 1,56 EntgGr. E 2 nach Freiverden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
		1,00	22)		
E 2	4,06	1,56	23)	0,00	
Summe:	122,05			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	235,15			256,10	

Einzelplan 4
Kapitel 4000

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Verwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,00		15,68	-8,25	46,44			55,87	
E 5		1,00							1,00	Schaffung einer Fahrerstelle für die Staatsrätin
E 3 a	-1,00								-1,00	Beendigung der Unterbringung eines Schwerbehinderten
E 2 ü	-1,00								-1,00	Beendigung der Maßnahme bei der BSG
E 2 ü	-1,00								-1,00	Beendigung der Unterbringung eines Schwerbehinderten
E 2					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
Summe Arbeitnehmer										
	-3,00	3,00	0,00	15,68	-9,25	46,44	0,00	0,00	52,87	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	-1,03	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-0,53	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	69,71	0,00	0,00	69,71	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	-3,00	3,50	-1,03	16,68	-10,25	116,15	0,00	0,00	122,05	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-21,25	12,10	-15,13	46,68	-43,35	0,00	0,00	0,00	-20,95	

Einzelplan 4
Kapitel 4010

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	1,00			1,00	
A 13	1,00			0,00	
A 11	1,00			1,00	
A 8	1,00			0,00	
A 6	1,00			0,00	
Summe:	5,00			2,00	

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 9	0,00			1,00	
Summe:	0,00			1,00	

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V c	0,00			4,00	
VI b	0,00			2,65	
VII	0,00			1,00	
IX b/VII	0,00			1,00	
Summe:	0,00			8,65	
Arbeitnehmer					
E 8	6,00	2,00	1)	0,00	kw: 2,00 EntgGr. E 8 zum 31.12.2008 Refinanzierte Stelle durch Einnahmen der ÖRA

Einzelplan 4
Kapitel 4010

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 9	0,00			1,00	Nr. 6	
gesamt:	0,00			1,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4010 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 mit Kapitel 4010 aus personalwirtschaftlichen Gründen
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	3,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-8,65	0,00	0,00	-8,65	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-8,65	0,00	0,00	-8,65	
E 8		3,00							3,00	Anpassung an die Aufgabenstruktur

Einzelplan 4 Kapitel 4010	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6	3,43	0,78	2)	0,00	<i>kw: 0,78 EntgGr. E 6 zum 31.12.2008 Refinanzierte Stelle durch Einnahmen der ÖRA</i>
E 5	1,00			0,00	
E 3	1,00	1,00	3)	0,00	
Summe:	11,43			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	16,43			10,65	

Einzelplan 4
Kapitel 4010

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Öffentliche Rechtsauskunft- und Vergleichsstelle

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		3,00							3,00	
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4010 mit Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4010 mit Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 3		1,00							1,00	Anpassung an die Aufgabenstruktur
Summe Arbeitnehmer	0,00	4,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	2,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,78	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,78	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,65	0,00	0,00	8,65	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	4,78	0,00	0,00	-2,00	8,65	0,00	0,00	11,43	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	4,78	0,00	3,00	-2,00	0,00	0,00	0,00	5,78	

Einzelplan 4 Kapitel 4200	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Sozialordnung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
A 16	1,00			1,00	
A 15	0,00			1,00	
A 14	0,00			3,00	
A 13	0,00			1,00	
A 13	1,00			1,00	
A 12	1,00			6,50	

Einzelplan 4
Kapitel 4200

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 - Neuorganisation des Amtes FS
B 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4220 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Verlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4810; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung

Einzelplan 4 Kapitel 4200	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Sozialordnung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 11	5,00			6,00	
A 10	1,00			1,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4200

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				4,00	-8,00				-4,00	
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4200 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellentausch im Rahmen der DiePo 2008
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4220; Stellenverlage- rung von Kapitel 4200 an Kapitel 4220 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 12					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlage- rung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentausch von Kapitel 4440 mit Kapitel 4200 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4810; Stellenverlage- rung von Kapitel 4200 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverla- gerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4220; Stellenverlage- rung von Kapitel 4200 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverla- gerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentausch im Rahmen der DiePo 2008
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlage- rung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4810; Stellenverlage- rung von Kapitel 4200 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 10				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverla- gerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 12	1,00	Amtsärztin/ Amtsarzt	Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt	Änderung der Stellenbezeichnung aus laufbahnrechtlichen Gründen

Einzelplan 4 Kapitel 4200	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Sozialordnung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 9	0,00			0,00	
A 9	0,00			0,00	
A 8	1,00			0,00	
A 7	1,00			0,00	
A 6	0,00			0,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4200
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				20,00	-21,00				-1,00	
A 10					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 7				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellentausch im Rahmen der DiePo 2008
A 7					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch im Rahmen der DiePo 2008

Einzelplan 4 Kapitel 4200	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Sozialordnung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
Summe:	12,00			21,50	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (0,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00), Sozialamtsrätin/ Sozialamtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (5,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	1,00			0,00	
A 11	2,00			0,00	
Summe:	3,00			0,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (2,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			1,00	
I b	0,00			1,00	
II a hD	0,00			2,00	
III	0,00			1,00	
IV a	0,00			1,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4200
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2009/10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 12	1,00			0,00	Nr. 7	
A 11	2,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	3,00			0,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	30,00	-38,00	0,00	0,00	0,00	-8,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-1,00	0,50	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,50	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	-1,00	30,50	-39,00	0,00	0,00	0,00	-9,50	
I a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD						-2,00			-2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 - Neuorganisation des Amtes FS
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4440 aus organisatorischen Gründen
IV a				3,50					3,50	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
IV a						-3,50			-3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Einzelplan 4
Kapitel 4200

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV b	0,00			0,00	
V b gD	0,00			0,00	
V c	0,00			1,00	
VI b	0,00			3,00	
VII	0,00			0,00	
Summe:	0,00			10,00	
Arbeitnehmer					
E 15	0,00			0,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4200

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				4,50	-2,00	-8,50			-6,00	
IV b				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 - Neuorganisation des Amtes FS
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
VII				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	14,50	-3,00	-8,50	0,00	0,00	3,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-13,00	0,00	0,00	-13,00	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	14,50	-3,00	-21,50	0,00	0,00	-10,00	
E 15						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15									1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG

Einzelplan 4 Kapitel 4200	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Sozialordnung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	1,50			0,00	
E 13	1,00			0,00	
E 12	1,00			0,00	
E 11	0,00			0,00	
E 10	0,00			0,00	
E 9	0,00			0,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4200
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-1,00	1,00	1,00		1,00	
E 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 14						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverlagerung aufgrund des Projektes "luK-Unterstützung der Geschäftsprozesse in den Hamburger Jugendämtern (HANJA)"
E 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 an Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 14							-1,00		-1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 13						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverlagerung aufgrund des Projektes "luK-Unterstützung der Geschäftsprozesse in den Hamburger Jugendämtern (HANJA)"
E 12							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 11						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							3,50		3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 10						3,50			3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-3,50		-3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Einzelplan 4
Kapitel 4200

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 8	0,00			0,00	
E 6	3,00			0,00	
E 5	4,25			0,00	
E 2	1,00			0,00	
Summe:	11,75			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	23,75			31,50	

Einzelplan 4
Kapitel 4200
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Sozialordnung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				4,00	-8,50	8,50			4,00	
E 9					-6,00				-6,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4810; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4440 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4220 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 5				3,25					3,25	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 2				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4200 aus organisatorischen Gründen
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	0,00	9,25	-19,50	8,50	0,00	0,00	-1,75	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	1,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13,00	0,00	0,00	13,00	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	1,00	-0,50	9,25	-19,50	21,50	0,00	0,00	11,75	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	1,00	-1,50	54,25	-61,50	0,00	0,00	0,00	-7,75	

Einzelplan 4
Kapitel 4220

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Versorgungsverwaltung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	2,00			2,00	
A 15	3,00			2,00	
A 14	5,00			6,00	
A 13	4,00			4,00	
A 13	2,00	1,00	1)	3,00	ku: 1,00 BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat nach BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsrat nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaber/ Stelleninhabers
A 12	5,00			5,00	
A 11	27,00			31,00	
A 10	15,50			25,50	
A 9	7,00			8,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4220

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Versorgungsverwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4220 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4220 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 10					-9,00				-9,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 im Rahmen der Entbündelung
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung

Einzelplan 4
Kapitel 4220

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Versorgungsverwaltung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 9	14,00	1,00	2)	18,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 8	28,00			29,00	
A 7	2,00			5,00	
A 6	3,00			3,00	
Summe:	117,50			141,50	

A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)
A 14 Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (5,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (0,00)
A 13 Medizinalrätin/ Medizinalrat (4,00)
A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (0,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (5,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (26,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtman (1,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (15,50)
A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (7,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (14,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (28,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (2,00)
A 6 Regierungsssekretärin/ Regierungsssekretär (3,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 10	0,00			1,00	
A 9	0,00			1,00	
A 8	1,00			2,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	2,00			4,00	

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (0,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (0,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

Einzelplan 4
Kapitel 4220

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Versorgungsverwaltung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 10	0,00			1,00		H.Beschl.
A 9	0,00			1,00	Nr. 6	
A 8	0,00			1,00	Nr. 7	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
A 7	1,00			0,00	Nr. 7	
gesamt:	2,00			4,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				3,00	-20,00				-17,00	
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4220 im Rahmen der Entbündelung
A 9					-3,00				-3,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 7					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	4,00	-28,00	0,00	0,00	0,00	-24,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,50	0,00	4,00	-28,50	0,00	0,00	0,00	-24,00	

Einzelplan 4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kapitel 4220	Versorgungsverwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I a	0,00			1,00	
II a/I a	0,00			1,17	
II a hD	0,00	0,50	3)	0,50	Vermerk weggefallen
IV a	0,00			14,25	
IV b	0,00			11,00	
V b gD	0,00			15,00	
V c	0,00			30,75	
VI b	0,00	1,00	4)	10,00	Vermerk weggefallen
VII	0,00	1,00	5)	15,50	Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00			9,75	
VIII	0,00			3,75	

Einzelplan 4
Kapitel 4220
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Versorgungsverwaltung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ I a						-1,17			-1,17	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
IV a						-10,75			-10,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
VI b			-1,00						-1,00	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel
VI b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
VII					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4200 aufgrund der Neuorganisation des Amtes für Familie, Jugend und Sozialordnung
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
II a hD	3) weggefallen	kw: 0,50 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)

Einzelplan 4
Kapitel 4220

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Versorgungsverwaltung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IX b	0,00			1,70	
Summe:	0,00			114,37	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00			0,65	
Summe:	0,00			0,65	
Arbeitnehmer					
E 15	1,00			0,00	
E 13	1,67			0,00	
E 11	4,00			0,00	
E 10	6,75			0,00	
E 9	19,50			0,00	
E 8	31,50			0,00	
E 6	9,00	1,00	6)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 6 nach EntgGr. E 5 ku nach Ausscheiden Mitarbeiter

Einzelplan 4
Kapitel 4220

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Versorgungsverwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	-1,00	2,00	-13,50	-12,92	0,00	0,00	-25,42	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,75	0,00	0,00	-0,50	-0,50	0,00	0,00	-0,25	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-88,70	0,00	0,00	-88,70	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,75	-1,00	2,00	-14,00	-102,12	0,00	0,00	-114,37	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,65	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt										
	0,00	0,00	-0,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,65	
E 15						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						1,17			1,17	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							4,00		4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10						10,75			10,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-4,00		-4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4600 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4220 – Umorganisation innerhalb der BSG

Einzelplan 4 Kapitel 4220	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Versorgungsverwaltung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 6		1,00	7)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 6 nach EntgGr. E 5 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhabers</i> <i>kw: 1,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 5	24,25	1,00	8)	0,00	
E 3	1,75			0,00	
E 2	1,70			0,00	
Summe:	101,12			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	218,62			256,52	

Einzelplan 4
Kapitel 4220

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Versorgungsverwaltung

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				3,00	-2,00	12,92			13,92	
E 5					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4220 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
Summe Arbeitnehmer	0,00	0,00	0,00	3,00	-3,00	12,92	0,00	0,00	12,92	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,50	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	88,70	0,00	0,00	88,70	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	0,00	0,00	3,00	-4,00	102,12	0,00	0,00	101,12	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	1,25	-1,65	9,00	-46,50	0,00	0,00	0,00	-37,90	

Einzelplan 4
Kapitel 4261

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Landesbetrieb Pflegen & Wohnen (Abwicklungskapitel)

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 14	1,00			1,00	
A 13	2,00			3,00	
A 12	5,00			6,00	
A 11	10,00			10,00	
A 9	4,00			4,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	23,00			25,00	

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (1,00)
A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (4,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (10,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (3,00), Sozialinspektorin/ Sozialinspektor (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

Einzelplan 4
Kapitel 4261

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Landesbetrieb Pflegen & Wohnen (Abwicklungskapitel)

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 14	1,00			1,00	Nr. 1	
A 13	2,00			3,00	Nr. 1	
A 12	4,00			5,00	Nr. 1	
A 12	1,00			1,00	Nr. 1	
A 11	10,00			10,00	Nr. 1	
A 9	3,00			3,00	Nr. 1	
A 9	1,00			1,00	Nr. 1	
A 8	1,00			1,00	Nr. 1	
gesamt:	23,00			25,00		

Einzelplan 4 Kapitel 4440	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 3	1,00			1,00	
A 16	2,00			1,00	
A 15	7,00			5,00	
A 14	8,50			6,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4440
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches JPPD
A 15				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Verlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14		1,00							1,00	Bürgerschaftsbeschluss zum Stellenplan 2007
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch mit Kapitel 4440 im Rahmen der Entbündelung
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4440 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 an 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4440 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14						1,00			1,00	Rückwandlung gemäß Art. 8 Nr. 5 HHB
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch mit Kapitel 4000 im Rahmen der Entbündelung

Einzelplan 4 Kapitel 4440	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 13	8,00			6,00	
A 13	4,00			4,00	
A 12	18,50			13,00	
A 11	19,00			12,50	

Einzelplan 4
Kapitel 4440
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00		9,00	-7,00	2,00			5,00	
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellentausch mit Kapitel 4600 im Rahmen der Entbündelung
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellentausch von Kapitel 4600 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13						1,00			1,00	Rückwandlung nach Art 8 Nr. 5 HHB
A 13						-1,00			-1,00	Umwandlung nach Art 8 Nr. 5 HHB
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches JPPD
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentausch mit Kapitel 4440 im Rahmen der Entbündelung
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 13						-1,00			-1,00	Umwandlung gemäß Artikel 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 12						1,00			1,00	Rückwandlung gemäß Artikel 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 12		1,00							1,00	Bürgerschaftsbeschluss zum Stellenplan 2007
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellentausch im Rahmen der DiePo 2008
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellentausch von Kapitel 4440 mit Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde

Änderung der Amtsbezeichnung

Wertigkeit	Anzahl	neue Bezeichnung	alte Bezeichnung	Begründungen
A 12	1,00	Amtsärztin/ Amtsrat	Sozialamtsärztin/ Sozialamtsrat	Änderung der Stellenbezeichnung aus laufbahnrechtlichen Gründen

Einzelplan 4
Kapitel 4440

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 10	3,00			2,50	
A 9	3,00			0,00	
A 9	2,00			0,00	
A 8	1,00			3,00	
A 7	3,00			1,00	
Summe:	80,00			55,00	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (0,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (7,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,50), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (6,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (1,00),
Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (1,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (7,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (0,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat
im Verwaltungsdienst (1,00)
A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (2,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (2,00)
A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (9,50), Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt (8,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (1,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (11,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtman (8,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00)
A 9 Regierungsinpektorin/ Regierungsinpektor (3,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (2,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 13	1,00			1,00	
A 13	0,00			1,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4440
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		2,00		21,00	-9,00	2,00			16,00	
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4000 mit Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 11						1,00			1,00	Rückwandlung gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellentausch im Rahmen der DiePo 2008
A 11				1,50					1,50	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4600; Stellentausch mit dem Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches ADOP
A 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4440 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 7				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverlagerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	2,00	0,00	28,50	-12,00	3,00	0,00	0,00	21,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	1,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	0,00	0,00	2,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	2,00	0,00	30,50	-12,00	4,50	0,00	0,00	25,00	

Einzelplan 4 Kapitel 4440	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	1,00			1,00	
A 10	1,00			1,00	
A 8	2,00			2,00	
A 7	1,00			0,00	
Summe:	6,00			6,00	

A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (2,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
I a	0,00			3,50	
II a/ I a	0,00			2,00	
I b	0,00			6,00	
II a hD	0,00			11,99	
III	0,00			5,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4440
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 13	1,00			1,00	Nr. 1	
A 13	0,00			1,00	Nr. 7	
A 12	1,00			1,00	Nr. 5	
A 10	1,00			1,00	Nr. 5	
A 8	2,00			2,00	Nr. 5	
A 7	1,00			0,00	Nr. 6	
gesamt:	6,00			6,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
I a						-3,50			-3,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
II a/ a					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches JPPD
I b				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
I b						1,00			1,00	Umwandlung gemäß Artikel 8 Nr. 5 Haus- haltsbeschluss
I b						-9,00			-9,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
II a hD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
II a hD					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches JPPD
II a hD						-10,31			-10,31	Umsetzung des neuen Tarfrechts
III				7,75					7,75	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
III					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches ADOP
III						-1,00			-1,00	Rückwandlung gemäß Artikel 8 Nr. 5 Haus- haltsbeschluss

Einzelplan 4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kapitel 4440	Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
IV a	0,00	0,50	1)	18,94	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	0,00			27,00	
V b gD	0,00			0,93	
V c	0,00			13,15	
VI b	0,00			2,00	
VII	0,00			2,50	

Einzelplan 4
Kapitel 4440
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				10,75	-6,00	-23,81			-19,06	
III						-10,75			-10,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a				6,50					6,50	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
IV a				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverla- gerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4440 aus organisatorischen Gründen
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches ADOP
IV a				1,00		-26,94			-26,94	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b									1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
IV b					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches ADOP
V b gD				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
V c				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverla- gerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 - Neuorganisation des Amtes FS
V c				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
V c					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 - Verlagerung des Bereiches ADOP
V c			-1,00						-1,00	Auflösung des Bereichs Kuren für Kinder und Jugendliche
VI b				4,25					4,25	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
VII				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4500; Stellenverla- gerung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
IV a	1) weggefallen	0,50 Freigestelltes Personalratsmitglied

Einzelplan 4
Kapitel 4440

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
IX b/VII	0,00			2,39	
VIII	0,00			1,00	
Kr. IV a	0,00			1,00	
Summe:	0,00			98,40	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00	1,00	2)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach EntgGr. E 15 nach Ausscheiden der/des Stelleninhaberin/Stelleninhabers</i>
E 15	2,00			0,00	
E 14	8,00			0,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4440
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-1,00	29,50	-12,50	-61,50			-45,50	
VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 1511 -
VIII			-1,00						-1,00	Verlagerung des Bereiches JPPD Streichung wegen Auflösung des Victor- Gollancz-Hauses gem. Drs 2004/0303 vom 22.03.04
Summe Angestellte		0,00	0,00	-2,00	29,50	-13,50	-61,50	0,00	0,00	-47,50
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen		0,00	1,32	-0,48	0,00	-0,93	-1,50	0,00	0,00	-1,59
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen		0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-49,31	0,00	0,00	-49,31
Summe Angestellte insgesamt		0,00	1,32	-2,48	29,50	-14,43	-112,31	0,00	0,00	-98,40
E 15 ü						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15 ü				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverla- gerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 15 ü						-1,00			-1,00	Rückwandlung gemäß Art. 8 Nr. 5 HHB
E 15						3,50			3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15						-1,00			-1,00	Rückwandlung nach Art 8 Nr. 5 HHB
E 14						9,00			9,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 5 Haushaltsbeschluss
E 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlage- rung aufgrund des Projektes "IuK- Unterstützung der Geschäftsprozesse in den Hamburger Jugendämtern (HANJA)"
E 14							1,00		1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 14						1,00			1,00	Umwandlung nach Art 8 Nr. 5 HHB
E 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 4200 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 15 ü	2) ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach EntgGr. E 15 nach Ausscheiden der/des Stelleninhaberin/Stelleninhabers	

Einzelplan 4
Kapitel 4440

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 13	9,31	1,00	3)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme</i>
E 12	11,52			0,00	
E 11	23,27			0,00	
E 10	5,75			0,00	
E 9	17,50			0,00	
E 8	10,17			0,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4440

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				1,00	-2,00	11,50	1,00		11,50	
E 13						10,31			10,31	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13						-1,00			-1,00	Rückwandlung gem. Art. 8 Nr. 5 Haushalts- beschluss
E 13		1,00					-1,00		-1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 13									1,00	Koordinierungsstelle gegen Jugendgewalt gem. Drs 18/7296
E 13			-1,00						-1,00	Einsparung für Neuschaffung / Erhöhung Stelle im gleichen Kapitel
E 12							10,75		10,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellenverlage- rung aufgrund des Projektes "IuK- Unterstützung der Geschäftsprozesse in den Hamburger Jugendämtern (HANJA)"
E 11						10,75			10,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							21,69		21,69	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-10,75		-10,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							3,00		3,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Rückwandlung nach Art. 8 Nr. 5 HHB
E 11							1,00		1,00	Umwandlung nach Art. 8 Nr. 5 HHB
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4810; Stellenverlage- rung von Kapitel 4440 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 10						26,94			26,94	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-21,69		-21,69	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4600; Stellentausch mit dem Kapitel 4600 aus personalwirtschaft- lichen Gründen
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4440 mit Kapitel 4000 aus perso- nalarwirtschaftlichen Gründen
E 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverla- gerung aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 9					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 4810; Stellenverla- gerung von Kapitel 4440 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverla- gerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 13	3) kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Maßnahme	

Einzelplan 4 Kapitel 4440	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 7 a	1,00			0,00	
E 6	9,75			0,00	
E 5	4,39			0,00	
Summe:	103,66			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	183,66			153,40	

Einzelplan 4
Kapitel 4440

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		1,00	-1,00	3,00	-10,00	58,50	3,00		54,50	
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverla- gerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4440 – Umorganisation innerhalb der BSG
<i>Summe Arbeitnehmer</i>	0,00	1,00	-1,00	4,00	-10,00	58,50	3,00	0,00	55,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>	0,00	2,77	-1,92	1,00	0,00	2,00	0,00	0,00	3,85	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47,31	-3,00	0,00	44,31	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>	0,00	3,77	-2,92	5,00	-10,00	107,81	0,00	0,00	103,66	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	7,09	-5,40	65,00	-36,43	0,00	0,00	0,00	30,26	

Einzelplan 4 Kapitel 4500	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Kindertagesbetreuung

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 16	0,00			1,00	
A 15	0,00			2,00	
A 14	0,00			3,00	
A 13	0,00			1,00	
A 12	0,00			2,00	
A 11	0,00			5,50	
A 7	0,00			2,00	
Summe:	0,00			16,50	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (0,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (0,00)
 A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (0,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (0,00)
 A 13 Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (0,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (0,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (0,00)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (0,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I b	0,00			2,00	
II a hD	0,00			1,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4500
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kindertagesbetreuung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
A 15					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 11					-4,00				-4,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 11					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
A 7					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-15,50	0,00	0,00	0,00	-15,50	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-1,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	-16,50	0,00	0,00	0,00	-16,50	
I b					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde

Einzelplan 4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kapitel 4500	Kindertagesbetreuung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
III	0,00			7,75	
IV a	0,00			7,50	
IV b	0,00			1,50	
V b gD	0,00			1,00	
V c	0,00	1,00	1)	4,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	0,00			3,25	
VII	0,00			2,00	
Summe:	0,00			30,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			47,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4500
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kindertagesbetreuung
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag					-3,00				-3,00	
III					-7,75				-7,75	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
IV a					-6,50				-6,50	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
IV a					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
IV b					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
V b gD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
V c					-1,50				-1,50	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
V c					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
V c					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4000 aus organisatorischen Gründen
VI b					-4,25				-4,25	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
VI b				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverla- gerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4500 aus personalwirtschaftlichen Gründen
VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4500 an Kapitel 4440 durch Neuorganisation der Behörde
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	1,00	-31,00	0,00	0,00	0,00	-30,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	-0,50	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	0,00	1,00	-31,50	0,00	0,00	0,00	-30,50	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	0,00	1,00	-48,00	0,00	0,00	0,00	-47,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
B 6	1,00			1,00	
B 3	1,00			1,00	
A 16	2,00			3,00	
A 15	3,00			3,00	
A 14	7,00			4,00	
A 13	2,00			5,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 16					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellenverla- gerung von Kapitel 4000 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellenverlage- rung von Kapitel 4600 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentauch mit Kapitel 4440 im Rahmen der Entbünde- lung
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentauch mit Kapitel 4600 im Rahmen der Entbünde- lung
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentauch von Kapitel 4440 an Kapitel 4600 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverla- gerung von Kapitel 4440 an Kapitel 4600 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverla- gerung von Kapitel 4440 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverla- gerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverla- gerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentauch von Kapitel 4000 mit Kapitel 4600 aus perso- nalwirtschaftlichen Gründen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellentauch mit Kapitel 4600 im Rahmen der Entbünde- lung

Einzelplan 4 Kapitel 4600	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
A 13	4,00			4,00	
A 12	17,50			14,00	
A 11	24,50	1,00	1)	22,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	2)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 10	17,25			9,25	
A 9	12,00			14,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4600
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				9,00	-7,00				2,00	
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch mit Kapitel 4000 im Rahmen der Entbündelung
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellentausch von Kapitel 4600 an Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4600 mit Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 12				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 11				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 10				9,00					9,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 10					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1311; Stellenverlagerung von Kapitel 4000 an Kapitel 1311 - Verlagerung des Bereiches -Hilfen nach dem Betreuungsgesetz-
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4440; Stellentausch mit dem Kapitel 4440 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit		Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 11	1)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 11 Sozialamtfrau/ Sozialamtmann nach BesGr. A 10 Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor nach Freiwerden der Stelle
A 11	2)	weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 11 Sozialamtfrau/ Sozialamtmann nach VergGr. IV b nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 4 Kapitel 4600	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 9	8,00			5,00	
A 8	9,00	1,00	3)	8,00	kw: 1,00 BesGr. A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär nach Freiwerden der Stelle ku: 1,00 BesGr. A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär nach BesGr. A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär nach Freiwerden der Stelle
A 7	3,00	1,00	4)	1,00	
A 6	1,00			1,00	
Summe:	112,25			95,25	

B 6 Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
 B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
 A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (2,00)
 A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (3,00)
 A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (5,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (2,00)
 A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (1,00)
 A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (3,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (1,00)
 A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (17,50)
 A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (21,50), Sozialamtfrau/ Sozialamtman (3,00)
 A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (15,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (2,25)
 A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (10,00), Sozialinspektorin/ Sozialinspektor (2,00)
 A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (8,00)
 A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (9,00)
 A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (3,00)
 A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 12	1,00			1,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag				26,00	-16,00				10,00	
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4000 mit Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 9				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 9				3,00					3,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 7				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4220; Stellenverlagerung von Kapitel 4220 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 7					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4200; Stellentausch im Rahmen der DiePo 2008
A 7				2,00					2,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4010; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 mit Kapitel 4010 aus personalwirtschaftlichen Gründen
A 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellentausch im Rahmen der DiePo 2008
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	0,00	36,00	-19,00	0,00	0,00	0,00	17,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	0,00	0,50	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	36,50	-19,50	0,00	0,00	0,00	17,00	

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
<u>Leerstellen (kw) *</u>					
A 11	0,00			1,00	
A 10	2,00			2,00	
A 9	1,00			1,00	
A 8	1,00			1,00	
Summe:	5,00			6,00	

A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
A 11 Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (0,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (2,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
I a	0,00			1,00	
I b	0,00			3,75	
II a hD	0,00	1,00	5)	10,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
III	0,00	1,00	6)	11,61	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV a	0,00	0,75	7)	23,55	<i>Vermerk weggefallen</i>
		1,00	8)		<i>Vermerk weggefallen</i>
		0,75	9)		<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	0,00	1,00	10)	57,50	<i>Vermerk weggefallen</i>

Einzelplan 4
Kapitel 4600
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation
II. Erläuterungen
Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 12	1,00			1,00	Nr. 7	
A 11	0,00			1,00	Nr. 5	
A 10	1,00			1,00	Nr. 6	
A 10	1,00			1,00	Nr. 7	
A 9	1,00			1,00	Nr. 6	
A 8	1,00			1,00		H.Beschl.
gesamt:	5,00			6,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b						-3,75			-3,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD						-10,00			-10,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III							1,00		1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
III							1,00		1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
III						-13,61			-13,61	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a		1,00							1,00	Neuschaffung nach Stellenstreichung im gleichen Kapitel
IV a							-1,00		-1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
IV a					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
IV a							-1,00		-1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
IV a						-23,55			-23,55	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b			-1,15						-1,15	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel
IV b						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
II a hD	5)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Maßnahme
III	6)	weggefallen	ku: 1,00 VergGr. III nach VergGr. IV a nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
IV a	7)	weggefallen	kw: 0,75 VergGr. IV a nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
IV a	8)	weggefallen	ku: 1,00 VergGr. IV a nach VergGr. IV b nach Freiwerden der Stelle
IV a	9)	weggefallen	kw: 0,75 VergGr. IV a nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
IV b		1,00	11)		Vermerk weggefallen
		1,00	12)		Vermerk weggefallen
		0,60	13)		Vermerk weggefallen
V b gD	0,00			24,03	
V c	0,00	1,00	14)	12,62	Vermerk weggefallen
VI b	0,00	0,80	15)	10,55	Vermerk weggefallen
VII	0,00	2,00	16)	7,88	Vermerk weggefallen
		0,38	17)		Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00			1,10	
VIII	0,00			1,50	
IX b	0,00			0,00	
Summe:	0,00			166,09	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
2	0,00	1,00	18)	1,00	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			1,00	

[illegible]

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00	1,00	19)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach EntgGr. E 15 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers</i>
E 15	3,00			0,00	
E 14	3,50			0,00	
E 13	9,20	0,50	20)	0,00	<i>kw: 0,50 EntgGr. E 13 ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach EntgGr. E 12 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers</i>
		1,00	21)		
E 12	10,87	1,00	22)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach EntgGr. E 11 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers</i>
E 11	18,58	0,83	23)	0,00	<i>kw: 0,83 EntgGr. E 11 KW 31.12.08 Ende des Projektes Persönliches Budget</i>

Einzelplan 4
Kapitel 4600
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15							1,00		1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 15				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 14						3,75			3,75	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14								-1,50	-1,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14							-1,00		-1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 14		2,50							2,50	Neuschaffung nach Stellenstreichung im gleichen Kapitel
E 13						10,00			10,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13								1,50	1,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13	-1,00								-1,00	Wegfall der Stelle gemäß KW Vermerk nach Ausscheiden Mitarbeiter
E 13			-1,30						-1,30	Anpassung des Stellenbedarfes an die bestehende Aufgabenstruktur
E 13		1,00							1,00	Anpassung des Stellenbedarfes an die bestehende Aufgabenstruktur
E 13				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 13					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 12							13,61		13,61	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 12							2,00		2,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 12								-1,00	-1,00	Rückwandlung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 12					-3,68				-3,68	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 11						13,61			13,61	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							16,80		16,80	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-13,61		-13,61	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 15 ü	19) ku: 1,00 EntgGr. E 15 ü nach EntgGr. E 15 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaber/ Stelleninhabers	
E 13	20) kw: 0,50 EntgGr. E 13	
E 13	21) ku: 1,00 EntgGr. E 13 nach EntgGr. E 12 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaber/ Stelleninhabers	
E 12	22) ku: 1,00 EntgGr. E 12 nach EntgGr. E 11 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaber/ Stelleninhabers	
E 11	23) kw: 0,83 EntgGr. E 11 KW 31.12.08 Ende des Projektes Persönliches Budget	

Einzelplan 4	Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Kapitel 4600	Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 11		1,00	24)		<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 KW 31.12.08 Ende des Projektes Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe</i>
E 10	9,75	1,00	25)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach EntgGr. E 9 nach Freierwerden der Stelle</i>
		2,00	26)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 10 KW 31.12.08 Ende des Projektes Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe</i>
E 9	87,98	1,00	27)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 9 nach Freierwerden der Stelle</i>

Einzelplan 4
Kapitel 4600
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	3,50	-1,30	2,00	-5,68	29,36	18,80	-1,00	44,68	
E 11								-1,00	-1,00	Rückwandlung nach Maßgabe des Tarif- rechts
E 11							-2,00		-2,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 11								1,00	1,00	Rückwandlung nach Maßgabe des Tarif- rechts
E 11							1,00		1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 11								-1,00	-1,00	Rückwandlung nach Maßgabe des Tarif- rechts
E 11		1,00							1,00	Projekt Ambulantisierung in der Eingliede- rungshilfe
E 11				3,50					3,50	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverla- gerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 11					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlage- rung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 10						23,55			23,55	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-16,80		-16,80	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10								1,00	1,00	Rückwandlung nach Maßgabe des Tarif- rechts
E 10							2,00		2,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 10		2,00					-1,00		-1,00	Hebung nach Maßgabe des Tarifrechts
E 9				1,00					1,00	Projekt Ambulantisierung in der Eingliede- rungshilfe
E 9									1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellentausch mit dem Kapitel 4600 aus personalwirtschaft- lichen Gründen
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1311; Stellenverlage- rung von Kapitel 4600 an Kapitel 1311 durch Übertragung von Aufgaben an das BA Altona
E 9			-1,00						-1,00	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 11	24) kw: 1,00 EntgGr. E 11 KW 31.12.08 Ende des Projektes Ambulanti- sierung in der Eingliederungshilfe	
E 10	25) ku: 1,00 EntgGr. E 10 nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle	
E 10	26) kw: 2,00 EntgGr. E 10 KW 31.12.08 Ende des Projektes Ambulanti- sierung in der Eingliederungshilfe	

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9		1,00 7,35 2,00	28) 29) 30)		kw: 1,00 EntgGr. E 9 kw: 7,35 EntgGr. E 9 KW 31.12.08 Ende des Projektes Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe kw: 2,00 EntgGr. E 9 KW 31.12.08 Ende der befristeten Aufgabe
E 8	13,43	1,00 1,00	31) 32)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 5 nach Ausscheiden Mitarbeiter; kw: 1,00 EntgGr. E 8 KW 31.12.08 Ende des Projektes Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe
E 8 a	0,50	0,50	33)	0,00	kw: 0,50 EntgGr. E 8 a KW 31.12.08 Ende des Projektes Persönliches Budget
E 6	12,55			0,00	
E 5	10,65	2,00	34)	0,00	kw: 2,00 EntgGr. E 5 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)

Einzelplan 4
Kapitel 4600
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	6,50	-2,30	6,50	-7,68	52,91	2,00	-1,00	55,93	
E 9			-1,92						-1,92	Einsparung für Neuschaffung im gleichen Kapitel
E 9					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 1411; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 1411 im Rahmen der Verlagerung von Durchführungsaufgaben an die Bezirke
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4600 mit Kapitel 4000 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 9		7,35							7,35	Projekt Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe
E 9		2,00							2,00	Projekt Krankenhilfe
E 9			-1,08						-1,08	Anpassung des Stellenbedarfes an die bestehende Aufgabenstruktur
E 9					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1311; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 1311 im Rahmen der Entflechtung
E 9				6,00					6,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 8		1,00							1,00	Projekt Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe
E 8					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4000; Stellenverlagerung von Kapitel 4600 an Kapitel 4000 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 4220; Stellentausch von Kapitel 4600 an Kapitel 4220 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 6		2,00							2,00	Anpassung des Stellenbedarfes an die bestehende Aufgabenstruktur
E 6		1,00							1,00	Neuschaffung nach Stellenstreichung im gleichen Kapitel
E 6				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 5		1,00							1,00	Neuschaffung nach Stellenstreichung im gleichen Kapitel
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4010; Stellentausch von Kapitel 4010 mit Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 5			-1,00						-1,00	Beendigung der Unterbringung eines Schwerbehinderten

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 5		1,00	35)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 5 nach EntgGr. E 3 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhabers/ Stelleninhabers kw: 1,00 EntgGr. E 5 KW 31.12.08 Ende des Projektes Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe</i>
		1,00	36)		
E 3	2,00			0,00	
E 2	0,00			0,00	
Summe:	183,01			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	295,26			262,34	

Einzelplan 4
Kapitel 4600

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Soziales und Rehabilitation

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	20,85	-6,30	14,50	-13,68	52,91	2,00	-1,00	68,28	
E 5		1,00							1,00	Projekt Ambulantisierung in der Eingliederungshilfe
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4000; Stellentausch von Kapitel 4000 an Kapitel 4600 aus personalwirtschaftlichen Gründen
E 5				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4600 – Umorganisation innerhalb der BSG
Summe Arbeitnehmer	-1,00	21,85	-6,30	16,50	-13,68	52,91	2,00	-1,00	71,28	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,38	2,83	-5,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,09	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	115,82	-2,00	1,00	114,82	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-1,38	24,68	-11,84	16,50	-13,68	168,73	0,00	0,00	183,01	
Summe (ohne *) insgesamt	-2,38	28,70	-15,22	58,00	-36,18	0,00	0,00	0,00	32,92	

Einzelplan 4
Kapitel 4910
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit
I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 6	1,00			1,00	
B 3	4,00			5,00	
A 16	13,00			12,00	
A 15	36,00	1,00	1)	37,00	<i>kw: 1,00 BesGr. A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor zum 01.03.2014 nach Freiwerden der Stelle</i>
A 14	44,00			43,00	
A 13	28,00			29,00	
A 13	15,00	1,00	2)	15,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
A 12	35,00	1,00	3)	35,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
A 11	56,00	1,00	4)	54,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor</i>
		1,00	5)		<i>ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle</i>
A 10	45,00			45,00	
A 9	14,00	1,00	6)	15,00	<i>ku: 1,00 BesGr. A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	7)		<i>Vermerk weggefallen</i>
A 9	6,00			4,00	
A 8	7,00			7,00	
A 7	6,00			6,00	
A 6	4,00			3,00	
Summe:	314,00			311,00	

B 6	Senatsdirektorin/ Senatsdirektor (1,00)
B 3	Direktorin/ Direktor des Amtes für Arbeitsschutz (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (1,00)
A 16	Leitende Baudirektorin/ Leitender Baudirektor (1,00), Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (2,00), Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (5,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (3,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
A 15	Baudirektorin/ Baudirektor (3,00), Gewerbedirektorin/ Gewerbedirektor (6,00), Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (8,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (5,00), Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (6,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (4,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (4,00)
A 14	Oberbaurätin/ Oberbaurat (7,00), Obergewerberätin/ Obergewerberat (11,00), Obermedizinalrätin/ Obermedizinalrat (5,00), Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (6,00), Oberveterinärätin/ Oberveterinärat (7,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (5,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat im Verwaltungsdienst (3,00)
A 13	Baurätin/ Baurat (6,00), Gewerberätin/ Gewerberat (6,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (3,00), Regierungsrätin/ Regierungsrat (4,00), Veterinärätin/ Veterinärat (3,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (3,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat im Verwaltungsdienst (3,00)
A 13	Gewerbeoberamtsrätin/ Gewerbeoberamtsrat (6,00), Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (6,00), Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (2,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
A 12	Amtsärztin/ Amtsarzt (17,00), Gewerbeamtsärztin/ Gewerbeamtsarzt (14,00), Sozialamtsärztin/ Sozialamtsarzt (2,00), Technische Amtsärztin/ Technischer Amtsarzt (2,00)
A 11	Gewerbeamtsfrau/ Gewerbeamtman (20,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (32,00), Sozialamtsfrau/ Sozialamtman (3,00), Technische Amtsfrau/ Technischer Amtman (1,00)
A 10	Gewerbeoberinspektorin/ Gewerbeoberinspektor (23,00), Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (20,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00), Technische Oberinspektorin/ Technischer Oberinspektor (1,00)
A 9	Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (14,00)
A 9	Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (6,00)
A 8	Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (7,00)
A 7	Regierungsoberssekretärin/ Regierungsoberssekretär (6,00)

Einzelplan 4
Kapitel 4910
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
B 3								-1,00	-1,00	Stellenstreichungen 2006 - Personaleinsparungen im Gesunde Städte Netzwerk
A 16								1,00	1,00	Stellenstreichungen 2006 - Personaleinsparungen im Gesunde Städte Netzwerk
A 15					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1211; Bürgerschaftsbeschluss
A 14						1,00			1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
A 14				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 14					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1211; Bürgerschaftsbeschluss
A 13					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1211; Bürgerschaftsbeschluss
A 12						-1,00			-1,00	Freiwerden der Stelle
A 12				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
A 11						1,00			1,00	Freiwerden der Stelle
A 9		2,00							2,00	Einrichtung zweier gebührenfinanzierter Stellen in der Zentralen Bußgeldstelle G23/AS1
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	2,00	0,00	3,00	-3,00	1,00	0,00	0,00	3,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,50	-0,50	0,00	-0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Summe Beamtinnen/ Beamte insgesamt										
	0,00	2,50	-0,50	3,00	-3,00	1,00	0,00	0,00	3,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 15	1) kw: 1,00 BesGr. A 15 Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor zum 01.03.2014 nach Freiwerden der Stelle	
A 12	3) weggefallen	ku: 1,00 BesGr. A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt RA nach Freiwerden der Stelle
A 11	4) ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann ROI
A 11	5) ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann nach BesGr. A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor nach Freiwerden der Stelle	ku: 1,00 BesGr. A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann ROI nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

I. Stellenbestand

A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (4,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
<u>Leerstellen (kw) *</u>						
B 3	0,00			1,00		
A 16	6,00			7,00		
A 15	3,00			4,00		
A 14	2,00			3,00		
A 13	1,00			1,00		
A 13	7,00			9,00		
A 12	9,00			15,00		
A 11	14,00			18,00		
A 10	3,00			2,00		
A 9	1,00			2,00		
A 9	4,00			5,00		
A 8	10,00			11,00		
A 7	1,00			1,00		
A 6	1,00			1,00		
Summe:	62,00			80,00		

B 3 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (0,00)
A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Polizeidirektorin/ Leitender Polizeidirektor (0,00), Leitende Regierun-
gssdi-
rektorin/ Leitender Regierungsdirektor (3,00), Leitende Veterinärin/ Leitender Veterinärin (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direkto-
rin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor im Verwaltungsdienst (1,00)
A 15 Baudirektorin/ Baudirektor (1,00), Medizinaldirektorin/ Medizinaldirektor (1,00), Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (1,00)
A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)
A 13 Regierungsrätin/ Regierungsrat (1,00)
A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (6,00), Technische Oberamtsrätin/ Technischer Oberamtsrat (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (7,00), Technische Amtsrätin/ Technischer Amtsrat (2,00)
A 11 Regierungsamtfrau/ Regierungsamtmann (12,00), Sozialamtfrau/ Sozialamtmann (2,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (3,00)
A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (4,00)
A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (9,00), Steuerhauptsekretärin/ Steuerhauptsekretär (1,00)
A 7 Regierungsobersekretärin/ Regierungsobersekretär (1,00)
A 6 Regierungssekretärin/ Regierungssekretär (1,00)

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008		Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl		
Angestellte						
I	0,00			1,50		
I a	0,00			4,00		

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
B 3	0,00			1,00	Nr. 5	H.Beschl.
A 16	1,00			1,00	Nr. 5	
A 16	0,00			1,00	Nr. 5	
A 16	3,00			4,00	Nr. 5	
A 16	1,00			0,00	Nr. 7	
A 16	1,00			1,00	Nr. 6	
A 15	1,00			1,00	Nr. 5	
A 15	1,00			0,00	Nr. 3	
A 15	0,00			1,00	Nr. 6	
A 15	1,00			2,00	Nr. 5	
A 14	2,00			3,00	Nr. 5	
A 13	1,00			1,00	Nr. 5	
A 13	6,00			8,00	Nr. 5	
A 13	1,00			1,00	Nr. 5	
A 12	7,00			10,00	Nr. 5	
A 12	2,00			5,00	Nr. 5	
A 11	12,00			15,00	Nr. 5	
A 11	0,00			1,00	Nr. 7	
A 11	1,00			1,00	Nr. 1	
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 10	1,00			1,00	Nr. 1	
A 10	1,00			1,00	Nr. 5	
A 10	1,00			0,00	Nr. 7	
A 9	1,00			1,00	Nr. 5	
A 9	0,00			1,00		
A 9	4,00			5,00	Nr. 5	
A 8	7,00			8,00	Nr. 5	
A 8	2,00			2,00	Nr. 7	
A 8	1,00			1,00	Nr. 6	
A 7	1,00			1,00	Nr. 5	
A 6	1,00			1,00	Nr. 5	
gesamt:	62,00			80,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I Ia						-1,50	1,00		-1,50 1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts Neubewertung verändertes Aufgabengebiet

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
II a/ I a	0,00	1,00	8)	29,48	Vermerk weggefallen
I b	0,00			14,50	
II a hD	0,00	0,75	9)	33,58	Vermerk weggefallen
		0,50	10)		Vermerk weggefallen
Richtl. Ang.hD	0,00			2,03	
II a gD	0,00			3,50	
III	0,00	1,00	11)	42,50	Vermerk weggefallen
IV a	0,00			24,50	
IV b	0,00	0,50	12)	35,32	Vermerk weggefallen
		0,50	13)		Vermerk weggefallen
V b gD	0,00	0,50	14)	45,62	Vermerk weggefallen
		1,00	15)		Vermerk weggefallen
		1,00	16)		Vermerk weggefallen
V b mD	0,00			2,00	
V c	0,00			51,02	

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						-1,50	1,00		-0,50	
I a			-1,00						-1,00	Stellenstreichungen 2006 - Synergieeffekte in den Bereichen Life Science und Forschung
I a						-3,50			-3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ a					-2,75				-2,75	Verlagerung an Kapitel 1511; Bürgerschaftsbeschluss - Verwaltungsreform
II a/ a		1,00							1,00	Maßregelvollzug
II a/ a						-9,50			-9,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ a						-17,78			-17,78	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b							-1,00		-1,00	Neubewertung verändertes Aufgabengebiet
I b		1,00							1,00	Neue Aufgabe - Grundsatzreferent Verbraucherschutz
I b						-1,00			-1,00	gem. Art. 8 Nr. 7 Haushaltsbeschluss
I b						-13,00			-13,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD		1,00							1,00	Neue Aufgabe aus Herauslösung Amt G aus der BUG, konkretisiert bei der Zusammenführung zur BSG
II a hD					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Bürgerschaftsbeschluss - Verwaltungsreform
II a hD			-1,00						-1,00	Stellenstreichung 2006 - Überleitung der staatlichen Drogenberatungsstellen an Freie Träger
II a hD Richtl. Ang.hD						-31,58			-31,58	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a gD						-2,03			-2,03	Umsetzung des neuen Tarifrechts
III						-3,50			-3,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-42,50			-42,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a			-3,00				1,00		1,00	Neubewertung verändertes Aufgabengebiet
IV a						-22,50			-22,50	Finanzierung ESARI
IV b					-1,50				-1,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV b			-4,00						-4,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Bürgerschaftsbeschluss - Verwaltungsreform
IV b			-1,00						-1,00	Stellenstreichung 2006 - Überleitung der staatlichen Drogenberatungsstellen an Freie Träger
V b gD						-2,00			-2,00	Stellenstreichungen 2006 - Einstellung Krankenhausbettennachweis
V b gD						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1211; Bürgerschaftsbeschluss
V c						-1,00			-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Bürgerschaftsbeschluss - Verwaltungsreform
										Verlagerung an Kapitel 1211; Bürgerschaftsbeschluss

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
II a/ a	8)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a/ a nach Freiwerden der Stelle kw: 0,75 VergGr. II a hD nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
II a hD	9)	weggefallen	
II a hD	10)	weggefallen	0,50 Freigestellte/er Vertrauensfrau/mann der Schwerbehinderten
III	11)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. III

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
VI b	0,00	3,00	17)	42,14	Vermerk weggefallen
VII	0,00	0,25	18)	20,67	Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00			11,54	
VIII	0,00	3,50	19)	42,78	Vermerk weggefallen
Kr. IV a	0,00			1,00	
Summe:	0,00			407,68	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	0,00	3,00	20)	3,00	Vermerk weggefallen
5	0,00			1,00	
4	0,00	2,00	21)	3,00	Vermerk weggefallen
1 (R)	0,00			2,85	
Summe:	0,00			9,85	

Einzelplan 4
Kapitel 4910
Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit
II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag		3,00	-10,00		-9,25	-148,39	1,00		-163,64	
V c					-3,50				-3,50	Verlagerung an Kapitel 1511; Bürgerschafts- beschluss - Verwaltungsreform
VI b	-1,00								-1,00	Bürgerschaftsbeschluss Verwaltungsreform
VI b					-2,00				-2,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Bürgerschafts- beschluss - Verwaltungsreform
VI b		4,00							4,00	Bürgerschaftsbeschluss Senatsdrucksache 2004/1032 „Errichtung und Ausstattung von zusätzlichen Kontrollzentren für das Veteri- närämtd Grenzdienst“
VII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1511; Bürgerschafts- beschluss - Verwaltungsreform
VII			-1,00						-1,00	Stellenstreichungen 2006 - Einstellung Krankenhausbettennachweis
VIII					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 1211; Bürgerschafts- beschluss
VIII	-1,00								-1,00	Bürgerschaftsbeschluss Verwaltungsreform
Summe Angestellte	-2,00	7,00	-11,00	0,00	-16,75	-148,39	1,00	0,00	-170,14	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-0,75	1,25	-4,84	0,00	-1,00	-0,50	0,00	0,00	-5,84	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-230,70	-1,00	0,00	-231,70	
Summe Angestellte insgesamt	-2,75	8,25	-15,84	0,00	-17,75	-379,59	0,00	0,00	-407,68	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-9,85	0,00	0,00	-9,85	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-9,85	0,00	0,00	-9,85	

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10			2008	Vermerke
	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,50			0,00	
E 15	14,00			0,00	
E 14	31,28	1,00	22)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 13	35,08	0,75	23)	0,00	<i>kw: 0,75 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)</i>
E 12	42,00	1,00	24)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12</i>
E 11	19,50	1,00	25)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 10	5,50			0,00	
E 9	72,69	1,00	26)	0,00	<i>Freigestelltes Personalratsmitglied</i>

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
E 15 ü						1,50			1,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 15						3,50			3,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 15						9,50			9,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 15							1,00		1,00	Verändertes Aufgabengebiet
E 14						13,00			13,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 14						17,78			17,78	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 13						31,58			31,58	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 13							3,50		3,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 13							-1,00		-1,00	Verändertes Aufgabengebiet
E 13		1,00							1,00	Bürgerschaftsbeschluss Senatsdrucksache 2004/1032 „Errichtung und Ausstattung von zusätzlichen Kontrollzentren für das Veteri- närnämtd Grenzdienst“
E 12							41,00		41,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 12						3,50			3,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 12							-3,50		-3,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 12							1,00		1,00	verändertes Aufgabengebiet
E 11						42,50			42,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11							1,00		1,00	Neubewertung
E 11							-41,00		-41,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11							16,00		16,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11							1,00		1,00	Verändertes Aufgabengebiet
E 11							-1,00		-1,00	verändertes Aufgabengebiet
E 11					1,00				1,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverla- gerung von Kapitel 4440 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 10						22,50			22,50	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10							-1,00		-1,00	Neubewertung
E 10							-16,00		-16,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 9	-1,00								-1,00	Stellenstreichung 2006 - Überleitung der staatlichen Drogenberatungsstellen an Freie Träger

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
E 14	22) kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Freiwerden der Stelle	
E 13	23) kw: 0,75 EntgGr. E 13 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)	
E 12	24) kw: 1,00 EntgGr. E 12	
E 11	25) kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Freiwerden der Stelle	

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 9		1,00 1,00 1,00 1,00 6,00	27) 28) 29) 30) 31)		kw: 1,00 EntgGr. E 9 zum 01.05.2017 nach Freiverden der Stelle ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach EntgGr. E 8 nach Freiverden der Stelle kw: 1,00 EntgGr. E 9 kw: 1,00 EntgGr. E 9 zum 01.10.2009 nach Freiverden der Stelle kw: 6,00 EntgGr. E 9 nach Freiverden der Stelle
E 8	45,63			0,00	
E 7	1,00			0,00	
E 6	40,53	1,00 1,00 2,00 1,00	32) 33) 34) 35)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 6 zum 01.06.2017 nach Freiverden der Stelle kw: 1,00 EntgGr. E 6 zum 01.01.2022 nach Freiverden der Stelle kw: 2,00 EntgGr. E 6 nach Freiverden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst) kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiverden der Stelle
E 5	29,00			0,00	
E 4	3,00	2,00	36)	0,00	kw: 2,00 EntgGr. E 4
E 3	39,78	1,50	37)	0,00	kw: 1,50 EntgGr. E 3 nach Freiverden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 2	2,85			0,00	
Richtl. hD	2,03			0,00	
Summe:	385,37			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	699,37			728,53	

Einzelplan 4
Kapitel 4910

Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Amt für Gesundheit

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,00	1,00		1,00		145,36	1,00		147,36	
E 9	-1,00								-1,00	Stellenstreichung 2006 - Überleitung der staatlichen Drogenberatungsstellen an Freie Träger
E 9			-1,00						-1,00	Bürgerschaftsbeschluss
E 9				4,00					4,00	Verlagerung von Kapitel 4440; Stellenverlagerung von Kapitel 4440 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 8				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 4200; Stellenverlagerung von Kapitel 4200 an Kapitel 4810 – Umorganisation innerhalb der BSG
E 6	-2,00								-2,00	Ausscheiden MA
E 6					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3000; Aufgabenübergang Bibliothek Amt G
E 5	-1,00								-1,00	Freiwerden der Stelle
E 3	-1,00								-1,00	Ausscheiden der Mitarbeiterin
Richtl. hD						2,03			2,03	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Arbeitnehmer	-6,00	1,00	-1,00	6,00	-1,00	147,39	1,00	0,00	147,39	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,73	-1,88	0,00	-0,92	0,50	0,00	0,00	-1,57	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	240,55	-1,00	0,00	239,55	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-6,00	1,73	-2,88	6,00	-1,92	388,44	0,00	0,00	385,37	
Summe (ohne *) insgesamt	-8,75	12,48	-18,72	9,00	-23,17	0,00	0,00	0,00	-29,16	

**Stellenplan
und
Stellenübersichten**

Winterhuder Werkstätten

(Ausgliederung aufgrund der Überführung in eine GmbH gemäß Drucksache 18/6434)

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 4211	Winterhuder Werkstätten

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
II a hD	0,00			3,75	
III	0,00			6,00	
IV a	0,00			4,75	
IV b	0,00			26,78	
V b gD	0,00			2,00	
V b mD	0,00			47,00	
V c	0,00			25,50	
VI b	0,00	2,00	1)	13,00	Vermerk weggefallen
VII	0,00			6,33	
IX b/VII	0,00			3,00	
Kr. V a	0,00			2,00	
Kr. IV a	0,00			1,00	
Kr. I	0,00	2,00	2)	7,00	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			149,11	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	0,00			1,00	
4	0,00			2,00	
3	0,00			4,78	
2	0,00			1,50	
1 (R)	0,00			0,47	
Summe:	0,00			9,75	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 13	0,00			0,00	
E 11	0,00			0,00	
E 10	0,00			0,00	
E 9	0,00			0,00	
E 8	0,00			0,00	
E 8 a	0,00			0,00	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 4211	Winterhuder Werkstätten

II. Erläuterungen**Erläuterungen zu den Stellenänderungen**

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
II a h D						-3,75			-3,75	Umsetzung des neuen Tarfrechts
III						-6,00			-6,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
IV a						-4,75			-4,75	Umsetzung des neuen Tarfrechts
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-15,50	0,00	0,00	-15,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-133,61	0,00	0,00	-133,61	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-149,11	0,00	0,00	-149,11	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,47	0,00	0,00	-0,47	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-9,28	0,00	0,00	-9,28	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-9,75	0,00	0,00	-9,75	
E 15 ü						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 15 ü			-1,00						-1,00	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 13						3,75			3,75	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 13			-3,75						-3,75	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 11						6,00			6,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11			-6,00						-6,00	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 10						4,75			4,75	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10			-4,75						-4,75	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 9			-75,78						-75,78	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 8			-25,50						-25,50	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 8 a			-2,00						-2,00	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten

Einzelplan LAN Kapitel 4211	Landesbetriebe Winterhuder Werkstätten

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 7 a	0,00			0,00	
E 6	0,00			0,00	
E 5	0,00			0,00	
E 4	0,00			0,00	
E 3	0,00			0,00	
E 3 a	0,00			0,00	
E 2 ü	0,00			0,00	
E 2	0,00			0,00	
Summe:	0,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			158,86	

Einzelplan	LAN	Landesbetriebe
Kapitel	4211	Winterhuder Werkstätten

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-118,78			15,50			-103,28	
E 7 a			-1,00						-1,00	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 6			-14,00						-14,00	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 5			-9,33						-9,33	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 4			-2,00						-2,00	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 3			-4,78						-4,78	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 3 a			-7,00						-7,00	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
E 2 ü			-1,50						-1,50	Ausgliederung der Winterhuder Werkstätten
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	-158,39	0,00	0,00	15,50	0,00	0,00	-142,89	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen										
	0,00	0,00	-0,47	0,00	0,00	0,47	0,00	0,00	0,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	142,89	0,00	0,00	142,89	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	-158,86	0,00	0,00	158,86	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-158,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-158,86	

**Stellenplan
und
Stellenübersichten**

Bernhard-Nocht-Institut

**(Ausgliederung aufgrund der Gründung einer Stiftung öffentlichen Rechts gemäß
Drucksache 18/7195)**

Einzelplan WI Kapitel 4840	Wirtschaftspläne Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin

I. Stellenbestand

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
<u>Planstellen</u>					
A 15	0,00			5,00	
A 14	0,00			2,00	
A 13	0,00			1,00	
Summe:	0,00			8,00	

A 15 Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (0,00)
A 14 Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (0,00)
A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (0,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
I a	0,00			7,00	
II a/ I a	0,00			5,00	
I b	0,00			7,00	
II a hD	0,00			6,00	
IV a	0,00			5,00	
IV b	0,00			3,00	
V b gD	0,00			27,00	
V b mD	0,00			1,00	
V c	0,00	0,50	1)	21,50	Vermerk weggefallen
VI b	0,00			6,00	
VII	0,00			4,50	
VIII	0,00			7,50	
Summe:	0,00			101,50	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	0,00			3,00	
4	0,00			5,00	
3	0,00			1,00	
2	0,00			6,50	
1 (R)	0,00			21,20	
Summe:	0,00			36,70	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	0,00			0,00	
E 15	0,00			0,00	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 15			-5,00						-5,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
A 14			-2,00						-2,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
A 13			-1,00						-1,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	-8,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-8,00	
I						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I a						-7,00			-7,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ I a						-4,00			-4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/ I a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b						-7,00			-7,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD						-6,00			-6,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-5,00			-5,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Angestellte										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-31,00	0,00	0,00	-31,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-70,50	0,00	0,00	-70,50	
Summe Angestellte insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-101,50	0,00	0,00	-101,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-36,70	0,00	0,00	-36,70	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-36,70	0,00	0,00	-36,70	
E 15 ü						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15 ü			-1,00						-1,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 15						7,00			7,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15			-7,00						-7,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 15			-1,00						-1,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	0,00			0,00	
E 13	0,00			0,00	
E 10	0,00			0,00	
E 9	0,00			0,00	
E 8	0,00			0,00	
E 6	0,00			0,00	
E 5	0,00			0,00	
E 4	0,00			0,00	
E 3	0,00			0,00	
E 2 ü	0,00			0,00	
E 2	0,00			0,00	
Summe:	0,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00			146,20	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu-gang	Ab-gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag			-9,00			9,00			0,00	
E 14						7,00			7,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 14						4,00			4,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 14			-7,00						-7,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 14			-4,00						-4,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 13						6,00			6,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 13			-6,00						-6,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 10						5,00			5,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10							1,00		1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10			-6,00						-6,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 9			-30,00						-30,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 8			-21,50						-21,50	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 6			-9,00						-9,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 5			-4,50						-4,50	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 4			-5,00						-5,00	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 3			-8,50						-8,50	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 2 ü			-6,50						-6,50	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
E 2			-21,20						-21,20	Errichtung der Stiftung BNI - Drs.18/7195
Summe Arbeitnehmer										
	0,00	0,00	-138,20	0,00	0,00	31,00	1,00	0,00	-106,20	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	107,20	-1,00	0,00	106,20	
Summe Arbeitnehmer insgesamt										
	0,00	0,00	-138,20	0,00	0,00	138,20	0,00	0,00	0,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	0,00	0,00	-146,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-146,20	

Einzelplan WI Kapitel 4841	Wirtschaftspläne Klinik BNI (Abwicklungskapitel)

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
					8,00	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,00	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
V c	0,00	1,50	1)	1,50	Vermerk weggefallen
VI b	0,00	1,00	2)	1,00	Vermerk weggefallen
VII	0,00	1,00	3)	1,00	Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00	1,00	4)	1,00	Vermerk weggefallen
VIII	0,00	2,00	5)	2,00	Vermerk weggefallen
Kr. VI	0,00	1,00	6)	1,00	Vermerk weggefallen
Kr. I/IV a	0,00	4,00	7)	4,00	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			11,50	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00	1,00	8)	1,00	Vermerk weggefallen
2	0,00	0,50	9)	0,50	Vermerk weggefallen
1 (R)	0,00	2,50	10)	2,50	Vermerk weggefallen
Summe:	0,00			4,00	
Arbeitnehmer					
E 9	1,00	1,00	11)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 9
E 8	0,50	0,50	12)	0,00	kw: 0,50 EntgGr. E 8
E 7	1,00	1,00	13)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 7
E 6	1,00	1,00	14)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle (Maßnahme zur verstärkten Unterbringung von Schwerbehinderten im öffentlichen Dienst)
E 5	1,00	1,00	15)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 5
E 4	1,00	1,00	16)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 4
E 3	1,00	1,00	17)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 3
E 2 ü	0,50	0,50	18)	0,00	kw: 0,50 EntgGr. E 2 ü
E 2	1,00	1,00	19)	0,00	kw: 1,00 EntgGr. E 2
Summe:	8,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	8,00			15,50	

Einzelplan WI Kapitel 4841	Wirtschaftspläne Klinik BNI (Abwicklungskapitel)

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,50	0,00	0,00	-11,50	
<i>Summe Angestellte insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-11,50	0,00	0,00	-11,50	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-3,50	0,00	0,00	-3,50	
<i>Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-4,00	0,00	0,00	-4,00	
E 8	-1,00								-1,00	Ausscheiden MA
E 7	-1,00								-1,00	Klinikverkauf
E 7	-1,00								-1,00	Vertragsauflösung
E 7	-1,00								-1,00	Ausscheiden MA
E 5	-1,00								-1,00	Klinikverkauf
E 3	-1,00								-1,00	Klinikverkauf
E 2	-1,00								-1,00	Klinikverkauf
<i>Summe Arbeitnehmer</i>										
	-7,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-7,00	
<i>Summe der Veränderungen von Stellenanteilen</i>										
	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,00	
<i>Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen</i>										
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	15,00	0,00	0,00	15,00	
<i>Summe Arbeitnehmer insgesamt</i>										
	-7,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	15,50	0,00	0,00	8,00	
Summe (ohne *) insgesamt										
	-7,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-7,50	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenneuschaffungen				
1	4810	1,00	Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	Aufgabenausweitung infolge einer neuen EU-Richtlinie zur Qualität von Sicherheit von menschlichen Geweben, Geweb Zubereitungen und Zellen
		1,00	Regierungsoberinspektorin/Regierungsoberinspektor A 10	
2	4810	2,00	Amtsinspektorin/Amtsinspektor A 9	Deutliche Fallzahlensteigerungen durch neue EU-Richtlinie zur Überprüfung der Nichteinhaltung von Sozialvorschriften im Straßenverkehr
Stellenhebungen				
3	4600	0,50	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Sachbearbeitung Europäisches Jahr für Menschen mit Behinderung (SNP)
Sonstige Stellenveränderungen				
4	4000	0,50	Studienrätin/Studienrat an Sonderschulen A 13 in Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	aus laufbahnrechtlichen Gründen
5	4440	1,00	Wissenschaftliche Oberrätin/Wissenschaftlicher Oberrat A 14 in Oberregierungsrätin/Oberregierungsrat A 14	aus laufbahnrechtlichen Gründen
6	4440	1,00	Sozialamtfrau/Sozialamtman A 11 in Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11	aus laufbahnrechtlichen Gründen
7	4600	1,00	Wissenschaftliche Rätin/Wissenschaftlicher Rat A 13 in Regierungsrätin/Regierungsrat A 13	aus laufbahnrechtlichen Gründen
8	4600	1,00	Sozialinspektorin/Sozialinspektor A 9 in Regierungsinspektorin/Regierungsinspektor A 9	aus laufbahnrechtlichen Gründen

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010

Wirtschaftsplan

Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung
(§ 26 Abs. 1 LHO)

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Minderausgaben bei Investitionen dürfen bis zur Höhe der Eigenmittel zur Investitionsfinanzierung zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden. Die Einwilligung der Bürgerschaft ist erforderlich, wenn im laufenden Wirtschaftsjahr auf die Durchführung einer Investitionsmaßnahme mit Gesamtkosten von über 500.000 EUR verzichtet werden soll.
2. Kostenerhöhungen bei im Finanzierungsplan einzeln veranschlagten Investitionsmaßnahmen bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme um mehr als 250.000 EUR steigen. Bei laufenden Bauvorhaben können die Mehrkosten aufgrund von vertraglich vereinbarten Lohn- und Materialpreiserhöhungen der Bürgerschaft mit den nächstjährigen Erläuterungen nachgewiesen und begründet werden.
3. Investitionsausgaben für Zwecke, für die im Finanzierungsplan keine Mittel veranschlagt sind, bedürfen der Einwilligung der Bürgerschaft, soweit die Gesamtkosten der Einzelmaßnahme die Höhe von 250.000 EUR übersteigen.
4. Jahresfehlbeträge dürfen, soweit sie nicht durch nicht verbrauchte Deckungsmittel ausgeglichen werden können, als nicht gedeckter Finanzbedarf auf das Folgejahr vorgetragen werden, wenn die Abdeckung dieser Fehlbeträge in den Folgejahren durch Jahresüberschüsse zu erwarten ist. Der nicht gedeckte Finanzbedarf ist in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
5. Im Rahmen der Sanierung des LEB entstandene und ggf. noch entstehende Aufwendungen (nicht gedeckte Finanzierungsbedarfe der Vorjahre und einmalige abwicklungsbedingte Finanzierungsbedarfe) dürfen mit Zustimmung der für die Finanzen zuständigen Behörde durch nicht veranschlagte Einnahmen aus dem Verkauf nicht mehr betriebsnotwendiger Grundstücke des LEB gedeckt werden.

Die Verwendung darüber hinausgehender nicht veranschlagter Einnahmen aus der Abgabe von Grundstücken bedarf der Einwilligung der Bürgerschaft.

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Erträge</u>					
1. Umsatzerlöse und Erstattungen					
1.1. Erlöse aus Leistg. und Erstatt. HzE (Kosten-träger FHH)					
811100 stationäre HzE gem. §§ 34, 35a SGB VIII	11.688	9.699	10.211	11.542	11.542
811171 Geschlossene Unterbringung § 34 SGB VIII	1.239	922	1.871	195	
811200 ambulante/teilstationäre HzE gem. §§ 30,31,32,35 SGB VIII	3.326	3.707	4.136	3.682	3.682
260200 Erstattungen aus individuellen An-sprüchen der Betreuten	193	175	200	180	180
Summe 1.1	16.446	14.503	16.418	15.599	15.404
1.2. Erlöse aus Leistungen und Erstatt.HzE (Sonst.Kostenträger)					
812130 stationäre HzE gem. §§ 34, 35a SGB VIII	1.343	234	622	212	212
811171 Geschlossene Unterbringung § 34 SGB VIII	0	385	0	0	0
812200 ambulante/teilstationäre HzE gem. §§ 30,31,32,35 SGB VIII	52	40	68	40	40
260201 Erstattungen aus individuellen An-sprüchen der Betreuten	68	23	70	25	25
Summe 1.2	1.463	682	760	277	277
1.3. Erlöse aus Leistungen außerhalb HzE					
811160 Mutter/Vater/Kind-Betreuung § 19 SGB VIII	0	1189	1.145	1.346	1.346
811140 Inobhutnahmen § 42 SGB VIII in HzE-Einrichtungen	0	328	225	370	370
812171 Jugendgerichtl. Unterbr. gem. §§ 71/72 JGG	0	632	632	641	641
822111 Inobhutnahmen und Beratungen durch den KJND	4.978	5.261	5.115	5.552	5.552
821200 Inobhutnahmen § 42 SGB VIII von minderjährigen unbegleiteten Flücht-lingen	1.095	600	755	429	429
811293 Erträge aus Dienstleistungen für frei-beruflich tätige Lebensgemeinschaf-ten	0	148	0	182	182
Summe 1.3	6.073	8.158	7.872	8.520	8.520
1.4. Erlöse und Erstattungen Berufliche Bildung					
832000 Erlöse aus Leistungen der Jugendbe-rufshilfe	2.584	4.171	7.681	2.800	2.800
831011 Erlöse aus Leistungen für die Bun-desagentur für Arbeit und die ARGE	2.169	1.127	135	2.982	2.982
833011 Erstattungen durch den ESF	2.404	831	0	0	0
Summe 1.4	7.157	6.129	7.816	5.782	5.782

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
Summe 1.	31.139	29.472	32.866	30.178	29.983
2. Sonstige betriebliche Erträge					
840100 Erstattung Telefongebühren	8	7	9	7	7
840200 Erstattung Verpflegung	43	49	44	48	48
840502 Erstattung von Aufwendungen für nicht betriebsnotwendiges Personal	979	2.240	0	1.629	1.629
840600 Erstattung der nicht durch Erlöse gedeckten Betriebsaufwendung	0	1.145	0	0	0
850001 Mieterträge für trügereigenen Wohnraum	163	133	200	100	100
850003 Erträge aus Dienstleistungen und Fertigungen	14	18	24	18	18
860000 Sonstige Erträge	365	96	0	121	121
840300 Erstattungen Schadenersatz, Bauunterhaltung u. a.	278	362	0	300	300
870001 Erträge aus Mieten und Pachten	140	148	170	150	150
890001 Gewährleistung der Versorgungszusagen durch FHH	368	172	135	175	175
890003 Gewährleistung der Versorgungszusage. f. Beihilfeverpflichtg. FHH		756		55	55
Summe 2.	2.358	5.126	582	2.603	2.603
3. Zinserträge und ähnliche Erträge					
252000 Zinserträge	63	94	42	75	75
Summe 3.	63	94	42	75	75
4. Außerordentliche Erträge					
880001 Mehrbestände	30	37	6	5	5
251100 Spenden und Nachlässe	26	180	0	25	25
251200 Erstattungen Feuerkasse	15	1	0	0	0
251300 andere betriebsfremde Beträge	12	23	0	0	0
260100 betriebliche außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0
290000 betrieblich periodenfremde Erträge	257	722	100	155	155
Summe 4.	340	963	106	185	185
<u>Gesamterträge</u>	33.900	35.656	33.596	33.041	32.846

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
A. ERFOLGSPLAN					
<u>Aufwendungen</u>					
1. Materialaufwendungen					
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe					
420001 Betreuungvergütungen für Betreuer der Außenwohngruppen (AWG)	628	168	311	0	0
420011 Sonstige Honorare für Vertretung + Hauswirts. AWG	241	51	78	0	0
431100 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung AWG-Betreuer	74	19	52	0	0
420002 Entgelte für Dienstleistungen Personal	761	708	615	566	566
420006 Praxisberatung/Supervision	94	82	118	82	82
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen					
Summe 1.	1.798	1.028	1.174	648	648
2. Personalaufwendungen					
2.1.1 Gehälter und Löhne					
411000 Beamtenbezüge	784	699	584	712	712
412000 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	19.270	16.921	17.782	16.372	16.214
412200 Bereitschafts- und Überstunden	944	825	923	784	784
451000 Ausbildungsvergütungen	571	1.026	624	1.062	1.062
454100 Ausbildungsvergütung Kooperative	3	0	40	32	32
452000 Arbeitsvergütungen für Betreute	46	26	0	0	0
Summe 2.1.1	21.618	19.497	19.953	18.962	18.804
2.1.2 Gehälter und Löhne für nicht betriebsnotwendiges Personal					
412000 Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	0	2.055	664	1.302	1.302
Summe 2.1.2	0	2.055	664	1.302	1.302
2.2.1 Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung					
431200 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	4.392	3.370	3.711	3.232	3.217
441100 Versorgungsaufwendungen - Beamte	102	148	122	150	150
441200 Versorgungsaufwendungen f. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	604	660	609	697	697
442100 Pensionsrückstellung (Zuführung)	369	172	135	174	174
442200 Altersteilzeitrückstellung (Auflösung)	-22	-14	0	0	0
442300 Beihilfeverpflichtg. Rückstellung (Zuführung)		756		55	55
432100 Beihilfe für Aktive, Unterstützung, Fürsorgeleistung	22	22	50	32	32
432200 Beihilfe für Versorgungsempfänger	6	15	21	16	16
433101 Beiträge zur Landesunfallkasse	120	135	142	145	145
433201 Arbeitsmedizinische Leistungen	20	32	44	45	45

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
Summe 2.2.1	5.613	5.296	4.834	4.546	4.531
2.2.2 Soziale Abgaben für nicht betriebsnotwendiges Personal					
431200 Arbeitgeberanteil Sozialversicherung	0	514		326	326
Summe 2.2.2	0	514		326	326
Summe 2.2	5.613	5.809	4.834	4.872	4.857
Summe 2.	27.231	27.360	25.451	25.137	24.964
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen					
561000 auf Gebäude	572	593	612	531	525
562100 auf Maschinen	28	26	31	17	17
563500 auf Fahrzeuge	20	29	31	32	32
563000 auf Betriebs und Geschäftsausstattung	340	351	379	235	235
702600 auf immaterielle Wirtschaftsgüter	31	29	23	24	24
567900 außerplanmäßige Abschreibungen	0	6	0	0	0
Summe 3.	991	1.034	1.076	839	833
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen					
4.1 Aufwendungen für Betreute					
511001 Verpflegung	140	136	131	111	109
511002 Bekleidung	14	12	18	19	19
511003 Schutzkleidung	13	14	14	12	12
511004 Körperpflege	54	45	34	48	48
511005 Fahrgelder	33	38	29	41	41
511006 Pädagogische Arbeit	107	129	94	123	123
511007 Innungsgebühren	52	105	79	116	116
511008 Taschengelder (nur KJND)	19	17	13	16	16
511010 Unterbringung außerhalb des KJND	75	28	213	147	147
512001 Ausstattung (Mobiliar + Küchenausstattung)	56	79	61	170	170
512002 Werkstattbedarf	124	99	171	96	96
513001 Sachaufwand Kinder- und Jugendhilfeverbünde (KJHV)	815	884	850	912	912
513002 Sachaufwand AWG	218	57	16	0	0
513003 Hilfe zum Lebensunterhalt	13	16	26	17	17
513005 Pauschale Aufwendung Dienstleistung	3	2	3	3	3
231100 Betreutenbezogene Nebenkosten HzE	261	198	229	203	203
Summe 4.1	1.997	1.859	2.011	2.034	2.032

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
4.2 Bewirtschaftung, Versorgung, Instandhaltung					
512007 Betrieb von Fahrzeugen	35	43	43	47	47
551100 Heizung	475	407	338	388	388
551200 Gas (ohne Heizung)	2	0	0	0	0
551300 Strom (ohne Heizung)	216	235	259	243	243
551400 Wasser u. Sielgebühren	92	86	100	92	92
552001 Reinigung	163	192	158	226	226
552002 Sonstiger Bewirtschaftungsaufwand	352	302	200	300	300
553002 Instandhaltung von Gebäuden	801	1.036	711	519	519
531100 Instandhaltung von Maschinen, Kfz sowie von Betriebs- und Geschäfts- ausstattungen	137	134	101	121	121
540200 Feuerkassenbeiträge	11	12	4	11	11
540300 Versicherungen/Selbstversicherungen	33	32	20	30	30
512004 Mieten für Räume und Grundstücke	1.456	1.027	1.012	1.115	1.115
532100 Mieten für Maschinen und Fahrzeuge	29	46	34	67	67
Summe 4.2	3.802	3.552	2.981	3.159	3.159
4.3 Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb					
540900 sonstige Abgaben	0	0	0	0	0
521101 Geschäftsbedarf	81	90	74	82	82
521103 Bücher und Zeitschriften	25	26	28	27	27
521104 Werbemittel und Broschüren	11	13	3	12	12
521201 Dienstleistungen	267	248	369	175	163
521202 Beratungskosten	7	13	31	21	21
521105 Schutzkleidung für Betreuer	2	1	1	1	1
521307 Aus- und Fortbildung	61	84	101	74	74
524100 Reisekosten	13	15	3	11	11
524200 Fahrkosten	51	50	57	53	53
523100 Fernmeldeanlagen und Telefongebüh- ren	291	286	304	323	323
523400 Postgebühren	24	24	15	25	25
522100 Untersuchungen, Gutachten und Prü- fungen	16	6	8	8	8
522200 Gerichtskosten	9	13	10	14	14
521390 sonstige Aufwendungen	34	39	21	38	38
521308 Erstattungen an andere Dienststellen	123	131	180	144	144
521309 Prüfgebühren Wirtschaftsprüfer	36	40	48	49	49
Summe 4.3	1.051	1.079	1.253	1.057	1.045
4.4 Übrige sonstige Aufwendungen					
568100 Minderbestände	96	37	18	17	17
Summe 4.4	96	37	18	17	17
Summe 4.	6.946	6.527	6.263	6.271	6.255

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen					
220100 Zinsaufwendungen	120	129	115	49	49
220200 Kosten des Geldverkehrs	3	3	3	3	3
Summe 5.	123	132	118	52	52
6. Außerordentliche Aufwendungen					
201001 sonstiger neutraler Aufwand	0	237	1	1	1
230100 außerordentlicher Aufwand für Feuer- schäden	8	1	0	0	0
230200 sonstiger außerordentlicher Aufwand	59	0	0	0	0
230300 Haftpflichtschadensauslagen und Selbstbeteiligung	11	16	0	0	0
240001 betriebliche periodenfremde Aufwen- dungen	174	98	164	80	80
Summe 6.	252	352	165	81	81
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	0	0
Summe 7.	0	0	0	0	0
8. Sonstige Steuern					
540100 Kfz-Steuern	19	20	13	15	15
Summe 8.	19	20	13	15	15
9. Aufwendungen zur Strukturanpassung					
553002 Aufwendg. für nicht mehr benötigte Gebäude und Anlagen	0	136	0	0	0
Summe 9.	0	136	0	0	0
<u>Gesamtaufwendungen</u>	37.360	36.589	34.260	33.041	32.846
<u>Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag</u>	-3.460	-933	-664	0	0

Kontenbezeichnung	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
	In Tsd. EUR				
1	2	3	4	5	6
B. FINANZIERUNGSPLAN					
I. Finanzbedarf					
1. Investitionen					
001000 Grundstücke	0	0	0	0	0
005000 Gebäude	539	676	500	819	821
010000 Maschinen und Anlagen	17	6	20	25	25
026000 Fahrzeuge	54	67	35	60	60
020000 Betriebs- und Geschäftsausstattung	294	288	200	220	225
028000 Sonstiges					
880000 Mehrbestände	30	37	6	5	5
Summe 1.	934	1.074	761	1.129	1.136
2. Sonstiger Finanzbedarf					
076001 Abdeckung des im Vorjahr nicht gedeckten Finanzbedarfs	5.824	6.703	0	4.176	0
072000 Zuführung in die Kapitalrücklage					
900000 Jahresfehlbetrag	3.460	933	664	0	0
074001 Noch verfügbare Deckungsmittel aus Zuschüssen und Eigenmitteln					
074001 Noch verfügbare Deckungsmittel der Einrichtungen	519	519	519	519	519
Summe 2.	9.803	8.155	1.183	4.695	519
Gesamtsumme Finanzbedarf	10.737	9.229	1.944	5.824	1.655
II. Deckungsmittel					
561000 Abschreibungen Gebäude	572	593	612	530	524
562000 Abschreibungen Maschinen und Anlagen	27	26	31	17	17
563500 Abschreibungen Fahrzeuge	40	29	31	33	33
563000 Abschreibungen Betriebs- und Geschäftsausstattung	321	351	379	228	228
565000 Abschreibungen auf immaterielle Wirtschaftsgüter	31	29	23	24	24
220300 Außerordentliche Abschreibungen	0	6			
568000 Minderbestände	96	37	18	19	19
074001 Noch verfügbare Deckungsmittel aus Zuschüssen und Eigenmitteln					
074001 Noch verfügbare Deckungsmittel der Einrichtungen	519	519	519	519	519
072001 Investitionszuschuss aus dem Haushalt	277	291	307	278	291
073001 Betriebszuschuss zur Finanzierung der Sanierung	2.151	3.172	24	4.176	0
076001 Auflösung aus der Kapitalrücklage					
Gesamtsumme Deckungsmittel	4.034	5.053	1.944	5.824	1.655
III. Nicht gedeckter Finanzbedarf	-6.703	-4.176	0	0	0

5. Rücklagen/Rückstellungen

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über den Einrichtungsstand der Rücklagen und der Rückstellungen von 2002 bis 2007 (Beträge in Tsd. EUR).

Konto-Nr.	Zweck	Stand	Stand	Stand	Stand	Stand	Stand
		31.12.2007	31.12.2006	31.12.2005	31.12.2004	31.12.2003	31.12.2002
		in Tsd. EUR					
Rücklagen							
072001	Kapitalrücklage	7.833	7.172	7.483	6.920	5.922	5.069
073000	Spendenrücklage	198	57	46	50	120	112
	Summe der Rücklagen	8.031	7.229	7.529	6.970	6.042	5.181
Rückstellungen							
083001	für Pensionsverpflichtungen	7.912	7.512	7.054	6.343	6.261	5.723
083003	für Altersteilzeit	518	543	596	662	538	365
083004	für Beihilfeverpflichtungen	756					
089001	für Versorgungsunternehmen	0	42	33	39	105	87
081000	Sonstige	523	583	723	414	724	149
081000	für ungewisse Verbindlichkeiten aus AWG - Verträgen	0	511	538	538	629	629
	Summe der Rückstellungen	9.709	9.191	8.944	7.996	8.257	6.953

Erläuterungen**Vorbemerkung**

Der Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung finanziert seine Aufwendungen durch Erlöse für seine Dienstleistungen. Zu seinen Auftraggebern zählen die Hamburger und in geringem Umfang auch auswärtige Jugendämter, die Hamburgischen Fachbehörden und ggf. auch andere öffentliche Institutionen (z.B. Bundesagentur für Arbeit) mit Aufgaben im Bereich der Jugendhilfe, der Jugendstraftälligenhilfe und der beruflichen Bildung junger Menschen. In weiten Teilen unterliegt die Auftragsgestaltung einer Nachfrage nach Dienstleistungen für einzelne Klienten oder Klientengruppen, die wiederum durch Fachprogramme der Auftraggeber gesteuert wird. Durch Veränderungen in diesem Bereich ergeben sich auch Nachfrageschwankungen, die planerisch für die Zukunft nur bedingt berücksichtigt werden können. Der Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung passt seine Angebotskapazitäten daher bei der Ausführung des Wirtschaftsplanes laufend der Nachfrage an.

A Erfolgsplan, Erträge**Konto****1. Umsatzerlöse und Erstattungen**

- Pkt. 1.1 Veranschlagt sind die Erträge aus den leistungsbezogenen Abrechnungen für Hilfen zur Erziehung mit den 7 bezirklichen Jugendämtern. Dieser Mittelbedarf wird aus dem Haushalt (Titel 4460.671.86) gedeckt. Hierzu gehören auch die Erstattungen der Jugendämter aus den individuellen Ansprüchen der Betreuten zur Deckung besonderer, nicht über die Entgelte geleisteten Aufwendungen. Mehr gegenüber dem Ansatz 2008 und Ergebnis 2007 aufgrund der Entgeltanpassung an die Kosten der Angebote insbes. die Personalkosten. Ausnahme: Konto 811171 - Schließung der Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße im 1. Quartal 2009. Die Anpassung der Einnahmen entspricht den Aufwendungen im Jugendhilfebereich.
- Pkt. 1.2 Veranschlagt sind die Erträge aus den leistungsbezogenen Abrechnungen für Hilfen zur Erziehung mit anderen Kostenträgern, im Wesentlichen mit Jugendämtern außerhalb Hamburgs. Die Veranschlagung orientiert sich im Wesentlichen am Ergebnis 2007. Ausnahme: Konto 812173 - Schließung der Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße im 1. Quartal 2009.
- Pkt. 1.3 Veranschlagt sind die Erträge aus leistungsbezogenen Abrechnungen für andere Hilfen im Rahmen des SGB VIII. Es handelt sich hierbei im Einzelnen um die in den Konten genannten Erlöse:
- | | |
|--------|---|
| 811160 | Mehr aufgrund der Entgeltanpassung an die Kosten. |
| 811140 | Mehr aufgrund der Entgeltanpassung an die Kosten. |
| 812171 | Mehr aufgrund der Entgeltanpassung an die Kosten. |
| 822111 | Mehr aufgrund der Erweiterung der Aufgaben, erstmalige Anpassung seit 2002 an die tatsächliche Kostensituation. |
| 821200 | Weniger wg. Verringerung des Platzbestandes von 25 auf 14 entsprechend des Bedarfs. |
| 811293 | Veranschlagt sind Entgelte für Dienstleistungen des LEB für freiberuflich tätige Lebensgemeinschaften. |
- Pkt. 1.4 Veranschlagt sind die Erträge für Leistungen der Jugendberufshilfe und der beruflichen Bildung:
- | | |
|--------|---|
| 832000 | Erlöse für Ausbildungs- und Berufsqualifizierungsmaßnahmen im Rahmen der Jugendberufshilfe gem. § 13 SGB VIII der Behörde für Schule und Berufsbildung. Finanziert werden diese Maßnahmen aus dem Titel 3200.685.38 „Zuschüsse zu laufenden Kosten im Rahmen des Aktionsprogramms Berufsbildung“. |
| 831011 | Erlöse für Leistungen der Beruflichen Bildung und Beschäftigung junger Menschen anderer Auftraggeber. Mehr zur Kompensation eines Teils weggefallener Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF). |
| 833011 | Die durch den ESF bezuschussten Maßnahmen sind ausgelaufen. |

2. Sonstige betriebliche Erträge

840502	Erstattung von Personalkosten für nicht betriebsnotwendiges Personal des LEB für dessen Leistungen in anderen Behörden im Wege der Abordnung und als Zuschuss zur Deckung der Personalkosten. Weniger gegenüber 2007 aufgrund Rückgangs des Personalvolumens.
850001	Weniger aufgrund Rückgang des Angebotes und Abgabe von Mietobjekten.
850003	Erträge aus Dienstleistungen und Fertigungen werden fast ausschließlich im Bereich der Beruflichen Bildung erzielt. Die Höhe der Erträge ist abhängig von der Auftragslage und dem Umfang der Ausbildung vor Ort. Anpassung unter Berücksichtigung des Ergebnisses 2007 und den abgesenkten Erlösen aus Pkt. 1.4.
840300	Planung auf Basis des Ergebnisses 2007.
870001	Weniger aufgrund abgegebener Mietobjekte.
890001	Planung auf Basis des Ergebnisses 2007.
890003	Erstmalig gem. VV zur LHO einzustellende Erträge in 2007 aus einer Gewährleistungszusage der FHH, die künftig nur mit den Veränderungen fortgeschrieben werden. Der korrespondierende Aufwand ist beim Konto 432100 veranschlagt.

3. Zinserträge und ähnliche Erträge

252000	Mehr durch anwachsende Pensionsrückstellungen.

4. Neutrale und Außerordentliche Erträge

Veranschlagung in Anlehnung an die Planung 2008. Weniger gegenüber dem Ergebnis 2007 u.a. deshalb, weil in 2007 ein einmalig hoher Spendeneingang zu verzeichnen war. Außerordentliche Erträge lassen sich generell nicht planen.

A Erfolgsplan, Aufwendungen

Konto

1. Materialaufwendungen

420001	Keine Veranschlagung wegen Wegfalls der Außenwohngruppen.
420011	Keine Veranschlagung wegen Wegfalls der Außenwohngruppen.
431100	Keine Veranschlagung wegen Wegfalls der Außenwohngruppen.

2. Personalaufwendungen

Pkt.2.1.1+2.2.1: Die Aufwandsartengruppe „Gehälter und Löhne“ wird entsprechend des Ende 2007 erreichten Personalbestandes einschließlich absehbarer organisatorischer Veränderungen (Schließung der Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße) und Tarifsteigerungen im Jahr 2008 für die Folgejahre geplant.

Pkt.2.1.2+2.2.2: Hier ist der Personalaufwand für das nach der Betriebssanierung in den Jahren 2003 bis 2007 nicht mehr betriebsnotwendige Personal veranschlagt, für das es noch keine dauerhafte Verwendung außerhalb des LEB gibt. Die Erstattungen der Kosten für das Personal werden beim Konto 840502 veranschlagt.

3. Abschreibungen auf Anlagevermögen

563000	Weniger wegen der ab 01.01.2008 veränderten Abschreibungsrichtlinien zu geringwertigen Wirtschaftsgütern. Herausrechnung der Abschreibungen der zu schließenden Geschlossenen Unterbringung Feuerbergstraße.

4. Sonstige betriebliche Aufwendungen

513002	Keine Veranschlagung mehr wegen Wegfalls der Außenwohngruppen.
511010	Veranschlagt sind Aufwendungen zur Unterbringung von in Obhut genommenen Kindern und Jugendlichen des KJND, die nicht in den eigenen Einrichtungen des KJND betreut werden können. Der Bedarf an Unterbringungen und damit die Kosten sind schwankend. Dennoch Reduzierung der Veranschlagung gegenüber 2008 aufgrund des Ergebnisses 2007.

512001	Mehr aufgrund sofortiger Abschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter wegen der ab 01.01.2008 veränderten Abschreibungsrichtlinien, siehe auch Konto 563000.
552001	Mehr durch die Vergabe von Reinigungsarbeiten.
553002	Weniger, da diverse Umbaumaßnahmen aufgrund der Leistungsanpassung im Jahr 2009 abgeschlossen sind.
523100	Mehr wegen Ausweitung und Optimierung der IuK-Vernetzung, insbesondere Anbindung der Außendienststellen an das FHH-Netz.
531308	Erstattung von Leistungen anderer Dienststellen der FHH, insbesondere Zentrale Personaldienste und Kasse Hamburg.

5. Zinsaufwendungen und ähnliche Aufwendungen

220100	Weniger aufgrund des Wegfalls der Außenstände beim ESF-Zuwendungsverfahren, das die Restzahlung in Höhe von 15% erst nach erfolgter Verwendungsnachweisprüfung vorsieht.

6. Außerordentliche Aufwendungen

201001	Das Ergebnis 2007 ist auf die Bildung von Rücklagen für in diesem Jahr eingegangenen Spenden und der Wertberichtigung von Forderungen zurück zu führen. Diese Ereignisse sind auf die Planjahre nicht fortschreibbar.

7. Steuern von Einkommen und vom Ertrag

Steuern fallen nicht an.

8. Sonstige Steuern

540100	Veranschlagung entsprechend des voraussichtlichen Fahrzeugbestandes

9. Aufwendungen zur Strukturanpassung

553002	Keine Veranschlagung in den Planjahren, da bis dahin die nicht mehr genutzten Immobilien nicht mehr im Bestand des LEB sein werden.

B Finanzierungsplan**I. Finanzbedarf
Konto**

Pkt.1 Die Investitionen werden im Rahmen der Abschreibungsmittel getätigt.

001000	Der Kauf von Grundstücken ist in 2009 und 2010 nicht geplant.
005000	Veranschlagt sind Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zum Erhalt bestehender Gebäude sowie Baumaßnahmen im Rahmen der Anpassung der Gebäude an veränderte Nutzungen.
010000	Veranschlagt ist die Ersatzbeschaffung von Maschinen.
026000	Es ist geplant, 2 Fahrzeuge zu ersetzen.
020000	Veranschlagt ist die Ersatzbeschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung.

**II. Deckungsmittel
Konto**

561000	Weniger (82/88 Tsd. EUR in 2009 und 2010 durch Gebäuderückgabe an den Grundstock der FHH).
562000	Weniger (9 Tsd. EUR in 2009 und 2010) durch älteren Maschinenbestand.
563500	Mehr (2 Tsd. EUR in 2009 und in 2010) durch Neubeschaffung.
563000	Weniger (151 Tsd. EUR in 2009 und in 2010) durch ab dem 01.01.2008 veränderte Abschreibungsregeln für geringwertige Wirtschaftsgüter.

072001	Vorgesehen sind Investitionszuschüsse für Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen zum Erhalt bestehender Gebäude sowie Baumaßnahmen im Rahmen der Anpassung der Gebäude an veränderte Nutzungen.
073001	Ausgewiesen werden die aus der Vermögensmobilisierung zu erwirtschaftenden und sonstigen Zuschüsse zur Finanzierung der Sanierungskosten aus den Vorjahren.

Lagebericht für den Wirtschaftsplan 2009/2010

1. Zielbild

Der Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung (LEB) soll in erster Linie Aufgaben mit besonderer Bedeutung für die Freie und Hansestadt Hamburg übernehmen. Eine quantitative Ausweitung des Betriebes soll nicht stattfinden, wohl aber sind qualitative Anpassungen an die sich verändernden Strukturen der Hamburger Jugendhilfe möglich. Diese strategische Linie bedeutet im Detail:

Im Geschäftsbereich Jugendhilfe wird der LEB mit speziellen Aufgaben beauftragt, die aus Sicht der Aufsicht führenden Behörde eine besondere fachpolitische Bedeutung haben (sog. Kernarbeitsbereich). Es handelt sich um Leistungen, die in engem Zusammenhang mit Maßnahmen der Krisenintervention der Jugendämter in besonderen Situationen stehen. Der LEB als Dienststelle der Freien und Hansestadt Hamburg stellt die Erbringung dieser Leistungen jederzeit sicher. Hierzu gehören zurzeit

- der Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) als Basis-Krisendienst in der Hamburger Jugendhilfe,
- die Kinderschutzhäuser als Tag und Nacht bereite Inobhutnahme- und Betreuungseinrichtungen für Säuglinge und Kleinkinder,
- die Erstversorgungseinrichtung für die Inobhutnahme von minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlingen.

Darüber hinaus realisiert der LEB im Auftrag der Freien und Hansestadt Hamburg jugendpolitische Maßnahmen, die mit anderen Partnern nicht oder nicht in der gewünschten Weise erreicht werden können. Dazu gehört z.B. die Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße.

Aufgaben mit besonderem fachpolitischem Nutzen für andere Behörden sollen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips nur übernommen werden, wenn ihre Finanzierung durch die fachpolitisch verantwortliche Behörde gesichert ist. Hierzu gehört zurzeit nur die von der Justizbehörde genutzte und finanzierte Einrichtung zur jugendgerichtlichen Unterbringung.

Weitere Angebote der Hilfen zur Erziehung werden nur in dem Umfang betrieben wie sie von den Jugendämtern im Rahmen der Jugendhilfeplanung und Belegungspraxis nachgefragt bzw. von der Fachbehörde aus besonderen fachlichen Gründen gewünscht werden, soweit ihr Betrieb sich wirtschaftlich realisieren lässt.

Im Geschäftsbereich Berufliche Bildung erbringt der LEB Leistungen der Jugendberufshilfe sowie Qualifizierungsmaßnahmen für junge Menschen. Für die Aufgaben dieses Geschäftsbereiches trägt die Aufsicht führende Behörde nicht die fachpolitische Verantwortung, so dass hier enge Abstimmungen hinsichtlich der fachlichen Ausrichtung mit der Behörde für Schule und Berufsbildung und der Behörde für Wirtschaft und Arbeit sowie der team.arbeit.hamburg erforderlich sind.

2. Verlauf des Geschäftsjahres 2007

Die für beide Geschäftsbereiche geltende strategische Ausrichtung bedingt, dass die Kapazitäten des Betriebes zu reduzieren waren. Seit dem Jahr 2003 wird ein Sanierungsprozess durchgeführt mit dem Ziel,

- Aufgaben und Kapazitäten auf das fachpolitisch gewünschte Maß auszurichten und
- Effizienz und Effektivität der Leistungserstellung im Rahmen des im öffentlichen Dienst Möglichen zu optimieren.

Die Sanierungsmaßnahmen im Geschäftsbereich Jugendhilfe waren Ende 2006 abgeschlossen. Im Jahr 2007 erfolgte die Konsolidierung des Erreichten. Bereits 2006 zeichnete sich ein erhöhter Bedarf an Unterbringungsmöglichkeiten für Kleinkinder und Säuglinge im Rahmen des Kinderschutzes ab, der zu einem Ausbau der Kinderschutzhäuser führte, der 2008 vorerst abgeschlossen werden soll.

Plan-Angebote im Geschäftsbereich Jugendhilfe	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße				12	18	18	12	12	12	0	0
Kinderschutzhäuser	51	51	51	50	44	40	46	52	58	58	58
Erstversorgung mind. unbegl. Flüchtlinge	110	100	55	25	25	25	14	14	14	14	14
Jugendgerichtliche Unterbringung (bis 2003 IBW)	16	16	10	8	9	9	9	9	9	9	9
Kinder- und Jugendnotdienst (KJND)	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46	46
Gesamt Kernbereich	223	213	162	141	142	138	127	133	139	127	127
Kinderhaus/päd. Betreute Wohngruppe	116	107	108	103	92	99	98	99	99	99	99
Wohngruppe	41	40	40	39	30	0	0	0	0	0	0
Jugendwohnung	158	137	107	67	49	46	44	43	43	43	43
Jugendwohngemeinschaft	21	26	25	25	22	20	8	8	8	8	8
Casa Rifugio	0	0	7	7	10	10	9	9	9	9	9
Gemeinsame Wohnform § 19 SGB VIII	0	6	6	18	24	24	24	24	24	24	24
gesamt stationär	336	316	293	259	227	199	183	183	183	183	183
Tagesgruppe	31	31	31	31	31	21	21	21	21	21	21
bezirkliche Jugendwohnung	88	88	88	75	65	41	24	24	24	24	24
gesamt teilstationär	119	119	119	106	96	62	45	45	45	45	45
Außenwohngruppen (AWG) - Dienstleistungsvertrag	179	176	172	110	84	44	15	7	1,5	0	0
Lebensgemeinschaften mit Kooperationsvertrag	0	0	0	22	34	63	67	70	75,5	80	80
Gesamt AWG und Lebensgemeinschaften	179	176	172	132	118	107	82	77	77	80	80
Gesamt Sonstige Angebote	634	611	584	497	441	368	310	305	308	308	308
ambulante Angebote											
in Stellen	93,1	91,4	92,2	74,0	65,0	55,0	55,0	45,0	45,0	45,0	45,0

Im Geschäftsbereich Berufliche Bildung erfolgte seit 2003 ebenfalls ein sukzessiver Abbau der Kapazitäten, der Ende 2007 mit einer Reduzierung von rd. 50% des Personalkörpers und einer Verdichtung von 7 auf 3 Einrichtungen abgeschlossen wurde.

Der Betrieb schließt das Jahr 2007 mit einem operativen Verlust in Höhe von 933 Tsd. EUR ab. Das Defizit resultiert primär aus den Personal- und Sachkosten für nicht mehr benötigte Ressourcen und aus Auslastungsdefiziten (u.a. Außenwohngruppen) im Jugendhilfebereich.

Die Anzahl der Beschäftigten des LEB ist den Abbaumaßnahmen der vergangenen Jahre entsprechend kontinuierlich gesunken. Dabei ist zu berücksichtigen, dass vom Personalbestand Ende 2007 37 Beschäftigte auf rd. 24,5 Stellen für die betriebliche Leistungserstellung nicht erforderlich und dem sog. „Personalüberhang“ zugeordnet waren:

Bereich	Dez 97	Dez 98	Dez 99	Dez 00	Dez 01	Dez 02	Dez 03	Dez 04	Dez 05	Dez 06	Dez 07
Jugendhilfe	647	596	581	536	526	564*)	600**)	528	491	501	469
Berufliche Bildung	123	121	119	122	118	125	130	113	102	95	84
Zentrale	32	42	44	45	48	47	47	42	40	37	36
Gesamt	802	759	744	703	692	736*)	777**)	683	633	633	589

*) darin enthalten: 81 Vertragsumwandlungen von Honorarverträgen in BAT-Beschäftigungsverhältnisse

**) Integration des KJND in den LEB mit 95 Beschäftigten

Der Bilanzverlust 2007 beträgt 7.976 Mio. EUR. Er enthält die Verlustvorträge der Vorjahre in Höhe von 10.215 Mio. EUR sowie Entnahmen aus der Kapitalrücklage von 3.172 Mio. EUR. Zur Finanzierung des Bilanzverlustes hat der LEB von ihm genutzte städtische Immobilien in einem Gesamtwert von 10,2 Mio. EUR geräumt und zur Verwertung aufgegeben.

3. Voraussichtliche Entwicklung ab 2008

Die im Geschäftsbereich Jugendhilfe im Rahmen der Sanierung bis Ende 2006 erreichten Ergebnisse werden gesichert. Kleinere Korrekturen im Angebotsspektrum werden bedarfsabhängig vorgenommen.

Die Geschlossene Unterbringung Feuerbergstraße wird nur noch bis Anfang 2009 betrieben.

Im Geschäftsbereich Berufliche Bildung wird die durch Kapazitätsabbau erreichte Struktur beibehalten. Die verbleibenden Kapazitäten sollen, soweit nicht von Aufträgen im Rahmen der Jugendberufshilfe ausgelastet, für Maßnahmen für erwerbslose Jugendliche mit dem Ziel der Beschäftigung und Qualifizierung genutzt und über diesen Weg finanziert werden.

4. Risiken des Betriebes

Zu den Risiken des Betriebes gehört, dass das durch die Abbaumaßnahmen frei gesetzte Personal nur zeitverzögert und zum Teil gar nicht abgebaut werden kann. Kosten für den sog. Personalüberhang fallen also auch in Zukunft an, wenn auch in zunehmend kleinerem Umfang. Die prognostizierbaren Kosten wurden in die Planung eingestellt.

Im Geschäftsbereich Jugendhilfe stellt die Auslastung der Einrichtungen durch die Hamburger Jugendämter ein Risiko dar, da nur bei einer hohen Auslastung von durchschnittlich 95% Verluste vermieden werden können.

Im Geschäftsbereich Berufliche Bildung gibt es für rd. 50% der Ressourcen keine mittelfristig gesicherte Finanzierung durch Maßnahmen. Die Planung geht davon aus, dass es wie in der Vergangenheit gelingt, die Ressourcen durch Beteiligung an kurzfristig nachgefragten Berufsbildungsmaßnahmen auszulasten und damit zu finanzieren.

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 4480	LB Erziehung und Berufsbildung

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
					19,50	Anzahl der kw-Stellen Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte Planstellen					
A 16	1,00			1,00	ku: 1,00 BesGr. A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor nach BesGr. A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat ku in OAR BesGr. A 13 nach Ausscheiden des Stelleninhabers, Anpassung an die Aufgabenstruktur
A 15	2,00	1,00	1)	2,00	
A 14	2,00			2,00	
A 13	2,00			3,00	Vermerk weggefallen
A 12	0,00	1,00	2)	1,00	
A 11	11,00			14,00	
A 10	5,00			5,00	
A 9	4,00			4,00	
A 8	3,00			3,00	
Summe:	30,00			35,00	

A 16 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)

A 15 Regierungsdirektorin/ Regierungsdirektor (2,00)

A 14 Oberregierungsrätin/ Oberregierungsrat (2,00)

A 13 Sozialoberamtsrätin/ Sozialoberamtsrat (2,00)

A 12 Amtsärztin/ Amtsarzt (0,00)

A 11 Regierungsamtsfrau/ Regierungsamtmann (0,00), Sozialamtsfrau/ Sozialamtmann (11,00)

A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00), Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (3,00), Technische Oberinspektorin/
Technischer Oberinspektor (1,00)

A 9 Regierungsinspektorin/ Regierungsinspektor (1,00), Sozialinspektorin/ Sozialinspektor (3,00)

A 8 Regierungshauptsekretärin/ Regierungshauptsekretär (3,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Leerstellen (kw) *					
A 11	1,00			1,00	
A 10	1,00			1,00	
Summe:	2,00			2,00	

A 11 Sozialamtsfrau/ Sozialamtmann (1,00)

A 10 Sozialoberinspektorin/ Sozialoberinspektor (1,00)

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 4480	LB Erziehung und Berufsbildung

II. Erläuterungen

Übersicht über die Leerstellen

2009/ 10				2008	ausgebracht gemäß	
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	§ 50a (1)	
A 11	1,00			1,00	Nr. 5	
A 10	1,00			1,00	Nr. 5	
gesamt:	2,00			2,00		

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
A 13			-1,00						-1,00	Minderbedarf
A 12					-1,00				-1,00	Verlagerung an Kapitel 3700; Verlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen von Kapitel 4480 an Kapitel 3700 (Stellentausch mit der Kulturbehörde)
A 11				1,00					1,00	Verlagerung von Kapitel 3700; Verlagerung aus personalwirtschaftlichen Gründen von Kapitel 3700 an Kapitel 4480 (Stellentausch mit dem LEB)
A 11			-2,00						-2,00	Minderbedarf
A 11			-2,00						-2,00	Minderbedarf
Summe Beamtinnen/ Beamte										
	0,00	0,00	-5,00	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-5,00	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
A 12	2) weggefallen	kw: 1,00 BesGr. A 12 Amtsrätin/ Amtsrat nach Freiwerden der Stelle

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 4480	LB Erziehung und Berufsbildung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
II a hD	0,00			8,00	
III	0,00			7,00	
IV a	0,00	2,00	3)	23,57	Vermerk weggefallen
		1,00	4)		Vermerk weggefallen
IV b	0,00			79,75	
V b gD	0,00	4,00	5)	237,50	Vermerk weggefallen
		20,00	6)		Vermerk weggefallen
Richtl. Ang.gD	0,00			10,29	
V c	0,00	1,50	7)	149,45	Vermerk weggefallen
		21,00	8)		Vermerk weggefallen
		1,00	9)		Vermerk weggefallen
		10,50	10)		Vermerk weggefallen
VI b	0,00	1,00	11)	3,85	Vermerk weggefallen
VII	0,00	0,50	12)	8,50	Vermerk weggefallen
IX b/VII	0,00			3,50	
VIII	0,00			5,00	
Summe:	0,00			537,41	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
4	0,00			5,00	
3	0,00			43,79	
2	0,00			2,00	
1	0,00			5,52	
1 (R)	0,00			6,52	
Summe:	0,00			62,83	
Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)*					
Nachwuchs eD	0,00			210,00	
Summe:	0,00			210,00	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			0,00	
E 13	8,00			0,00	
E 11	6,00			0,00	
E 10	16,57	1,00	13)	0,00	Freigestelltes Personalratsmitglied
E 9	286,75	3,50	14)	0,00	kW: 3,50 EntgGr. E 9 nach Beendigung der Maßnahme Sicherung von Ausbildungsplätzen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
II a hD						-8,00			-8,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
III						-7,00			-7,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
IV a						-23,57			-23,57	Umsetzung des neuen Tarfrechts
Richtl. Ang.gD						-10,29			-10,29	Umsetzung des neuen Tarfrechts
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-49,86	0,00	0,00	-49,86	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-487,55	0,00	0,00	-487,55	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-537,41	0,00	0,00	-537,41	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-62,83	0,00	0,00	-62,83	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-62,83	0,00	0,00	-62,83	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-210,00	0,00	0,00	-210,00	
Summe Nachwuchskräfte (Arbeiterinnen/ Arbeiter)* insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-210,00	0,00	0,00	-210,00	
E 15 ü						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 13						8,00			8,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11						7,00			7,00	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 11			-1,00						-1,00	Minderbedarf
E 11			-1,00						-1,00	Minderbedarf
E 11							1,00		1,00	Neubewertung
E 10						23,57			23,57	Umsetzung des neuen Tarfrechts
E 10	-1,50								-1,50	Minderbedarf
E 10			-2,00						-2,00	Minderbedarf
E 10			-2,00						-2,00	Minderbedarf
E 10			-1,00						-1,00	Minderbedarf
E 9			-10,50						-10,50	Minderbedarf
E 9			-17,50						-17,50	Minderbedarf
E 9			-1,00						-1,00	Minderbedarf

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
IV a	3) weggefallen	2,00 Freigestelltes Personalratsmitglied kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Maßnahme Sicherung von Ausbildungsplätzen
IV a	4) weggefallen	
E 10	13) 1,00 Freigestelltes Personalratsmitglied	

Einzelplan LAN	Landesbetriebe
Kapitel 4480	LB Erziehung und Berufsbildung

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 8	134,75	1,00	15)	0,00	ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		14,00	16)		ku: 14,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung der Maßnahme Sicherung von Ausbildungsplätzen
		2,00	17)		ku: 2,00 EntgGr. E 8 nach Freiverden der Stelle
		1,00	18)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	19)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	20)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	21)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	22)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	23)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	24)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	25)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	26)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
		1,00	27)		ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Ausscheiden der/ des Stelleninhaberin/ Stelleninhabers
E 6	3,35			0,00	
E 5	10,25			0,00	
E 4	4,00			0,00	
E 3	39,79			0,00	
E 2 ü	2,00			0,00	
E 2	9,04			0,00	
Richtl. gD	0,00			0,00	
Summe:	521,50			0,00	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs eD	210,00			0,00	
Summe:	210,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	551,50			635,24	

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag	-1,50		-36,00			39,57	1,00		3,07	
E 8			-4,00						-4,00	Minderbedarf
E 8			-8,70						-8,70	Minderbedarf
E 8	-2,00								-2,00	Minderbedarf
E 5			-1,00						-1,00	Minderbedarf
E 4			-1,00						-1,00	Minderbedarf
E 3			-5,00						-5,00	Minderbedarf
E 3			-4,00						-4,00	Minderbedarf
E 2			-2,00						-2,00	Minderbedarf
E 2			-1,00						-1,00	Minderbedarf
Richtl. gD						10,29			10,29	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Richtl. gD			-1,00						-1,00	Minderbedarf
Richtl. gD			-9,29						-9,29	Minderbedarf
Summe Arbeitnehmer	-3,50	0,00	-72,99	0,00	0,00	49,86	1,00	0,00	-25,63	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	-1,50	0,00	-0,75	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,25	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	550,38	-1,00	0,00	549,38	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	-5,00	0,00	-73,74	0,00	0,00	600,24	0,00	0,00	521,50	
Nachwuchs eD						210,00			210,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	210,00	0,00	0,00	210,00	
Summe (ohne *) insgesamt	-5,00	0,00	-78,74	1,00	-1,00	0,00	0,00	0,00	-83,74	

Haushaltsplan der Freien und Hansestadt Hamburg

für die Haushaltsjahre 2009/2010

Wirtschaftsplan

Institut für Hygiene und Umwelt
Hamburger Landesinstitut für Lebensmittelsicherheit,
Gesundheitsschutz und Umweltuntersuchungen
(§ 15 Abs. 2 LHO)

zugleich auch als Erläuterung zu den Titeln

4940.525.92	„Erstattungen an das Zentrum für Aus- und Fortbildung“
4940.632.91	„Zuweisungen von Versorgungszuschlägen an Wirtschaftspläne“
4940.671.01	„Erstattungen an das Institut für Hygiene und Umwelt für Lebensmitteluntersuchungen etc., Medizinaluntersuchungen, Schädlingsbekämpfung sowie Impfleistungen etc.“
4940.682.56	„Betriebskostenzuschuss an das Institut für Hygiene und Umwelt für den laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit der Informationstechnik (IT)“
4940.891.01	„Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt“
6700.891.04	„Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt“
4940.891.56	„Investitionskostenzuschuss für das Institut für Hygiene und Umwelt für Informationstechnik (IT)“

Haushaltsrechtlicher Vermerk

1. Das Institut für Hygiene und Umwelt hat zum Haushaltsjahr 2008 die kaufmännische Buchführung eingeführt. Eine Eröffnungsbilanz per 01.01.2008 wurde erstellt.
2. Ansätze für Investitionen dürfen nicht zur Deckung von Mehraufwendungen im Erfolgsplan verwandt werden.
3. Verlustvorträge zur Abdeckung von Verlusten, die nicht durch Auflösung der Position „nicht verbrauchte Deckungsmittel“ gedeckt werden können, dürfen gebildet werden, wenn die Abdeckung dieser Verluste in den Folgejahren durch Ertragsüberhänge zu erwarten ist. Die Verlustvorträge sind in der Anlage zur Haushaltsrechnung darzustellen und zu erläutern.
4. Zweckgebundene Drittmittel sowie sonstige zweckgebundene Erträge dürfen nur im Rahmen der Bewilligungsbedingungen der Mittelgeber für Aufwendungen im Erfolgsplan und für Investitionen im Finanzierungsplan verwendet werden. Am Jahresende noch nicht verwendete Drittmittel sind im Finanzierungsplan unter dem Konto „noch verfügbare Deckungsmittel“ auszuweisen; für Personal- und Sachaufwendungen bei der Unterposition „aus Drittmitteln für Betriebsaufwendungen“ und für Investitionen bei der Unterposition „aus Drittmitteln für Investitionen“.

A. Ergebnisrechnung		2007 Ist	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Positionsbezeichnung		Tsd. EUR			
01. Erträge aus Geschäftstätigkeit		3.358	2.665	3.414	3.414
a) Privatrechtliche Entgelte		582	484	515	515
Umsatzerlöse	500000	380	400	380	380
Ertr. Vermiet./Pacht	502000	6	0	0	0
Erträge aus Betriebskostenabrechnungen	502100	196	84	135	135
b) Erträge aus Gebühren, Beiträgen und Aufwendungser-satz		2.683	2.130	2.655	2.655
Benutzungsgeb./-entg.	517000	2.683	2.130	2.655	2.655
c) Erträge aus Geldbußen, Verwarnungs- und Zwangsgel- dern, Geldstrafen		0	0	0	0
Geldstr., Geldbußen,	514000	0	0	0	0
d) Erträge für Leistungserbringung gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg		93	51	244	244
e) Erträge für Leistungserbringung gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg aus Sondermitteln		0	0	0	0
02. Erträge aus Transferleistungen		16.832	16.591	16.980	16.981
Entgelte für Leistungserbringung	546010	16.591	16.591	16.980	16.981
Zuwendungen und Zuweisungen von anderen Zuschussgebern					
Zuschüsse EU zur lfd. Geschäftstätigkeit (DM)	547000				
Zuschüsse Bund zur lfd. Geschäftstätigkeit (DM)	548000	212			
Zuschüsse von Privaten (DM)	590100	29			
03. Bestandsveränderungen / aktivierte Eigenleistungen		0	0	0	0
04. Sonstige Erträge		359	185	236	236
Sonstige betriebliche Erträge	533000	73	20	21	21
Erlöse IEVO	533500	242	165	215	215
Erlöse PK-Zuschüsse / -erstattungen	533600	41	0	0	0
Mehrerlös aus Anlagen-Abgang	536000	3	0	0	0
05. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit		6.126	5.872	6.410	6.411
a) Aufwendungen für Material, Energie und sonstige ver- waltungswirtschaftliche Tätigkeit		2.430	2.249	2.440	2.440
ärztl. und wissenschaftl. Bedarf		1.567	1.558	1.558	1.558
Strom	605010	539	428	522	522
Heizgas	605020	296	235	332	332
Berufskleid/ArbSch.M	608000	28	28	28	28
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		1.048	950	1.239	1.240
Müllentsorgung	614010	60	48	60	60
Instandh. Gebäude	616000	387	400	455	455
Instandh. Gebäude	616000 VE				
Instandh.Masch/Gerät	616100	458	370	450	450
Sonst.Instandhaltung	616300				
Sonst. bezogene Lstg	617000	47	45	45	45
Sonst. bezogene Lstg	617000 VE				
Erst. DL Dataport	617010	0	0	126	126
Erst. DL ZPD	617020	58	62	62	62
Erstattung von DL Sonstige	617030	38	25	41	42

A. Ergebnisrechnung		2007 Ist	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Positionsbezeichnung		Tsd. EUR			
c) Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten		2.648	2.673	2.731	2.731
Mieten, Pachten, Erb	670000	2.003	2.128	2.078	2.078
Aufwand Betriebskostenabrechnungen	670100	184	146	184	184
Umsatzsteuer		0	20	0	0
Prüfg, Berat, RechtsS	677000	0	9	9	9
Gebäudereinigung	679100	279	222	280	280
Sonst. Gebäudebew.	679200	182	148	180	180
06. Personalaufwendungen		14.532	14.497	15.712	15.829
a) Beschäftigungsentgelte		11.603	11.358	11.541	11.541
Beschäftig.Entgelte	627000	11.603	11.358	11.541	11.541
b) Beamtenbezüge		1.417	1.571	1.601	1.601
Beamtenbezüge	634000	1.417	1.571	1.601	1.601
c) Sozialleistungen		62	66	75	75
Arbeitg-Ant.Soz.Vers	641000				
Berufsgen.Beitrag	642000	0	0	9	9
Beihilfen u. Unterst	649000	62	66	66	66
d) Versorgungsleistungen		1.450	1.502	2.500	2.617
Vers.Bezüge Beamte	643000	408	471	480	480
Vers.Bezüge Arbeitn.	643300	1.042	1.031	1.039	1.039
Zuf. Pensionsrückst.	648000			616	616
Zuf. Beihilferückst.	648010			66	63
Zuf. AltTeilz.Rückst	648020			294	414
07. Aufwendungen für Transferleistungen		193	0	0	0
a) an Dritte (ohne öff. Bereich)		193			
b) an Tochterorganisationen					
c) an den sonstigen öffentlichen Bereich					
08. Abschreibungen		0	0	0	0
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen					
Abschr. Sachanl, immVG	663000				
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens					
09. Sonstige Aufwendungen		1.343	807	1.296	1.296
Sonst. Personalaufwendungen	650000	456	4	308	308
Aufwendg. Betriebs-, Amtsarzt u. Arbeitssicherheit	652000	32	31	31	31
Aus-, Fort-, Weiterbil	654000	40	26	48	48
Aufw. Dienstjub., Einführg., Verabschiedg. Personal	655000				
Aufw. Gemeinsch.veranst., -pflege u. soziale Einr.	656000	49	48	48	48
Reinigungsmittel u- -material	679500				
Sachaufwand für Lehre und Forschung		19	0	0	0
Geräte und Ausstattungsgegenstände d. Verwaltung		62	63	70	70
Büromaterial, Drs, GB	680000	34	53	53	53
Zeitungen, Fachlitera	681000	71	58	58	58
Porto, Versandk, ZustD	682000	24	24	24	24
Telekommunikation	683000	152	135	176	176
IT-Aufwand	684000	260	226	220	220
Reisekosten	685000	32	35	35	35

A. Ergebnisrechnung		2007 Ist	Ansatz 2008	Ansatz 2009	Ansatz 2010
Positionsbezeichnung		Tsd. EUR			
Fahrtkosten	685100				
Bew., Repräs., ÖA, Werb	686000	36	36	36	36
Kfz-Kosten	688000	68	59	72	72
Versicherungen	690000	0		18	18
Mitgliedsbeiträge	691000	0	0	0	0
And. sonst. betr. Aufw.	693000	8	4	4	4
Grundsteuer	702000			90	90
Kraftfahrzeug-Steuer	703000	0	5	5	5
10. Ergebnis d. lfd. Geschäftstätigkeit		-1.645	-1.735	-2.788	-2.905
11. Erträge aus Beteiligungen					
12. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens					
davon aus verbundenen Unternehmen					
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge					
Zinsen, ähnl.Ertr.v.U	570000				
davon aus verbundenen Unternehmen					
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens					
15. Zinsen und ähnliche Aufwendungen					
Zinsen	751000				
davon an verbundene Unternehmen					
16. Finanzergebnis		0	0	0	0
17. Ordentliches Ergebnis		-1.645	-1.735	-2.788	-2.905
18. Außerordentliche Erträge		0	0	976	1.093
Spenden, Erbsch.,Förd	590000				
Ausserordentl. Ertrag	592000				
Ertr. Gewährl-Zus.FHH:	592100				
Ertr. Gewährl-Zus.FHH: Pensionsrückst.	592100			616	616
Ertr. Gewährl-Zus.FHH: Beihilferückst.	592100			66	63
Ertr. Gewährl-Zus.FHH: AltTeilz.Rückst	592100			294	414
19. Außerordentliche Aufwendungen		0	0	0	0
Ausserordentl. Aufw.	791000				
20. Außerordentliches Ergebnis		-1.645	-1.735	-1.812	-1.812
21. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag					
Gewerbeertragsteuer	770000				
Körperschaftsteuer	771000				
22. Erträge aus Verlustübernahme aus dem Haushalt/ Aufwand aus Gewinnabführung an den Haushalt		1.735	1.735	1.812	1.812
Verlustausgleich FHH	546020	1.735	1.735	1.812	1.812
23. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		90	0	0	0

B. Kapitalflussrechnung		Sachkonto	Ergebnis 2007	2008	2009	2010
Positionsbezeichnung			in Tsd. EUR			
1.	Ordentliches Ergebnis*		-1.645	-1.735	-2.788	-2.905
2.	Abschreibungen / Zuschreibungen (+/-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	663000				
3.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse (-)					
4.	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens (-/+)					
5.	Veränderungen von Rückstellungen (+/-)	648010; 648020; 648030				
6.	Veränderungen sonstiger Aktiva / Passiva** (+/-)					
7.	Außerordentliches Ergebnis	592100	0	0	976	1.093
8.	Steuern vom Einkommen und Ertrag					
Kapitalfluss I Ord.-, Außero.- Ergebnis, Steuern (Summe 1. - 8.)			-1.645	-1.735	-1.812	-1.812
9.	Desinvestitionen / Investitionen*** (+/-) davon		-1393	-1083	-1262	-1262
9.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	025000				
9.2	Maschinen und Anlagen	077000, 089000	-1042	-993	-1172	-1172
9.3	Fahrzeuge	084000	-30	-90	-90	-90
9.4	Betriebs- und Geschäftsausstattung	085000; 087000				
9.5	IT	073000	-321			
9.6	Finanzanlagen					
10.	Veränderungen der Forderungen / Verbindlichkeiten aus Investitionen (+/-)					
Kapitalfluss aus Investitionen (Summe 9. u. 10.)			-1393	-1083	-1262	-1262
Kapitalfluss II nach Investitionstätigkeit (Kapitalfluss I + Kapitalfluss aus Investitionen)			-3.038	-2.818	-3.074	-3.074
11.	Veränderungen des Eigenkapitals (+/-)					
12.	Darlehensaufnahme / Darlehenstilgung (+/-)					
13.	Erh. Zuschüsse zur lfd. Geschäftstätigkeit		1567	1735	1812	1812
13.1	Erträge durch die Verlustübernahme von der FHH		1567	1735	1812	1812
13.2	Gewinnabführung an den Haushalt					
14.	Erh. Investitionszuschüsse		1509	1083	1262	1262
14.1	Investitionszuschuss aus dem Haushalt der FHH		1509	1083	1262	1262
14.2	Investitionszuschüsse Dritter					
Kapitalfluss aus Finanzierung (Summe 11. - 14.)			3076	2818	3074	3074
Kapitalfluss III (Kapitalfluss II + Kapitalfluss aus Finanzierung)			38	0	0	0
Anfangsbestand Liquidität (Summe 15)			2.488			
15.1	Betriebsmittel		1671			
15.2	IT-Betriebsmittel		76			
15.3	VNL		242			
15.4	Investitionen		266			

B. Kapitalflussrechnung	Sachkonto	Ergebnis 2007	2008	2009	2010
Positionsbezeichnung		in Tsd. EUR			
15.5 IT-Investitionen		37			
15.6 Drittmittel		196			
Endbestand Liquidität (Summe 16)		2.526			
16.1 Betriebsmittel		1702			
16.2 IT-Betriebsmittel		42			
16.3 VNL		111			
16.4 Investitionen		285			
16.5 IT-Investitionen		142			
16.6 Drittmittel		244			

* Übernahme aus dem Wirtschaftsplan / der Ergebnisrechnung

** Aktiva / Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind

*** Im Finanzierungsplan ist der im Geschäftsjahr voraussichtlich zu deckende Finanzbedarf für Investitionen zu veranschlagen

Erläuterungen

Veranschlagt sind die Aufwendungen und Erträge, Finanzbedarfe und Deckungsmittel für das Institut für Hygiene und Umwelt.

Mit Wirkung vom 01.01.2008 hat das HU die Kaufmännische Buchführung eingeführt. Dieser Schritt hat Veränderungen gegenüber der bisherigen Wirtschaftsplan-Veranschlagung zur Folge. Mit Einführung der Doppik per 01.01.2008 wurde eine Eröffnungsbilanz erstellt.

Die bisher als Betriebskostenzuschuss dem Wirtschaftsplan zufließenden Mittel werden nunmehr aufgrund der Regelungen der VV zu § 61 LHO als Erträge veranschlagt. Aufgrund der zentralen Regelungsmechanismen wird die bisherige Form der Veranschlagung als Zuschuss für Versorgungszuschläge, laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit IT sowie für Investitionen beibehalten.

Weitere haushaltsneutrale Veränderungen ergeben sich aufgrund der Neufassung der VV zu § 61 LHO, die jeweils erläutert werden.

Aufgrund der auf die BSG und die BSU verteilten Fachaufsicht über das HU sind die korrespondierenden Veranschlagungen in den entsprechenden Kapiteln zu finden.

Das HU hat im Sinne der Überrollung des Haushalts die Ansätze des Wirtschaftsplans 2007/2008 auf den Wirtschaftsplan 2009/2010 übertragen. Dennoch ergibt sich in der Gewinn- und Verlustrechnung ein zusätzlicher Mittelbedarf in Höhe von **466 Tsd. EUR / 467 Tsd. EUR**, der sich wie folgt zusammensetzt:

Um **77 Tsd. EUR** erhöht sich der Aufwand in zentral gesteuerten Titeln, d.h. als Zuschuss im bisherigen Fehlbetrag des Erfolgsplanes (davon entfallen 17 Tsd. EUR auf Versorgungs- und Nebenleistungen sowie 60 Tsd. EUR auf laufenden Sachaufwand im Zusammenhang mit IT)

Um **389 Tsd. EUR in 2009 und um 390 Tsd. EUR in 2010** erhöhen sich die Erträge für Leistungserbringung:

- 202 Tsd. EUR strukturelle Tarifsteigerung
- 71 Tsd. EUR zusätzliche Personalkosten (ohne Vers. und Nebenleistungen) durch personelle Verstärkung des Bereichs Kosten- und Leistungsrechnung im Zusammenhang mit der Einführung der Doppik
- 117 Tsd. EUR Umschichtungen von Zentralen Titeln in den HU-Wirtschaftsplan (Grundsteuer, Beiträge zur Unfallkasse Nord, Gebäudeversicherung, Mietverlustversicherung)
- 16 Tsd. EUR in 2009 und 17 Tsd. EUR in 2010 Ausweitung der Internen Erstattung nach § 61 LHO (Kfz-Haftpflichtumlage, Erstattungen an BTS, Erstattungen an BSU im Rahmen des Gentechnikgesetzes)
- Abzug von 17 Tsd. EUR im Sinne einer Gegenrechnung von Energieeinsparungen, die aufgrund BSU-geförderter Projekte möglich wurden.

In der Kapitalflussrechnung ergibt sich eine Erhöhung des Investitionsansatzes für Großgeräte um **179 Tsd. EUR** durch BSG-interne Umschichtung zu Gunsten des HU-Wirtschaftsplans.

A. Gewinn- und Verlustrechnung

Erträge

01. Erträge aus Geschäftstätigkeit

Der Ansatz 2009/2010 in Höhe von 3.414 Tsd. EUR wurde um 749 Tsd. EUR gegenüber dem Ansatz 2008 erhöht, insbesondere infolge des Ist-Ergebnisses 2007 in Höhe von 3,358 Mio. Euro.

Im Einzelnen ergeben sich größere Veränderungen durch:

- Erhöhung der Benutzungsgebühren um erwartete 525 Tsd. EUR
- gesteigerte Leistungserbringung gegenüber dem Veterinäramt Grenzdienst und damit Mehrerträge in Höhe von 193 Tsd. EUR.

02. Erträge aus Transferleistungen

Die Entgelte für Leistungserbringung in Höhe von 16.980/16.981 Tsd. EUR erhöhen sich um 389/390 Tsd. EUR gegenüber dem Ansatz 2008 (siehe hierzu im Detail die oben stehenden Erläuterungen).

04. Sonstige Erträge

Der Ansatz 2009/2010 wird gegenüber dem Ansatz des Jahres 2008 um 51 Tsd. EUR infolge der Erwartung zunehmender Erträge aus Nebentätigkeitsabgaben aufgestockt.

05. Aufwendungen aus Geschäftstätigkeit

Der Ansatz zu dieser Position wird um 538/539 Tsd. EUR erhöht. Die Begründung für diese Maßnahme ergibt sich im Wesentlichen aus dem Saldo der

- a) Erhöhungen von
 - Stromkosten in Höhe von 94 Tsd. EUR (diese Position beinhaltet bereits den Abzug von 17 Tsd. EUR für Einsparungen infolge öffentlich geförderter Energiesparmaßnahmen)
 - Instandhaltungskosten für Gebäude in Höhe von 55 Tsd. EUR
 - Instandhaltungskosten für Maschinen und Geräte in Höhe von 80 Tsd. EUR
 - Erstattungen der von Dataport erbrachten Dienstleistungen in Höhe von 126 Tsd. EUR
 - sonstigen Dienstleistungen im Rahmen der Erstattungen nach § 61 LHO in Höhe von 16 Tsd. EUR (Umlage Kfz-Haftpflicht + 13 Tsd. EUR, Vorprüfungsstelle + 1 Tsd. EUR, BSU/Gentechnikgesetz + 1 Tsd. EUR, BTS + 1 Tsd. EUR)
 - Gebäudereinigungs- und Gebäudebewachungskosten 90 Tsd. EUR
 - sonstigen Betriebskosten 38 Tsd. EUR
- b) Absenkung von
 - Mieten in Höhe von 50 Tsd. EUR

06. Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen 2009/2010 erhöhen sich um 1.215 Tsd. EUR / 1.332 Tsd. EUR auf 15.712 Tsd. EUR bzw. 15.829 Tsd. EUR. Im Einzelnen resultieren diese Veränderungen aus:

- Steigerung der Beschäftigtenentgelte um 243 Tsd. EUR infolge
 - Tarifsteigerung 172 Tsd. EUR
 - Finanzierung einer Stelle Kosten- und Leistungsrechnung 71 Tsd. EUR (abzüglich 60 Tsd. EUR Mittelumschichtung zu Gunsten der Erstattungsposition „Dienstleistungen Dataport“ – ESARI)
- Steigerung der Beamtenbezüge infolge Tarifsteigerung 30 Tsd. EUR
- Beitrag Unfallkasse Nord 9 Tsd. EUR
- Steigerung der Versorgungsbezüge AN 17 Tsd. EUR
- Erstmalige Zuführungen zu
 - Pensionsrückstellungen 616 Tsd. EUR
 - Beihilferückstellungen 66 Tsd. EUR (in 2009) / 63 Tsd. EUR (in 2010)
 - Altersteilzeitrückstellungen 294 Tsd. EUR (in 2009) / 414 Tsd. EUR (in 2010)

Hinweis: Die Rückstellungen werden innerhalb des Wirtschaftsplans unter der Position „Außerordentliche Erträge“ als Gewährleistungszusage der FHH mit den Summen 976 Tsd. EUR (2009) / 1093 Tsd. EUR (2010) neutralisiert.

09. Sonstige Aufwendungen

Die Sonstigen Aufwendungen erhöhen sich von 807 Tsd. EUR um 489 Tsd. EUR auf 1.296 Tsd. EUR. Im Wesentlichen ergeben sich notwendige Ansatzsteigerungen in folgenden Positionen:

- 304 Tsd. EUR sonstiger Personalaufwand
- 22 Tsd. EUR Aus-, Fort- und Weiterbildung infolge Umsetzung gezielter Fortbildungsmaßnahmen
- 41 Tsd. EUR Telekommunikation
- 60 Tsd. EUR IT-Aufwand (von 226 Tsd. EUR auf 286 Tsd. EUR abzüglich der Umschichtung von 66 Tsd. EUR zu Gunsten der Abdeckung von Dataport-Dienstleistungen)
- Umschichtungen von zentralen Titeln in den HU-Wirtschaftsplan
 - 18 Tsd. EUR Gebäude- und Mietverlustversicherung
 - 90 Tsd. EUR Grundsteuer

B. Kapitalflussrechnung**Kapitalfluss I**

Der Kapitalfluss I (Positionen 1. – 8. im Zahlenwerk) ergibt sich aus dem ordentlichen und dem außerordentlichen Ergebnis. Das unter Position 1. aufgeführte „Ordentliche Ergebnis“ enthält die neu gebildeten Rückstellungen (Zuführung zu den Pensions-, Beihilfe- und Altersteilzeitrückstellungen), die unter Position 7. „Außerordentliches Ergebnis“ neutralisiert werden - 2009 in Höhe von 976 Tsd. Euro und 2010 in Höhe von 1.093 Tsd. Euro. Gegenüber dem Jahr 2008 steigert sich der Kapitalfluss I in 2009/2010 um 77 Tsd. Euro auf - 1.812 Tsd. Euro.

Kapitalfluss II

Der Kapitalfluss II (Positionen 9. und 10.) ergibt sich durch die Einbeziehung der Investitionstätigkeit. In den Jahren 2009 und 2010 erhöht sich die Investitionssumme um 179 Tsd. Euro gegenüber dem Ansatz 2008 auf insgesamt 1.262 Tsd. Euro. Im Saldo erhöht sich damit der Kapitalfluss II um 256 Tsd. Euro auf -3.074 Tsd. Euro.

Kapitalfluss III

Der Kapitalfluss III ergibt sich durch Einbeziehung der Finanzierung (Positionen 11. bis 14.). Die Planwerte der Finanzierung 2008 bis 2010 decken den Kapitalfluss II und führen somit zu einem Ausgleich. Im Ergebnis 2007 ergibt sich ein Kapitalfluss III von 38 Tsd. Euro, d.h. die Liquidität erhöht sich um 38 Tsd. Euro. Davon entfallen auf Drittmittel 48 Tsd. Euro, so dass sich die FHH-Mittel um 10 Tsd. Euro reduzieren.

Endbestand Liquidität

Der Endbestand der Liquidität in Höhe von 2.526 Tsd. Euro ist durch die Positionen 16.2 bis 16.6 gebunden, so dass 1.702 Tsd. Euro als liquide Betriebsmittel zur Verfügung stehen. Davon sind mehr als 1.000 Tsd. Euro durch kurz- bis mittelfristig zu realisierende Projekte gebunden (mehr dazu im Lagebericht).

Lagebericht

1. Allgemeines

Das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) ist Teil des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) und seit 1997 eine nettoveranschlagte Einrichtung nach § 15 Abs. 2 der Landeshaushaltsordnung. Das HU besteht organisatorisch neben der Verwaltung aus drei großen Fachbereichen. Der Bereich Lebensmittelsicherheit und Zoonosen wie auch der Bereich Gesundheitsschutz und Infektionsmedizin unterliegen der Fachaufsicht des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz. Für den Bereich Umweltuntersuchungen wird die Fachaufsicht von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) wahrgenommen. Zum Stichtag 31.12.2007 waren im HU 299 Personen auf 341 VGPL-Stellen aktiv beschäftigt.

Die Gesamtaufwendungen (ohne Investitionen und ohne Rückstellungsaufwand) sind im Wirtschaftsplan 2009/2010 mit einer Summe von 22,442 Mio. Euro veranschlagt. Dieser Betrag wird durch folgende Erträge gedeckt:

- 16,980 Mio. Euro (in 2010: 16,981 Mio. Euro) Erstattungen durch die BWG und die BSU für die Erbringung amtlicher Leistungen des HU auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen (siehe dazu auch § 61 Landeshaushaltsordnung mit entsprechender VV);
- 3,650 Mio. Euro Erträge infolge von Aktivitäten im privatwirtschaftlichen Bereich.

Daneben erhält das HU Zuschüsse aus zentral gesteuerten Titeln (IT-Betriebsmittel, Versorgungs- und Nebenleistungen) in Höhe von 1,812 Mio. Euro (Verlustrücklage der FHH).

Das HU hat damit den Ansatz des Erfolgsplans 2007/2008 strukturell auf die Haushaltsjahre 2009 und 2010 überrollt, wobei die Differenz zu 2008 in Höhe von plus 466 Tsd. EUR / 467 Tsd. EUR aus folgenden Effekten resultiert:

• 202 Tsd. EUR	Nachsteuerung im Zuge der erwarteten Tarifierhöhung
• 17 Tsd. EUR	Nachsteuerung der Versorgungsbezüge im Zuge der erwarteten Tarifierhöhung
• 71 Tsd. EUR	Nachbesetzung einer Kosten- und Leistungsrechner-Stelle
• 117 Tsd. EUR	Umschichtung von Zentralen Titeln in den HU-Wirtschaftsplan (Grundsteuer, Beiträge zur Unfallkasse Nord, Gebäudeversicherung, Mietverlustversicherung)
• 16 Tsd. EUR	Erhöhung der Internen Erstattungen nach § 61 LHO (Kfz-Haftpflichtumlage, Erstattungen an BTS, Erstattungen an BSU im Rahmen des Gentechnikgesetzes)
• -17 Tsd. EUR	im Sinne einer Gegenrechnung von Energieeinsparungen, die aufgrund BSU-geförderter Projekte möglich wurden.
• 60 Tsd. EUR	Nachsteuerung der IT-Betriebsmittel

Ein wesentlicher Teil der Aufgaben des HU basiert auf Gesetzen und Verordnungen und wird im amtlichen Auftrag erfüllt. In einer Größenordnung von rund 10 Prozent der Kapazitäten werden - überwiegend im Bereich der Medizinaluntersuchungen - auch die Kundenwünsche privater Auftraggeber (Krankenhäuser und sonstiger medizinischer Einrichtungen) abgedeckt.

Im Vordergrund der Institutsaufgaben stehen bakteriologische, serologische, immunologische, veterinärmedizinische sowie lebensmittelchemische und umweltanalytische Laboruntersuchungen. Darüber hinaus werden krankenhaushygienische Leistungen erbracht sowie Desinfektions- und Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen durchgeführt. Außerdem ist das Zentrum für Impfméizin und Infektionsepidemiologie Bestandteil des HU. In dieser räumlich vom Haupthaus getrennten Traditionseinrichtung wird eine breite Palette von Schutzimpfungen angeboten. Außerdem werden dort gemäß Infektionsschutzgesetz die infektionsepidemiologischen Daten aus den Bezirken zentral gesammelt, gebündelt, ausgewertet und an das Robert-Koch-Institut weitergeleitet. Im Bereich der Umweltuntersuchungen stehen Wasseruntersuchungen, die Analyse von Bodenbelastungen und festen Abfallstoffen sowie Gentechnik, Radioaktivitätsmessungen und Luftuntersuchungen (einschließlich der Luftmessnetze und Gewässergütemetze) im Zentrum des Geschehens.

2. Rückblick auf die Entwicklung in den Jahren 2006 und 2007

Das Institut für Hygiene und Umwelt (HU) konnte die Entwicklung in den Geschäftsjahren 2006 und 2007 insgesamt zufriedenstellend gestalten. Insbesondere im Bereich der amtlichen Lebensmitteluntersuchungen mussten aufgrund der

guten Auftragslage zusätzliche Ressourcen eingesetzt werden, die nicht voll refinanziert wurden. Dennoch gelang es in beiden Jahren, wiederum ausgeglichene Betriebsergebnisse zu erzielen.

Im Bereich Umweltuntersuchungen wurde die zur Verfügung gestellte Budgetsumme durch Leistungsvereinbarungen flankiert. Für die Bereiche Lebensmittel- und Medizinaluntersuchungen ist im Zuge der Regularien zu den Internen Erstattungen nach § 61 LHO bereits in 2005 mit umfangreichen Vorarbeiten der Grundstein für den Abschluss von Leistungsvereinbarungen mit den jeweiligen Fachaufsichten des Amtes für Gesundheit und Verbraucherschutz gelegt worden. Diese Kontrakte sind Ende 2007 und Anfang 2008 in Kraft getreten und dienen dazu, die Steuerungsmöglichkeiten, aber auch das gegenseitige Verständnis für die jeweiligen Vertragspartner weiter zu optimieren.

2.1 Jahresabschlüsse 2006/2007 im Erfolgsplan / Ergebnisrechnung

Im Haushaltsjahr 2007 konnte das HU im Erfolgsplan erneut ein ausgeglichenes Betriebsergebnis mit einem Überschuss von 90 Tausend Euro erzielen (FHH-Mittel 42 Tsd. Euro; Drittmittel 48 Tsd. Euro).

Im Jahr 2006 betrug das Ergebnis im Erfolgsplan ein Minus von 312 Tausend Euro FHH-Mittel, das durch eine entsprechende Entnahme aus der Rücklage ausgeglichen werden konnte.

2.1.1 Erträge

Die Erträge des HU beliefen sich im Jahr 2007 auf 20,308 Mio. Euro (ohne Drittmittel). Damit wurde der Ansatz in Höhe von 19,441 Mio. Euro um 867 Tsd. EUR übererfüllt.

In 2006 wurden Erträge in Höhe von 9,428 Mio. Euro erzielt (ohne die ab 2007 vereinbarten Erstattungen der BSG in Höhe von 10,383 Mio. Euro). Somit wurde der Ansatz von 9,058 um 370 Tsd. EUR überschritten.

2.1.2. Aufwendungen

Die Aufwendungen des HU beliefen sich im Jahr 2007 auf 22,001 Mio. Euro (ohne Drittmittel) und lagen damit um 825 Tausend Euro über dem Ansatz. In 2006 betrug der Gesamtaufwand noch 22,117 Mio. Euro.

2.2 Jahresabschlüsse 2006/2007 im Finanzierungsplan / in der Kapitalflussrechnung

Investitionen bilden nach wie vor eine wesentliche Grundlage für die vielfältigen Tätigkeiten im HU. In 2007 betrug die Investitionssumme 1,394 Mio. Euro. Davon entfielen auf Großgeräteinvestitionen 1,042 Mio. Euro, auf IT-Investitionen 321 Tsd. EUR und auf Fahrzeuge 30 Tsd. EUR.

In 2006 wurden Investitionen in Höhe von 1,270 Mio. Euro getätigt. Davon 1,148 Mio. Euro für Großgeräte und 122 Tsd. EUR für IT-Investitionen.

2.3 Rücklage / Liquidität

Die Liquidität erhöhte sich Ende 2007 in der Summe um 38 Tsd. Euro auf 2.526 Tsd. Euro. Darin enthalten sind nicht abgeflossene Drittmittel, die sich um 48 Tsd. Euro auf 244 Tsd. Euro erhöhten.

Die FHH-Mittel (ohne Drittmittel) reduzierten sich um 10 Tsd. Euro auf 2.282 Tsd. Euro. Davon sind gebunden: Investitionsmittel in Höhe von 285 Tsd. Euro; Versorgungs- und Nebenleistungen in Höhe von 111 Tsd. Euro; IT-Investitionen in Höhe von 142 Tsd. Euro; IT-Betriebsmittel in Höhe von 42 Tsd. Euro. Das bedeutet, dass dem HU per 01.01.2008 Betriebsmittel in Höhe von 1.702 Tsd. Euro im Sinne einer Rücklage zur Verfügung standen. Ein großer Teil dieser Mittel soll für außerordentliche, betrieblich notwendige Investitionen Verwendung finden. So liegt dem HU zum Beispiel eine „Machbarkeitsstudie zur Erhöhung der Kälteleistung im Laborgebäude Haus 6“ vor, deren Realisierung unter Berücksichtigung Solarer Klimatisierung Gesamtkosten in Höhe von 802.00 Euro verursachen wird.

2.4 Personalentwicklung

Im HU waren zum Stichtag 31.12.2007 auf 341,36 Stellen (ohne zwölf Lebensmittelchemiker-Praktikantenstellen und ohne sechs Chemielaboranten-Ausbildungsstellen) exakt 299 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktiv beschäftigt. Der Personalbestand ist damit im Vergleich zum Vorjahr trotz erheblicher Veränderungen im Detail (es wurden insgesamt 340 Personal- und Stellenvorgänge bearbeitet) konstant geblieben. So standen zum Beispiel sieben Neueinstellungen elf Personalabgängen gegenüber (davon sieben aus Altersgründen). Vier neue Altersteilzeit-Vereinbarungen wurden geschlossen, so dass sich am 31.12.2007 insgesamt 31 Personen in ATZ befanden, davon 13 in der Freistellungsphase.

2.5 Leistungszahlen

Nach dem „Rekordjahr“ 2006 musste das HU 2007 einen Rückgang der Leistungszahlen um 20,7 Prozent auf 672.676 Untersuchungen hinnehmen. Dieser in der Zahl große, in den konkreten Auswirkungen jedoch noch überschaubare Einbruch war im Wesentlichen auf den Verlust eines Auftrages im medizinischen Bereich zurückzuführen. Ein Krankenhaus hatte zu einem privaten Laborbetreiber gewechselt und damit den Rückgang von 187.000 Laboruntersuchungen im Bereich der klinischen Mikrobiologie verursacht. Das entsprach einem realen Einnahmeverlust von rund 120 Tsd. EUR, der

jedoch durch zusätzliche Einnahmen bei den Schutzimpfungen und in der Hygieneausbildung nahezu vollständig kompensiert werden konnte.

Im Bereich der LM-Untersuchungen konnte erneut eine Steigerung der Untersuchungszahlen um 6 Prozent auf nunmehr 226.900 im Jahr 2007 erreicht werden. Die Probenzahl stieg analog von 34.107 auf 40.787 und damit um 19,6 Prozent. Damit hat sich der frühere Trend des hohen Untersuchungszuwachses im Verhältnis zu einem moderaten Zuwachs beim Probenaufkommen in 2007 umgekehrt.

Im Bereich der Umweltuntersuchungen wurden im Jahr 2007 insgesamt 195.000 Untersuchungen durchgeführt (gegenüber 199.000 im Vorjahr). Bei den Probenzahlen fiel der Rückgang etwas kräftiger aus. Hier wurden mit 10.991 Proben 1.162 weniger als im Vorjahr untersucht. Damit erreichte man das Niveau der Jahre 2004 und 2005 und erfüllte exakt die Vorgaben im Rahmen des Kontraktmanagements.

2.1 Projekte

2.1.1 Einführung der kaufmännischen Buchführung

Mitte 2007 wurde die Landeshaushaltsordnung dahingehend geändert, dass auch Einrichtungen nach § 15 Abs.2 LHO die kaufmännische Buchhaltung einführen können. Das HU nutzte diese Möglichkeit, um im Rahmen eines Projektes mit tatkräftiger Unterstützung von Dataport und der Fachlichen Leitstelle der Finanzbehörde die Doppik auf Basis des Programms MySAP zu etablieren. Parallel dazu wurde systematisch damit begonnen, eine neue Kosten- und Leistungsrechnung aufzubauen. Während die Doppik zum 01.01.2008 fristgemäß startete und inzwischen auch eine testierte Eröffnungsbilanz per 01.01.2008 vorliegt, wird die flächendeckende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Um die Inbetriebnahme der KLR noch im Laufe des Jahres 2009 realisieren zu können, hat das HU eine personelle Verstärkung des Bereichs ab Juli 2008 vorgenommen.

2.1.2 ESARI

Der Senat hat in den Haushaltsverhandlungen 2002 beschlossen, dass bis zum Ende der Legislaturperiode die Administration aller IT-Endgeräte in den Ämtern und Behörden zentral durch Dataport erfolgen soll, wenn dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist. Die Finanzbehörde wurde federführend beauftragt, den Senatsbeschluss unter Beteiligung der betroffenen Behörden und deren Personalräte umzusetzen. Zu diesem Zweck ist in der Finanzbehörde das Projekt *ESARI* (Effizienzsteigerung der Arbeit durch Reorganisation der IT-Strukturen) und bei Dataport das Projekt *30k* (Umstellung von bis zu 30.000 Endgeräten auf eine zentrale Administration) eingesetzt worden. Eine Beteiligung der Behörden wird durch behördenspezifische Projekte realisiert.

Dieses behördenspezifische Projekt wurde für das Institut für Hygiene und Umwelt mit der Unterzeichnung der Projektvereinbarung am 15.09.2006 ins Leben gerufen. Bis zum Abschluss des Projektes am 04.03.2008 wurden 287 Arbeitsplatzrechner umgestellt und ca. 120 Verfahren in den Betrieb bei Dataport übernommen. Darüber hinaus wurde das Netzwerkmanagement vollständig an Dataport übergeben.

Da es sich beim HU nicht um einen Verwaltungsbetrieb im herkömmlichen Sinne handelt und die Besonderheiten des Laborbetriebes Berücksichtigung finden müssen, ist es weiterhin notwendig, intensive Anpassungsarbeiten/ Nacharbeiten und Vorbereitungen für Folgeprojekte durchzuführen. Bis zum Ende des dritten Quartals 2008 sind die Ausarbeitung und die Umsetzung des Service- und Betriebskonzeptes sowie die Anpassung der internen Organisationsstrukturen abzuschließen.

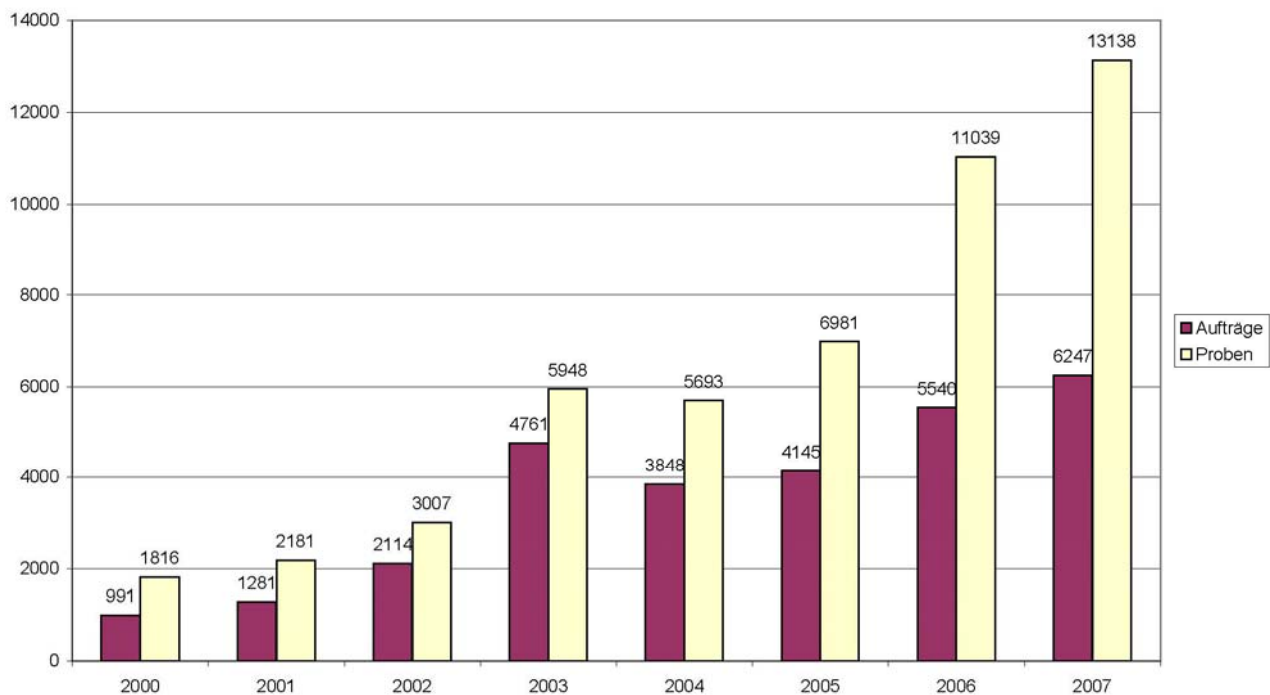
2.1.3 Betrieblicher Gesundheitsschutz, Umwelt- und Ressourcenschutz

Neben der Erledigung der Kernaufgaben setzt das HU verstärkt auch auf die Ausbildung sogenannter „Soft-Skills“. So sind zur Weiterentwicklung von Personal, Organisation und interner Abläufe umfangreiche Vorhaben im Zusammenhang mit dem Arbeitsschutz, der Betrieblichen Gesundheitsförderung und dem Umwelt- und Ressourcenschutz auf den Weg gebracht worden. In diesem Zusammenhang wurde das HU im Februar 2006 vom Amt für Arbeitsschutz als „Betrieb mit einem vorbildlichen Arbeitsschutzsystem“ ausgezeichnet. Im Februar 2007 hat das Institut den Ökoprot-Einsteigerkurs bestanden und in diesem Zusammenhang eine positive Energie- und Abfallbilanz mit Kosteneinsparungen von 63.300 Euro pro Jahr vorgelegt. Mitte 2007 wurde dann in Folge einer Mitarbeiterbefragung und nach der Durchführung diverser Gesundheitswerkstätten mit einer Führungskräfteoffensive begonnen. Unter dem Titel „Gute Führung – starkes Team“ begann – verpflichtend für alle 68 Führungskräfte des HU – ein einjähriges Fortbildungsprogramm, das wegen des Erfolges in weitere Aktivitäten münden muss.

3. Zielbild

3.1 Lebensmitteluntersuchungen für Hamburg und Europa

Das HU verzeichnet nun schon seit Jahren einen stetigen Zuwachs bei der Untersuchung von Lebensmittelproben. Während für Einlieferungen aus den Hamburger Bezirken eine relativ konstante Untersuchungszahl von 8.500 Lebensmittel- und 850 Bedarfsgegenständeproben vorgegeben ist, erfahren die Lebensmittel-Einfuhrproben aus dem Hamburger Hafen eine kontinuierliche Steigerung pro Jahr. Die EU-Erweiterung und insbesondere das Asiengeschäft sorgen für eine permanente Zunahme von Warenströmen über den Hamburger Hafen – mit der Folge, dass die Verantwortung Hamburgs für den deutschen und europäischen Verbraucherschutz weiter zunimmt.

Einsendungen aus dem Veterinäramt Grenzdienst in das HU von 2000 bis 2007

Das HU will sich in punkto Lebensmittelsicherheit dieser Herausforderung stellen und die Laborkapazitäten zukunftsorientiert auf diese Schwerpunktaufgabe ausrichten, zumal die Kommission immer häufiger Einfuhrrestriktionen bei auffälligen Waren aus Drittländern verhängt. Dabei werden die Tierarzneimittelrückstände (z.B. Antibiotika) sowie gesundheitlich relevante Kontaminanten (z.B. PAK – Polykondensierte aromatische Kohlenwasserstoffe) weiterhin im Zentrum des analytischen Interesses stehen. Daneben gibt es eine Expansion bei Importuntersuchungen von pflanzlichen Lebensmitteln. Aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung der Risikoorientierung bei der Probenahme nach VO (EG) Nr. 882/2004 hat das BMVEL einen Risikokatalog von potentiell kritischen Lebensmitteln pflanzlicher Herkunft erstellt, die seit dem 01.01.2006 verpflichtend bei der Einfuhr in die EU über den Hamburger Hafen auf chemische und mikrobiologische Kontaminanten untersucht werden müssen.

3.2 Gesundheitsschutz, Hygiene und Infektionsmedizin

Für den Bereich Gesundheitsschutz, Hygiene und Infektionsmedizin des HU stellen Globalisierung und Klimaveränderung zwei wichtige Faktoren dar, die neue Herausforderungen mit sich bringen (SARS, Influenza, Noroviren, Schädlinge, Blauzungenkrankheit etc.). In diesem Zusammenhang sind besonders folgende Ziele weiter zu verfolgen:

- Schutz der Bevölkerung vor Seuchen und importierten Infektionskrankheiten;
- Verbesserung der Immunität gegen heimische impfpräventable Infektionskrankheiten und Mitwirkung an den weltweiten impfstrategischen Zielsetzungen hinsichtlich der Elimination bzw. Eradikation von Krankheitserregern;
- Gewinnung von validen Daten zu den Ursachen infektiöser Erkrankungen und den Infektketten zur besseren Überwachung, Surveillance von Infektionskrankheiten;
- Früherkennung von Trends und Entwicklungen, Lagebeurteilung, Bewertung von Risiken und Bereitstellung von Daten für Entscheidungen und Vorgehensweisen auf dem Gebiet des Infektionsschutzes;
- Etablierung von Monitoring-Systemen von heimischen und über den Hamburger Hafen/Flughafen eingeschleppten Gesundheitsschädlingen und systematische Erfassung von humanpathogenen Erregern in diesen Populationen bezogen auf die Überlebens- und Verbreitungschancen in Deutschland.

3.3 Umweltuntersuchungen

Im Bereich Umweltuntersuchungen tritt auch für Hamburg die Umsetzung von EU-Richtlinien zunehmend in den Vordergrund:

- Die EU-Luftqualitätsrichtlinie und ihre Tochterrichtlinien legen für eine Reihe von Parametern Höchstwerte, Messumfänge und Berichtspflichten fest. Hier leistet das Hamburger Luftmessnetz des HU gute Arbeit, zumal ab dem Jahr 2007 auch die Berichtspflichten der 4. EU-Tochterrichtlinie über Arsen, Cadmium, Quecksilber, Nickel und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe in der Luft in Kraft traten.
- Die EU-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) fordert bis 2015 die Erreichung eines guten ökologischen und guten chemischen Zustands bzw. Potentials der Gewässer einschließlich des Grundwassers. Dabei verlangt die WRRL die Betrachtung von Flussgebietseinheiten, was eine länder- und staatenübergreifende Umsetzung zwingend erforderlich macht. Durch die WRRL werden neue Qualitätsnormen gesetzt, an deren Einhaltung das Erreichen des guten Zustands der Gewässer gemessen wird. Das HU will die von der WRRL geforderten biologischen und chemischen Qualitätskomponenten (z.T. neue Verfahren und gestiegene Anforderungen wegen schärferer Qualitätsnormen) möglichst umfassend abdecken.

Einzelplan WI Kapitel 4940	Wirtschaftspläne Institut für Hygiene und Umwelt

I. Stellenbestand

kw 2009/ 10	kw 2011	kw 2012	kw 2013	kw >2013	kw o.T.	Vermerke
						Anzahl der kw-Stellen 1,00 Bereich der Beamtinnen/ Beamten 10,50 Bereich der Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11,50	Summe der kw-Stellen ohne Leerstellen/Nachwuchskräfte

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Beamtinnen/ Beamte					
Planstellen					
B 3	1,00	1,00	1)	1,00	ku: 1,00 BesGr. B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor nach BesGr. A 16 Ltd.MD nach Freiwerden der Stelle
A 16	4,00			4,00	
A 15	8,00			8,00	
A 14	19,00			19,00	
A 13	6,00	1,00	2)	6,00	kw: 1,00 BesGr. A 13 Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
A 13	1,00			1,00	
A 12	1,00			1,00	
A 11	4,00			4,00	
A 10	1,00			1,00	
A 9	1,00			1,00	
Summe:	46,00			46,00	

B 3 Leitende Regierungsdirektorin/ Leitender Regierungsdirektor (1,00)
A 16 Leitende Medizinaldirektorin/ Leitender Medizinaldirektor (1,00), Leitende Veterinärdirektorin/ Leitender Veterinärdirektor (1,00), Leitende Wissenschaftliche Direktorin/ Leitender Wissenschaftlicher Direktor (2,00)
A 15 Veterinärdirektorin/ Veterinärdirektor (1,00), Wissenschaftliche Direktorin/ Wissenschaftlicher Direktor (7,00)
A 14 Oberbaurätin/ Oberbaurat (1,00), Oberveterinärärztin/ Oberveterinärarzt (3,00), Wissenschaftliche Oberrätin/ Wissenschaftlicher Oberrat (15,00)
A 13 Baurätin/ Baurat (1,00), Medizinalrätin/ Medizinalrat (1,00), Veterinärärztin/ Veterinärarzt (1,00), Wissenschaftliche Rätin/ Wissenschaftlicher Rat (3,00)
A 13 Oberamtsrätin/ Oberamtsrat (1,00)
A 12 Amtsrätin/ Amtsrat (1,00)
A 11 Gewerbeamtfrau/ Gewerbeamtman (1,00), Regierungsamtfrau/ Regierungsamtman (2,00), Technische Amtfrau/ Technischer Amtman (1,00)
A 10 Regierungsoberinspektorin/ Regierungsoberinspektor (1,00)
A 9 Amtsinspektorin/ Amtsinspektor (1,00)

2009/ 10				2008	Vermerke
Wertigkeit	Anzahl	davon	Vermerk Nr.	Anzahl	
Angestellte					
I	0,00			1,00	
I a	0,00			1,00	
II a/ I a	0,00	1,00	3)	13,00	Vermerk weggefallen
I b	0,00	1,00	4)	8,00	Vermerk weggefallen
II a hD	0,00	1,00	5)	13,00	Vermerk weggefallen

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
I						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I a						-1,00			-1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/I a						-5,50			-5,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a/I a						-7,50			-7,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
I b						-8,00			-8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
II a hD						-13,00			-13,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
II a/I a	3)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a/I a bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Bobberg
I b	4)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. I b nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder
II a hD	5)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. II a hD nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Muggenburger Straße
III	6)	weggefallen	kw: 1,00 VergGr. III nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Angestellte					
III	0,00	1,00	6)	4,25	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV a	0,00	1,00	7)	19,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
IV b	0,00			3,00	
V b gD	0,00	1,50	8)	49,50	<i>Vermerk weggefallen</i>
		2,00	9)		<i>Vermerk weggefallen</i>
V b mD	0,00			4,50	
V c	0,00	1,00	10)	62,87	<i>Vermerk weggefallen</i>
VI b	0,00	1,00	11)	40,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
VII	0,00			14,52	
IX b/VII	0,00			7,00	
VIII	0,00			27,26	
Kr. VIII	0,00			1,00	
Kr. V/VI	0,00	1,00	12)	1,00	<i>Vermerk weggefallen</i>
Summe:	0,00			269,90	
Nachwuchskräfte (Angestellte)*					
Nachwuchs hD	0,00			12,00	
Nachwuchs mD	0,00			4,00	
Nachwuchs mD	0,00			0,00	
Summe:	0,00			16,00	
Arbeiterinnen/ Arbeiter					
6	0,00			2,00	
4	0,00			3,00	
3	0,00			1,00	
2	0,00			4,50	
1	0,00			0,50	
1 (R)	0,00			14,46	
Summe:	0,00			25,46	
Arbeitnehmer					
E 15 ü	1,00			0,00	
E 15	8,50	1,00	13)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 15 bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>

II. Erläuterungen

Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellenabgänge	Verlagerung		Umwandlung	Hebung	Rückwandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zugang	Abgang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						-36,00			-36,00	
III						-4,25			-4,25	Umsetzung des neuen Tarifrechts
IV a						-19,00			-19,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Angestellte	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-59,25	0,00	0,00	-59,25	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-210,65	0,00	0,00	-210,65	
Summe Angestellte insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-269,90	0,00	0,00	-269,90	
Nachwuchs hD						-12,00			-12,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Nachwuchs mD						-4,00			-4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Nachwuchs mD		2,00							2,00	Ausweitung der Ausbildung im HU
Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)*	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	-16,00	0,00	0,00	-14,00	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,00	0,00	0,00	-2,00	
Summe Nachwuchskräfte (Angestellte)* insgesamt	0,00	2,00	0,00	0,00	0,00	-18,00	0,00	0,00	-16,00	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-0,50	0,00	0,00	-0,50	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-24,96	0,00	0,00	-24,96	
Summe Arbeiterinnen/ Arbeiter insgesamt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-25,46	0,00	0,00	-25,46	
E 15 ü						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 15						1,00			1,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10	alter Vermerk 2008
IV a	7) weggefallen	kw: 1,00 VergGr. IV a nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Muggenburger Straße
E 15	13) kw: 1,00 EntgGr. E 15 bei Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg	

I. Stellenbestand

Wertigkeit	2009/ 10		Vermerk Nr.	2008	Vermerke
	Anzahl	davon		Anzahl	
Arbeitnehmer					
E 14	14,50	1,00	14)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
E 13 ü	1,00			0,00	
E 13	12,00	1,00	15)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>
E 12	4,25	1,00	16)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
E 11	17,00	1,00	17)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>
E 10	3,00			0,00	
E 9	56,00	1,00	18)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,50	19)		<i>kw: 1,50 EntgGr. E 9 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Müggenburger Straße</i>
		2,00	20)		<i>kw: 2,00 EntgGr. E 9 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder</i>
		1,00	21)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle</i>
		1,00	22)		<i>ku: 1,00 EntgGr. E 9 nach EntgGr. E 9 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 8	63,87	1,00	23)	0,00	<i>ku: 1,00 EntgGr. E 8 nach EntgGr. E 6 nach Freiwerden der Stelle</i>
E 6	42,00	1,00	24)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 8 nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>
E 5	20,52		25)	0,00	<i>kw: 1,00 EntgGr. E 6 nach Beendigung des Vertrages mit dem Krankenhaus Boberg</i>
E 4	4,00			0,00	
E 3	28,26			0,00	
E 2 ü	4,50			0,00	
E 2	12,50			0,00	
Summe:	292,90			0,00	
Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*					
Nachwuchs mD	6,00			0,00	
Nachwuchs hD	12,00			0,00	
Summe:	18,00			0,00	
Summe (ohne *) insgesamt	338,90			341,36	

II. Erläuterungen
Erläuterungen zu den Stellenänderungen

Wertigkeit	Vollzug kw	Neue Stellen	Stellen- abgänge	Verlagerung		Umwand- lung	Hebung	Rück- wandlung	Insgesamt	Begründungen
				Zu- gang	Ab- gang					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	
Übertrag						2,00			2,00	
E 15						7,50			7,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						8,00			8,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14						5,50			5,50	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 14							1,00		1,00	Neubewertung verändertes Aufgabengebiet
E 13 ü							1,00		1,00	Neubewertung verändertes Aufgabengebiet
E 13						13,00			13,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 13							-1,00		-1,00	Neubewertung verändertes Aufgabengebiet
E 12							4,25		4,25	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							18,00		18,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11						4,25			4,25	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-4,25		-4,25	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 11							-1,00		-1,00	Neubewertung verändertes Aufgabengebiet
E 11							1,00		1,00	Neubewertung verändertes Aufgabengebiet
E 11								-1,00	-1,00	Hebung durch Stellentausch mit SN 16004544 realisiert
E 10						19,00			19,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							-18,00		-18,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 10							2,00		2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
E 2			-1,19						-1,19	Finanzierung Höhergruppierungen
E 2			-1,00						-1,00	Finanzierung Höhergruppierungen / Stellen- schaffungen
Summe Arbeitnehmer	0,00	0,00	-2,19	0,00	0,00	59,25	3,00	-1,00	59,06	
Summe der Veränderungen von Stellenanteilen	0,00	0,00	-0,27	0,00	0,00	0,50	0,00	0,00	0,23	
Summe unterhalb von Erläuterungsgrenzen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	235,61	-3,00	1,00	233,61	
Summe Arbeitnehmer insgesamt	0,00	0,00	-2,46	0,00	0,00	295,36	0,00	0,00	292,90	
Nachwuchs mD						2,00			2,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Nachwuchs mD						4,00			4,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Nachwuchs hD						12,00			12,00	Umsetzung des neuen Tarifrechts
Summe Nachwuchskräfte (Arbeitnehmer)*	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18,00	0,00	0,00	18,00	
Summe (ohne *) insgesamt	0,00	0,00	-2,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-2,46	

Vermerkeänderungen

Wertigkeit	Vermerk gültig ab 2009/ 10		alter Vermerk 2008
E 14	14)	kw: 1,00 EntgGr. E 14 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
E 13	15)	kw: 1,00 EntgGr. E 13 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Muggenburger Straße	
E 12	16)	kw: 1,00 EntgGr. E 12 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Georgswerder	
E 11	17)	kw: 1,00 EntgGr. E 11 nach Beendigung der Sanierungsmaßnahmen für die Deponie Muggenburger Straße	

Stellenveränderungen zum Stellenplan 2009

Lfd. Nr.	Kapitel	Anzahl	Stellenveränderung	Erläuterung
Stellenhebungen				
1	4940	1,00	Regierungsamtfrau/Regierungsamtman A 11 nach Amtsrätin/Amtsrat A 12	Leitung des Referats Haushalt, Beschaffung, Kosten- und Leistungsrechnung

Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Stellen außerhalb der Verwaltung, die Zuwendungen (über 100.000 EUR im Einzelfall) zur Deckung der gesamten Ausgaben oder eines nicht abgegrenzten Teils der Ausgaben erhalten (§ 26 Abs. 3 Nr. 2 LHO)

Bezeichnung der Einrichtung (Zuwendungsempfänger)	Ergebnis 2006	Ergebnis 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Tsd. EUR					
<u>Zuschuss an die Verbraucherzentrale Hamburg e.V.</u>					
Einnahmen					
1. Eigene Einnahmen	939	1.062	976	976	976
2. Zuwendungen Hamburg					
Institutionelle Förderung, Ernährungs- und Patientenberatung, wirtschaftlicher Verbraucherschutz (4920.685.08)	743	743	743	850	850
Insolvenzberatung (4610.681.05)	706	657	627	600	600
Umweltberatung (BSU 6000.684.01)	71	71	71	71	71
3. Zuwendungen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMELV) für Ernährungsberatung	108	110	112	115	117
4. Zuwendungen des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMELV) für wirtschaftlichen Verbraucherschutz	97	97	97	98	98
5. Sonstige Zuweisungen					
BMELV/Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV)	119	186	101	100	100
Summe der Einnahmen	2.783	2.926	2.727	2.810	2.812
Ausgaben					
1. Personalausgaben	1.453	1.490	1.842	1.898	1.900
2. Sachausgaben	517	613	701	715	720
3. Investitionen	49	68	0	0	0
Summe der Ausgaben	2.019	2.171	2.543	2.613	2.620
Ergebnis					

Übersicht über die in den Deckungskreisen 01, 04, 10, 20, 25, 30, 43, 45, 46, 47, 50, 56, 60 und 61 veranschlagten Mittel

Deckungskreis 01 / „Förderung von Krankenhäusern nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG)“

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Tsd. Euro	Rest	Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz
4930.893.62	Fördermittel nach § 22 HmbKhG für die Wiederbeschaffung kurzfristiger Anlagegüter für Krankenhäuser	30.881	0	30.490	10	30.500	0	31.000	0	31.000	0
4930.893.79	Fördermittel nach §§ 21, 23, 24 und 27 HmbKhG	62.654	7.357	44.850	14.000	69.754	150.000	79.839	180.000	77.810	180.000
Summe	Deckungskreis 01	93.535	7.357	75.340	14.010	100.254	150.000	110.839	180.000	108.810	180.000

Die Deckungsfähigkeit dient der Flexibilität im Haushaltsvollzug, um situationsangemessen auf nicht vorhersehbare Prioritätenänderungen reagieren zu können.

Deckungskreis 04 / Kriegsopterfürsorge – 80 % Erstattungsleistung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro
4230.681.01	Berufsförd. Leistg nach §§ 26,26 a BVG	1			1			2		2	
4230.681.06	Krankenhilfe nach § 26 b BVG	4			3			15		15	
4230.681.07	Hi.z.Pfl. n. § 26c BVG – häusl. Pflege										
4230.681.08	Hi.z.Pfl. n. § 26 c BVG – in Einrichtungen	1.900			1.707			2.000		2.000	
4230.681.09	Hi.z.Pfl. n. § 26 c BVG – in Einrichtungen	4.828			4.351			5.000		5.000	
4230.681.09	Hilfe z. Weiterführung d. Haushalts n. § 26 d BVG	208			174			210		210	
4230.681.10	Altenhilfe nach § 26 e BVG	91			79			110		110	
4230.681.11	Erziehungshilfe nach § 27 BVG	14			17			18		18	
4230.681.12	Ergänzende Hilfe z. Lebensunterhalt n. § 27 a BVG	667			608			650		650	
4230.681.13	Erholungshilfe nach § 27 b BVG	19			16			18		18	
4230.681.14	Wohnungshilfe nach § 27 c BVG	4			23			45		45	
4230.681.15	Kfz-Beihilfen i. Rahmen d. Hilfe in bes. Lebenslagen nach § 27 d BVG	104			91			120		120	
4230.681.16	Hilfe in besonderen Lebenslagen nach § 27 d BVG	5.189			4.656			5.000		5.000	
Summe	Deckungskreis 04	13.029			11.726			13.188		13.188	

Deckungskreis 10 / Zuwendungen für Soziales und Integration

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro
4600.684.05	Förd. d. Spitzenverb. Freie Wohlfahrtsp.	430	0	420	10	430	430	430	430	430	430
4600.685.01	Zusch. an Körpersch., Verbände u. Org.	20	8	22	9	23	23	23	23	23	23
4600.685.02	Gräberfürsorge	123	37	67	90	120	120	120	120	120	120
4610.684.12	Beratungsangebote für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte	1.757	127	1.875	29	2.077	2.077	2.082	2.082	2.082	2.082
4620.684.01	Zusch.f. TAST, Notübern., Bahnhofsmissionen	804	34	815	37	818	818	877	877	877	877
4620.684.05	Zusch. an nichtst. Stellen/ bes. soz. Schw.	2.647	179	2.632	236	2.688	2.688	2.713	2.713	2.713	2.713
4620.684.06	Zusch. Krankenwohnung für Obdachlose	302	10	301	16	307	307	310	310	310	310
4620.684.07	Zusch. f. d. Wohnprojekt „Mistralbunker“	99	10	101	17	108	108	109	109	109	109
4640.684.01	Zusch. Beratung- u. Betreuung pflegebeh.Mensch.	268	7	196	7	195	195	198	198	198	198
4640.684.02	Förd. Niedrigschwelliger Betreuungsang.	353	221	440	245	251	251	254	254	254	254
4640.684.03	Zusch. z. Förd. Pfleg. Versorgungsstr.	110	523	41	451	56	56	57	57	57	57
4640.684.04	Zusch. z. Förd. Hosp. Versorgungsstr.	0	0	339	56	310	310	313	313	313	313
4640.684.05	Zusch. a. Altenpflegeschulen	0	0	180	29	232	232	278	278		
4650.684.01	Zusch. f. Hilfen an psych. Kranke	2.146	119	2.122	181	2.185	2.185	2.214	2.214	2.214	2.214
4650.684.02	Zusch. f. Spezialbeförderungsdienst	-59	0	1	0	0	0	0	0	0	0
4650.684.03	Zusch. f. Behindertensport	129	26	134	26	134	134	154	154	154	154
4650.684.04	Zusch. f. sonst. Hilfen f. Behinderte	570	92	614	105	628	628	634	634	634	634
4700.684.03	Zusch. f. Maßnahmen z. Integration v. erwachsenen, bleibeberechtigten Zuwanderern	2.133	323	2.443	505	2.620	2.620	3.371	3.371	3.371	3.371
4700.684.06	Zusch. an Körperschaften, Verbände und Organisationen	653	68	113	69	137	137	137	137	137	137
4700.684.07	Zusch. f. Beratung u. Hilfen f. Flüchtlinge u. nicht bleibeberechtigte Zuwanderer	1.115		988	833	1.512	1.512	1.047	1.047	1.047	1.047

Anlage 4

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	Tsd. Euro
Summe	Deckungskreis 10	13.600	1.784	13.834	2.951	14.831	300	15.321	300	15.043	300

Deckungskreis 20 / Maßnahmen im Bereich Familie, Jugend und Sozialordnung

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR
4250.684.01	Zuschüsse für den Betrieb von Frauenhäusern	1.948	5	1.850	192	1.850		1.891		1.909	
4250.684.03	Zuschuss für die Beratung und Betreuung von Opfern von Gewalt	512	0	924	98	1.012		1.513		1.505	
4250.684.04	Zuschüsse für die Beratung gewalttätiger Personen sowie für Täter-Opfer-Ausgleiche	376	6	197	18	208		209		212	
4250.684.06	Förderung einer Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel	88	2	93	0	92		95		96	
4440.534.02	Außerschulische Jugendbildung und internationale Jugendarbeit	44	37	70	39	37		37		37	
4440.684.04	Zuschüsse an Träger der freien Jugendhilfe für suchtpreventive Maßnahmen	988	919	1.351	502	1.434		1.452		1.467	
4440.684.11	Förderung der überregionalen Jugendverbände	2.717	57	2.733	84	2.738		2.757		2.776	
4440.684.12	Förderung der Jugendarbeit, der Jugendberatung und des erzieherischen Jugendschutzes	5.444	428	5.664	373	5.603		5.844		5.890	
4450.525.02	Initiativen und Maßnahmen zur Förderung von Partnerschaft und Familienleben	32	56	6	69	20		20		20	
4450.534.01	Aufwendungen für familienpolitische Projekte	3	49	114	67	105		150		150	
4450.534.02	Aufwendungen für die Gruppenarbeit in Wohnunterkünften ¹	0	75	0	135	60		0		0	

¹ weggefallener Ansatz ab 2009

Anlage 4

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Tsd. EUR	Rest	Ergebnis	Tsd. EUR	Rest	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR
4450.684.01	Entwicklungsfördernde Hilfen für Kinder und Jugendliche aus sozial belasteten Familien	3.129	0	3.300	0	3.300	0	3.340	3.378		
4450.684.02	Zuschüsse für Frauenberatung	501	19	512	18	511		536	542		
4450.684.04	Förderung familienpolitischer Projekte ²	47	4	54	12	0		0	0		
4450.684.13	Zuschüsse für Familienförderung und sonstige Maßnahmen an Träger der freien Jugendhilfe	2.027	554	2.473	707	2.595		3.058	3.092		
4450.685.01	Familienpolitische Förderung zum Wohnen und Leben	932	54	929	57	932		943	954		
4450.685.06	Förderung innovativer Projekte zur Verbesserung der Lebens- und Wohnsituation von Familien	0	400	0	667	452		458	464		
4460.684.04	Zuschüsse für Wohnraumbeschaffung	309	63	262	110	309		309	312		
4470.684.04	Privatvormünder für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge ³	57	11	48	25	62		0	0		
4490.534.01	Aufwendungen im Rahmen der Umsetzung von Gleichstellungsprojekten ⁴	93	93	59	6	0		0	0		
4490.534.02	Aufwendungen für die Förderung der beruflichen Chancen von Frauen der Hamburger Wirtschaft ⁵							15	15		
4490.683.01	Initiativen zur Förderung der beruflichen Chancen von Frauen der Hamburger Wirtschaft ⁶	15	6	3	6	15					

² Leertitel

³ weggefallener Ansatz ab 2009

⁴ Leertitel

⁵ bis einschließlich 2007:4490.683.01

⁶ weggefallener Ansatz ab 2009; Folgetitel: 4490.534.02

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR
4490.684.01	Förderung von Frauenverbänden	71	0	94	3	83		89		90	
4490.684.02	Zuschuss an das Magnus Hirschfeld Zentrum ⁷			107	30	82		113		114	
4490.684.50	Zuschüsse an soziale und ähnliche Einrichtungen für modellhafte Gleichstellungsprojekte ⁸	104	139	117	0	0		0		0	
Summe	Deckungskreis 20	19.437	2.981	20.959	3.218	21.500		22.829		23.023	

⁷ ab 2007 mit Drs. 18/5461

⁸ Leertitel

Deckungskreis 25 / Hochbauinvestitionen, Erhaltungs- und Ersatzinvestitionen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006			2007			2008			2009			2010		
		Tsd. EUR		Rest	Tsd. EUR		Rest	Tsd. EUR		VE	Tsd. EUR		VE	Tsd. EUR		VE
		Ergebnis	Rest		Ergebnis	Rest		Ansatz	VE		Ansatz	VE		Ansatz	VE	
4000.701.25	Kleinere Baumaßn. im Ber. der BSF	267	379		25	414		136			22			369		
4000.701.86	Kleinere Baumaßn. im Ber. der BSF - Zweckzuweisung an die Bezirke -	(72)	79		(48)	417		346			250			250		
4000.799.01	Vergütungen an Vertragsarchitekt., -ingenieure, Sachverständige und dergleichen	0	0	0	0	0	0	0	0		0			0		
4000.812.01	Neu- und Ersatzbeschaffung von technischen Ge- räten	178	42		1	62		20			10			10		
4250.893.01	Zuschüsse für Investitionen im Bereich Opfer- schutz	0	0	0	0	30		0			0			0		
4440.701.81	Rahmenzuweisung f. Kinder- u. Jugendarbeit, Ju- gendsozialarbeit	(2.876)	1.207		(1.564)	1.772		1.852	1.765		3.291	2.220		2.335	1.540	
4440.821.01	Grunderwerb f. Kinder- u. Jugendarbeit, Jugend- sozialarbeit	135	154		273	312		1.162	47		0			303		
4440.893.01	Investitionen im Bereich d. Kinder- u. Jugendar- beit, Jugendsozialarbeit	1.278	788		415	911		511	250		462			511		
4450.701.81	Rahmenzuweisung f. d. Förderung der Erziehung in der Familie	(278)	962		(1.131)	825		285			160	63		67	0	
4450.893.01	Zuschüsse f. Investitionen f. d. Förderung der Er- ziehung in der Familie	255	26		64	38		31			31			31		
4460.893.01	Investitionen im Bereich Hilfen zur Erziehung	484	588		980	514		698	400		647			734		
4460.893.81	Rahmenzuweisung für Investitionen im Bereich Hilfen zur Erziehung	(80)	69		(78)	71		80	30		80			80		
4500.821.01	Grunderwerb für Tageseinrichtungen	742	24		3	2.519		550			660			660		
4500.893.41	Investitionen im Bereich der Kindertagesbetreu- ung	928	5.160		321	6.628		800	800		8.956	11.000		11.816	10.000	
4600.893.42	Zuschüsse für Investitionen im sozialen Bereich	95	234		75	135		0			28			100		

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006			2007			2008			2009			2010		
		Tsd. EUR		Rest	Tsd. EUR		Rest	Tsd. EUR		VE	Tsd. EUR		VE	Tsd. EUR		VE
		Ergebnis	Ansatz		Ergebnis	Ansatz		Ansatz	VE		Ansatz	VE		Ansatz	VE	
4620.893.02	Zuschüsse an Träger im Wohnungslosenbereich (Eiendeldanteil)	26	1.081	0	0	1.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4620.893.42	Erwerb von Belegungsrechten	42	3	0	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4640.891.01	Investitionsförderung Tagespflege und Kurzzeitpflege	607	590	786	0	0	1.431	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4640.891.05	Zusch. p&w Pflege- u. Behindertenbereich	0	640	0	0	340	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4650.891.02	Zuschuss f. Sanierungs- u. Modernisierungsmaßn. an die WW GmbH	0	643	0	0	1.683	611	1.332	611	373	611	373	373	373	350	350
4650.893.01	Zuschüsse f. Investitionen im Bereich der Eingliederungshilfe	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	Deckungskreis 25	8.343	12.669	5.764	17.674	9.234	3.903	15.208	13.656	17.639	11.890					

Deckungskreis 30 / Sach- und Fachausgaben (Kapitel 4000, 4010 und 4220)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR
4000.412.01	Aufwandsentschäd. für Deputierte u.ä.	21	0	21	0	30		30		30	
4000.526.01	Unters. u. Gutachten z. Vorbereitung familien- u. sozialpol. Maßnahmen	17	387	88	623	288		228		217	
4000.526.86	Unters. u. Gutachten z. Vorbereitung familien- u. sozialpol. Maßnahmen	(21)	16	(1)	18	4		4		4	
	-Zweckzuweisung an die Bezirke-										
4000.531.01	Öffentlichkeitsarbeit	134	134	163	130	159		162		162	
4000.671.01	Kosten für die Inanspruchnahme der staatlichen Einrichtungen	20	13	0	0	33		30		30	
4010.412.01	Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	360	0	383	32	415		425		425	
4010.531.01	Öffentlichkeitsarbeit	3	559	3	94	3		3		3	
4220.531.61	Öffentlichkeitsarbeit ⁹	0	0	0	5	5		5		5	
Summe	Deckungskreis 30	576	1.109	659	902	937		887		876	

⁹ Vgl. Drs. 18/5198

Deckungskreis 43 / Kindertagesbetreuung (Kapitel 4500)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR
4500.534.01	Haftpflichtversicherungsbeiträge	113		116		100		106		115	
4500.534.81	Betriebsausgaben für die Betreuung von Kindern in Kindertagespflege – Rahmenzuweisung –	18		16		19		19		19	
4500.671.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen	329.733	370	351.060	5.800	392.567	15.000	406.966	15.000	427.124	15.000
4500.671.04	Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen	2.367	24	2.467		2.604		2.761		2.869	
4500.681.01	Förderung von Kindern in Kindertagespflege	715		10.153	200	10.125	3.000	11.020	3.000	11.475	3.000
4500.682.01	Zuschüsse an betriebliche und sonstige Einrichtungen	364		314		331		335		335	
4500.684.01	Betreuung von Kindern in pädagogischen Mittagstischen	3.934		4.251		4.337		4.444		4.444	
4500.684.02	Beratung von Tagespflegepersonen	16		13	3	19		17		17	
Summe	Deckungskreis 43	337.260	394	368.390	6.003	410.102	18.000	425.668	18.000	446.398	18.000

Deckungskreis 45 / Sozialhilfe einschl. Blindengeld

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
4600.633.01	Ers.-Leist. an ausw. SH-Träger, ambul.	2.916		2.551		5.800		2.600		2.600	
4610.671.01	Hilfe zum Lebensunterhalt -stat. Hilfen-	10.494		10.729		10.964		10.581		10.581	
4610.671.32	Bedarfsorientierte Grundsicherung -Leist. an Pers. innerh. Stat. Einr. -	27.266		26.953		24.915		26.459		26.459	
4610.681.01	Lfd. Hilfe zum Lebensunterhalt	10.165		11.304		9.518		11.234		11.234	
4610.681.05	Durchführung Schuldner- u. Insolvenzberatung	3.501		3.581		3.106		3.882		3.882	
4610.681.07	KdU / Heiz. f. Leistungsber. SGB II	470.180		478.644		497.530		474.973		472.085	
4610.681.08	KdU / Heiz. f. Leistungsber. SGB XII Kap.3	8.956		12.428		10.965		12.754		12.754	
4610.681.09	KdU / Heiz. f. Leistungsber. SGB XII Kap.4	57.388		64.208		65.703		72.670		72.670	
4610.681.10	Beitr. f. freiw. KV u. Pflegeversicherung	485		690		319		687		687	
4610.681.11	Hi.z.L –einn. Bedarfe n. d. SGB XII	9.890		511		1.219		551		551	
4610.681.12	Preisnachlass auf Zeitkarten -Sozialkarte-							7.507		7.507	
4610.681.14	Hi.z.L –einn. Bedarfe n. d. SGB II	0		8.794		9.723		6.972		6.926	
4610.681.17	Bestattungskosten	2.958		3.196		3.717		3.376		3.376	
4610.681.23	Sozialh. f. Deutsche im Ausl. -off. Hi.-	492		136		459		450		450	
4610.681.24	Beih. in and. bes. Lebenslagen	4		4		8		4		4	
4610.681.30	Bedarfsorientierte Grundsicherung Leist. an Pers. außerh. Stat. Einr.	33.920		38.206		37.572		41.596		41.596	
4610.681.31	Kosten d. med. Gutachten im Rahmen der bedarfsorientierten Grundsicherung	169		205		212		205		205	
4610.681.34	Erg. Darl. f. Sozialhilfeberechtigte nach §37 SGB XII	233		221		179		250		250	
4620.671.08	Hi.z. Überw. Bes.soz. Schwierigk.-stat-	3.656		3.587		5.227		4.627		4.627	
4620.681.08	Hi.z. Überw. Bes.soz. Schwierigk.-amb-	293		301		401		401		401	
4620.681.37	Beih.z.Sich. d. Unterkr./ verglb. Notlage nach dem SGB XII	3.205		1.861		4.458		4.458		4.458	

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
4620.681.38	Gewährleistungen für Wohnungsunternehmen	0		0		50		50		50	
4620.681.39	Beih.z.Sich. d. Unterkr./ verglb. Notlage nach dem SGB II	0		0		400		400		400	
4630.671.01	Krankenhilfe allg. – stat. Gesundheitsh.-	33.589		24.316		25.122		23.235		23.088	
4630.671.09	H.f.werd.Mütter u.Wöchn. –stat.-	38		16		55		16		16	
4630.681.01	Krankenhilfe allg. –off. Gesundheitsh.	24.291	10.585	31.646		29.583		30.918		30.771	
4630.681.02	Krankenh.-Suchtbehandl.amb.	47		60		63		61		61	
4640.671.23	H.z.Pfl.in stat. Pflegeeinrichtungen	48.908		49.067		48.587		49.186		48.816	
4640.671.25	H.z.Pfl.gem § 61 SGB XII/Kurzzeitpfl.eintr.	775		757		689		861		861	
4640.671.26	H.z.Pfl.gem § 61 SGB XII/Tagespfl.eintr.	1.239		1.243		1.187		1.297		1.297	
4640.671.57	Einzelförd.n.§12 HmbLandespf.gesetz	30.942		32.492		30.198		34.072		34.222	
4640.671.58	Förderung Tages- u. Kurzzeitpflege							1.619		1.823	
4640.681.21	H.z.Pfl.-off.Pflegeh.- § 61(2) SGB XII	140		115		112		117		117	
4640.681.22	H.z.Pfl.-off.Pflegeh.- § 65 SGB XII	58.255		61.789		57.168		63.452		62.722	
4640.681.48	H.z.Weiterf.d.Haush.-off.Pflegeh.- § 70	11.640		9.709		13.306		7.542		7.542	
4650.671.01	Eingl.h.f.Beh.stat/teilstat.psych. Kranke	31.359		30.609		30.450		30.599		30.599	
4650.671.09	Einglie.-Hilfe / Beschäftigung im öffentlichen / all-gemeinen Arbeitsmarkt	48.957		50.792		45.163		54.302		54.534	
4650.671.11	Eingl.h.f.Behin.teilstat.(Tagesförderst.)	22.194		23.334	2	22.370		25.136		25.136	
4650.671.12	Eingl.h.f.Behin.vollstationäre Hilfen	137.822		135.644		119.850		125.702		123.360	
4650.671.28	H.z.Pfl.psych.Kranke/geist.Behin.stat.	0		6		27		6		6	
4650.681.01	Eingl.h.f.Beh.amb.Eingliederungshilfen	17.311		8.875		4.439		8.797		8.797	
4650.681.02	Individuelle Beförderungspauschalen	2.154	59	2.447		1.953		2.456		2.456	
4650.681.03	Leistungen Dritter im Rahmen des „trägerübergreifenden persönlichen Budgets“	0		0		0					
4650.681.04	Eingl.h.f.Beh.amb.H.f.psych.Kranke	27.892	9	33.047		26.939		40.041		40.041	

Anlage 4

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006			2007			2008			2009			2010		
		Ergebnis	Tsd. EUR	Rest	Ergebnis	Tsd. EUR	Rest	Ansatz	Tsd. EUR	VE	Ansatz	Tsd. EUR	VE	Ansatz	Tsd. EUR	VE
4650.681.05	Blindenhilfe nach § 72 SGB XII	374			419			347			445			445		
4650.681.07	Blindengeld	13.717			13.293			15.755			12.998			12.998		
4650.681.08	Eingl. Hi. Amb. Für Erwachsene	0			11.764			26.428			23.716			26.772		
4670.681.01	Hilfen für ältere Menschen	1.034			1.107			970			1.176			1.176		
Summe	Deckungskreis 45	1.158.849	10.653		1.190.657	2		1.193.206			1.224.437			1.221.409		

Deckungskreis 46 / Hilfen zur Erziehung, Inobhutnahmen und sonstige Einzelfall-Hilfen nach dem SGB VIII

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
4250.684.02	Förderung der Kinderbetreuung in Opferschutzeinrichtungen	0	0	298	0	0	0	0	0	0	0
4450.671.86	Betriebsausgaben für die Förderung der Erziehung in der Familie – Zweckzuweisung an die Bezirkskörperebene	(842)	210	(1.130)	14	898	0	1.754	0	1.768	0
4460.633.01	Kostenerstattung an andere Jugendhilfsträger	5.621	77	5.358	518	5.200	0	5.500	0	5.500	0
4460.671.01	Krankenhilfe nach SGB VIII – stationäre Krankenhilfe –	0	0	0	0	0	0	469	0	469	0
4460.671.02	Krankenhilfe nach SGB VIII – ambulante Krankenhilfe –	382	0	323	0	970	0	201	0	201	0
4460.671.86	Betriebsausgaben für einzelfallfinanzierte Hilfen nach dem SGB VIII – Zweckzuweisung an die Bezirkskörperebene	(143.293)	1.811	(161.777)	0	199.237	0	176.630	0	176.630	0
4460.682.01	Zuschuss an den Geschäftsbereich Jugendhilfe des Landesbetriebes Erziehung und Berufsbildung	6.671	3.742	10.306	813	15	0	0	0	0	0
4460.684.03	Zuschüsse zu Betriebsausgaben für Hilfen zur Erziehung	24	2	18	0	0	0	0	0	0	0
4460.684.05	Zuschüsse für Werbung und Betreuung von Pflege- und Bereitschaftspflegestellen sowie Adoptiveltern	614	12	624	0	610	0	648	0	655	0
4470.682.01	Zuschuss für Inobhutnahmen an den Landesbetrieb Erziehung und Berufsbildung	5.051	63	4.656	455	5.087	0	5.552	0	5.552	0
4470.684.02	Förderung von Maßnahmen zur Vermeidung von Kindesaussetzungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe	Deckungskreis 46	162.498	5.917	184.490	1.800	212.017	0	190.754	0	190.775	0

Deckungskreis 47 / Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR	Ansatz	Tsd. EUR
4700.671.02	Krankenhilfe nach § 4 AsylbLG	6.478		3.822		6.704		2.903		2.903	
4700.671.04	Krankenh. n. § 2 AsylbLG (wie SGB XII)	1.096		1.306		654		1.401		1.401	
4700.671.06	Hilfe z. Pflege – stat.- nach § 2 AsylbLG	51		44		49		47		47	
4700.681.12	Preisnachlass auf Zeitkarten -Sozialkarte-							0		0	
4700.681.18	KdU einschl. Heizung n. § 3 AsylbLG							7.873		7.873	
4700.681.19	KdU einschl. Heizung n. § 2 AsylbLG							5.300		5.300	
4700.681.20	Grundleistungen n. § 3 AsylbLG ohne KdU	30.784		23.268		26.126		9.897		9.897	
4700.681.22	Lfd. Hi.z.LU n. § 2 AsylbLG (wie SGB XII) o. KdU	7.927		8.430		3.580		3.737		3.737	
4700.681.24	Sonst. Leistungen n. § 6 AsylbLG	1.951		1.921		2.055		1.450		1.450	
4700.681.29	Einm.. Hi. gemäß § 11 AsylbLG (räuml. Be.)	8		13		24		13		13	
4700.681.30	Einm. Hi.z.LU n. § 2 AsylbLG (wie SGB XII)	266		312		152		333		333	
4700.681.33	Krankenhilfe – ambulant – n. § 4 AsylbLG	7.581		5.962		9.481		4.528		4.528	
4700.681.36	Krankenh.(amb.) n. § 2 AsylbLG (SGB XII)	1.259		1.787		826		1.916		1.916	
4700.681.37	Arbeitsgelegenheiten nach § 5 AsylbLG	25		0		190					
4700.681.39	Hilfe z. Pflege (amb.) nach § 2 AsylbLG	350		484		250		516		516	
4700.681.42	Sonst. Leist. n. § 2 AsylbLG. (wie SGB XII)	84		123		19		131		131	
4700.681.43	Leistg. i.R.v. Rückkehrprg. des Bundes	212		112		688		217		217	
4700.681.44	Ergänzende Darlehen f. Asylbewerber	0		0		0		82		82	
4700.682.01	Zusch. p&w – AöR – Aufwgd. n. AsylbLG	13		0		0					
Summe	Deckungskreis 47	58.085		47.584		50.798		40.344		40.344	

Deckungskreis 50 / Sach- und Fachausgaben (Kapitel 4600, 4620, 4640, 4650 und 4700)

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Tsd. Euro	Rest	Ergebnis	Tsd. Euro	Rest	Ansatz	VE	Tsd. Euro	Ansatz	VE
4600.531.01	Öffentlichkeitsarb./Transp., SH-Bericht.	11	215	8	251	60	60		60	60	
4600.546.03	Aufw. z.Förd. Bürgerengagements	52	0	87	10	80	330		330	330	
4620.535.81	Betrieb Durchreiseplätze	(93)	22	(99)	22	102	102		102	102	
4640.534.01	Verfahr.geb.Schiedstellenverf.§76SGBXI	0	3	0	3	2	2		2	2	
4640.535.01	Laufd. Sachaufw. .Altenpflegeprüf.	10	10	21	14	12	10		10	10	
4650.526.02	Prüf. Qualität u.Wirtschaftlichkeit gem.	0	15	0	27	12	12		12	12	
4650.531.06	Öffentlichk. arb. Behindertenbeauftragten	50	0	40	24	29	29		29	29	
4650.534.06	Sachaufwend. Behindertenbeauftragten	16	0	11	9	20	20		20	20	
4650.534.07	Aufw.soz.Gruppenarb.soz.therap.Dien.	34	5	30	3	27	27		27	27	
4650.534.11	Kosten d. Schiedsstelle Pflegesatzang.	8	23	0	25	2	2		2	2	
4700.531.07	Öffentlichkeitsarbeit d. Integrationsbeirates	64	8	44	13	30	30		30	30	
4700.534.07	Sachaufwend. d. Integrationsbeirates	3	3	2	5	5	5		5	5	
4700.534.08	Sachaufwend. für Einbürgerungsfeiern	0	0	20	13	33	33		33	33	
Summe	Deckungskreis 50	341	304	362	419	414	662		662	662	

Anlage 4

Deckungskreis 56 / IT - Informationstechnik

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	Tsd. Euro	Ansatz	VE	Ansatz	VE
4000.535.56	Lfd. Sachaufwand im Zusammenhang m. d. IT-Technik	1.319	937	1.140	119	1.698		1.478		1.478	
4000.671.56	Erstattung der Kosten für Inanspruchnahme von Dataport	1.535	0	1.196	0	1.535		1.978		1.978	
4010.535.56	Lfd. Sachaufwand im Zus. M. d. IT-Technik	0	0	0	0	0		0		0	
4220.535.56	Lfd. Sachaufwand im Zusammenhang m. d. IT-Technik	0	0	151	0	301		269		269	
4220.671.56	Erstattung der Kosten für Inanspruchnahme von Dataport	0	0	0	0	0		0		0	
Summe	Deckungskreis 56	2.854	937	2.487	119	3.534		3.725		3.725	

Deckungskreis 60 / „Sach- und Fachaussagen (Kapitel 4920, 4930)“

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
4920.427.86	Pauschale Aufwandsentschädigungen, Zweckzuweisung an die Bezirke	7	0	7	0	7	0	7	0	7	0
4920.534.81	Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Veterinärwesen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	30	0	24	0	29	0	29	0	29	0
4920.534.86	Unterbringung von Nutztieren gemäß Tiertransportrecht, Zweckzuweisung an die Bezirke	0	0	0	0	0	0	20	0	20	0
4920.534.87	Kosten für das Einsammeln und den Transport von infizierten Tieren nach Ausbruch einer Tierseuche, Zweckzuweisung an die Bezirke	0	0	0	0	0	0	0	100	0	100
4930.534.81	Gesundheitsschutz, Rahmenzuweisung an die Bezirke	330	0	346	0	339	0	339	0	339	0
4930.534.86	Festgelegte Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisung an die Bezirke	15	0	12	0	10	0	10	0	10	0
4930.535.81	Unterhaltung und Bewirtschaftung der Suchtberatungsstellen, Rahmenzuweisung an die Bezirke	52	0	0	0	0	0	0	0	0	0
4930.681.86	Gesetzliche Aufgaben im Gesundheitsbereich, Zweckzuweisung an die Bezirke	2	0	2	0	15	0	15	0	15	0
4930.684.86	Förderung von Familienhebammen-Projekten, Zweckzuweisung an die Bezirke	71	0	405	1	447	0	597	0	608	0
Summe	Deckungskreis 60	507	0	796	1	847	0	1.017	100	1.028	100

Die Deckungsfähigkeit dient der Flexibilität im Haushaltsvollzug, um situationsangemessen auf nicht vorhersehbare Prioritätenänderungen reagieren zu können.

Deckungskreis 61 / "Sach- und Fachausgaben in den Bereichen Verwaltung und Service, Verbraucherschutz und Gesundheit (Kapitel 4910, 4920, 4930)"

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
4910.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	363	235	414	147	378	0	256	0	256	0
4910.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	81	72	80	66	122	0	9	0	9	0
4910.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	525	84	643	69	460	0	360	0	420	0
4910.518.61	Mieten und Pachten	2.081	18	2.085	12	2.062	0	1.894	0	1.894	0
4910.519.61	Unterhaltung der Grundstücke	101	422	62	457	79	0	60	0	60	0
4910.525.61	Lehr- und Lernmittel, Aus- und Fortbildung	34	101	33	113	45	0	53	0	53	0
4910.526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	64	13	53	32	42	0	39	0	39	0
4910.527.61	Dienstreisen	53	76	58	87	60	0	15	0	15	0
4910.531.61	Veröffentlichungen	22	26	22	35	23	0	0	0	0	0
4910.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	480	155	255	314	427	51	55	51	55	51
4910.681.61	Freibettenregelung nach der Kellinghusenstiftung	0	5	0	5	0	0	0	0	0	0
4920.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	57	12	28	12	37	0	48	0	48	0
4920.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	26	11	19	14	8	0	21	0	21	0
4920.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	21	24	5	25	3	0	0	0	0	0
4920.518.61	Mieten und Pachten	16	46	0	46	12	0	12	0	12	0
4920.519.61	Unterhaltung der Grundstücke	9	32	0	32	0	0	0	0	0	0
4920.526.61	Sachausgaben für Dolmetscher bzw. Übersetzer	0	11	0	14	3	0	3	0	3	0
4920.527.61	Dienstreisen	10	8	11	10	13	0	26	0	26	0
4920.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	116	13	50	13	8	26	202	0	202	0
4920.535.61	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Ausführungsgesetz zum Tierseuchengesetz	0	0	50	10	60	0	60	26	60	26

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2006		2007		2008		2009		2010	
		Ergebnis	Rest	Ergebnis	Rest	Ansatz	VE	Ansatz	VE	Ansatz	VE
4920.683.61	Ausgaben im Zusammenhang mit nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten	41	192	13	219	80	0	40	0	40	0
4920.685.61	Zuweisung zu den Kursen für das amtierärztliche Examen sowie die Ausbildung des in der Fleischhygieneüberwachung tätigen nichtärztlichen Personals	0	8	0	10	2	0	2	0	2	0
4920.686.61	Zuschuss an den Hamburger Tierschutzverein von 1841 e.V.	33	18	33	23	38	0	38	0	38	0
4930.511.61	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte und Ausstattungsgegenstände	0	0	0	0	0	0	120	0	120	0
4930.514.61	Haltung von Fahrzeugen, Verbrauchsmittel, Dienst- und Schutzkleidung und dgl.	0	0	0	0	0	0	117	0	117	0
4930.517.61	Bewirtschaftung der Grundstücke	0	0	0	0	0	0	139	0	139	0
4930.518.61	Mieten und Pachten	0	0	0	0	0	0	211	0	211	0
4930.519.61	Unterhaltung der Grundstücke	0	0	0	0	0	0	21	0	21	0
4930.526.61	Sachverständige, Gerichts- und ähnliche Kosten	0	0	0	0	0	0	3	0	3	0
4930527.61	Dienstreisen	0	0	0	0	0	0	32	0	32	0
4930.531.61	Veröffentlichungen	0	0	0	0	0	0	23	0	23	0
4930.534.61	Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben	0	0	0	0	0	0	148	0	148	0
Summe	Deckungskreis 61	4.133	1.582	3.914	1.765	3.962	77	4.007	77	4.067	77

Übersicht über Gutachten und Untersuchungen

Kapitel/Titel	Zweckbestimmung (ggf. gekürzt)	2008		2009		2010	
		Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR	Ansatz Tsd. EUR	VE Tsd. EUR
4000.526.01	Untersuchungen u. Gutachten zur Vorbe- reitung familien- und sozialpolitischer Maß- nahmen	288		228		217	
4000.526.61	Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten (anteilig)	148		160		160	
4000.526.86	Untersuchungen u. Gutachten zur Vorbe- reitung familien- und sozialpolitischer Maß- nahmen	4		4		4	
	- Zweckzuweisung an die Bezirke -						
4440.526.01	Prozessbegleitung im Rahmen der Weiter- entwicklung der Ju- gendhilfe	15		15		15	
4650.526.02	Prüfungen der Qualität und Wirtschaftlichkeit sowie Gutachten im Zusammenhang mit der Umsetzung SGB XII	12		12		12	
4910.526.01	Gutachten und Unter- suchungen (anteilig)	178	178	178	178	178	178
4910.526.61	Sachverständige, Ge- richts- und ähnliche Kosten	42		39		39	
4930.526.71	Sachverständigen- und ähnliche Kosten	3		3		3	

